

# Statistik in Sachsen

Jahrgang 18 - 3/2012



# Inhaltsverzeichnis

<b>Wirtschaftsentwicklung 2011 in Sachsen</b> Leonore Hesse, Carola Hoffmann, Heike Matticz, Andreas Oettel, Wolf-Dietmar Speich, Roman Straube	<b>2</b>
<b>Das Verarbeitende Gewerbe Sachsens 2011</b> Jürgen Stelzner	<b>10</b>
<b>Insolvenzverfahren 2011</b> Sylvia Tangermann, Angela Sondermann	<b>18</b>
<b>Landwirtschaftszählung 2010, Teil 4 – Pacht- und Eigentumsverhältnisse</b> Thorsten Krause	<b>24</b>
<b>Die Entwicklung des Tourismus in Sachsen 1992 bis 2011</b> Carmen Ronge	<b>30</b>
<b>Bruttoinlandsprodukt (BIP) und mehr – aktueller Stand der Diskussion</b> Sylvia Hoffmann, Wolf-Dietmar Speich	<b>34</b>
<b>Zu ersten Auswirkungen der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 im Spiegel der amtlichen Statistik</b> Roman Straube	<b>45</b>
<b>Sächsische Senioren – Ausgewählte statistische Daten</b> Marcel Goldmann, Bettina Koreng	<b>53</b>
<b>Analysemöglichkeiten mit dem Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder</b> Regine Fiedler	<b>61</b>
<b>Konzeptionelle Ausrichtung von Forschungen zum Fachkräftebedarf im sächsischen Gesundheitswesen bis 2015</b> Dr. Bernd Richter, Kristina Richter	<b>65</b>
<b>Neues aus Sachsen</b>	<b>69</b>
<b>Sächsischer Zahlenspiegel</b>	<b>71</b>

# Vorwort



Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher, Präsidentin des Statistischen Landesamtes

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

das dritte Heft unserer Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ in diesem Jahr bietet wieder zahlreiche Beiträge aus verschiedenen Gebieten der amtlichen Statistik. Der Schwerpunkt in dieser Ausgabe liegt auf dem Gebiet der Wirtschaftsentwicklung in Sachsen.

Im ersten Beitrag geben die Autoren aus dem Referat Wirtschaftsanalysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Landesamtes einen Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen 2011. Eine detaillierte Darstellung der einzelnen Wirtschaftszweige innerhalb des sächsischen Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes 2011 enthält der zweite Beitrag. Ein weiterer Artikel befasst sich mit der Entwicklung der Insolvenzverfahren in Sachsen 2011. Dabei wird festgestellt, dass sowohl die Unternehmensinsolvenzen als auch die Insolvenzen für private Personen und Nachlässe gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken sind. Ergänzt werden diese Gesamtbeachtungen durch Analysen ausgewählter Wirtschaftsbereiche. Mit einer Analyse der Pacht- und Eigentumsverhältnisse wird die Darstellung der Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 fortgesetzt und abgeschlossen. Über die Entwicklung des Tourismus in Sachsen als einen wichtigen Wirtschaftsfaktor informiert ein weiterer Beitrag. Auf breiter gesellschaftlicher Ebene verläuft seit einigen Jahren eine Diskussion zum Thema „Das Bruttoinlandsprodukt und mehr“. Dahinter steht die Frage, inwieweit das Bruttoinlandsprodukt hinreichend geeignet ist, Wohlstand und Lebensqualität eines Landes abzubilden. Nachdem bereits im ersten Heft 2010 dieser Zeitschrift Aussage und Bedeutung des Bruttoinlandsprodukts dargestellt sowie Ursachen der Kritik an diesem erläutert wurden, wird in diesem Heft ein Überblick zum Stand der aktuellen Diskussion gegeben und auf verschiedene Datenangebote zur Wohlfahrts- und Fortschrittmessung verwiesen.

In einem weiteren Beitrag werden die Auswirkungen der seit dem 1. Mai 2011 für Beschäftigte aus den zehn neuen EU-Ländern geltenden „uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit“ auf dem deutschen bzw. sächsischen Arbeitsmarkt näher untersucht. Dazu werden sowohl Entwicklungs- als auch Strukturbetrachtungen bis in das Jahr 2011 angestellt.

Das Jahr 2012 wurde zum Europäischen Jahr für aktives Altern und der Solidarität zwischen den Generationen erklärt. Aus diesem Anlass werden ausgewählte Lebensbereiche von Senioren anhand von statistischen Ergebnissen dargestellt. Vervollständigt wird die Zeitschrift durch einen Beitrag über die Analysemöglichkeiten mit dem Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder und einem Beitrag zum Fachkräftebedarf im sächsischen Gesundheitswesen.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Heft wiederum interessante Informationen aus unserer Arbeit zu liefern. Über die Themen dieser Zeitschrift hinaus stehen Ihnen zahlreiche andere Publikationen mit detaillierten statistischen Informationen zur Verfügung. Außerdem finden Sie uns im Internet unter [www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de). Datenanfragen beantwortet Ihnen auch unser Auskunftsdienst (Tel. 03578 33 1913).

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und freue mich, wenn Sie unsere Daten und Informationen für Ihre Arbeit nutzen.

Ihre Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher

# Wirtschaftsentwicklung 2011 in Sachsen<sup>\*)</sup>

## Vorbemerkungen

Die regelmäßige jährliche Betrachtung der Entwicklung der sächsischen Wirtschaft in dieser Zeitschrift wird mit diesem Beitrag fortgesetzt. [1] Im Unterschied zu den vergangenen Jahren wird in diesem Jahr die Darstellung grundsätzlich in zwei Teile gegliedert. In diesem Heft erfolgt zunächst schwerpunktmäßig die Analyse der Umsätze in den Wirtschaftsbereichen, der Preisentwicklung, der Gewerbeanzeigen und der Insolvenzen sowie des Arbeitsmarktes auf der Grundlage der Daten der Bundesagentur für Arbeit. Die Betrachtung der Merkmale aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Erwerbstätigenrechnung kann zunächst nur im Überblick auf der Basis der bei Redaktionsschluss vorliegenden Daten erfolgen. Eine ausführliche Analyse zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche, zu den Arbeitnehmerentgelten, den Erwerbstätigen, den geleisteten Arbeitszeiten sowie zur Produktivität und zu den Lohnkosten ist Gegenstand eines eigenen Beitrags, der gleichzeitig einen Überblick zu den wesentlichsten Änderungen der Revision 2011<sup>1)</sup> in den regionalen Gesamtrechnungen gibt und voraussichtlich in Heft 4/2012 dieser Zeitschrift veröffentlicht wird.

Weiterführende und zum Teil detailliertere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung und Struktur in Sachsen hält dann auch wieder der aktuelle Jahreswirtschaftsbericht in seinem umfangreichen Tabellenteil zu einer Vielzahl an gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Themenfeldern bereit. [4]

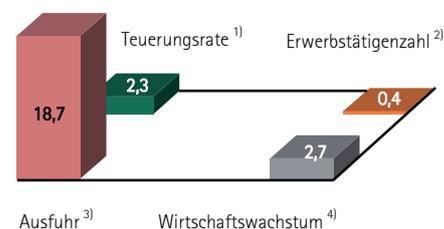
**Wirtschaftsentwicklung 2011 im Überblick**  
Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die sächsische Wirtschaftsleistung 2011 preisbereinigt um 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr stieg und damit erstmals knapp über

dem Niveau vor der Wirtschaftskrise lag. Das Bruttoinlandsprodukt, der Wert der im Freistaat Sachsen neugeschaffenen Güter und Dienstleistungen, erreichte 2011 nach dem gegenwärtigen Berechnungsstand einen Wert von 95,1 Milliarden € und nahm nominal um 3,6 Prozent gegenüber 2010 zu. Der Anteil Sachsens an der gesamtwirtschaftlichen Leistung Deutschlands lag 2011 bei 3,7 Prozent. 67 Prozent der Bruttowertschöpfung in Sachsen kommen gegenwärtig aus dem Dienstleistungsbereich.

Das reale Wachstum gegenüber 2010 resultierte vornehmlich aus den Zuwächsen in den Bereichen des Produzierenden Gewerbes mit 6,4 Prozent, die wiederum speziell aus dem Verarbeitenden Gewerbe mit 11,4 Prozent und dem Baugewerbe mit 3,7 Prozent kamen. Während im Baugewerbe preisbereinigt das Niveau von 2008 bereits um zwei Prozent übertroffen wurde, lag das Leistungsniveau im Verarbeitenden Gewerbe noch fast sieben Prozent unter dem Vorkrisenstand.

Das aktuell je Erwerbstätigen erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt betrug 48 494 € und repräsentierte damit 78 Prozent des bundesdeutschen Niveaus. Bezogen auf das Arbeitsvolumen stieg das Bruttoinlandsprodukt je geleistete Arbeitsstunde auf 32,26 € und entsprach damit 73 Prozent des Bundesdurchschnitts. Die Wirtschaftsleistung wurde von 1,96 Millionen Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt) erbracht, 0,4 Prozent mehr als im Vorjahr (vgl. Abb. 1). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (gesamtwirtschaftliches Arbeitsvolumen) nahm um 0,6 Prozent zu. Je Erwerbstätigen stieg das durchschnittliche geleistete Arbeitsvolumen im Jahr 2011 auf 1 503 Stunden und war um 90 Stunden höher als das bundesdeutsche Mittel. Mit der wirtschaftlichen Belebung nahm die Zahl der Arbeitslosen weiter ab. Im Jahresmittel lag sie mit 226 848 Personen reichlich ein

Abb. 1 Eckdaten der Wirtschaft Sachsens 2011 in Prozent



- 1) Jahresdurchschnitt
- 2) Veränderungsrate gegenüber 2010, Basis: Jahresdurchschnittsangabe am Arbeitsort - Berechnungsstand: 1. Fortschreibung am 27. März 2012
- 3) Veränderungsrate gegenüber 2010; Datenstand: April 2012
- 4) preisbereinigte Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 2010; Berechnungsstand: Februar 2012 (VGR des Bundes)

Zehntel unter der des Vorjahres. Die Jahresteuerrate 2011 betrug 2,3 Prozent und lag deutlich über der von 2010.

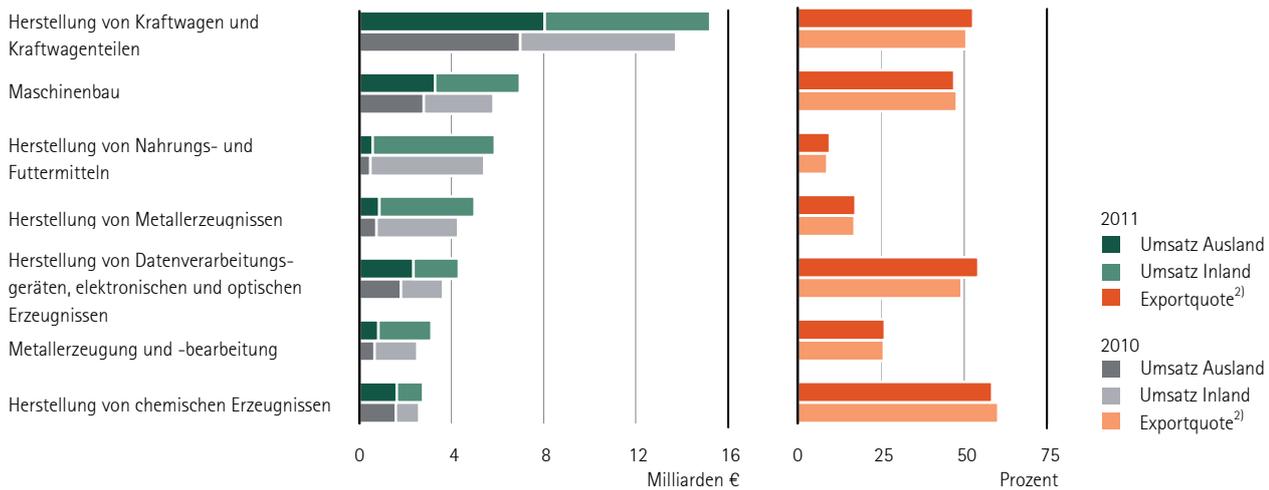
## Verarbeitendes Gewerbe<sup>2)</sup>

2011 betrug der Gesamtumsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) mit 20 und mehr tätigen Personen 60,9 Milliarden €. Nach dem krisenbedingten Umsatzstief von 48,4 Milliarden € im Jahr 2009 hatte sich bereits im Jahr 2010 ein spürbarer konjunktureller Aufschwung

\*) Anmerkung der Redaktion: Die Darstellung der Wirtschaftsentwicklung fußt grundsätzlich auf den Daten, die bis Ende Mai 2012 verfügbar waren. Insbesondere lagen zu diesem Zeitpunkt noch keine revidierten Ergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt und die Bruttowertschöpfung vor, die nachträglich im ersten Abschnitt nur in Form eines Überblicks ergänzt worden sind. Nach Redaktionsschluss eingegangene Korrekturen konnten in der Regel aus redaktionellen Gründen nicht berücksichtigt werden.

- 1) Bei der „Revision 2011“ handelt es sich um die EU-weit vorgeschriebene Überarbeitung der Gesamtrechnungsergebnisse, die auf der regionalen Ebene derzeit noch nicht abgeschlossen ist. Erste revidierte Regionalrechnungsergebnisse können unter [2] und [3] abgerufen werden.
- 2) einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

**Abb. 2 Umsatz und Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe 2010 und 2011 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen<sup>1)</sup>**



1) Zusammengefasste Ergebnisse auf Basis der Angaben im Monats- und Jahresbericht für Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen  
 2) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

um 12,4 Prozent auf 54,4 Milliarden € Gesamtumsatz gezeigt, der sich 2011 mit einem Umsatzplus von 11,9 Prozent fortsetzte. [5] Der Auslandsumsatz stieg 2011 um 15,1 Prozent, der Inlandsumsatz um 10,2 Prozent. Sowohl der Gesamtumsatz als auch der Inlandsumsatz sowie der Auslandsumsatz erreichten im Jahr 2011 neue Höchstwerte. Die Exportquote lag 2011 bei 35,8 Prozent. Damit wurde der Spitzenwert von 35,5 Prozent aus dem Jahr 2007 leicht überschritten (vgl. [6, Tab. 2.5]).

In Deutschland lag die Steigerung des Gesamtumsatzes 2011 gegenüber 2010 bei 11,1 Prozent. Damit war die Entwicklung in Sachsen leicht überdurchschnittlich. Beim Auslandsumsatz lag die Steigerung für Deutschland insgesamt bei 11,0 Prozent. Das heißt, der Auslands- und Inlandsumsatz in Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden sowie Verarbeitenden Gewerbe sind in vergleichbarer Größe gestiegen. In Sachsen lag die Steigerungsrate mit 15,1 Prozent noch deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Die sieben umsatzstärksten Industriebereiche zeigt Abbildung 2. Sie erbrachten zusammen mehr als 71 Prozent des Gesamtumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden. Die höchsten jährlichen Zuwachsraten unter ihnen hatten die Metallerzeugung und -bearbeitung mit 24,6 Prozent, der Maschinenbau mit 19,8 Prozent, die Herstellung von DV-Geräten usw. mit 18,7 Prozent und die Herstellung von Metallerzeugnissen mit 16,6 Prozent.

Der umsatzstärkste Industriebereich in Sachsen ist die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit allein einem Viertel (25,1 Prozent) des Gesamtumsatzes. Auf den Sonstigen Fahrzeugbau entfielen noch einmal 1,3 Prozent des Gesamtumsatzes. Damit

erwirtschaftete der Fahrzeugbau in den Jahren 2010 und 2011 gut ein Viertel des Industrieumsatzes in Sachsen.

Eine ausführliche Analyse der Aus- und Einfuhren von Gütern der gewerblichen Wirtschaft enthält der Jahreswirtschaftsbericht des Statistischen Landesamtes für 2011 (vgl. [4]).

Im ersten Quartal 2012 setzte sich das Umsatzwachstum mit deutlich abgeschwächter Dynamik fort. Der Gesamtumsatz – hier der Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen – lag um 2,3 Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert.

### Baugewerbe

Die Umsätze im Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe (jeweils nur Betriebe mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen) stiegen 2011 gegenüber dem Vorjahr an. Im Bauhauptgewerbe lag der Gesamtumsatz mit 4 186 Millionen € um 13,0 Prozent über dem Vorjahreswert. Damit lag die Steigerung knapp über dem Bundesdurchschnitt von 12,4 Prozent. Die positive Umsatzentwicklung in Sachsen war gleichermaßen im Hochbau als auch Tiefbau zu beobachten. Im Hochbau lag der baugewerbliche Umsatz 2011 bei 1 765 Millionen € und damit um 13,6 Prozent höher als im Vorjahr. Im Tiefbau erreichte er 2 369 Millionen € und damit 12,6 Prozent mehr als 2010. Die Umsatzsteigerung im Hochbau wurde überwiegend vom Wirtschaftshochbau getragen. Sein baugewerblicher Umsatz lag mit 1 116 Millionen € um 16,9 Prozent über dem Vorjahreswert. Der Wohnungsbau verzeichnete zwar mit 23,7 Prozent den größten relativen Zuwachs, allerdings auf niedrigem absoluten Niveau. Mit einem baugewerblichen Umsatz von 329 Mil-

lionen € trug der Wohnungsbau lediglich knapp ein Fünftel zum Umsatz im Hochbau bei. Im öffentlichen Hochbau erreichte der baugewerbliche Umsatz einen Wert von 320 Millionen € und damit 4,0 Prozent weniger als im Vorjahr.

Im Tiefbau verzeichnete der Straßenbau mit 22,3 Prozent das größte Umsatzplus, gefolgt vom Wirtschaftstiefbau mit 10,8 Prozent und dem öffentlichen Tiefbau mit 3,7 Prozent. Damit trug der Straßenbau 2011 wieder zum Umsatzzuwachs im Tiefbau bei, während hier im Vorjahr ein Umsatzrückgang zu beobachten gewesen war. Der Wirtschaftstiefbau erbrachte reichlich 40 Prozent und der Straßenbau gut ein Drittel des Umsatzes im Tiefbau. Auf den öffentlichen Tiefbau entfällt dann noch knapp ein Viertel.

Bei diesen Veränderungsdaten handelt es sich um nominale Angaben. 2011 haben sich die (Netto-)Baupreisindizes in Hoch- und Tiefbau (Rohbauarbeiten) durchgängig erhöht (vgl. Tab. 3). Für die reale Umsatzentwicklung bedeutet das bei den hohen nominalen Zuwachsraten immer noch ein beträchtliches Wachstum. Im Bauhauptgewerbe insgesamt als auch im Hochbau und Tiefbau liegt es zwischen neun und zehn Prozent. Im Wohnungsbau dürfte es ein knappes Fünftel sein und im sonstigen Hochbau reichlich sieben Prozent. Im Straßenbau sind es rund 18 Prozent und im sonstigen Tiefbau knapp sechs Prozent (vgl. [7]).

Im Ausbaugewerbe lag der Gesamtumsatz (der Betriebe mit in der Regel 20 und mehr tätigen Personen) 2011 bei 2 168 Millionen €, 7,4 Prozent über dem Vorjahreswert. Das Jahr 2011 war damit das sechste Jahr in Folge, in dem der Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe nominal gestiegen ist. Bundesweit lag die Erhöhung des Gesamtumsatzes bei 8,7 Pro-

zent. Das heißt, in Sachsen war die Umsatzentwicklung im Ausbaugewerbe etwas unterdurchschnittlich.

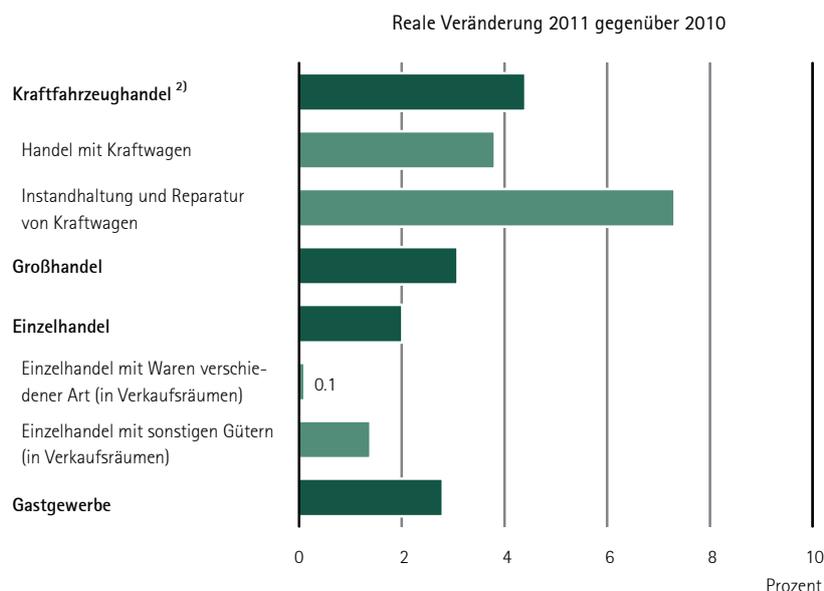
Die Baupreisindizes für Ausbaurbeiten sind 2011 gegenüber 2010 zwischen 4,0 Prozent und 4,8 Prozent für die einzelnen Gebäudarten gestiegen (jeweils November). Der Baupreisindex für die Instandhaltung von Wohngebäuden lag ebenfalls um 4,0 Prozent höher. (Zu den Baupreisen insgesamt vergleiche auch w. u.) Der Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe bei den Betrieben mit 20 und mehr tätigen Personen dürfte 2011 auch real unter Berücksichtigung der Preisveränderungen gestiegen sein.

Am aktuellen Rand zeigte das Baugewerbe eine eher moderate Entwicklung. Im Bauhauptgewerbe lag der Gesamtumsatz im ersten Quartal 2012 faktisch auf dem entsprechenden Vorjahresniveau. Die Summe der Auftragseingänge war in den ersten drei Monaten 2012 um rund sieben Prozent niedriger als vor Jahresfrist. Der Auftragsbestand lag Ende März 2012 jedoch mit 1 450 Millionen € um knapp ein Fünftel (19,7 Prozent) über dem Stand von Ende 2011. Der Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe lag im ersten Quartal 2012 mit 440 Millionen € um knapp neun Prozent über dem entsprechenden Vorjahreswert.

### Einzelhandel, Kraftfahrzeughandel sowie Gastgewerbe

Der sächsische Einzelhandel setzte im Jahr 2011 nach vorläufigen Angaben mehr um als ein Jahr zuvor (vgl. Abb. 3). Nominal, d. h. in jeweiligen Preisen, betrug der Anstieg 3,4 Prozent. Real, also unter Ausschaltung von Preisveränderungen, war es ein Plus von 2,1 Prozent. Eine Umsatzsteigerung von rund einem Fünftel im Jahresvergleich 2011 zu 2010 wies der Bereich „Handel mit Kraftfahrzeugen, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ auf. Dabei legte insbesondere der Handel mit Kraftwagen gegenüber einem schwachen Jahr 2010 kräftig zu (nominal 23,8 Prozent; real 22,8 Prozent). Sowohl im Einzelhandel als auch im Bereich „Handel mit Kraftfahrzeugen, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ wurden damit in Sachsen höhere Zuwachsraten verzeichnet als in Deutschland insgesamt. Im ersten Quartal 2012 lagen in Sachsen die Umsätze im Einzelhandel wie auch im Bereich „Handel mit Kraftfahrzeugen, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ erneut über ihrem Vorjahresstand (nominal 5,4 bzw. 8,0 Prozent; real: 4,0 bzw. 6,9 Prozent). Im Gastgewerbe zeigt sich folgendes Bild. Im Jahresvergleich 2011 zu 2010 konnte dieser Bereich in Sachsen seinen Umsatz nominal um 3,8 Prozent und real um 2,3 Prozent stei-

Abb. 3 Umsatz im Binnenhandel und im Gastgewerbe 2011<sup>1)</sup>



1) Basis: Messzahlen (2005 = 100); Datenstand zum Berichtsmonat April 2012 (2011: vorläufige Daten; 2010: endgültige Daten)

2) Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

gern. Die Entwicklung in Sachsen entsprach damit nahezu der im Gastgewerbe insgesamt in Deutschland. Im ersten Quartal 2012 wurde in Sachsen gegenüber dem Vorjahreszeitraum nominal ein Plus von 4,2 Prozent ausgewiesen, real entspricht dies einem Zuwachs um 2,1 Prozent.

### Arbeitsmarkt

Die auch im Jahr 2011 noch anhaltende wirtschaftliche Erholung zeigte deutliche Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Im Jahresdurchschnitt waren in Sachsen 226 848 Arbeitslose registriert und somit 10,4 Prozent weniger als 2010 (vgl. Tab. 1). Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, ist erneut um reichlich einen Prozentpunkt auf 10,6 Prozent gesunken. Dabei fiel die Arbeitslosigkeit der Männer stärker als die der Frauen, so dass nahezu eine Angleichung der Quoten erfolgte. Die der Frauen betrug im Jahresdurchschnitt 10,6 Prozent und die der Männer 10,7 Prozent. In den Vorjahren unterschieden sich beide Arbeitslosenquoten noch um über einen halben Prozentpunkt. Im ostdeutschen Durchschnitt war die Arbeitslosenquote mit 11,3 Prozent höher als in Sachsen. Deutlich niedriger lag jedoch das bundesdeutsche Mittel mit 7,1 Prozent. In den ersten Monaten 2012 bewegte sich die Arbeitslosenzahl in Sachsen ebenfalls unter ihrem Vorjahresniveau. So waren im Mai insgesamt 207 819 Arbeitslose registriert, 8,8 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote verringerte sich auf 9,8 Prozent. Nach Altersgruppen betrachtet zeigte sich, dass die Arbeitslosigkeit der unter 25-Jähri-

gen im Jahr 2011 mit 20,1 Prozent besonders deutlich gesunken ist. Die entsprechende Arbeitslosenquote lag mit 9,1 Prozent um 1,5 Prozentpunkte unter der Gesamtarbeitslosenquote. In der Gruppe der 25- bis unter 55-Jährigen ging die Arbeitslosenzahl um 11,1 Prozent zurück. Um nur 3,1 Prozent sank indes die Zahl der Arbeitslosen im Alter von 55 Jahren und mehr. Gleichzeitig verringerte sich die Arbeitslosenquote dieser Altersgruppe auf 13,8 Prozent. Der Gesamtzahl von 226 848 Arbeitslosen standen 2011 im Jahresdurchschnitt 18 847 gemeldete Arbeitsstellen gegenüber. Das heißt, bei einem Rückgang der Arbeitslosenzahl hat sich das Angebot ungeförderter Stellen des sogenannten ersten Arbeitsmarktes um 25,4 Prozent erhöht.

Der Einsatz zahlreicher arbeitsmarktpolitischer Instrumente trug zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei, wenngleich die Teilnehmerzahl an den meisten Maßnahmen deutlich zurückging. An Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung nahmen 2011 im Mittel 10 697 Personen und somit 20,7 Prozent weniger als im Jahr zuvor teil. Verminderte Fallzahlen wurden ebenfalls bei der Förderung abhängiger Beschäftigung verzeichnet, hier lag eine Abnahme um 20,1 Prozent auf 18 261 Fälle vor. Die zahlenmäßig stärkste Rolle spielten dabei die Eingliederungszuschüsse. Dieses Instrument unterstützt die Eingliederung von Arbeitnehmern mit Vermittlungshemmnissen. Das heißt, nach § 217 SGB III können Arbeitgeber, welche Arbeitnehmer beschäftigen, deren Vermittlung wegen in ihrer Person liegenden Umständen erschwert ist, Zuschüsse zu den Arbeitsentgelten erhalten. Leistungen zur Förderung der Selbstständigkeit erhielten 2011 im Jahres-

durchschnitt 8 543 Personen, 11,3 Prozent weniger als 2010. Bei den Gründungszuschüssen, auf die mit 7 808 Personen der größte Teil der Maßnahmen zu Förderung der Selbstständigkeit entfiel, war ein Rückgang um 8,9 Prozent zu verzeichnen. In Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II reduzierte sich die Zahl der Beschäftigten 2011 im Vergleich zu 2010 mit 48,4 Prozent besonders deutlich auf 16 244 Personen. Den zahlenmäßig stärksten Platz nahmen hier mit 13 572 Fällen die Arbeitsgelegenheiten der Mehraufwandsvariante (sogenannte Ein-Euro-Jobs) ein.

## Außenhandel<sup>3)</sup>

### Ausfuhr

Die Ausfuhr (Spezialhandel) aus Sachsen erreichte im Jahr 2011 den Rekordwert von 29,3 Milliarden € (vgl. Tab. 2 und Abb. 4). Der Zuwachs gegenüber 2010 betrug 18,5 Prozent und lag damit über dem Bundesdurchschnitt von 11,4 Prozent. Die Ausfuhrpreise stiegen dabei um 3,7 Prozent. [8] Im Verlauf des Jahres 2011 war bei den sächsischen Exporten eine nachlassende Dynamik zu verzeichnen, die sich zu Beginn des Jahres 2012 fortsetzte. Im ersten Quartal 2012 hat sich die Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 9,4 Prozent abgeschwächt.

Den größten Teil der Ausfuhr bildeten auch im Jahr 2011 die Güter der gewerblichen Wirtschaft. Hier stand ein Anstieg von 17,8 Prozent auf 27,8 Milliarden € zu Buche. Darunter waren Enderzeugnisse im Wert von 23,6 Milliarden €. Hervorzuheben sind hierbei die Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus mit einem Wert von insgesamt 12,9 Milliarden €. Deren Ausfuhr erhöhte sich im Vorjahresvergleich um ein Drittel. Der Export von Erzeugnissen des Maschinenbaus nahm um fast ein Fünftel auf 3,7 Milliarden € zu. Bei den elektrotechnischen Erzeugnissen lag indes ein neunprozentiger Rückgang auf 2,7 Milliarden € vor.

Mit Blick auf die wichtigsten Handelspartner zeigt sich exportseitig folgendes Bild. Die Position Chinas als Hauptabnehmerland hat sich weiter gefestigt. Die sächsischen Lieferungen an das asiatische Land legten gegenüber dem Vorjahr um gut zwei Drittel auf 3,9 Milliarden € zu. Auf dem 2. Platz folgten mit einem Warenwert von 2,1 Milliarden € die USA und Platz 3 belegte Frankreich mit 1,8 Milliarden €. Gegenüber 2010 wurden hier Zuwachsraten von 15,9 Prozent (USA) bzw. 17,1 Prozent (Frankreich) ausgewiesen. Bei den Lieferungen an die drei genannten führenden Handelspartner dominierten jeweils die Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus.

Tab. 1 Arbeitsmarkt<sup>1)</sup>

Merkmal	2011	2010	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
			2011	2010
			%	
<b>Arbeitslose (Personen)</b>	<b>226 848</b>	<b>253 142</b>	<b>-10,4</b>	<b>-8,9</b>
und zwar				
Frauen	106 367	116 548	-8,7	-9,0
Männer	120 481	136 594	-11,8	-8,7
im Alter von unter 20 Jahren	2 604	3 355	-22,4	-22,4
im Alter von unter 25 Jahren	20 736	25 962	-20,1	-17,6
im Alter von 50 Jahren und mehr	82 528	86 956	-5,1	-3,0
im Alter von 55 Jahren und mehr	50 271	51 905	-3,1	2,0
Ausländer	9 321	9 620	-3,1	-2,7
nachrichtlich: Langzeitarbeitslose	85 499	95 316	-10,3	x
<b>Arbeitslosenquote (Prozent)<sup>2)</sup></b>	<b>10,6</b>	<b>11,8</b>	<b>x</b>	<b>x</b>
Frauen	10,6	11,5	x	x
Männer	10,7	12,1	x	x
im Alter von unter 20 Jahren	5,0	5,3	x	x
im Alter von unter 25 Jahren	9,1	10,8	x	x
im Alter von 50 Jahren und mehr	13,0	14,2	x	x
im Alter von 55 Jahren und mehr	13,8	15,2	x	x
Ausländer	22,8	23,9	x	x
<b>Gemeldete Arbeitsstellen (Anzahl)</b>	<b>18 847</b>	<b>15 034</b>	<b>25,4</b>	<b>18,4</b>
<b>Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Instrumente</b>				
Berufliche Weiterbildung	10 697	13 495	-20,7	1,1
Förderung abhängiger Beschäftigung	18 261	22 854	-20,1	-5,7
darunter				
Eingliederungszuschüsse (einschl. § 421f,p SGB III)	11 985	15 583	-23,1	-11,2
Eingliederungszuschüsse für schwerbehinderte Menschen (einschl. § 421f SGB III)	1 256	1 326	-5,3	3,4
Förderung der Selbstständigkeit	8 543	9 630	-11,3	-10,0
darunter Gründungszuschüsse	7 808	8 569	-8,9	2,8
Arbeitsgelegenheiten nach § 16d SGB II	16 244	31 510	-48,4	-3,5
darunter Variante: Mehraufwand ("Ein-Euro-Jobs")	13 572	23 720	-42,8	-10,1
Kurzarbeiter	11 478	29 785	-61,5	-45,3

1) Jahresdurchschnittsangaben; Stand: Mai 2012

2) Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig u. geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige sowie Personen in Arbeitsgelegenheiten der Mehraufwandsvariante)

Quelle: Statistikangebot der Bundesagentur für Arbeit (BA)

### Einfuhr

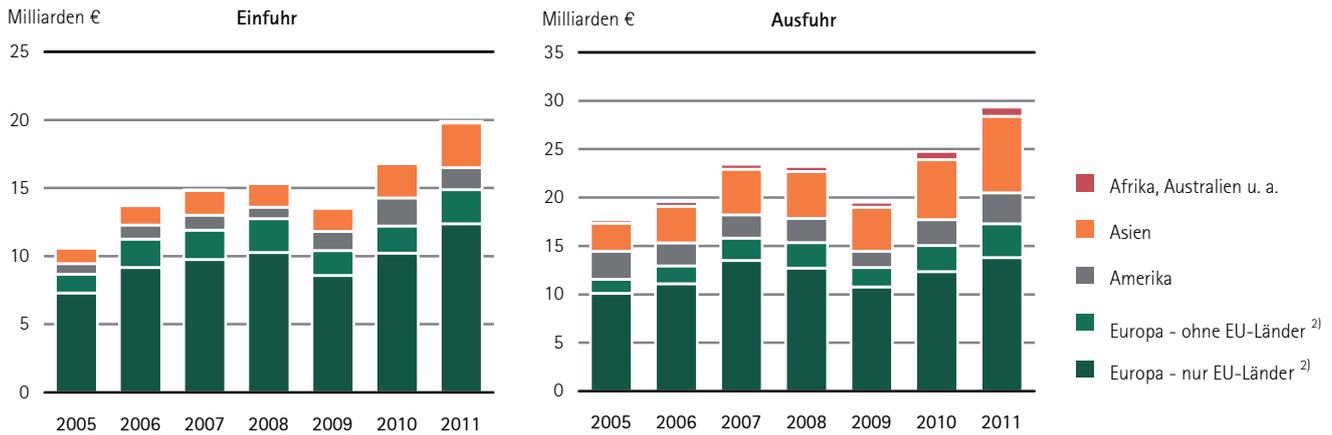
Auch die Einfuhr (Generalhandel) nach Sachsen erreichte 2011 mit insgesamt 19,9 Milliarden € ihren bisher höchsten Wert (vgl. Tab. 2 und Abb. 4). Im Vorjahresvergleich betrug die Zuwachsrate in Sachsen 17,7 Prozent, insgesamt stiegen die deutschen Importe um 13,2 Prozent. Der Index der Einfuhrpreise lag dabei um 8,0 Prozent über seinem Vorjahresstand. [8] Nachdem sich das Wachstum der sächsischen Einfuhr bereits im Verlauf des Jahres 2011 abgeflacht hatte, wurde im er-

sten Quartal 2012 im Vorjahresvergleich ein Minus von 3,7 Prozent verzeichnet.

Nach Warengruppen betrachtet konzentrierte sich der Außenhandel Sachsens auch bei der Einfuhr auf die Schwerpunkte, die bereits bei der Ausfuhr deutlich wurden. Die Güter der gewerblichen Wirtschaft bildeten im Jahr 2011 mit 17,6 Milliarden € den Hauptteil der sächsischen Importe, darunter waren Enderzeugnisse für 12,3 Milliarden €.

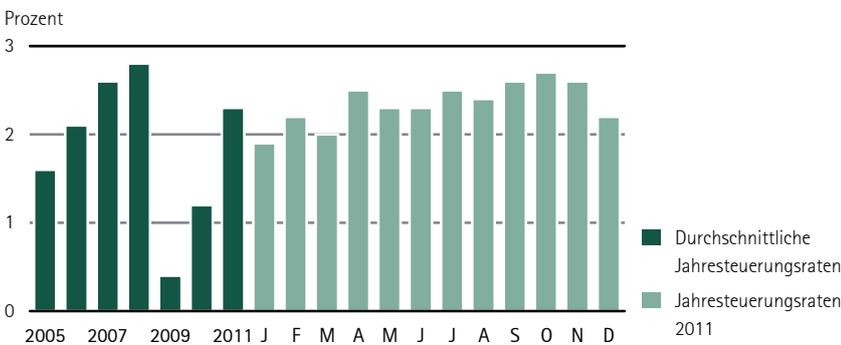
3) Alle Angaben zum Außenhandel sind vorläufig.

Abb. 4 Außenhandel 2005 bis 2011<sup>1)</sup> nach Kontinenten



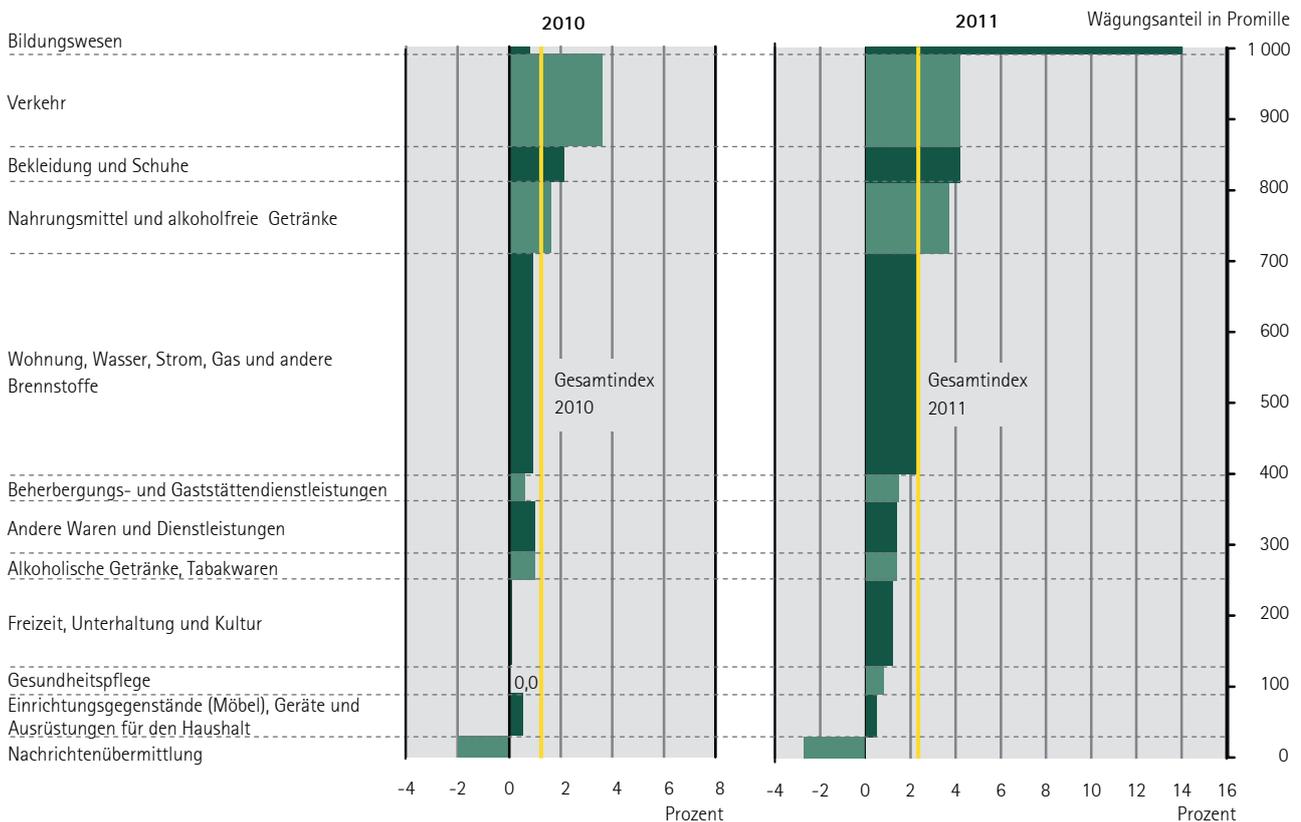
1) Jahr 2011 - vorläufige Ergebnisse  
2) EU-Länder - Beitrittsländer Stand 2010

Abb. 5 Teuerungsraten 2005 bis 2011



Den höchsten Stellenwert hatten dabei mit 3,7 Milliarden € die Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus. Deren Einfuhr erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 15,1 Prozent. Der Import von Erzeugnissen des Maschinenbaus stieg um knapp ein Drittel auf 2,8 Milliarden €. Bei den elektrotechnischen Erzeugnissen lag ein Anstieg um 16,8 Prozent auf 2,2 Milliarden € vor. Wichtigstes Herkunftsland sächsischer Importe war erneut die Tschechische Republik. Verglichen mit dem Vorjahr wurde hier eine Steigerung um 15,9 Prozent auf 3,0 Milliarden € ausgewiesen. Sachsen bezog aus sei-

Abb. 6 Verbraucherpreisindex (2005=100) - Jahresteuerraten 2010 und 2011 nach Hauptgruppen



Tab. 2 Außenhandel <sup>1)</sup>

Merkmal	2011	2010	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
			2011	2010
	Mill. €		%	
<b>Ausfuhr (Spezialhandel) <sup>2)</sup></b>	<b>29 325</b>	<b>24 743</b>	<b>18,5</b>	<b>26,9</b>
<b>nach Warengruppen</b>				
Ernährungswirtschaft	1 016	921	10,4	9,8
Gewerbliche Wirtschaft	27 760	23 574	17,8	27,7
darunter Enderzeugnisse	23 600	19 799	19,2	29,8
darunter				
Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus	12 876	9 659	33,3	66,0
Erzeugnisse des Maschinenbaus	3 690	3 099	19,1	8,6
Elektrotechnische Erzeugnisse	2 706	2 972	-9,0	12,1
<b>nach Ländern</b>				
EU-Länder <sup>3)</sup>	13 786	12 342	11,7	14,8
darunter				
Frankreich	1 755	1 499	17,1	25,6
Polen	1 522	1 330	14,4	10,8
Italien	1 516	1 362	11,3	11,0
Tschechische Republik	1 368	1 187	15,3	20,2
China	3 922	2 308	69,9	71,6
Vereinigte Staaten	2 145	1 850	15,9	65,0
Russische Föderation	1 216	718	69,4	37,9
<b>Einfuhr (Generalhandel) <sup>2)</sup></b>	<b>19 890</b>	<b>16 903</b>	<b>17,7</b>	<b>24,2</b>
<b>nach Warengruppen</b>				
Ernährungswirtschaft	1 015	982	3,4	4,9
Gewerbliche Wirtschaft	17 596	15 369	14,5	25,3
darunter				
Rohstoffe	1 510	1 116	35,2	2,9
darunter Erdöl und Erdgas	1 293	943	37,2	-1,2
Enderzeugnisse	12 324	10 999	12,0	27,0
darunter				
Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus	3 728	3 238	15,1	5,8
Erzeugnisse des Maschinenbaus	2 782	2 115	31,5	53,0
Elektrotechnische Erzeugnisse	2 159	1 849	16,8	48,4
<b>nach Ländern</b>				
EU-Länder <sup>3)</sup>	12 357	10 209	21,0	19,0
darunter				
Tschechische Republik	3 036	2 619	15,9	-0,7
Frankreich	1 275	939	35,7	32,3
Niederlande	1 232	856	43,9	39,7
Polen	1 203	989	21,6	5,7
Russische Föderation	1 594	1 271	25,4	8,0
Vereinigte Staaten	1 311	1 777	-26,2	42,3
Japan	1 268	911	39,1	63,3

1) 2011 vorläufige Angaben; Datenstand: März 2012

2) einschließlich Rückwaren, Ersatzlieferungen und nicht aufgliederbarer Handelswaren

3) EU-Länder – Beitrittsländer Stand 2010

nem Nachbarland in erster Linie Erzeugnisse des Kraftfahrzeugbaus. In der Rangliste der wichtigsten Importpartner folgte die Russische Föderation. Sachsen erhielt aus diesem Land Lieferungen im Wert von 1,6 Milliar-

den €, gut ein Viertel mehr als ein Jahr zuvor. An der Spitze der Einfuhrgüter aus der Russischen Föderation standen Erdöl und Erdgas. Platz 3 unter den Ursprungsländern belegten mit einem Warenwert von 1,3 Milliarden € die

USA. Verglichen mit dem Vorjahr ging die Einfuhr aus diesem Land um 26,2 Prozent zurück. Den Großteil der Lieferungen aus den USA bildeten Erzeugnisse des Maschinenbaus.

## Preisentwicklung

### Verbraucherpreise

Im Jahr 2011 betrug die durchschnittliche Jahresteuierung in Sachsen 2,3 Prozent. Sie war damit fast doppelt so hoch wie 2010 (vgl. Abb. 5). Die Entwicklung in Sachsen entsprach dem gesamtdeutschen Trend.

Im Januar 2011 war noch eine Teuerungsrate von 1,9 Prozent zu verzeichnen. Im weiteren Verlauf des Jahres 2011 lag die Teuerungsrate in Sachsen stets bei mindestens 2,0 Prozent. Dies setzte sich auch in den ersten Monaten 2012 fort. Im Mai wurde mit 1,9 Prozent erstmals wieder eine Jahresteuierungsrate unter der Zwei-Prozent-Marke ausgewiesen.

Innerhalb der Gütergruppen entwickelte sich das Preisniveau 2011 unterschiedlich (vgl. Abb. 6). Eine besonders deutliche Teuerung verzeichnete der Bereich „Bildungswesen“. Hier erhöhten sich die Preise im Durchschnitt um 14,0 Prozent. Ursache dafür war der Wegfall des kostenlosen Vorschuljahres. In den Bereichen „Bekleidung und Schuhe“ sowie „Verkehr“ betrug die Teuerung jeweils 4,2 Prozent. Deutlich preisintensiver wurden dabei mit 11,1 Prozent die Kraftstoffe. „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ wiesen um 3,7 Prozent höhere Preise auf. So mussten die Verbraucher beispielsweise für alkoholfreie Getränke 9,3 Prozent und für Obst 4,1 Prozent mehr bezahlen als im Vorjahr. In der Hauptgruppe „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ – dem Bereich, welcher mit dem höchsten Wägungsanteil in den Gesamtindex eingeht – stieg das Preisniveau 2011 gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Prozent. Ein enormer Anstieg wurde hier mit 24,1 Prozent bei Heizöl verzeichnet. Bei den Wohnungsnettomieten hingegen verlief die Teuerung mit 0,4 Prozent vergleichsweise moderat. Verbraucherfreundlich zeigt sich bereits über einen längeren Zeitraum der Bereich „Nachrichtenübermittlung“ mit deutlichen Preissenkungen für die Konsumenten – 2011 lag hier das Preisniveau um 2,7 Prozent unter dem des Vorjahres.

### Baupreise

Die Baupreise in Sachsen erhöhten sich im Jahresmittel 2011 bei allen Bauwerksarten (vgl. Tab. 3). Diese Entwicklung setzte sich auch im ersten Quartal 2012 fort. Am stärksten verteuerten sich gewerbliche Betriebsgebäude mit einem Preisanstieg von 4,4 Prozent im Jahresdurchschnitt 2011 gegenüber 2010. Die Preise für Bürogebäude lagen um

4,1 Prozent über dem Vorjahreswert. Der Neubau von Wohngebäuden verteuerte sich um 3,8 Prozent. Beim Bau von Gebäuden legten jeweils die Preise für Ausbauarbeiten stärker zu als die für Rohbauarbeiten. Im Straßenbau insgesamt lagen die Preise im Jahresdurchschnitt 2011 um 3,5 Prozent über dem Vorjahreswert. Ebenfalls ein Anstieg des Preisniveaus ist bei Brücken im Straßenbau um 3,2 Prozent sowie bei Ortskanälen um 2,2 Prozent zu verzeichnen.

## Gewerbeanzeigen und Insolvenzen

### Gewerbeanzeigen

Bei den sächsischen Gewerbeämtern erfolgten im Jahr 2011 insgesamt 36 331 Gewerbeanmeldungen und 33 220 Gewerbeabmeldungen. Dies waren 4,9 Prozent bzw. 4,2 Prozent weniger als 2010 (vgl. Tab. 4 und Abb. 7). Zu Jahresbeginn 2012 setzte sich die rückläufige Entwicklung fort. Die 8 630 Gewerbeanmeldungen des ersten Quartals 2012 bedeuten ein Minus von knapp einem Zehntel im Vorjahresvergleich. Die Abmeldungen verringerten sich um 2,1 Prozent auf 9 053 Fälle. Deutschlandweit hat im Jahresvergleich 2011 zu 2010 die Zahl der Gewerbeanmeldungen um 4,8 Pro-

Tab. 3 Preisindizes für Bauwerke (Neubau) <sup>1)</sup>

Merkmal	2011	2010	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
			2011	2010
	2005 = 100		%	
Wohngebäude	118,4	114,1	3,8	1,1
Rohbauarbeiten	116,4	112,6	3,4	0,7
Ausbauarbeiten	120,1	115,5	4,0	1,6
Bürogebäude	120,3	115,6	4,1	1,6
Gewerbliche Betriebsgebäude	121,2	116,1	4,4	1,2
Straßenbau	120,2	116,1	3,5	-0,3
Brücken im Straßenbau	117,7	114,0	3,2	0,6
Ortskanäle	118,3	115,8	2,2	1,5

1) Jahresdurchschnittsangaben

zent abgenommen, während die Abmeldungen mit 0,2 Prozent leicht anstiegen. [9] Nach Wirtschaftsabschnitten betrachtet, betraf der Großteil aller Gewerbeanmeldungen in Sachsen auch im Jahr 2011 den Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen). Der Vorjahresvergleich ergab hier einen Rückgang um 7,2 Prozent auf 8 022 Fälle. Auf den Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ entfiel mit 5 729 Fällen die zweithöchste Zahl

aller Anmeldungen. Gegenüber 2010 trat hier eine Verringerung um 7,3 Prozent ein. Zu diesem Bereich zählen u. a. die Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen; die Gebäudebetreuung, Garten- und Landschaftsbau sowie die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften. Eine Zunahme wurde indes für das Baugewerbe ausgewiesen. Mit 5 072 Gewerbeanmeldungen waren dies 4,9 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Tab. 4 Gewerbeanzeigen 2010 und 2011 nach Wirtschaftsbereichen <sup>1)</sup>

Merkmal	Gewerbeanmeldungen				Gewerbeabmeldungen			
	2011	2010	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		2011	2010	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
			2011	2010			2011	2010
	Anzahl		%		Anzahl		%	
<b>Insgesamt</b>	<b>36 331</b>	<b>38 200</b>	<b>-4,9</b>	<b>-1,1</b>	<b>33 220</b>	<b>34 661</b>	<b>-4,2</b>	<b>-1,2</b>
davon								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	209	196	6,6	-21,0	146	168	-13,1	-17,2
Verarbeitendes Gewerbe	1 288	1 254	2,7	-7,6	1 221	1 287	-5,1	-7,8
Baugewerbe	5 072	4 834	4,9	2,0	4 680	4 140	13,0	3,4
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	8 022	8 644	-7,2	-7,8	8 918	9 379	-4,9	-7,3
Verkehr und Lagerei	796	853	-6,7	-3,2	975	1 192	-18,2	2,7
Gastgewerbe	2 613	2 626	-0,5	-8,7	2 719	2 741	-0,8	-0,3
Information und Kommunikation	1 319	1 389	-5,0	0,2	1 022	1 089	-6,2	11,5
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1 325	1 496	-11,4	-8,9	1 876	2 339	-19,8	-12,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	805	791	1,8	3,4	726	735	-1,2	-1,7
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	3 150	3 213	-2,0	-6,0	2 567	2 943	-12,8	4,6
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	5 729	6 178	-7,3	7,5	4 545	4 829	-5,9	4,1
Kunst, Unterhaltung und Erholung	726	824	-11,9	-6,5	588	626	-6,1	1,5
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	3 049	3 219	-5,3	6,1	2 197	2 081	5,6	2,5
übrige Wirtschaftsbereiche	2 228	2 683	-17,0	17,6	1 040	1 112	-6,5	16,1

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)

Auch bei den Abmeldungen betraf der Großteil aller Gewerbeanzeigen den Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen). Verglichen mit dem Vorjahr trat hier ein Rückgang um 4,9 Prozent auf 8 918 Fälle ein. Im Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ verringerte sich die Zahl der abgemeldeten Gewerbe um 5,9 Prozent auf 4 545. Dagegen lag im Baugewerbe ein 13-prozentiger Anstieg auf 4 680 Fälle vor. Das Verhältnis von An- und Abmeldungen blieb im Jahr 2011 mit 100 zu 91 gegenüber dem Vorjahr unverändert, war in den einzelnen Wirtschaftszweigen jedoch unterschiedlich. So wurde beispielsweise für den Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen) ein Verhältnis von 100 zu 111 ermittelt, im Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ betrug es 100 zu 79 und im Baugewerbe 100 zu 92.

### Insolvenzen

Im Jahr 2011 wurden in Sachsen insgesamt 7 764 Insolvenzverfahren gemeldet. [10] Dies waren 948 Verfahren bzw. 10,9 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Damit wurde der bisher deutlichste Rückgang verzeichnet. Auch zu Beginn 2012 setzte sich diese Entwicklung fort. Eine vergleichbare Abnahme der Zahl der Insolvenzverfahren hatte es mit 10,1 Prozent lediglich im Jahr 2008 gegenüber 2007 gegeben. In den anderen Jahren nahm deren Anzahl stets zu. So hatte sich 2010 die Zahl der Insolvenzen

noch um 0,9 Prozent erhöht. Deutschlandweit war im Jahr 2011 ein Rückgang der Insolvenzen um 5,4 Prozent zu verzeichnen.

In Sachsen sank die Verfahrenszahl 2011 für Private Personen und Nachlässe um 11,7 Prozent auf 6 177 Fälle. Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen verringerte sich um 7,4 Prozent auf 1 587 Fälle. Bei Betrachtung der Wirtschaftsbereiche waren auch 2011 mit 341 die meisten Fälle im Baugewerbe zu verzeichnen. Nach einer kräftigen Abnahme 2010 blieb die Zahl der Insolvenzen hier nahezu unverändert. Am zweitstärksten betroffen war der Bereich „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit 246 Fällen. Hier war jedoch ein Rückgang um 14,9 Prozent gegenüber 2010 zu verzeichnen. Im Verarbeitenden Gewerbe wurden mit 129 Insolvenzen sogar 19,4 Prozent weniger als im Vorjahr gemeldet.

Der Anteil der eröffneten Verfahren an den Insolvenzen insgesamt lag mit 6 742 Fällen bei fast 87 Prozent. Mangels Masse abgewiesen wurden 1 000 Verfahren bzw. knapp 13 Prozent. Wie schon in den Vorjahren spielten Schuldenbereinigungspläne nur eine untergeordnete Rolle.

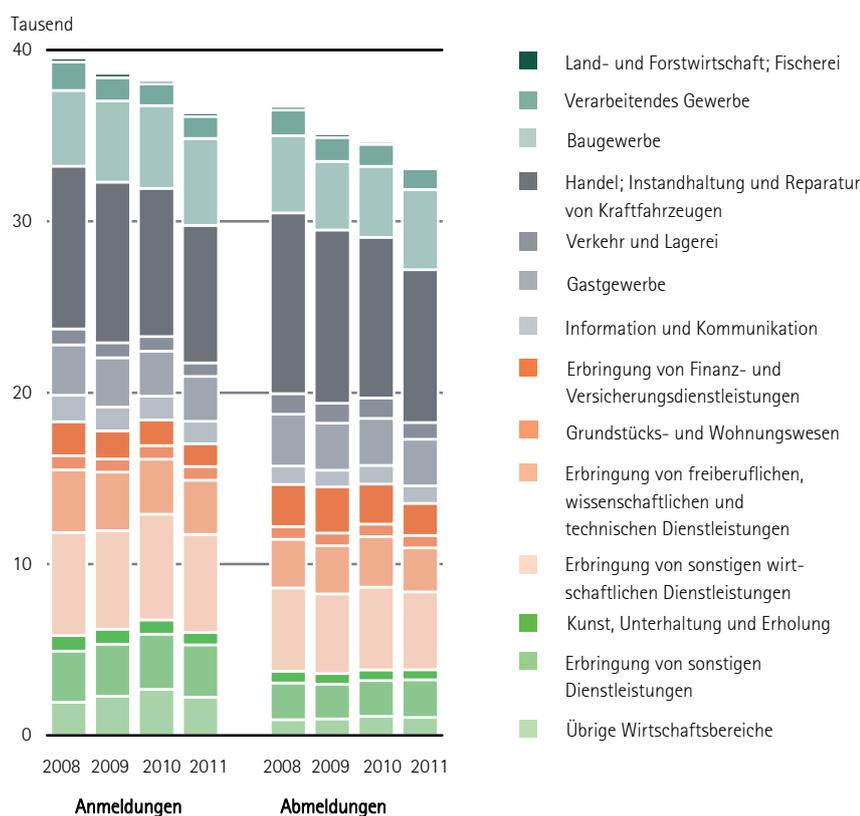
Leonore Hesse, Dipl.-Ökon., Referentin Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit  
Carola Hoffmann, Dipl.-Math., Referentin Wirtschaftsbeobachtung, Konjunkturanalyse und Arbeitsmarkt

Heike Matticzki, Dipl.-Ökon., Fachverantwortliche Wirtschaftsbeobachtung, Konjunkturanalyse und Arbeitsmarkt  
Dr. Andreas Oettel, Referent Gesamtwirtschaftliche Analysen  
Dr. Wolf-Dietmar Speich, Referatsleiter Wirtschaftsanalysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen  
Roman Straube, Dipl.-Volksw., Wissenschaftlicher Mitarbeiter Gesamtwirtschaftliche Analysen

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Zuletzt: L. Hesse, C. Hoffmann, H. Matticzki, A. Oettel, W.-D. Speich u. R. Straube: Wirtschaftsentwicklung 2010 in Sachsen. In: Statistik in Sachsen, 3/2011, S. 2 - 15.
- [2] Vgl. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis 2011, Veröffentlichung des AK VGRdL, Reihe 1, Band 1 sowie Arbeitnehmerentgelte, Bruttolöhne und -gehälter in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis 2011, Veröffentlichung des AK VGRdL, Reihe 1, Band 2. URL: [http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis\\_VGR/ergebnisse.asp?lang=DE#LA-GDP](http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/ergebnisse.asp?lang=DE#LA-GDP) [Abruf vom 05.07.2012].
- [3] Vgl. Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2011, Veröffentlichung des AK ETR, Reihe 1, Band 1 und Arbeitsvolumen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis 2011, Veröffentlichung des AK ETR. URL: <http://aketr.de/index.php/veroeffentlichungen.html> [Abruf vom 02.07.2012].
- [4] Wirtschaft in Sachsen. Ergebnisse der amtlichen Statistik 2011. Statistischer Bericht, Z I 2 - j/11, Kamenz 2012.
- [5] Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Freistaat Sachsen 2011. Statistischer Bericht, E I 3 - j/11, Kamenz 2012.
- [6] Branchenreport Industrie. Industrie in Sachsen 1990 bis 2011. Statistischer Bericht, E I 9 - j/11, Kamenz 2012.
- [7] Oettel, A.: Das Baugewerbe im Jahr 2011. In: Statistik in Sachsen, 2/2012, S. 10 - 17.
- [8] Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes zu den Außenhandelspreisen vom 27. Januar 2012. Unter: [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/01/PD12\\_029\\_614.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/01/PD12_029_614.html)
- [9] Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes zu den Gewerbeanzeigen vom 29. März 2012. Unter: [https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/03/PD12\\_116\\_52311.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/03/PD12_116_52311.html)
- [10] Vgl. Sondermann, A.: Insolvenzen in Sachsen 2011. In: Statistik in Sachsen, 3/2012, S. 18 - 23.

Abb. 7 Gewerbeanzeigen 2008 bis 2011 nach Wirtschaftsbereichen<sup>1)</sup>



# Das Verarbeitende Gewerbe<sup>1)</sup> Sachsens 2011

## Vorbemerkungen

Im Blickpunkt dieser jährlichen Betrachtungen steht der Teil der sächsischen Wirtschaft, der traditionell als Industrie bezeichnet wird. Er umfasst die Abschnitte B (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) und C (Verarbeitendes Gewerbe) der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). [1]

Die Befragung der Betriebe der genannten Bereiche erfolgt im Rahmen des „Monatsberichtes für Betriebe“ (Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen) [2] sowie im Rahmen des „Jahresberichtes für Betriebe“ (Betriebe mit im Allgemeinen 20 bis 49 tätigen Personen). [3] Die aus beiden Erhebungen zum Jahresergebnis für die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus

und der Gewinnung von Steinen und Erden zusammengeführten Angaben dienen einerseits zur mittelfristigen Beurteilung der konjunkturellen Lage, decken andererseits aber ebenso den Informationsbedarf zu den strukturellen Veränderungen (regional sowie sektoral). Die Angaben beziehen sich, wenn nicht gesondert Bezug auf Monatsdaten genommen wird, auf Jahreswerte der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen<sup>2)</sup>.

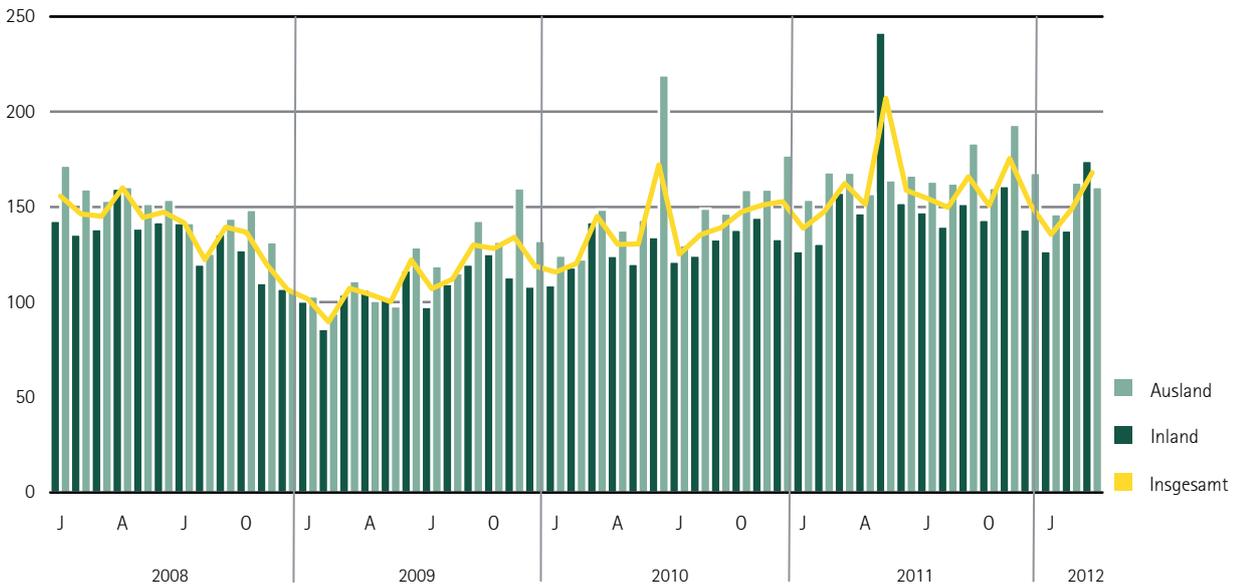
Rechtsgrundlagen der Erhebungen sind das Bundesstatistikgesetz (BStatG) [4] sowie das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der jeweils gültigen Fassung. [5]

## Globale wirtschaftliche Entwicklung und schwelende Euroschuldenkrise dämpften Belegung der Nachfrage aus dem Ausland

Die nachfolgende einleitende Betrachtung zur konjunkturellen Entwicklung im Jahr 2011

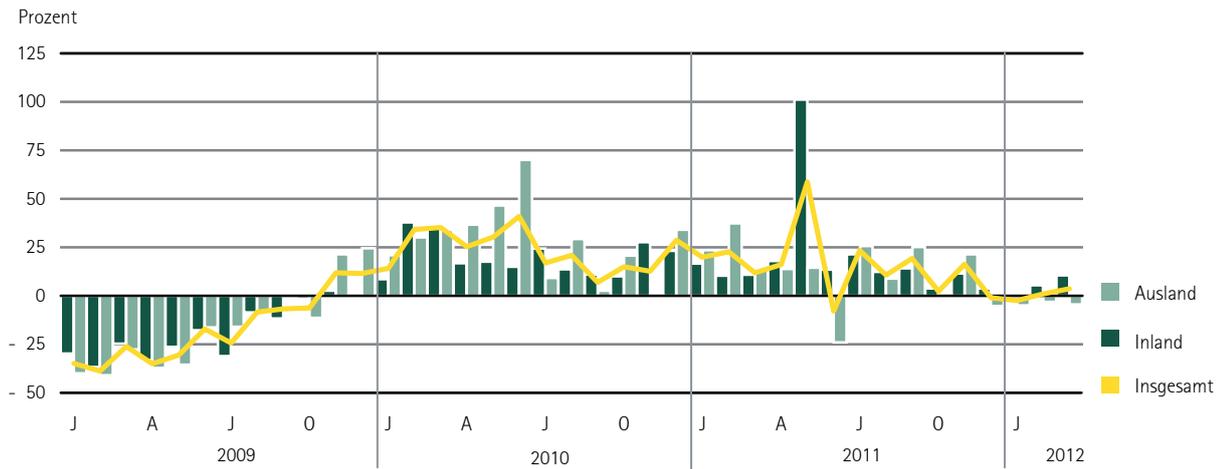
- 1) Wenn nicht ausdrücklich zwischen den Abschnitten „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ und „Verarbeitendes Gewerbe“ unterschieden wird, schließt der Gebrauch der Bezeichnung „Verarbeitendes Gewerbe“ den Sektor „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ mit ein.
- 2) Im Rahmen der Betriebserhebungen des Bergbaus, der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes werden in der Regel Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen befragt. Das heißt, im Falle von Einbetriebsunternehmen haben die befragten Betriebe eine Mindestgröße von 20 tätigen Personen. Ausnahmen gibt es nur in einigen wenigen Wirtschaftszweigen (vgl. dazu [3]). Im Falle von Mehrbetriebsunternehmen gilt die Abschneidegrenze von 20 tätigen Personen für das Unternehmen insgesamt, so dass deren Betriebe weniger als 20 tätige Personen haben können. Die große Zahl der kleineren Einbetriebsunternehmen mit weniger als 20 tätigen Personen ist in diese Statistiken nicht einbezogen.

Abb. 1 Auftragseingangindex<sup>1)</sup> im Verarbeitenden Gewerbe Januar 2008 bis März 2012 (Wertindex 2005 = 100)



1) preisbereinigte und kalendermonatliche Darstellung

Abb. 2 Auftragseingangindex im Verarbeitenden Gewerbe Januar 2009 bis März 2012  
Veränderung zum Vorjahresmonat



Tab. 1 Betriebe, tätige Personen, Entgelte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens 2011

WZ 2008	Wirtschaftszweig	Betriebe <sup>1)</sup>	Tätige Personen <sup>1)</sup>	Entgelte	Umsatz		
					insgesamt	Inland	Ausland
		Anzahl	Millionen €				
05	Kohlenbergbau	2	.	.	.	.	.
08	Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau	75	1 703	48	307	276	31
09	Erbr. v. Dienstl. f. d. Bergbau u. f. d. Gew. v. Steinen u. Erden	1	.	.	.	.	.
<b>B</b>	<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>78</b>	<b>3 454</b>	<b>129</b>	<b>788</b>	<b>757</b>	<b>31</b>
10	H. v. Nahrungs- u. Futtermitteln	341	17 397	349	5 902	5 335	567
11	Getränkeherstellung	28	2 218	70	856	.	.
12	Tabakverarbeitung	1	.	.	.	.	.
13	H. v. Textilien	110	8 140	169	1 015	653	361
14	H. v. Bekleidung	34	.	.	.	.	.
15	H. v. Leder, Lederwaren u. Schuhen	9	.	.	.	.	.
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	93	4 847	96	1 083	744	339
17	H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus	63	6 468	190	1 627	962	665
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielf. bespielter Tonträger usw.	74	6 198	157	760	595	165
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	69	8 860	349	2 778	1 155	1 623
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	22	2 976	111	624	.	.
22	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	160	12 821	305	1 986	1 572	414
23	H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	228	11 312	307	1 970	1 594	376
24	Metallerzeugung u. -bearbeitung	72	10 154	318	3 147	2 325	822
25	H. v. Metallerzeugnissen	549	38 373	972	5 023	4 150	873
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	104	16 131	603	4 326	1 978	2 348
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	139	14 354	414	2 219	1 611	608
28	Maschinenbau	376	37 566	1 238	6 991	3 708	3 283
29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	108	26 336	995	15 262	7 212	8 050
30	Sonstiger Fahrzeugbau	19	5 120	198	774	495	279
31	H. v. Möbeln	62	3 979	86	553	428	125
32	H. v. sonst. Waren	115	6 107	131	566	421	145
33	Rep. und Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen	178	9 609	337	1 508	1 291	217
<b>C</b>	<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>2 954</b>	<b>251 943</b>	<b>7 462</b>	<b>60 101</b>	<b>38 338</b>	<b>21 763</b>
	<b>Insgesamt</b>	<b>3 032</b>	<b>255 397</b>	<b>7 590</b>	<b>60 889</b>	<b>39 095</b>	<b>21 794</b>

1) Stand Ende September

anhand der unterjährigen Entwicklung beim Auftragseingang bezieht sich auf Angaben der Betriebe aus dem Monatsberichts-kreis (Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen). Auch in der sächsischen Industrie gewann die konjunkturelle Entwicklung nach dem krisenbedingten Abschwung im Jahr 2009 in den beiden Folgejahren rasch wieder an Schwung. Die Nachhaltigkeit des wirtschaftlichen Aufschwungs wurde jedoch merklich durch die globalen wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen sowie durch die fort-dauernden Finanzprobleme im Eurowährungsraum beeinträchtigt. Erste Auswirkungen davon waren auch in der sächsischen Industrie Ende 2011 nicht zu übersehen. So ließen sich bei der Betrachtung der Entwicklung der Auf-tragseingänge der Industrie bereits im zwei-ten Halbjahr 2011 Anzeichen einer Dämpfung bei der Nachfrage aus dem Ausland erkennen. Diese Entwicklung setzte sich auch im Ver-

lauf des ersten Quartals 2012 fort (vgl. Abb. 1 und Abb. 2).

Die Auftragseingänge der sächsischen Indus-triebetriebe stiegen im Vergleich zum Jahr 2010 nominal um 11,9 Prozent (2010 gegen-über 2009: 29,7 Prozent). Während die Bestel-lungen aus dem Inland im Jahresdurchschnitt 2011 wiederum um ein Fünftel (20,3 Prozent) zunahmen, entwickelte sich die Nachfrage aus dem Ausland erkennbar verhaltener als im Jahr zuvor und legte im Jahresdurchschnitt nominal nur um 3,1 Prozent zu. Beeinflusst war diese Entwicklung durch eine global schwierige Finanz- und Wirtschaftslage, die Order aus dem nicht zur Eurozone gehören-den Ausland blieben nominal um 4,0 Prozent hinter der im Vorjahr notierten Größenord-nung zurück. Aber auch die im Eurowäh-rungsraum schwebende Schuldenkrise wirkte sich dämpfend auf die aus den zur Eurozone gehörenden Ländern eingehenden Bestellun-

gen aus (Orderzuwachs 2011 gegenüber 2010: 14,3 Prozent, 2010 gegenüber 2009: 17,3 Pro-zent). Bereits zum Ende des zurückliegenden Jahres verlor damit die Entwicklung beim Auf-tragseingang aus dem Ausland erkennbar an Dynamik. Insgesamt kamen 45,1 Prozent des Auftragsvolumens im Jahr 2011 aus dem Aus-land. Im Jahr zuvor lag der Anteil der Order aus dem Ausland noch bei 49,0 Prozent (2009: 46,0 Prozent, 2008: 45,4 Prozent).

### Industrie auch 2011 mit zweistelligem Umsatzplus gegenüber dem Vorjahr

Mit einem Umsatzzuwachs um 11,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2010: 12,4 Prozent) partizipierte die sächsische Industrie (Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) auch weiterhin an der seit 2010 nachvollziehbaren konjunkturellen Belebung. Von den 3 032 be-

**Tab. 2 Betriebe, tätige Personen, Entgelte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden Sachsens – Veränderungen gegenüber 2010 (in Prozent)**

WZ 2008	Wirtschaftszweig	Betriebe <sup>1)</sup>	Tätige Personen <sup>1)</sup>	Entgelte	Umsatz		
					insgesamt	Inland	Ausland
05	Kohlenbergbau	-	.	.	.	.	.
08	Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau	-2,6	.	.	.	.	.
09	Erbr. v. Dienstl. f. d. Bergbau u. f. d. Gew. v. Steinen u. Erden	x	x	x	x	x	x
<b>B</b>	<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	<b>-1,3</b>	<b>4,2</b>	<b>4,8</b>	<b>10,9</b>	<b>10,9</b>	<b>11,0</b>
10	H. v. Nahrungs- u. Futtermitteln	7,6	3,4	6,5	8,6	7,7	18,0
11	Getränkeherstellung	12,0	2,6	2,3	-0,5	.	.
12	Tabakverarbeitung	-	.	.	.	.	.
13	H. v. Textilien	-	0,3	3,8	3,8	-1,4	14,9
14	H. v. Bekleidung	-5,6	.	.	.	.	.
15	H. v. Leder, Lederwaren u. Schuhen	12,5	.	.	.	.	.
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel)	10,7	9,1	12,1	5,5	9,3	-2,1
17	H. v. Papier, Pappe u. Waren daraus	3,3	1,6	4,9	9,7	12,9	5,4
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielf. bespielter Tonträger usw.	1,4	4,8	3,7	9,7	7,1	20,0
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	11,3	10,6	18,4	6,2	11,1	3,0
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	10,0	7,6	6,9	5,6	.	.
22	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	3,2	8,6	12,0	14,0	13,2	16,8
23	H. v. Glas u. Glaswaren, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	1,8	0,7	5,2	11,4	13,4	3,7
24	Metallerzeugung u. -bearbeitung	4,3	7,5	11,6	24,6	24,1	25,9
25	H. v. Metallerzeugnissen	3,0	6,5	11,6	16,6	16,2	18,5
26	H. v. DV-Geräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	1,0	10,4	15,5	18,7	6,9	30,7
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	3,0	11,8	16,3	17,8	26,5	-0,2
28	Maschinenbau	4,4	8,5	12,6	19,8	21,8	17,7
29	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	-2,7	6,9	13,6	10,7	6,1	15,2
30	Sonstiger Fahrzeugbau	11,8	7,5	8,2	-5,6	-16,0	20,8
31	H. v. Möbeln	6,9	8,7	10,2	20,6	21,0	19,0
32	H. v. sonst. Waren	-3,4	0,1	5,6	1,4	0,0	5,5
33	Rep. und Installation v. Maschinen u. Ausrüstungen	2,3	0,9	6,3	13,7	14,7	8,2
<b>C</b>	<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>3,5</b>	<b>6,4</b>	<b>11,1</b>	<b>11,9</b>	<b>10,2</b>	<b>15,1</b>
	<b>Insgesamt</b>	<b>3,3</b>	<b>6,3</b>	<b>11,0</b>	<b>11,9</b>	<b>10,2</b>	<b>15,1</b>

1) Stand Ende September

richtspflichtigen Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes Sachsens wurde im Jahr 2011 ein Gesamtumsatz in Höhe von 60,9 Milliarden € erwirtschaftet. Damit wurden Waren und Leistungen im Wert von rund 6,5 Milliarden € mehr umgesetzt als im Jahr zuvor. Im selben Zeitraum konnte das Geschäft im Inland um 10,2 Prozent ausgeweitet werden und entwickelte sich damit etwas dynamischer als im Jahr zuvor (2010: 9,4 Prozent). Auch beim Geschäft mit ausländischen Kunden konnte mit 15,1 Prozent erneut ein beachtliches Umsatzplus erzielt werden, die Entwicklung verlor im Vergleich zum Vorjahr damit allerdings leicht an Schwung (2010: 18,3 Prozent).

### Belebung das zweite Jahr in Folge fast ausnahmslos über alle Branchen hinweg feststellbar

Mit Ausnahme der Bereiche Sonstiger Fahrzeugbau (-5,6 Prozent) und Getränkeherstellung (-0,5 Prozent), für die beim Vorjahresvergleich ein leichtes Umsatzminus konstatiert werden musste, konnte von allen anderen Wirtschaftszweigen ein mehr oder weniger deutlicher Umsatzzuwachs gegenüber 2010 erwirtschaftet werden. Während Branchen wie Metallerzeugung und -bearbeitung mit 24,6 Prozent (2010: 36,0 Prozent), Herstellung von elektrischen Ausrüstungen mit 17,8 Prozent (2010: 22,5 Prozent) sowie Herstellung von Metallerzeugnissen mit 16,6

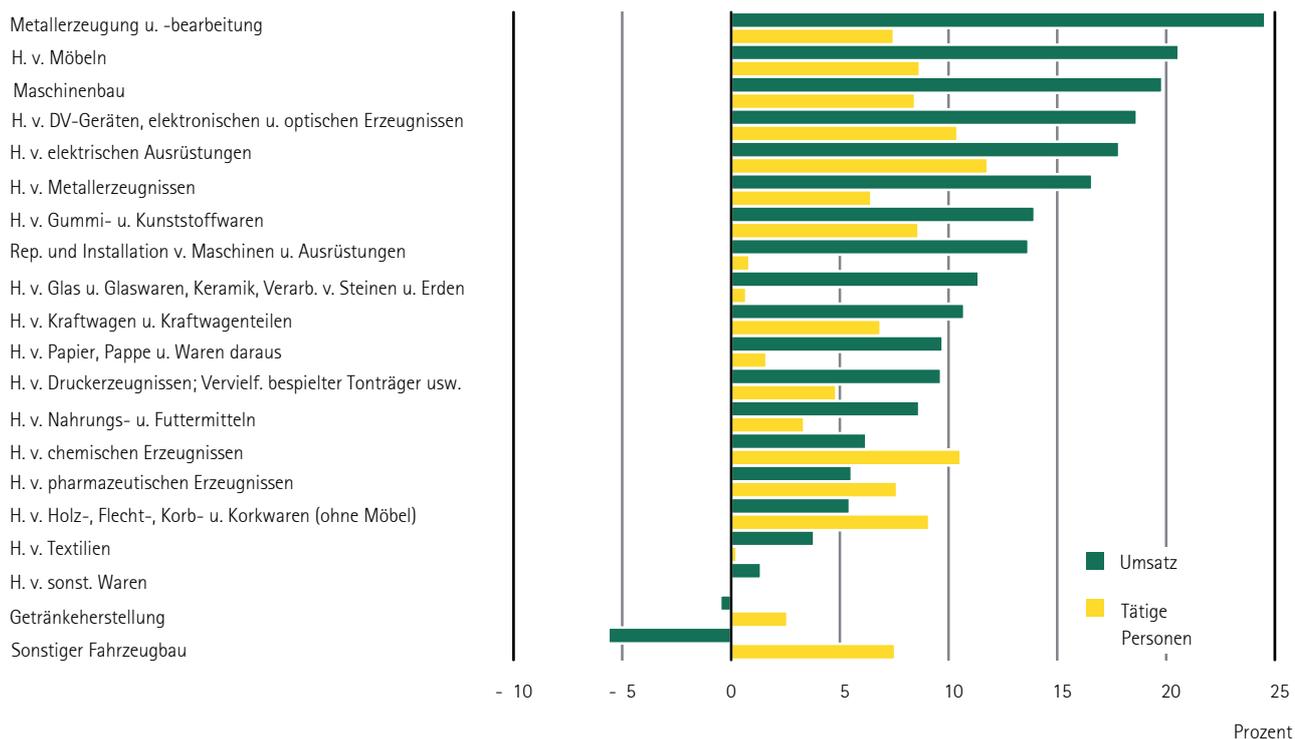
Prozent (2010: 10,3 Prozent) das zweite Jahr in Folge mit zweistelligen Umsatzsteigerungen aufwarten konnten, partizipierten Wirtschaftszweige wie u. a. der Bereich Herstellung von Möbeln mit 20,6 Prozent (2010: -3,8 Prozent), der Maschinenbau mit 19,8 Prozent (2010: 4,2 Prozent), der Bereich Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen mit 18,7 Prozent (2010: 6,7 Prozent) erst im Jahr 2011 augenfällig am konjunkturellen Aufschwung. Auch von den übrigen Branchen konnten die aus dem Vorjahr zu Buche stehenden Umsatzkennzahlen übertroffen werden, die wirtschaftliche Belebung vollzog sich hier jedoch moderater (vgl. Tab. 1, Tab. 2 und Abb. 3).

### Die fünf führenden Wirtschaftszweige in Sachsen

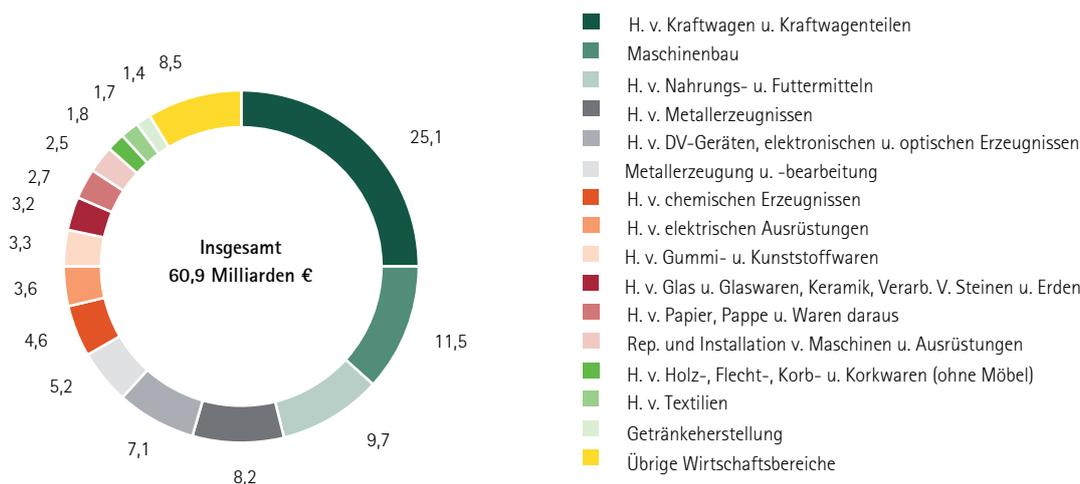
Der Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erwies sich mit einem Jahresumsatz von rund 15,3 Milliarden € auch 2011 wieder als umsatzstärkste Industriebranche Sachsens. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen konnten Erzeugnisse im Wert von fast 1,5 Milliarden € bzw. 10,7 Prozent mehr umsetzen als im Jahr zuvor und steuerten damit ein Viertel (25,1 Prozent) zum Industrieumsatz Sachsens bei (2010: 25,3 Prozent, 2009: 22,1 Prozent). Als tragende Säule der Entwicklung erwies sich in dieser Sparte einmal mehr das Geschäft mit ausländischen Kunden. Der Umfang der

Exporte übertraf das Ergebnis aus dem Vorjahr um 15,2 Prozent. Der Anteil allein dieser Branche an den Exporten der sächsischen Industrie belief sich wie auch im Jahr zuvor auf 36,9 Prozent. Mit einem Gesamtumsatz von knapp 7,0 Milliarden € belegte mit deutlichem Abstand zum Spitzenreiter der Maschinenbau wiederum Rang zwei. Die sich fortsetzende konjunkturelle Belebung ließ auch die Investitionsbereitschaft in den anderen Wirtschaftszweigen wieder anwachsen, so dass die Maschinen- und Anlagenbauer im Jahr 2011 deutlicher als im Jahr zuvor am wirtschaftlichen Aufschwung partizipieren konnten. Mit einem Umsatzzuwachs um rund 1,2 Milliarden € bzw. 19,8 Prozent festigte die Branche ihre Platzierung aus dem Vorjahr und steuerte 2011 damit einen Anteil von 11,5 Prozent zum sächsischen Industrieumsatz bei (2010: 10,7 Prozent). Mit Geschäften im Wert von rund 5,9 Milliarden € erzielte der Bereich Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln ein Umsatzplus um 8,6 Prozent und beanspruchte bei dieser Betrachtung damit den dritten Rang für sich. Im Vergleich zum Vorjahr vergrößerte sich der Abstand zum Zweitplatzierten auf Grund der dynamischeren Entwicklung im Maschinenbau jedoch erkennbar. Der Anteil der Branche am Industrieumsatz belief sich 2011 auf 9,7 Prozent (2010: 10,0 Prozent). Von den Betrieben im Bereich Herstellung von Metallerzeugnissen wurde ein Jahresergebnis von gut 5,0 Milliarden € erwirtschaftet, rund 715 Millionen € mehr als im Jahr zuvor. Die

Abb. 3 Tätige Personen und Umsatz in ausgewählten Branchen der sächsischen Industrie 2011  
Veränderung gegenüber 2010



**Abb. 4 Branchenstruktur der sächsischen Industrie nach Umsatzanteilen 2011 in Prozent**



Branche verbuchte damit gegenüber 2010 ein Umsatzzuwachs um 16,6 Prozent und steuerte mit einem Anteil von 8,2 Prozent 0,3 Prozentpunkte mehr zum Industrieumsatz bei als vor Jahresfrist. Platz fünf belegte mit reichlich 4,3 Milliarden € der Bereich Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen. Der Wirtschaftszweig, der sich in den zurückliegenden Jahren als schwieriges Geschäftsfeld erwiesen hatte, bekam im Jahr 2011 wieder erkennbar Aufwind. Mit einer Umsatzsteigerung gegenüber 2010 um gut 680 Millionen € vergrößerte sich der Anteil der Branche am Industrieumsatz Sachsens um 0,4 Prozentpunkte auf 7,1 Prozent. Gemessen am erwirtschafteten Gesamtumsatz bleibt die Branche damit unverkennbar eine der tragenden Säulen der sächsischen Industrie. Von den fünf genannten Wirtschaftszweigen wurden im Jahr 2011 mehr als drei Fünftel (61,6 Prozent) des Gesamtumsatzes der sächsischen Industrie erwirtschaftet (2010: 60,6 Prozent, 2009: 59,3 Prozent) (vgl. Abb. 4).

#### Geschäft mit ausländischen Kunden floriertere auch 2011 bestens

Die von den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden realisierten Exporte erreichten eine Größenordnung von nahezu 21,8 Milliarden € (2010: 18,9 Milliarden €). Von Januar bis Dezember 2011 wurden von der sächsischen Industrie damit Waren im Wert von rund 2,9 Milliarden € bzw. 15,1 Prozent mehr exportiert als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Das Exportgeschäft erwies sich auch im Jahr 2011 als Konjunkturlokomotive. Die Entwicklung war dabei maßgeblich durch das Geschehen im Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen bestimmt. Der von dieser Sparte erzielte Umsatz beim Geschäft mit

ausländischen Kunden fiel um beachtliche 1,1 Milliarden € umfangreicher aus als im Jahr zuvor. Damit resultierten 71,9 Prozent des insgesamt im Jahr 2011 von der Branche erwirtschafteten Umsatzzuwachses aus dem Exportgeschäft. Einen ansehnlichen Zuwachs um 552 Millionen € erzielte auch der Bereich der Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen beim Geschäft mit dem Ausland. In dieser Branche ist die Entwicklung ebenfalls stark durch das Geschehen beim Auslandsgeschäft geprägt. Hier entspringen 81,2 Prozent des von der Branche insgesamt erzielten Zuwachses dem Exportgeschäft. Mit einem Plus von rund 493 Millionen € nahm gleichfalls im Maschinenbau der Umfang der Exporte gegenüber 2010 wieder deutlich zu. Auch in solchen Wirtschaftszweigen, wie u. a. im Bereich der Metallerzeugung und -bearbeitung oder der Herstellung von Metallerzeugnissen gewannen die Exporte monetär deutlich an Umfang. Ein leichter Rückgang beim Auslandsgeschäft musste dagegen für den Bereich Herstellung von elektrischen Ausrüstungen sowie für den Bereich Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel) festgestellt werden (vgl. Tab. 2).

Das sich im zweiten Jahr in Folge fortsetzende gute Auslandsgeschäft führte dazu, dass sich die Exportquote der sächsischen Industrie (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) gegenüber dem Vorjahreswert um einen Prozentpunkt weiter erhöhte. Sie lag im Jahr 2011 bei 35,8 Prozent.

#### Fahrzeugbau unangefochten die Sparte mit den umfangreichsten Exporten

Am dynamischsten entwickelte sich 2011 das Auslandsgeschäft im Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Die Branche erwies sich einmal mehr

als Konjunkturlokomotive und behauptete mit Exporten im Wert von mehr als 8,0 Milliarden € (2010: fast 7,0 Milliarden €, 2009: 5,0 Milliarden €) unangefochten die Position als Flaggschiff der sächsischen Industrie. Als Zweitplatzierter realisierte der Maschinenbau Geschäfte mit ausländischen Kunden im Wert von rund 3,3 Milliarden € (2010: fast 2,8 Milliarden, 2009: 2,6 Milliarden €). Auch im Bereich Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen zeigte sich das Auslandsgeschäft weiter im Aufwind. Mit Geschäften im Umfang von reichlich 2,3 Milliarden € exportierte die Branche wieder erkennbar mehr als in den Jahren zuvor (2010: rund 1,8 Milliarden €, 2009: 1,6 Milliarden €) und konnte sich damit unbedrängt als Drittplatzierter bei dieser Betrachtung behaupten. Wie im Jahr zuvor belegte der Bereich Herstellung chemischer Erzeugnisse mit Exporten im Wert von reichlich 1,6 Milliarden € (2010: fast 1,6 Milliarden €, 2009: 1,4 Milliarden €) den vierten Rang. Mit etwas Abstand folgen auf den Plätzen fünf bis sieben der Bereich Herstellung von Metallerzeugnissen, von dem Waren im Wert von rund 873 Millionen € (2010: 736 Millionen €, 2009: 695 Millionen €) im Ausland abgesetzt werden konnten, der Bereich Metallerzeugung und -bearbeitung mit Exporten im Wert von 822 Millionen € (2010: 653 Millionen €, 2009: 526 Millionen €) sowie der Bereich Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus mit rund 665 Millionen €, (631 Millionen €, 2009: 556 Millionen €). Von den genannten sieben Wirtschaftszweigen wurden damit mehr als vier Fünftel (81,0 Prozent) des 2011 von der sächsischen Industrie mit dem Ausland getätigten Geschäftsvolumens realisiert (vgl. Tab. 1).

Tab. 3 Betriebe, tätige Personen, Entgelte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden Deutschlands 2011

Bundesland Deutschland	Betriebe <sup>1)</sup>	Tätige Personen <sup>1)</sup>	Entgelte	Umsatz		
				insgesamt	Inland	Ausland
	Anzahl		Millionen €			
Baden-Württemberg	8 102	1 192 238	53 944	304 807	152 601	152 206
Bayern	7 048	1 175 942	51 577	333 692	163 607	170 085
Berlin	737	93 118	4 181	24 809	13 609	11 200
Brandenburg	1 180	98 592	3 103	25 787	18 792	6 995
Bremen	275	50 310	2 424	23 516	11 247	12 269
Hamburg	461	83 058	4 483	85 064	66 316	18 748
Hessen	2 836	399 502	17 579	112 541	56 806	55 735
Mecklenburg-Vorpommern	690	57 055	1 493	12 979	9 530	3 449
Niedersachsen	3 660	501 023	20 934	192 087	107 212	84 874
Nordrhein-Westfalen	9 613	1 199 644	51 179	348 102	202 416	145 686
Rheinland-Pfalz	2 219	283 362	12 146	88 564	43 541	45 023
Saarland	507	95 137	3 816	27 390	14 237	13 152
<b>Sachsen</b>	<b>3 032</b>	<b>255 397</b>	<b>7 590</b>	<b>60 889</b>	<b>39 095</b>	<b>21 794</b>
Sachsen-Anhalt	1 430	130 241	3 842	42 760	31 380	11 380
Schleswig-Holstein	1 249	121 003	4 821	34 741	21 163	13 578
Thüringen	1 826	165 528	4 580	32 058	22 607	9 452
<b>Deutschland<sup>2)</sup></b>	<b>44 865</b>	<b>5 901 150</b>	<b>247 693</b>	<b>1 749 786</b>	<b>974 160</b>	<b>775 626</b>

1) Stand Ende September

2) Abweichungen zwischen der Summe der Länder und Deutschland durch Rundungen bedingt

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 4, Reihe 4.1.1

Tab. 4 Betriebe, tätige Personen, Entgelte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden Deutschlands – Veränderungen gegenüber 2010 (in Prozent)

Bundesland Deutschland	Betriebe <sup>1)</sup>	Tätige Personen <sup>1)</sup>	Entgelte	Umsatz		
				insgesamt	Inland	Ausland
Baden-Württemberg	0,7	3,2	7,8	11,7	11,7	11,7
Bayern	-1,2	3,3	7,3	7,6	8,5	6,8
Berlin	1,2	3,5	7,2	4,2	6,0	2,1
Brandenburg	7,4	7,8	9,9	14,6	12,0	22,0
Bremen	-3,8	2,6	4,9	11,0	16,8	6,2
Hamburg	0,4	2,4	4,5	15,7	17,6	9,5
Hessen	0,6	3,7	7,0	12,6	10,4	14,9
Mecklenburg-Vorpommern	-1,4	1,5	5,9	9,3	6,8	17,0
Niedersachsen	-0,8	2,2	6,2	13,7	13,0	14,5
Nordrhein-Westfalen	0,4	2,5	5,9	10,4	9,9	11,0
Rheinland-Pfalz	1,0	3,0	8,9	12,3	10,8	13,8
Saarland	1,6	4,7	9,1	15,7	17,8	13,6
<b>Sachsen</b>	<b>3,3</b>	<b>6,3</b>	<b>11,0</b>	<b>11,9</b>	<b>10,2</b>	<b>15,1</b>
Sachsen-Anhalt	-2,4	2,8	6,6	12,4	11,9	13,6
Schleswig-Holstein	0,5	1,9	4,8	10,1	11,8	7,5
Thüringen	0,5	5,4	9,5	10,5	10,6	10,4
<b>Deutschland</b>	<b>0,4</b>	<b>3,2</b>	<b>7,1</b>	<b>11,1</b>	<b>11,1</b>	<b>11,0</b>

1) Stand Ende September

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 4, Reihe 4.1.1

## Nachhaltiger Aufschwung führt im zweiten Jahr zu spürbarem Beschäftigungszuwachs

Die aus der sich fortsetzenden Belegung beim Auftragseingang erwachsenden Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung spiegeln sich auch in der Entwicklung der Beschäftigungssituation wider. Mit 255 397 Beschäftigten lag die Zahl der in sächsischen Industriebetrieben tätigen Personen Ende September 2011 um rund 15 200 Personen (6,3 Prozent) höher als vor Jahresfrist. Die anhaltende wirtschaftliche Belegung führte dazu, dass sich im Jahr 2011 der Beschäftigungszuwachs in der Industrie branchenübergreifend vollzog. Mit rund 38 400 Beschäftigten (2010: 36 050 tätige Personen) erwies sich der Bereich Herstellung von Metallerezeugnissen auch im Jahr 2011 als Wirtschaftszweig mit dem umfangreichsten Personalstock. In dieser Branche sind damit unverändert wie im Jahr zuvor 15,0 Prozent (2009: 15,1 Prozent) der in der Industrie tätigen Personen beschäftigt. Rang zwei behauptete der Maschinenbau mit 37 600 Beschäftigten (2010: 34 650 tätige Personen), das entspricht einem Beschäftigtenanteil von 14,7 Prozent (2010: 14,4 Prozent). Auf den Plätzen drei bis fünf folgen der Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 26 300 Beschäftigten und einem Anteil von 10,3 Prozent (2010: 24 650 tätige Personen/Anteil: 10,3 Prozent), der Bereich Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln mit 17 400 Beschäftigten und einem Anteil von 6,8 Prozent (2010: 16 850 tätige Personen/Anteil: 7,0 Prozent) sowie der Bereich Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen mit 16 100 Beschäftigten und einem Anteil von 6,3 Prozent (2010: 14 600 tätige Personen/Anteil: 6,1 Prozent, 2009: 13 650 tätige Personen/Anteil: 5,8 Prozent). Nach einem krisenbedingten intensiven Arbeitsplatzabbau in diesem Wirtschaftszweig nahm die Zahl der Beschäftigten in den beiden zurückliegenden Jahren wieder erkennbar zu.

Jeder Zweite (53,2 Prozent) der in der sächsischen Industrie tätigen Personen ging 2011 einer Beschäftigung in einem Betrieb der genannten fünf Wirtschaftszweige nach (vgl. Tab. 1 und Abb. 2).

## Höhere Aufwendungen für Lohn und Gehalt Indikator für wirtschaftliche Belegung

Im Jahr 2011 betrug die Summe der bezahlten Entgelte [2], [3] nahezu 7,6 Milliarden € (2010: reichlich 6,8 Milliarden €, 2009: reichlich 6,5 Milliarden €). Die Aufwendungen der Unternehmen für Lohn und Gehalt stiegen damit in Jahresfrist um rund 750

Millionen € bzw. 11,0 Prozent (2010: rund 300 Millionen € bzw. um 5,2 Prozent). Die spürbare Aufwärtsentwicklung bei dieser Kennzahl ist einerseits auf den im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Belegung festgestellten branchenübergreifenden Beschäftigungszuwachs zurückzuführen, sie ist andererseits aber auch Ausdruck der Teilhabe der Beschäftigten am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen im Ergebnis tarifpolitischer Verhandlungen.

Das durchschnittlich bezahlte Entgelt je tätiger Person betrug im Jahr 2011 rund 29 700 € (2010: 28 500 €, Plus gegenüber 2009: 2,9 Prozent) und lag damit um 4,4 Prozent über dem für das Vorjahr ausgewiesenen Niveau. Damit werden bereits das zweite Jahr in Folge ansehnliche Zuwachsraten bei dieser Kennzahl ausgewiesen. Die für die einzelnen Branchen ermittelten Durchschnittswerte weisen jedoch deutliche Unterschiede auf. Zu den Branchen, in denen überdurchschnittlich gut bezahlt wird, zählten 2011 u. a. der Bereich Herstellung von chemischen Erzeugnissen mit 39 400 € (2010: 36 800 €), der Sonstige Fahrzeugbau mit 38 700 € (2010: 38 450 €), der Bereich Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 37 800 € (2010: 35 550 €), der Bereich Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen mit 37 400 € (2010: 35 750 €) sowie der Bereich Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen mit 37 150 € (2010: 37 350 €).

Zu den Bereichen der sächsischen Industrie mit den weniger guten Verdienstmöglichkeiten zählen der Bereich Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- u. Korkwaren (ohne Möbel) mit rund 19 850 € (2010: 19 300 €), der Bereich Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln mit 20 050 € (2010: 19 450 €). Am unteren Ende der Verdienstskaala finden sich darüber hinaus auch Wirtschaftsbereiche wie der Bereich Herstellung von Textilien mit 20 750 € (2010: 20 050 €), der Bereich Herstellung sonstiger Waren mit 21 500 € (2010: 20 350 €) oder auch der Bereich Herstellung von Möbeln mit 21 550 € (2010: 21 250 €).

## Sachsen und die anderen Bundesländer

Betrachtet man die Umsatzentwicklung gegenüber 2010 in den einzelnen Bundesländern, kann festgestellt werden, dass in Sachsen mit 11,9 Prozent der Umsatzzuwachs moderat über dem für Deutschland ermittelten Durchschnittswert von 11,1 Prozent lag (vgl. Tab. 3 und Tab. 4).

Im Jahr 2011 wurde von sächsischen Betrieben wie auch schon im Jahr zuvor ein Anteil von 3,5 Prozent zum Gesamtumsatz der deutschen Industrie beigesteuert. Der Anteil

Tab. 5 Umsatzanteile und Exportquote nach Bundesländern 2011

Bundesland Deutschland	Umsatz		Export- quote
	insges.	Ausland	
	%		
Baden-Württemberg	17,4	19,6	49,9
Bayern	19,1	21,9	51,0
Berlin	1,4	1,4	45,1
Brandenburg	1,5	0,9	27,1
Bremen	1,3	1,6	52,2
Hamburg	4,9	2,4	22,0
Hessen	6,4	7,2	49,5
Mecklenburg-Vorpommern	0,7	0,4	26,6
Niedersachsen	11,0	10,9	44,2
Nordrhein-Westfalen	19,9	18,8	41,9
Rheinland-Pfalz	5,1	5,8	50,8
Saarland	1,6	1,7	48,0
Sachsen	3,5	2,8	35,8
Sachsen-Anhalt	2,4	1,5	26,6
Schleswig-Holstein	2,0	1,8	39,1
Thüringen	1,8	1,2	29,5
<b>Deutschland</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>44,3</b>

Tab. 6 Entgelt je tätige Person<sup>1)</sup> 2011 nach Bundesländern

Bundesland Deutschland	Entgelt je tätige Person	Veränderung zum Vorjahr	
	€	%	
Baden-Württemberg	45 246	1 927	4,4
Bayern	43 860	1 611	3,8
Berlin	44 897	1 530	3,5
Brandenburg	31 476	621	2,0
Bremen	48 179	1 087	2,3
Hamburg	53 976	1 090	2,1
Hessen	44 002	1 385	3,2
Mecklenburg-Vorpommern	26 173	1 085	4,3
Niedersachsen	41 782	1 555	3,9
Nordrhein-Westfalen	42 662	1 365	3,3
Rheinland-Pfalz	42 862	2 293	5,7
Saarland	40 115	1 622	4,2
<b>Sachsen</b>	<b>29 720</b>	<b>1 243</b>	<b>4,4</b>
Sachsen-Anhalt	29 499	1 063	3,7
Schleswig-Holstein	39 842	1 111	2,9
Thüringen	27 671	1 046	3,9
<b>Deutschland</b>	<b>41 974</b>	<b>1 521</b>	<b>3,8</b>

1) Die der Berechnung zugrunde liegende Angaben zu den tätigen Personen beziehen sich auf den Stand Ende September.

am Export erreichte 2,8 Prozent und nahm gegenüber 2010 um 0,1 Prozentpunkte geringfügig zu. Sachsen konnte damit im Jahr

2011 seine Position beim Ranking zwischen den Bundesländern behaupten und zugleich auch seine führende Rolle unter den neuen Bundesländern festigen.

Ausgenommen Berlin erzielte Sachsen unter den neuen Bundesländern mit 35,8 Prozent die höchste Exportquote (2010: 34,8 Prozent), liegt damit jedoch nach wie vor deutlich unter dem über alle Bundesländer hinweg für Deutschland ermittelten Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz von 44,3 Prozent (2010: 44,4 Prozent) (vgl. Tab. 5).

Bei den bezahlten Entgelten kann gegenüber 2010 infolge der anhaltenden konjunkturellen Belegung über alle Bundesländer hinweg ein deutlicher Zuwachs festgestellt werden. Jedoch ist nicht zu übersehen, dass sich trotz vergleichbarer prozentualer Entwicklung bei der Kennzahl „Entgelte je tätiger Person“ nominal betrachtet die Schere zwischen altem Bundesgebiet und neuen Bundesländern bei dieser Kennzahl wieder etwas weiter geöffnet hat (vgl. Tab. 6).

#### Ausblick auf 2012

Betrachtet man die Entwicklung der Umsatzkennzahlen, kann nach Ablauf der ersten drei Monate resümiert werden, dass sich die kon-

junkturelle Belegung in der sächsischen Industrie auch zu Beginn 2012 fortsetzte. Dabei ist jedoch nicht zu übersehen, dass die Dynamik gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum spürbar an Schwung verloren hat. Auch die Entwicklung beim Auftragseingang, insbesondere bei der Order aus dem Ausland, vollzog sich in den ersten drei Monaten des Jahres 2012 erkennbar verhaltener als vor Jahresfrist. Wenn durch finanzpolitische Maßnahmen das Vertrauen der Märkte in den europäischen Wirtschaftsraum wieder gestärkt werden kann, wird auch das Auslandsgeschäft, das derzeit vorrangig durch den moderaten Wechselkurs des Euro zum Dollar Impulse erhält, wieder an Schwung gewinnen. Unter diesem Vorbehalt muss auch die anhaltende positive Entwicklung der Beschäftigungssituation in den sächsischen Industriebetrieben gesehen werden. Vor dem Hintergrund der global angespannten Wirtschaftslage und unter dem Einfluss der fortdauernd schwelenden Euroschuldenkrise geben derzeit Wirtschaftsforschungsinstitute und -verbände für 2012 nur moderate Wachstumsprognosen ab.

Jürgen Stelzner, Dipl.-Ing., Referent Produzierendes Gewerbe

#### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)
- [2] Allgemeine Hinweise und ausführliche Erläuterungen zum Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden. Internes Arbeitsmaterial.
- [3] Allgemeine Hinweise und ausführliche Erläuterungen zum Jahresbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden. Internes Arbeitsmaterial.
- [4] Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246, 2249).
- [5] Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (BGBl. I S. 1181), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. März 2009 (BGBl. I S. 550).
- [6] Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Freistaat Sachsen 2011, Statistischer Bericht, E I 3 – j/11, Kamenz, Mai 2012.
- [7] Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 2011. Statistisches Bundesamt, Jahresbericht für Betriebe 2011 – Arbeitsunterlage, Wiesbaden, April 2012.

#### Preissenkung

Mit dem Statistischen Jahrbuch liegt eine bewährte Dokumentation des gesamten gesellschaftlichen Lebens in Sachsen vor.

Ihre Sammlung können Sie kostengünstig mit älteren Jahrgängen vervollständigen.

- ! Das Einzelexemplar wurde auf 4,95 €\* gesenkt
- ! Im Paket (5 Jahrbücher) beträgt der Gesamtpreis 12,50 €\*

Der Jahrgang 2000 ist leider vergriffen.

\* zzgl. Versandkosten.

#### Haben wir Ihr Interesse geweckt?

Dann wenden Sie sich an unseren Vertrieb.

Tel.: 03578 33-1423, -1424

E-Mail: [vertrieb@statistik.sachsen.de](mailto:vertrieb@statistik.sachsen.de)

Online-Shop: [www.statistik.sachsen.de/shop](http://www.statistik.sachsen.de/shop)



# Insolvenzverfahren 2011

## Vorbemerkungen

Insolvenzen spiegeln die wirtschaftliche Entwicklung zeitverzögert wider, sie zeigen an, wie sich die Wirtschaft in der Vergangenheit entwickelt hat. Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzverfahren gilt als Spätindikator konjunktureller Ab- und Aufschwünge, für die Funktion der Marktwirtschaft ist das Insolvenzrecht demnach von grundlegender Bedeutung. Neben den Unternehmensinsolvenzen wird in der Insolvenzordnung auch die Abwicklung der Insolvenzen privater Schuldner geregelt.

In der Bundesrepublik Deutschland gilt seit dem 1. Januar 1999 eine einheitliche Insolvenzordnung, mit deren Hilfe alle Fälle von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung von natürlichen und juristischen Personen geregelt werden können. Ziel eines gerichtlichen Verfahrens ist es, die Gläubiger eines zahlungsunfähigen oder überschuldeten Schuldners gemeinschaftlich zu befriedigen, indem zum Beispiel das Vermögen des Schuldners verwertet und die Gläubiger aus dem Verwertungserlös befriedigt werden. Die Insolvenzordnung bietet insbesondere auch Möglichkeiten zur Lösungsfindung für die Sanierung eines Unternehmens.

In der Insolvenzstatistik wird differenziert nach unternehmerisch tätigen Schuldnern (im Folgenden Unternehmen genannt) und übrigen Schuldnern. Zu den unternehmerisch tätigen Schuldnern zählen alle Unternehmen, also auch Einzel- und Kleinunternehmen und freiberuflich Tätige. Dagegen werden Insolvenzen von ehemals selbstständig Tätigen, die nun als Privatpersonen eine Schuldenbefreiung erlangen wollen, nicht zu den Unternehmensinsolvenzen gezählt (vgl. Abb.1).

Das Regelinsolvenzverfahren findet demnach Anwendung bei Unternehmen, Nachlassangelegenheiten und natürlichen Personen, die unter anderem als Gesellschafter bei einem größeren Unternehmen beteiligt sind. Es

findet ebenfalls Anwendung bei Personen, die zum Zeitpunkt der Stellung des Insolvenzantrages wirtschaftlich selbstständig tätig waren und deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind, das heißt, dass mehr als 19 Gläubiger vorhanden sind oder noch Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen. Waren ihre Vermögensverhältnisse überschaubar, fallen sie unter das Verbraucherinsolvenzverfahren. Das Verbraucherinsolvenzverfahren, oft auch als Privatinsolvenzverfahren bezeichnet, ist ein vereinfachtes Insolvenzverfahren zur Abwicklung der Insolvenz einer natürlichen Person. Natürliche Personen können mit Hilfe des Restschuldbefreiungsverfahrens von ihren im Insolvenzverfahren nicht getilgten Verbindlichkeiten Befreiung erlangen. [1]

Alle Ergebnisse und Darstellungen nach Kreisfreien Städten und Landkreisen beziehen sich auf den Gebietsstand 1. Januar 2012. Mit Wirkung vom 2. März 2012 wurden durch Artikel 14 der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Umsetzung der Standortkonzeption im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern die Direktionsbezirke (ehemalige Regierungsbezirke) aufgelöst. Da in diesem Aufsatz die Daten von 2011 dargestellt werden, wird ebenso wie in den Veröffentlichungen dieser Daten, die regionale Ebene der Direktionsbezirke verwendet.

## Datenquelle

Mit dem „Zweiten Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz“ (EGGVG) vom 15. Dezember 1999 wurde die Durchführung der Insolvenzstatistik nach § 39 ab dem Jahr 2000 angeordnet. [2]

Die Amtsgerichte Chemnitz, Dresden und Leipzig übermitteln monatlich dem Statistischen Landesamt Sachsen die Meldungen zu

den Insolvenzverfahren. Erfasst werden alle eröffneten und mangels Masse abgewiesenen Verfahren sowie Verfahren, bei denen ein Schuldenbereinigungsplan vorliegt.

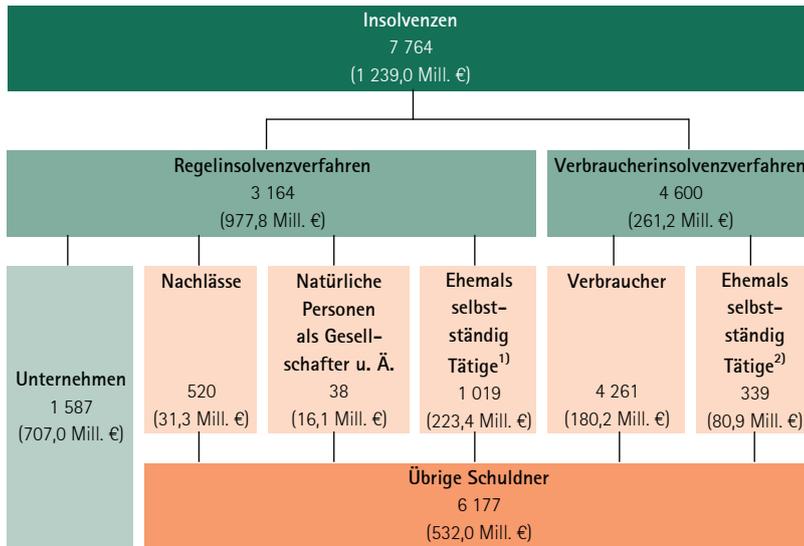
Aufgabe der Insolvenzstatistik ist es, über die Situation von überschuldeten oder zahlungsunfähigen Schuldnern, deren Fälle vor Gericht verhandelt werden, zu berichten und den volkswirtschaftlichen Schaden zu beschreiben. Darüber hinaus wird die Insolvenzstatistik dazu herangezogen, die Effizienz des Insolvenzrechts zu bewerten.

Die Daten werden monatlich nach Art des Verfahrens, Art des Schuldners und Höhe der voraussichtlichen Forderungen aufbereitet. Des Weiteren werden die Daten der Unternehmensinsolvenzen nach Wirtschaftsbereichen, Rechtsformen und dem Alter der Unternehmen ausgewertet und dargestellt. Das Statistische Landesamt Sachsen veröffentlicht die Ergebnisse der Erhebung monatlich im Internet und in der Genesis-online Datenbank sowie vierteljährlich im Statischen Bericht. [3]

## Insolvenzverfahren 2011: Ein Überblick

Im Jahr 2011 entschieden die Amtsgerichte Sachsens über 7 764 Insolvenzverfahren für Unternehmen und übrige Schuldner. Das bedeutete einen Rückgang von 10,9 Prozent bzw. 948 Verfahren gegenüber 2010, nachdem im Jahr 2010 noch eine leichte Zunahme von 0,9 Prozent zum Jahr 2009 zu verzeichnen war. Die Unternehmensinsolvenzverfahren gingen im Vergleich zu 2010 um 7,4 Prozent (126 Verfahren) zurück, die Verfahren der übrigen Schuldner sogar um 11,7 Prozent (822 Verfahren). 6 742 Verfahren wurden eröffnet (86,9 Prozent), 1 000 wurden mangels Masse abgewiesen (12,9 Prozent). In 22 Verfahren von übrigen Schuldnern wurde ein Schuldenbereinigungsplan angenommen, somit konnten 0,4 Prozent der gesamten Ver-

Abb. 1 Übersicht der Insolvenzverfahren nach Art des Schuldners 2011



1) Verfahren mit nicht überschaubaren Vermögensverhältnissen (mehr als 19 Gläubiger und Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen)

2) Verfahren für ehemals selbstständig Tätige mit überschaubaren Vermögensverhältnissen (weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten aus Arbeitsverhältnissen)

braucherinsolvenzverfahren beendet werden. Im gesamten Bundesgebiet sank die Zahl der Insolvenzen ebenso. Die günstige Konjunkturlage scheint sich positiv auf die Insolvenzzahlen sowohl bei Unternehmen als auch bei Verbrauchern ausgewirkt zu haben. So bedeuteten die insgesamt 159 418 Verfahren einen Rückgang um 5,4 Prozent verglichen mit 2010; die Unternehmensinsolvenzen gingen bei 30 099 Meldungen um 5,9 Prozent zurück.

### Rückgang der Unternehmensinsolvenzen

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzverfahren sank in Sachsen 2011 auf 1 587 Fälle (2010: 1 713). Der Rückgang der gemeldeten Verfahren ging konform mit der positiven Konjunkturlage im Jahr 2011. So verzeichneten zum Beispiel Sachsens Industriebetriebe, das sind Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 50 und mehr Beschäftigten, 2011 ein Umsatzplus von 12,3 Prozent. Betriebe des Bauhauptgewerbes erzielten eine Gesamtumsatzerhöhung von 13,0 Prozent gegenüber 2010, hier wurden Betriebe der Wirtschaftszweige Hoch- und Tiefbau sowie Vorbereitende Baustellenarbeiten von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten erfasst. [4]

57 Prozent der Gläubigerforderungen insgesamt, die zum Zeitpunkt der Eröffnung bzw. Abweisung mangels Masse des Verfahrens festgestellt werden, wurden 2011 an insolvente Unternehmen gestellt. Die Gläubigerforderungen gingen 2011 zurück auf

707,0 Millionen € (2010: 919,3 Millionen €) bzw. um 23,1 Prozent. Die durchschnittliche Forderungshöhe je Verfahren betrug 445,5 Tausend € (2010: 536,7 Tausend € je Verfahren). Von den beantragten Unternehmensinsolvenzverfahren wurden 1 206 (76 Prozent) eröffnet und 381 (24 Prozent) mangels Masse abgewiesen.

Wie im Jahr 2010 wurden die häufigsten Insolvenzanträge von Einzelunternehmen und

Kleingewerbetreibenden sowie GmbHs gestellt, prozentual waren das 55,8 bzw. 35 Prozent aller Verfahren. Personengesellschaften meldeten 102 (6,4 Prozent) Unternehmensinsolvenzverfahren, für alle weiteren Rechtsformen bewegen sich die Prozentwerte bei einem Prozent und darunter.

Gut 56 Prozent der Insolvenzanträge wurden von Unternehmen gestellt, die noch keine acht Jahre wirtschaftlich tätig waren, im Bundesgebiet waren es vergleichbar rund 51 Prozent. Somit waren annähernd 44 Prozent der insolventen sächsischen Betriebe acht Jahre und älter, für den Bund wurden fast 39 Prozent registriert (vgl. Tab. 1).

### Besonders betroffene Wirtschaftsbereiche

Wie im gesamten Bundesgebiet so betraf auch in Sachsen ein Viertel der Unternehmensinsolvenzen den Dienstleistungsbereich. Hier sind gemäß der Klassifikation der Wirtschaftszweige aus dem Jahr 2008 [5] die Unternehmen der Bereiche K (Finanz- und Versicherungsdienstleistungen), M (freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen), N (sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen) und S (sonstige Dienstleistungen) zusammengefasst.

Im Freistaat waren es 396 Verfahren. Gegenüber 2010 sank die Zahl der Insolvenzverfahren um 17,0 Prozent bzw. 81 Verfahren. Die von den Gläubigern angemeldeten Forderungen beliefen sich auf 180,1 Millionen €, das

Tab. 1 Unternehmensinsolvenzverfahren 2011 nach Rechtsformen, Alter der Unternehmen, Art des Verfahrens und voraussichtlichen Forderungen

Rechtsform Alter der Unternehmen	Insgesamt	Art des Verfahrens		Voraussichtliche Forderungen in Millionen €
		eröffnet	mangels Masse abgewiesen	
<b>Insgesamt</b>	<b>1 587</b>	<b>1 206</b>	<b>381</b>	<b>707,0</b>
<b>Rechtsform</b>				
Einzelunternehmen, Kleingewerbetreibende	886	736	150	173,1
Personengesellschaften	102	73	29	78,0
Offene Handelsgesellschaften	7	5	2	2,2
Kommanditgesellschaften (ohne GmbH & Co. KG)	7	4	3	12,7
GmbH & Co. KG	61	44	17	55,7
Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR)	27	20	7	7,3
Gesellschaften mbH	555	377	178	448,4
Aktiengesellschaften, KGaA	7	5	2	5,0
Private Company Limited by Shares (Ltd)	18	6	12	1,3
Sonstige Rechtsformen <sup>1)</sup>	19	9	10	1,2
<b>Alter der Unternehmen</b>				
bis unter 8 Jahre alt	895	648	247	289,7
darunter bis 3 Jahre alt	488	350	138	161,4
8 und mehr Jahre alt	692	558	134	417,3

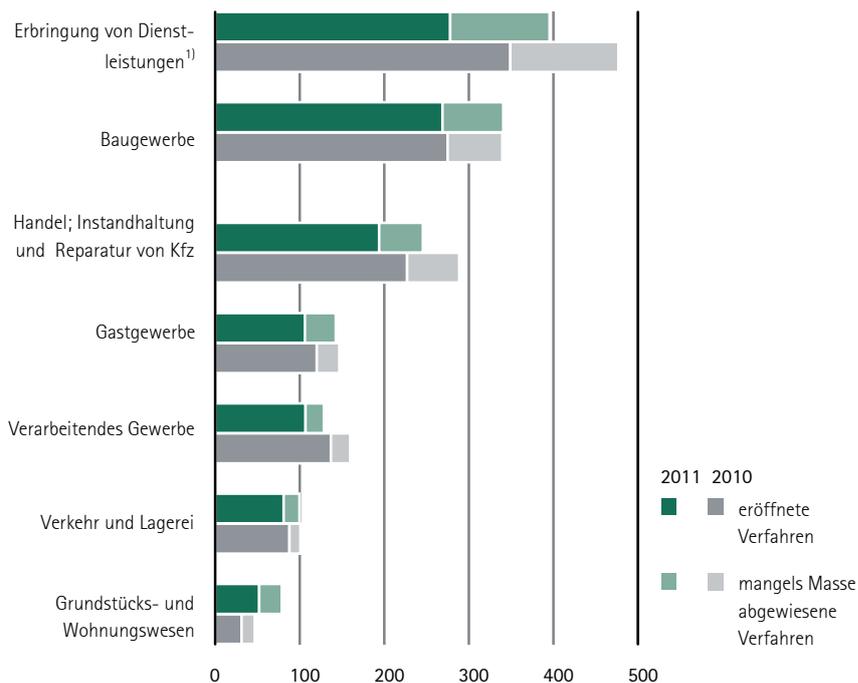
1) beispielsweise Vereine und Genossenschaften

entsprach ebenso einem Viertel der Forderungen, die an die Unternehmen insgesamt gestellt wurden. Die durchschnittlichen Forderungen je Verfahren lagen bei 454,9 Tausend €. Im Dienstleistungsbereich wurden 70,2 Prozent der Verfahren eröffnet. Gegenüber 2010 wurden für die Direktionsbezirke Chemnitz 49 Verfahren, Leipzig 22 und Dresden 10 Verfahren weniger vermerkt.

Bundesweit wurden an zweiter Stelle im Wirtschaftsbereich Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen rund 20 Prozent aller Unternehmensinsolvenzen gemeldet sowie knapp 16 Prozent im Baugewerbe. In Sachsen erfolgten die zweithäufigsten Meldungen im Baubereich. Hier wurden mit 341 Verfahren gut ein Fünftel aller Insolvenzanträge gestellt. Die Lage im Baugewerbe ist in besonderem Maße abhängig von konjunkturellen Einflüssen und strukturellen Entwicklungen der Gesamtwirtschaft. Entgegen der rückläufigen Entwicklung der Unternehmensinsolvenzverfahren insgesamt wurde gegenüber 2010 im Baugewerbe ein Verfahren mehr gezählt. Im Wirtschaftsbereich „Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe“ erhöhte sich die Anzahl der Insolvenzen von 256 Verfahren im Jahr 2010 auf 279 Verfahren im Jahr 2011. Des Weiteren gab es im Bereich „Sonstiger Ausbau“ eine Zunahme der Insolvenzfälle um 16,7 Prozent. Im Baugewerbe wurden 78,9 Prozent der Verfahren eröffnet. Im Direktionsbezirk Chemnitz wurden 116 insolvente Bauunternehmen gemeldet, im Direktionsbezirk Dresden 99 und im Direktionsbezirk Leipzig 126. Gegenüber dem Vorjahr wurden im Direktionsbezirk Chemnitz 8 Verfahren und im Direktionsbezirk Leipzig ein Verfahren weniger gezählt. Im Direktionsbezirk Dresden wurden 10 Verfahren mehr gemeldet. Ein Fünftel der insolventen Bauunternehmen haben bzw. hatten ihren Sitz in der Kreisfreien Stadt Leipzig (68 Verfahren). Für das Baugewerbe wurden Forderungen in Höhe von 77,1 Millionen € angemeldet. Die durchschnittlichen Forderungen je Verfahren betragen bundesweit 367,9 Tausend €, in Sachsen 226,1 Tausend €. Fast 60 Prozent bzw. 204 der insolventen Bauunternehmen waren weniger als acht Jahre wirtschaftlich tätig.

Im Jahr 2011 wurden im Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen) 246 Verfahren erfasst, 14,9 Prozent weniger als im Vorjahr. Von den Verfahren wurden 194 bzw. 78,9 Prozent eröffnet. 133 insolvente Unternehmen (Vorjahr: 145) hatten ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen) und waren fast doppelt

**Abb. 2 Unternehmensinsolvenzverfahren 2010 und 2011 in den am stärksten besetzten Wirtschaftsbereichen**

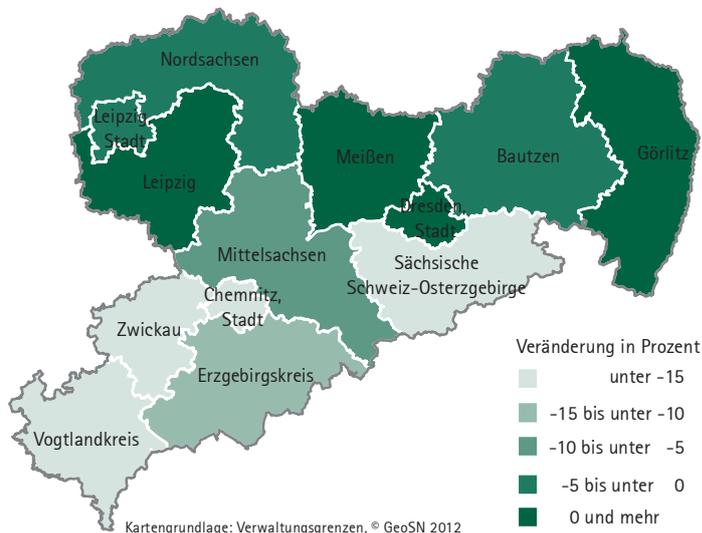


<sup>1)</sup> Verfahren der Bereiche K (Finanz- und Versicherungsdienstleistungen), M (freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen), N (sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen) und S (sonstige Dienstleistungen)

so häufig von der Insolvenz betroffen wie der Großhandel. Während es im Direktionsbezirk Chemnitz 85 insolvente Handelsunternehmen (33,6 Prozent bzw. 43 Verfahren weniger) gab, waren es im Direktionsbezirk Leipzig 83 (9,8 Prozent bzw. neun Verfahren weniger) und im Direktionsbezirk Dresden 78 (13,0 Prozent bzw. neun Verfahren mehr). Im Deutschland wurden insgesamt Forderungen von Gläubigern in Höhe von 476,9 Tausend € je Verfahren erhoben, in Sachsen waren es

insgesamt 62,9 Millionen € und damit durchschnittlich 255,8 Tausend € je Verfahren (Vorjahr: 325,3 Tausend € je Fall). Ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Gastgewerbe hatten 143 insolvente Unternehmen, 4 Verfahren bzw. 2,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Hier war erneut die Gastronomie betroffen, nur 12 Beherbergungsbetriebe mussten Insolvenz anmelden. Die voraussichtlichen Forderungen im Gastgewerbe fielen um 14,5 Prozent auf 18,8 Millionen €, sie

**Abb. 3 Veränderung der Zahl der Unternehmensinsolvenzverfahren in Sachsen 2011 gegenüber dem Vorjahr nach Kreisfreien Städten und Landkreisen**  
Gebietsstand: 1. Januar 2011



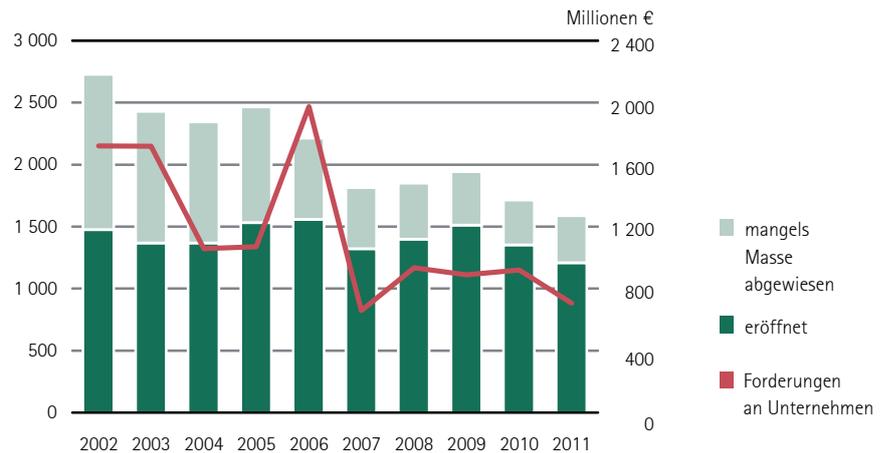
lagen damit im Durchschnitt bei 131,4 Tausend € je Fall (Vorjahr: 149,5 Tausend € je Fall). Auch im Bundesgebiet wurden in diesem Wirtschaftsbereich die vierthäufigsten Insolvenzanträge gestellt, knapp 93 Prozent davon in der Gastronomie. Wie in den anderen Bereichen, so lagen die Forderungen je Verfahren im Gastgewerbe höher als in Sachsen, hier bei 165,8 Tausend € je Fall.

Im Verarbeitenden Gewerbe sank die Zahl der Insolvenzen auf 129 Verfahren (2010: 160 Verfahren) bzw. um 19,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Forderungen beliefen sich auf 231,9 Millionen € (2010: 343,1 Millionen €). Fast ein Drittel der Forderungen, die an Unternehmen gestellt wurden, gingen somit an das Verarbeitende Gewerbe. Die durchschnittlichen Forderungen je Verfahren lagen bei 1,8 Millionen €; Forderungen, die über einer Million € lagen, gingen an 28,7 Prozent oder 37 Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes. Eröffnet wurden 82,9 Prozent der Verfahren. Im Wirtschaftszweig „Herstellung von Metallerezeugnissen“ erhöhte sich 2011 die Zahl der Insolvenzverfahren auf 32 (2010: 18 Verfahren). Die Forderungen der Gläubiger betragen hier 48,9 Millionen €. Auch in der Wirtschaftsabteilung „Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen“ stieg die Anzahl der Verfahren leicht an, in den restlichen Abteilungen des Verarbeitenden Gewerbes gab es weniger Verfahren als im Vorjahr (vgl. Abb. 2 und Abb. 5). Im Bundesvergleich sank die Zahl der Insolvenzverfahren im Verarbeitenden Gewerbe um 13,4 Prozent, die Höhe der Forderungen je Verfahren lag bei 1,8 Millionen €.

### Regionale Unterschiede bei den voraussichtlichen Forderungen

Der Rückgang der Unternehmensinsolvenzen im Freistaat Sachsen war nicht gleichermaßen in allen Kreisfreien Städten und Landkreisen zu vermelden. Die Zahl der Verfahren sank gegenüber 2010 mit 30,6 Prozent am stärksten im Vogtlandkreis. Die nächst höheren Rückgänge wurden aus den Landkreisen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit 25,7 Prozent und Zwickau mit 21,6 Prozent gemeldet. Dagegen erhöhten sich die Angaben über Insolvenzverfahren in der Stadt Dresden (+7,1 Prozent) sowie in den Landkreisen Görlitz, Meißen und Leipzig um durchschnittlich 2,4 Prozent. Allerdings sanken die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger an Unternehmen mit Sitz in der Stadt Dresden um 61,9 Prozent. Hier wird anschaulich deutlich, dass die Entwicklung des Insolvenzgeschehens nicht nur anhand der Insolvenzzahlen sondern auch anhand der damit verbundenen beantragten

Abb. 4 Unternehmensinsolvenzverfahren 2002 bis 2011 nach Art des Verfahrens und voraussichtlichen Forderungen



Forderungen darzustellen ist. Gläubigerforderungen an Unternehmen im Kreis Görlitz erhöhten sich im Jahr 2011 auf 36,7 Millionen € bzw. um 116 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Schon die Insolvenz eines zuvor umsatzstarken, größeren Unternehmens kann diese Angaben maßgeblich beeinflussen. Mehr als ein Fünftel der voraussichtlichen Gläubigerforderungen an Unternehmen wurde 2011 an 100 insolvente Unternehmen des Kreises Mittelsachsen gestellt. Die Gesamthöhe betrug 148,9 Millionen €, die durchschnittliche Höhe der Forderungen je Unternehmen 1,5 Millionen €. In der Stadt Leipzig gingen im Jahr 2011 352 Unternehmen in Insolvenz. Die Forderungen betragen 132,9 Millionen €. Das waren 18,9 Prozent der Gläubigerforderungen insgesamt, die an

Unternehmen in Sachsen gestellt wurden. Die durchschnittliche Höhe der Forderungen betrug in Leipzig 377,6 Tausend € je Unternehmen. (vgl. Abb. 3)

### Insolvenzverfahren von ehemals selbstständig Tätigen

Fast ein Viertel der Gläubigerforderungen insgesamt, die bei der Eröffnung oder Abweisung mangels Masse der Verfahren beantragt wurden, richteten sich an ehemals selbstständig Tätige. Die Gerichte meldeten für 1 358 Verfahren von ehemals selbstständig Tätigen 1 019 Regelinsolvenzverfahren mit Forderungen in Höhe von 223,4 Millionen € und 339 Verbraucherinsolvenzverfahren mit Forderungen in Höhe von 80,9 Millionen €.

Abb. 5 Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzverfahren<sup>1)</sup> in Sachsen 2011 gegenüber dem Vorjahr nach Kreisfreien Städten und Landkreisen Gebietsstand: 1. Januar 2011



<sup>1)</sup> ohne ehemals selbstständig Tätige mit Verbraucherinsolvenzverfahren

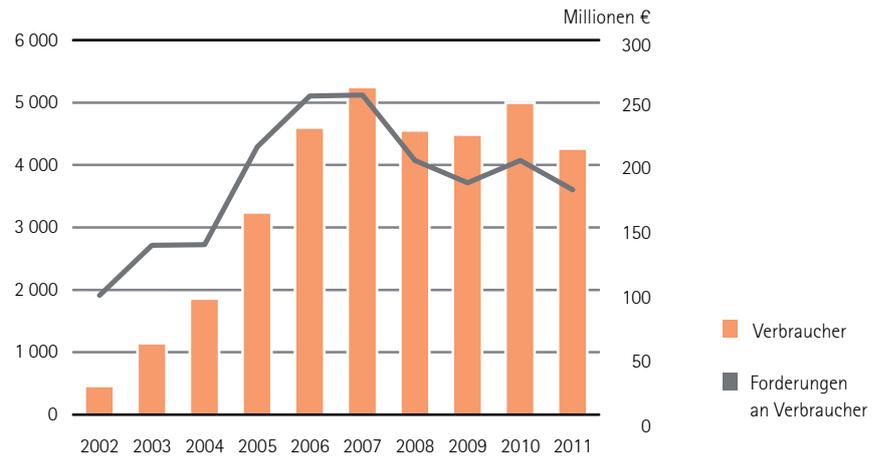
Während die Zahl der Verfahren gegenüber 2010 fast konstant blieb, erhöhten sich die Gläubigerforderungen um 21,7 Prozent.

### Verbraucherinsolvenzen

Nach Creditreform Wirtschaftsforschung zählen zu den Hauptauslösern von Überschuldungsprozessen, die schließlich in die Insolvenz münden können, neben Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut auch die Trennung vom Lebenspartner, Krankheit, Erwerbsunfähigkeit, Sucht, Konsumverhalten und eine gescheiterte Selbstständigkeit. [6] Im Jahr 2011 wurden von den Amtsgerichten Chemnitz, Dresden und Leipzig 4 261 Verbraucherinsolvenzen (ohne ehemals selbstständig Tätige) gemeldet. In Sachsen wurde somit eine Verbraucherinsolvenz je 1 000 Einwohner gemeldet, im Bundesvergleich waren es 1,6 Meldungen je 1 000 Einwohner. Im Bundesgebiet verringerte sich die Zahl der Verbraucherinsolvenzen um 5,2 Prozent auf 129 319 Verfahren. Im Freistaat sank dagegen die Zahl der Verfahren von Verbrauchern gegenüber dem Vorjahr um 14,8 Prozent; 2010 waren es noch 4 999 Verfahren. Im Jahr 2011 wurden 4 207 Verfahren eröffnet und 33 mangels Masse abgewiesen. Die Gläubiger der Verbraucher meldeten im Jahr 2011 Forderungen in Höhe von 180,2 Millionen € an. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Forderungshöhe um 11,6 Prozent. Die durchschnittliche Höhe der Forderungen an Verbraucher je Verfahren betrug in Sachsen 42 Tausend €. Bei 78,3 Prozent der Verfahren lagen die Forderungen zwischen 5 Tausend € und 50 Tausend €. Im Bundesgebiet betrug die durchschnittliche Forderungshöhe 66 Tausend €.

Im Direktionsbezirk Chemnitz wurden für 1 343 Insolvenzverfahren von Verbrauchern, bei Eröffnung bzw. Abweisung mangels Masse, Gläubigerforderungen in einer Gesamthöhe von 58,8 Millionen € festgestellt. Das entspricht einer durchschnittlichen Gläubigerforderungshöhe je Verfahren von 44 Tausend €. Im Vergleich zum Vorjahr waren das gut ein Viertel weniger Verfahren, die Forderungen gingen um gut 17 Prozent zurück. Aus dem Direktionsbezirk Dresden wurden 1 109 Verbraucherinsolvenzverfahren gemeldet, das waren 31 Meldungen weniger als im Vorjahr. Die Gläubigerforderungen betrugen 60,3 Millionen € (-3,1 Prozent), im Direktionsbezirk Leipzig 61,1 Millionen € (-13,7 Prozent) bei 1 809 Verfahren, das entspricht einer Verringerung um knapp 12 Prozent im Vergleich zu 2010. Für den Direktionsbezirk Dresden lässt sich eine durchschnittliche Forderungshöhe je Verfahren von 54 Tausend € und für den Direktionsbezirk Leipzig

Abb. 6 Verbraucherinsolvenzverfahren<sup>1)</sup> 2002 bis 2011 und voraussichtliche Forderungen



eine durchschnittliche Höhe je Verfahren von 34 Tausend € ermitteln.

Mit 1 225 Verbraucherinsolvenzen wurden in der Stadt Leipzig zwar 11,5 Prozent weniger Verfahren gemeldet als im Vorjahr, dennoch waren das knapp 29 Prozent dieser Meldungen im Freistaat. Die Gläubigerforderungen betrugen 36,5 Millionen €, das entsprach rund einem Fünftel aller in Sachsen gemeldeten voraussichtlichen Forderungen für Verbraucherinsolvenzen. Ausgehend von einer geringen Meldung von 89 Insolvenzen im Jahr 2010, nahmen im Kreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge die Insolvenzverfahren der Verbraucher gegenüber dem Vorjahr um 28,1 Prozent zu. Im Kreis Bautzen erhöhte sich die Zahl von 287 Verfahren 2010 um 12,2 Prozent auf 322 Meldungen im Jahr 2011. In den übrigen Kreisen nahmen die Insolvenzverfahren von Verbrauchern gegenüber dem Vorjahr ab, insbesondere im Kreis Zwickau um 37,7 Prozent und in der Stadt Chemnitz um 35,9 Prozent (vgl. Abb. 5 und Abb. 6).

Nach einer Untersuchung der Creditreform Wirtschaftsforschung zeigt die Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen zwei Trends: Der Anteil älterer Personen ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen und die Privatinsolvenz ist immer noch mehrheitlich ein Thema von Männern. Gut 55 Prozent der Verfahren werden von Männern beantragt, innerhalb der letzten vier Jahre hat dieser Trend bundesweit mit 1,1 Prozentpunkten leicht zugenommen. [6]

### Nachlässe und sonstige Verfahren

Von den sächsischen Amtsgerichten wurden 2011 520 Nachlässe mit voraussichtlichen Gläubigerforderungen von insgesamt 31,3 Millionen € gemeldet. Die durchschnittliche Gläubigerforderungshöhe je Verfahren betrug rund 60 Tausend €. 77,3 Prozent der

Verfahren wurden mangels Masse abgewiesen. Des Weiteren wurden 38 Verfahren für sonstige unternehmerisch tätige natürliche Personen, das sind zum Beispiel Gesellschafter, mit Gläubigerforderungen von 16,1 Millionen € gemeldet.

### Entwicklung 2002 bis 2011

Im Zeitraum von 2002 bis 2011 meldeten in Sachsen 21 085 Unternehmen Insolvenz an. Von den beantragten Unternehmensinsolvenzverfahren wurden zwei Drittel eröffnet und ein Drittel mangels Masse abgewiesen. Die vom Gericht festgestellten Forderungen zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Antrag beliefen sich insgesamt auf 11,6 Milliarden €. Die Unternehmensinsolvenzen sanken von 2 727 Verfahren im Jahr 2002 auf 1 587 Verfahren im Jahr 2011. Die Zahl der mangels Masse abgewiesenen Verfahren verringerte sich bis 2010 stetig von 1 252 Verfahren im Jahr 2002 auf 361 Verfahren im Jahr 2010. Ein leichter Anstieg auf 381 Verfahren wurde 2011 verzeichnet. Der Anteil der mangels Masse abgewiesenen Verfahren an den Verfahren insgesamt verringerte sich somit von 46 Prozent im Jahr 2002 auf 24 Prozent im Jahr 2011. Die meisten eröffneten Unternehmensinsolvenzverfahren wurden im Jahr 2006 gemeldet, 1 557 Unternehmensinsolvenzverfahren wurden eröffnet. 2011 wurden im Zehnjahresvergleich die wenigsten Unternehmensinsolvenzverfahren eröffnet (1 206 Verfahren).

Die Gläubigerforderungen erreichten 2011 mit 707,0 Millionen € fast den Stand von 2007, den mit 657,6 Millionen € niedrigsten in dieser Zeitreihe (vgl. Abb. 5). Die voraussichtlichen Forderungen sind nicht unbedingt vergleichbar, ebenso wenig wie die durchschnittliche Forderungshöhe, da die Insolvenz eines oder mehrerer ehemals wirtschaftlich bedeutenden großen Unternehmen diese An-

gaben eindeutig bestimmen kann. Obwohl die Zahl der eröffneten Verfahren 2011 gegenüber 2002 nur um 18,2 Prozent niedriger lag, verringerten sich die Gläubigerforderungen um 58,9 Prozent.

Die Amtsgerichte meldeten im Zeitraum von 2002 bis 2011 16 188 Insolvenzverfahren von ehemals selbstständig Tätigen mit Gläubigerforderungen in Höhe von insgesamt 3,95 Milliarden €. Innerhalb dieser zehn Jahre wurde im Durchschnitt an jeden ehemals selbstständigen Tätigen als Schuldner im Insolvenzverfahren Forderungen in Höhe von 244 Tausend € zum Zeitpunkt der Eröffnung oder Abweisung mangels Masse gestellt.

Im Zeitraum von 2002 bis 2011 waren in Sachsen 34 855 Verbraucher nicht mehr in der Lage ihre finanziellen Außenstände zu begleichen und mussten Insolvenz anmelden. Die Gläubigerforderungen belief sich insgesamt auf die erhebliche Summe von 1,9 Milliarden €. Innerhalb der letzten zehn Jahre wurden die meisten Verbraucherinsolvenzen mit 5 251 Verfahren im Jahr 2007 registriert; 256,2 Millionen € bedeuteten zugleich die höchste Forderungssumme im untersuchten Zeitraum (vgl. Abb. 6). Ab dem Jahr 2006 ist eine zeitlich verzögerte Entwicklung zu den Unternehmensinsolvenzverfahren festzustellen. Entsprechend dem Trend müssten nach der rückläufigen Entwicklung von Unternehmensinsolvenzen 2011 Anzahl und Gläubigerforderungen von Verbraucherinsolvenzverfahren (ohne ehemals selbstständig Tätige) 2012 nochmals leicht fallen bzw. stagnieren. (vgl. Tab. 2)

### Ausblick

Das Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG) trat als erste Stufe der Insolvenzrechtsreform am 1. März 2012 in seinen wesentlichen Teilen in Kraft. Ziel der Gesetzgeber war es, das Insolvenzgesetz stärker auf die Sanierung statt auf die Abwicklung von Unternehmen auszurichten. In den Mittelpunkt rücken nun die Fortführung sanierungs- und überlebensfähiger Unternehmen und der Erhalt der betroffenen Arbeitsplätze.

Artikel 7 des Gesetzes beinhaltet das veränderte Insolvenzstatistikgesetz (InsStatG), dieser Artikel sowie der Artikel 8 (Aufhebung des bisherigen § 39 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz (EGGVG)) treten erst am 1. Januar 2013 in Kraft. Bisher konnte mit dem verfügbaren Datenmaterial die Effizienz der Insolvenzordnung nur eingeschränkt beurteilt werden. Die Erhebungsmerkmale wurden mit dem neuen Insolvenzstatistikgesetz (InsStatG) erweitert. In die Auskunftspflicht mit

**Tab. 2 Insolvenzverfahren 2002 bis 2011 nach Art des Schuldners und voraussichtlichen Forderungen**

Jahr	Insgesamt		Darunter			
	Anzahl	voraussichtliche Forderungen in Millionen €	Unternehmen		Verbraucher	
			Anzahl	voraussichtliche Forderungen in Millionen €	Anzahl	voraussichtliche Forderungen in Millionen €
2002	4 957	2 388,8	2 727	1 721,3	458	95,7
2003	5 629	2 469,4	2 430	1 718,8	1 145	135,8
2004	6 523	2 116,7	2 344	1 057,3	1 860	136,3
2005	8 244	1 990,2	2 465	1 070,7	3 241	214,7
2006	9 106	2 770,8	2 212	1 973,1	4 601	255,3
2007	9 323	1 399,9	1 815	657,6	5 251	256,2
2008	8 384	1 602,5	1 850	935,0	4 552	203,6
2009	8 631	1 538,4	1 942	889,1	4 487	185,8
2010	8 712	1 566,4	1 713	919,3	4 999	203,8
2011	7 764	1 239,0	1 587	707,0	4 261	180,2

einbezogen wurden die zuständigen Insolvenzverwalter, Sachwalter oder Treuhänder. Durch ihre Tätigkeit verfügen die Verwalter über wesentliche Teile der benötigten Informationen, z. B. zu Betriebsfortführungen, Sanierungserfolgen oder Abschlagsverteilungen. Die Angaben werden aus den vorhandenen Unterlagen mitgeteilt. [7]

Für die zweite Stufe des Reformplans legte das Bundesministerium der Justiz den Entwurf eines Gesetzes zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens, zur Stärkung der Gläubigerrechte und zur Insolvenzfestigkeit von Lizenzen vor. In der dritten und letzten Stufe der Insolvenzrechtsreform sollen das Konzerninsolvenzrecht sowie die Verwalterauswahl im Mittelpunkt stehen.

Durch die Einführung des neuen Insolvenzstatistikgesetzes mit der Erhebung von zusätzlichen Merkmalen und einer zeitnäheren Verfügbarkeit der Daten wird es möglich, das Erreichen der Reformziele in den nächsten Jahren zu überprüfen.

Sylvia Tangermann, Sachbearbeiterin Insolvenzen

Angela Sondermann, Referentin Verwaltungsdatenverwendung, Gewerbeanzeigen, Insolvenzen

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Insolvenzordnung (InsO) vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2866), zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2854).
- [2] Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz (EGGVG) in der bereinigten Fassung (BGBl. III/300-1), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 7. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2582 (2800)).

[3] Insolvenzverfahren im Freistaat Sachsen 4. Quartal 2011 und Jahr 2011, Statistischer Bericht D III 1 – vj 4/11, Kamenz 2012.

[4] [www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de) – Industrie, Bau, Energie, Handwerk

[5] Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008. Wiesbaden, 2008.

[6] [www.dresdencreditreform.de](http://www.dresdencreditreform.de)

[7] Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG) vom 7. Dezember 2011. (BGBl. I S. 2582 (2800)).

# Landwirtschaftszählung 2010

## Teil 4 – Pacht- und Eigentumsverhältnisse

### Vorbemerkungen

Dieser Artikel führt die Reihe der Veröffentlichungen im Rahmen der Auswertung der Landwirtschaftszählung 2010 (LZ 2010) fort. [1] Das Hauptaugenmerk liegt in der Darstellung der Pacht- und Eigentumsverhältnisse sowie der Pachtpreisentwicklung in der Landwirtschaft Deutschlands und Sachsens.

### Einleitung

Der Boden stellt für die Landwirtschaft einen wesentlichen Produktionsfaktor dar, dessen besondere Bedeutung sich aus seiner Unvermehrbarkeit ergibt. Zudem bilden die finanziellen Aufwendungen für Bodenkauf und Verpachtung einen wesentlichen Kostenfaktor für landwirtschaftliche Betriebe. Nach Schätzungen von Siegmund (2012: Folie 6) entsprachen 2010 diese Kosten rund 8 bis 9 Prozent der Verkaufserlöse der Betriebe. [2] Als Bezugsgröße für die Darstellung der Eigentums- und Pachtverhältnisse dient in der amtlichen Agrarstatistik die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) der Betriebe. Diese untergliedert sich in:

- eigene LF,
- gepachtete LF und
- unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhaltene LF.

### Pachtverhältnisse

#### Pachtflächenanteile in Deutschland unterschiedlich

In den zurückliegenden Jahren nahm der Pachtflächenanteil, das ist der Anteil der Pachtfläche an der gesamten LF eines Betriebes, im bundesweiten Durchschnitt ab. Damit verschoben sich die Besitzverhältnisse

Abb. 1 Entwicklung der Pacht- und Eigenfläche in Sachsen 1993 bis 2010

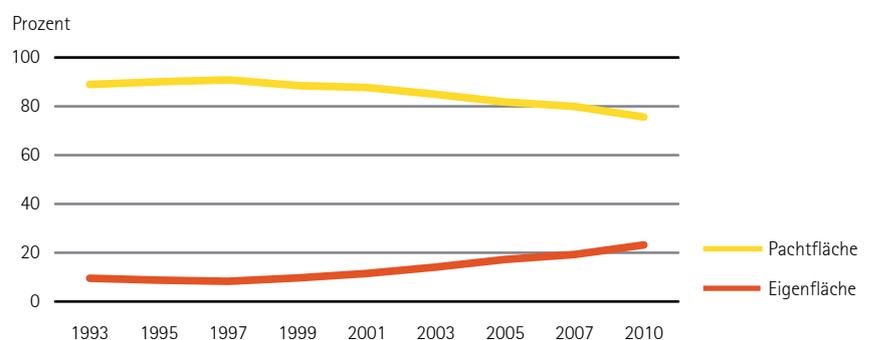
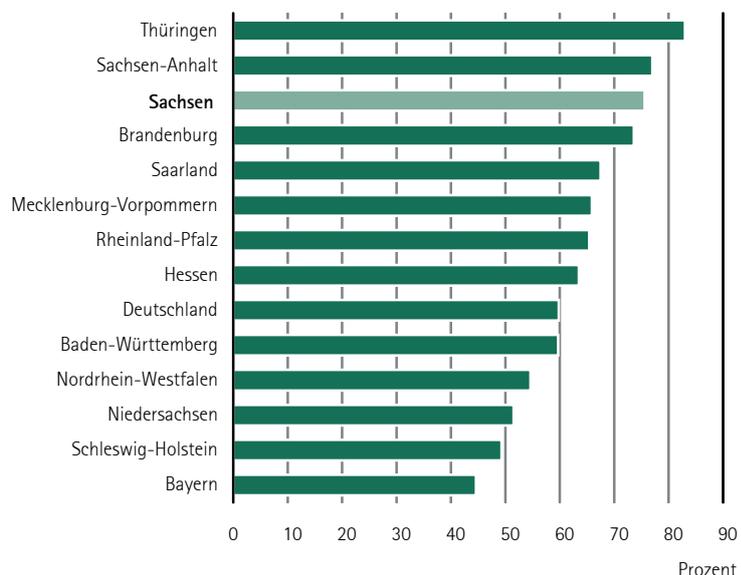


Abb. 2 Pachtflächenanteile 2010 nach Bundesländern



am Boden zugunsten der Eigenfläche. Während jedoch im früheren Bundesgebiet der Pachtflächenanteil nur bis 2005 zunahm und danach auf diesem Niveau verharrte, hielt dieser Rückgang in Sachsen wie in den anderen neuen Bundesländern auch 2010 noch an.

Der Pachtflächenanteil 2010 innerhalb Deutschlands variiert sehr stark. Bayern und Thüringen markieren mit Anteilen von 44,6 bzw. 83,0 Prozent die Extrempunkte. Sachsen liegt mit 75,6 Prozent deutlich über dem Deutschland-Durchschnitt von 59,8 Prozent.

### Pachtverhältnisse in Sachsen

In Sachsen bewirtschafteten nach den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 6 287 landwirtschaftliche Betriebe eine LF von 912 742 Hektar. Der überwiegende Teil der LF – 689 659 Hektar – war Pachtland. Dabei handelt es sich vorrangig (677 834 Hektar) um von "anderen Verpächtern" gepachtete LF. Die Pacht von Familienangehörigen, also von Verwandten bzw. Verschwägerten des Betriebsinhabers, umfasste insgesamt 11 824 Hektar. 211 990 Hektar, das ist weniger als ein Viertel der Gesamt-LF, war eigene selbst bewirtschaftete LF. Hinzu kamen 11 093 Hektar LF, die den landwirtschaftlichen Betrieben unentgeltlich zur Nutzung zur Verfügung gestellt wurden.

Die Mehrzahl der sächsischen Landwirtschaftsbetriebe, nämlich 54,2 Prozent, verfügte sowohl über eigene als auch über gepachtete Flächen. 28,3 Prozent bewirtschafteten nur Eigenflächen, während 14,5 Prozent nur gepachtete LF nutzten. Drei Prozent der Betriebe – hauptsächlich Veredlungsbetriebe – bewirtschafteten überhaupt keine LF.

Bei den erfassten Pachtfällen handelte es sich fast ausnahmslos um gepachtete Einzelgrundstücke. Komplette Höfe wurden nur im Rahmen von 16 Pachtungen, das ist weniger als ein Prozent aller Fälle, gepachtet. Hierbei ist auch nur LF im Umfang von 1 856 Hektar gepachtet worden.

952 Betriebe erhielten insgesamt 11 093 Hektar LF zur kostenlosen Nutzung. Das sind fast 12 Hektar je Fall. Hierbei wird es sich wahrscheinlich überwiegend um Böden schlechterer Qualität oder um ungünstig gelegene Flächen handeln.

Mit zunehmender Betriebsgröße steigt der Anteil der Betriebe mit Pachtflächen an. Während in der Größenklasse unter 5 Hektar weniger als ein Drittel der Betriebe auf solchen Flächen wirtschaftet, sind es in der Größenklasse 20 - 50 Hektar bereits mehr als drei Viertel und in der obersten Gruppe (1 000

Abb. 3 Eigentums- und Pachtverhältnisse in Sachsen 2010 in Prozent

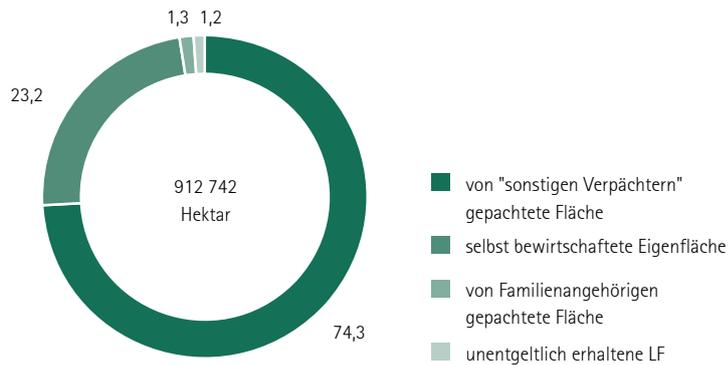
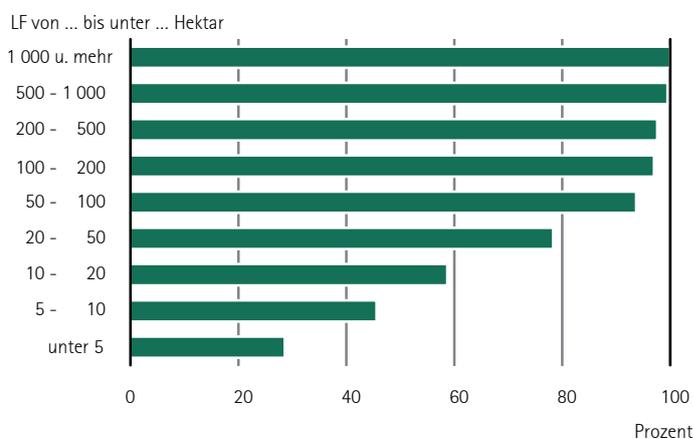


Abb. 4 Landwirtschaftliche Betriebe mit Pachtflächen in Sachsen 2010 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche



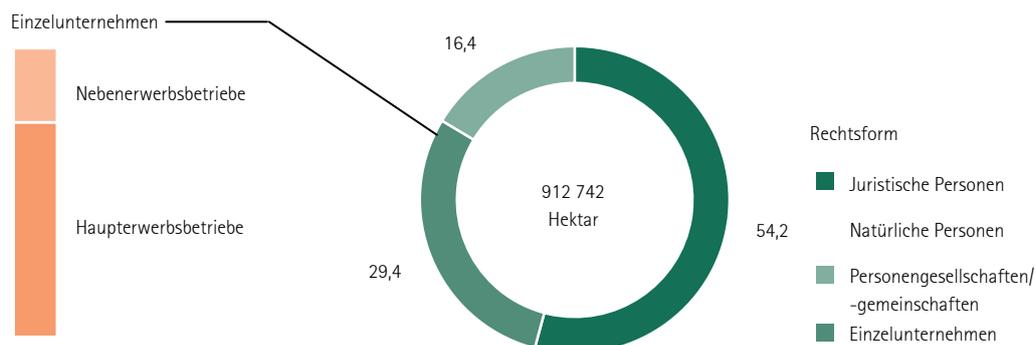
Hektar und mehr) verfügen ausnahmslos alle Betriebe über Pachtflächen.

Bei den Einzelgrundstückspachten wurde vorrangig (76,8 Prozent) Ackerland gepachtet. 18,7 Prozent des Pachtlandes waren Dauergrünland. 4,5 Prozent entfielen auf „sonstige LF“, also auf Reb-, Baumobst-, Baumschul- oder Gewächshausflächen sowie solche Flächen, für die keine getrennten Pachtentgelte für die verschiedenen Nutzungen angegeben werden konnten.

### Juristische Personen bewirtschaften größten Teil der Flächen

Die insgesamt bewirtschaftete LF Sachsens gliedert sich wie folgt auf die einzelnen Rechtsformen: Juristische Personen 54,3 Prozent, Einzelunternehmen im Haupterwerb 21,8 Prozent, Personengesellschaften/-gemeinschaften 16,4 Prozent, Einzelunternehmen im Nebenerwerb 7,5 Prozent.

Abb. 5 Landwirtschaftlich genutzte Fläche in Sachsen 2010 nach Rechtsformen in Prozent



Insgesamt nahmen mehr als zwei Drittel der sächsischen Betriebe (68,7 Prozent) Pachtland in Anspruch. Bei den juristischen Personen waren es 89,4 Prozent, bei den Personengesellschaften/-gemeinschaften 78,9 Prozent und bei den Einzelunternehmen 65,2 Prozent.

Den höchsten Pachtflächenanteil (82,7 Prozent) wiesen Betriebe in Hand juristischer Personen auf. Aber auch Personengesellschaften/-gemeinschaften (77,3 Prozent) und im Haupterwerb geführte Einzelunternehmen (66,1 Prozent) wirtschafteten überwiegend auf Pachtland. Eine Ausnahme bildeten die als Nebenerwerbsbetrieb geführten Einzelunternehmen. Hier besaßen Eigenflächen mit 48,8 Prozent den größten Anteil. Grund hierfür ist natürlich die oftmals geringe Größe dieser Betriebe. Sieben Prozent des Pachtlandes von Einzelunternehmen wurde von Familienangehörigen zugepachtet.

Mit fast 82 Prozent liegt bei den Personengesellschaften/-gemeinschaften der Anteil des Ackerlandes am Gesamtpachtland besonders hoch. Doch auch juristische Personen (77,9 Prozent) und im Haupterwerb geführte Einzelunternehmen (73,1 Prozent) pachteten deutlich mehr Acker- als Dauergrünland. Einzig bei Nebenerwerbsbetrieben lag der Ackerlandanteil mit 56 Prozent am Gesamtpachtland vergleichsweise niedrig. Hinzu kommt bei diesen Betrieben, dass der Anteil gepachteter sonstiger Flächen überdurchschnittlich hoch war.

### Pachtflächenanteile in Sachsen regional unterschiedlich

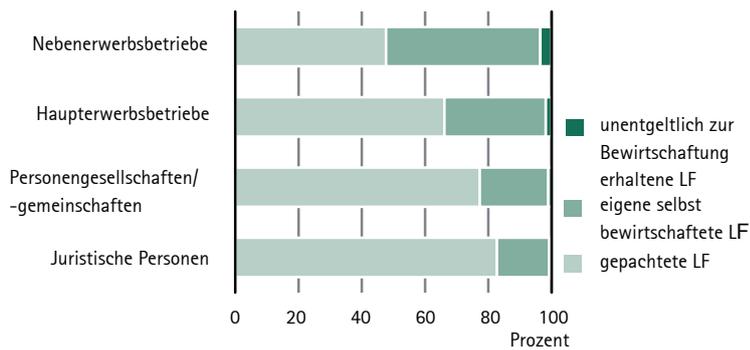
Die Schwankungsbreite bezüglich der Anzahl der Betriebe mit Pachtland war zwischen den Kreisen gering. Sie lag zwischen 63,5 und 75,6 Prozent. In der Region Leipzig sind dabei die größten und im Bereich Chemnitz die geringsten Anteile zu finden. Dies ist vor allem durch die unterschiedlichen durchschnittlichen Betriebsgrößen in den beiden Regionen bedingt.

Die Pachtflächenanteile hingegen variieren deutlich. Die höchsten Anteile wurden für die Städte Leipzig und Chemnitz ermittelt (86,6 bzw. 81,6 Prozent), die niedrigsten für den Landkreis Görlitz und die Stadt Dresden (71,1 bzw. 70,0 Prozent).

### Pachtpreise

Landwirtschaftliche Flächen werden immer begehrter, was sich in der Entwicklung der Preise für Landwirtschaftsflächen und der Pachtentgelte widerspiegelt. In dieser Veröffentlichung werden jedoch keine Kaufwerte dargestellt, sondern es wird nur auf die

Abb. 6 Pacht- und Eigentumsverhältnisse in Sachsen 2010 nach Rechtsformen



Entwicklung der Pachtentgelte eingegangen. "Unter Jahrespacht wird die entgeltliche Überlassung, zum Beispiel eines Einzelgrundstücks beziehungsweise eines geschlossenen landwirtschaftlichen Betriebes, verstanden. Die Höhe des Pachtentgeltes kann im Ein-

zelfall wesentlich vom ermittelten Durchschnittswert abweichen, da u. a. die Lage der Flächen, die Bodenqualität, Nutzungsart, Laufzeit des Pachtvertrages und Zeitpunkt des Vertragsabschlusses hierauf Einfluss nehmen." [3]

Tab. 1 Landwirtschaftliche Betriebe mit gepachteten Einzelgrundstücken in Sachsen 2010 nach Größenklassen des Jahrespachtentgeltes (in Prozent)

Durchschnittliches Jahrespachtentgelt von ... bis unter ... € je Hektar	Insgesamt		Und zwar					
			Ackerland		Dauergrünland		sonstige LF	
	Betriebe	Pachtfläche	Betriebe	Pachtfläche	Betriebe	Pachtfläche	Betriebe	Pachtfläche
unter 100	47,2	37,4	38,7	31,0	54,5	61,3	34,4	48,6
100 - 150	28,0	30,4	32,3	31,2	27,9	26,9	26,4	30,5
150 - 200	13,5	20,3	16,8	23,7	12,0	8,9	15,6	8,0
200 - 250	5,5	7,6	6,8	9,0	3,3	2,0	6,4	6,9
250 - 300	2,6	3,0	3,1	3,4	1,5	0,6	3,5	4,9
300 u. mehr	3,2	1,4	2,3	1,7	0,9	0,2	13,7	1,1
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Tab. 2 Betriebe mit Pachtland und Pachtflächenanteile in Sachsen 2010 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen (in Prozent)

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Anteil Betriebe mit Pachtland	Pachtflächenanteil
Chemnitz, Stadt	64,6	81,6
Erzgebirgskreis	65,8	78,6
Mittelsachsen	68,8	77,7
Vogtlandkreis	63,5	77,4
Zwickau	67,5	78,1
Dresden, Stadt	54,6	70,0
Bautzen	71,7	75,6
Görlitz	69,9	71,1
Meißen	69,9	75,4
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	64,1	73,9
Leipzig, Stadt	66,7	86,6
Leipzig	74,3	72,8
Nordsachsen	75,6	75,0
<b>Sachsen</b>	<b>68,7</b>	<b>75,6</b>

Pachtflächen und zugehörige Pachtentgelte wurden im Rahmen der LZ 2010 für folgende Flächenkategorien erfasst:

- LF insgesamt,
- Ackerland,
- Dauergrünland und
- sonstige LF.

Wegen der Vielschichtigkeit der Kategorie „sonstige LF“ wird auf diese hier nicht detailliert eingegangen.

Nicht einzubeziehen waren gepachtete Flächen, die an Dritte weiterverpachtet wurden. In den Fällen, in denen die Verpächter Verwandte oder Verschwägerte des Betriebsinhabers waren, wurden zwar die Flächen erfasst, das Pachtentgelt hingegen nicht. Dies hätte zu einer Verfälschung des berechneten Pachtpreises führen können.

### Niedrige Pachtpreise vor allem im Osten Deutschlands

Zwar gibt es bei den Pachtentgelten – landläufig als Pachtpreise bezeichnet – immer noch ein West-Ost-Gefälle, aber insbesondere für Flächen mit hoher Bodengüte müssen auch in den neuen Bundesländern deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegende Preise gezahlt werden. Die höchsten Pachtentgelte für Ackerland wurden mit 402 € je Hektar in Nordrhein-Westfalen festgestellt. Das ist mehr als das Vierfache des Pachtpreises des Schlusslichtes Saarland. Die neuen Länder rangierten in dieser Kategorie fast ausnahmslos direkt über dem Saarland. Nur Sachsen-Anhalt konnte sich wegen seines hohen Anteils besser Böden und seiner geografischen Lage im Mittelfeld des Ranking einordnen.

Nicht wesentlich anders stellt sich das Bild in der Kategorie Dauergrünland dar. Hier wurde mit 208 € je Hektar der Spitzenwert für Flächen in Schleswig-Holstein ermittelt. Am Ende rangieren mit Thüringen (67 €), Brandenburg (71 €) und Sachsen (74 €) wieder neue Bundesländer.

Beim Vergleich der Pachtentgelte für Ackerland und Dauergrünland innerhalb der Bundesländer gibt es zum Teil deutliche Unterschiede. Die größte Differenz zeigt sich in Sachsen-Anhalt. Hier liegt der mittlere Ackerland-Pachtpreis fast zweieinhalb Mal so hoch wie jener für Grünland. Aber beispielsweise auch in Thüringen (+122 Prozent) ist gepachtetes Ackerland deutlich teurer als Grünland. Die geringsten Differenzen wurden für das Saarland (+32 Prozent) und Brandenburg (+48 Prozent) ermittelt, wo das Acker-

Abb. 7 Pachtentgelte 2010 nach Bundesländern

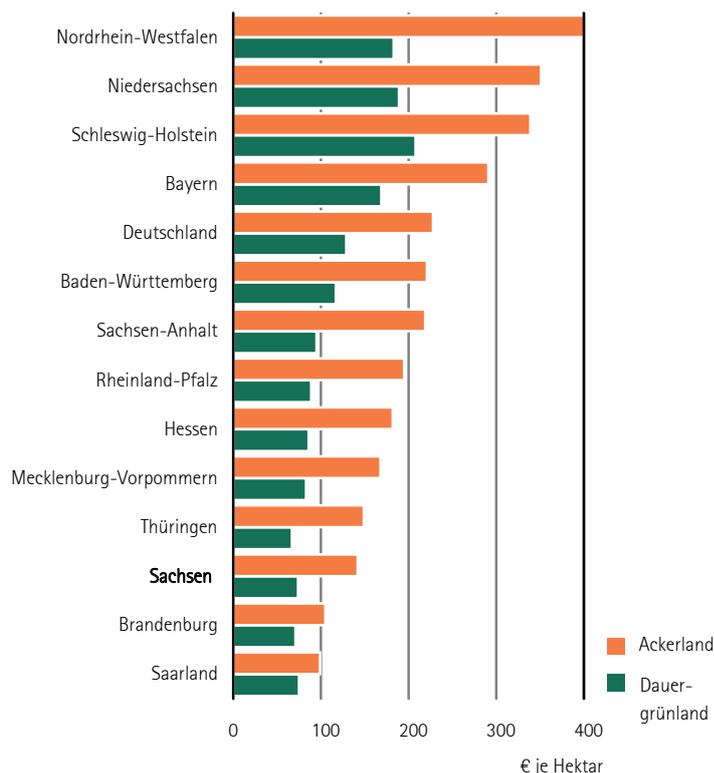
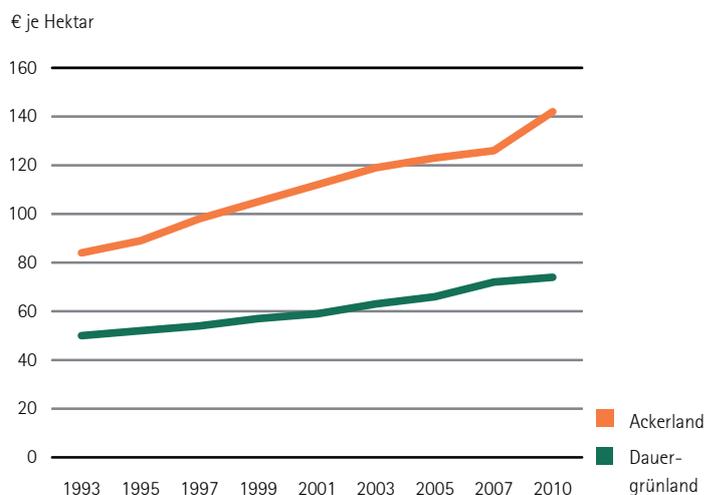


Abb. 8 Pachtentgelte in Sachsen 1993 bis 2010 nach Hauptnutzungsarten



landpachtentgelt aber bereits auf niedrigem Niveau liegt.

### Weiterer Anstieg der Pachtpreise in Sachsen

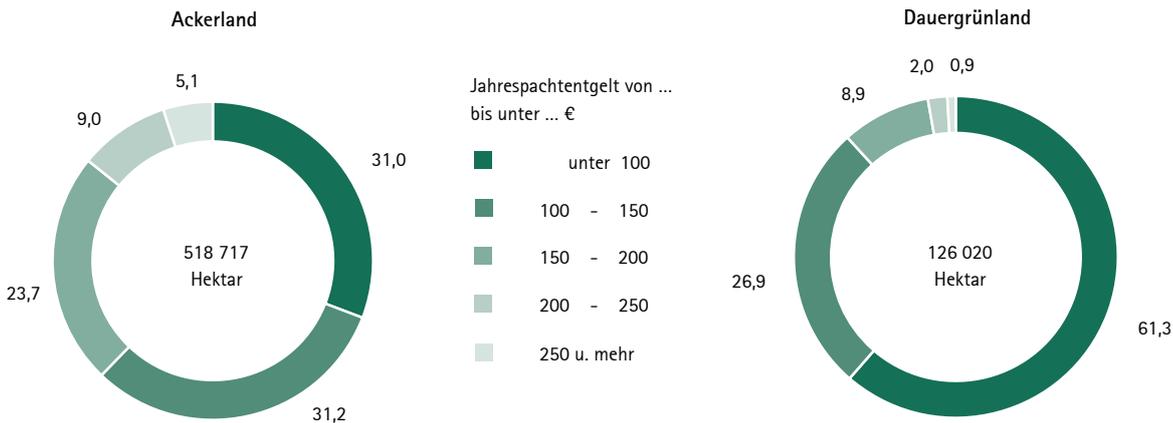
In Sachsen stiegen die Pachtentgelte seit Beginn der 1990er Jahre bis 2007 relativ konstant an, wobei dieser Anstieg bei Ackerland stärker ausfiel als bei Dauergrünland. Von 2007 zu 2010 zeigte sich beim Ackerland eine verstärkte Dynamik des Anstiegs, wobei dieser beim Dauergrünland geringer war als in den Vorjahren.

Von 1993 bis 2010 nahm der Pachtpreis für Ackerland um 58 € bzw. 69 Prozent, jener für

Dauergrünland um 24 € bzw. 48 Prozent zu. Für 2010 wurde in Sachsen ein durchschnittliches Pachtentgelt für Ackerland von 142 € und für Dauergrünland von 74 € je Hektar errechnet.

Der größte Anteil an Pachtflächen (37,4 Prozent) wurde zu Preisen von weniger als 100 € je Hektar gepachtet. Beim Dauergrünland war es sogar mehr als die Hälfte aller Flächen, beim Ackerland fast ein Drittel. Pachtpreise von 300 € und mehr je Hektar waren nur für 1,7 Prozent der gepachteten Ackerflächen und 0,2 Prozent des Grünlandes aufzubringen.

Abb. 9 Pachtentgelte in Sachsen 2010 nach Größenklassen und Hauptnutzungsarten in Prozent



**Personengesellschaften/-gemeinschaften zahlten höchste Pachtentgelte**

Die höchsten Pachtentgelte 2010 sowohl für Acker- als auch für Grünlandflächen mussten Personengesellschaften/-gemeinschaften entrichten (164 bzw. 88 € je Hektar). Den mit Abstand niedrigsten Pachtpreis für Ackerland zahlten juristische Personen (133 € je Hektar). Bei Grünland bildeten Einzelunternehmen das Schlusslicht (71 € je Hektar).

Die Größe des Betriebes wirkt sich kaum auf die Höhe des zu entrichtenden Pachtentgeltes aus – bis auf eine Ausnahme: Betriebe der Größenklasse „unter 5 Hektar LF“ zahlten 2010 mit 411 € je Hektar Ackerland einen wesentlich höheren Pachtpreis als die Betriebe der anderen Größenklassen. Dies liegt insbesondere darin begründet, dass es sich hierbei vorrangig um Betriebe mit intensiver Flächennutzung wie Gärtnereien oder Baumschulbetriebe handelt. Ansonsten schwankten die Preise in allen Größenklassen von 93 bis 142 € bei Ackerland und von 67 bis 85 € bei Dauergrünland.

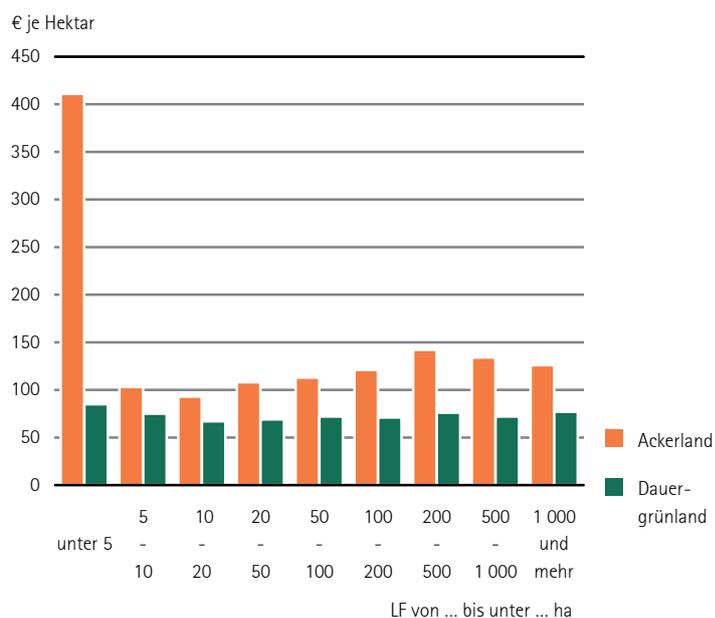
**Pachtflächen um Leipzig am teuersten**

Der Einfluss der Bodenqualität auf die Höhe des Pachtentgeltes zeigt sich deutlich beim Vergleich auf regionaler Ebene. Deshalb ist Ackerland in den Lößgebieten um Leipzig und Meißen besonders teuer. Insgesamt war auf Ebene der Landkreise beim Ackerland eine Streuung zwischen 73 € je Hektar (Erzgebirgskreis) und 196 € je Hektar (Landkreis Leipzig) erkennbar. Aber auch die innerstädtische Lage, Straßenanbindung, Art der Flächennutzung (Gärtnereien, Baumschulbetriebe) u. Ä. wirken sich spürbar aus. Höchste Pachtpreise wurden deshalb für die Kreisfreien Städte Leipzig (197 € je Hektar) und Dresden (182 € je Hektar) ermittelt. Beim Dauergrünland lagen die Extremwerte mit 50 € je Hektar (Erzgebirgskreis) und 120 €

Tab. 3 Pachtentgelte in Sachsen 2010 nach Rechtsformen und sozialökonomischen Betriebstypen sowie Hauptnutzungsarten (in € je Hektar)

Rechtsform Sozialökonomischer Betriebstyp	Insgesamt	Und zwar	
		Ackerland	Dauergrünland
<b>Insgesamt</b>	<b>128</b>	<b>142</b>	<b>74</b>
davon			
Juristische Personen	119	131	73
Personengesellschaften/ -gemeinschaften	153	164	88
Einzelunternehmen	134	156	71
davon			
Haupterwerbsbetriebe	138	158	71
Nebenerwerbsbetriebe	113	140	70

Abb. 10 Pachtentgelte in Sachsen 2010 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche und Hauptnutzungsarten



je Hektar (Landkreis Leipzig) nicht ganz so weit auseinander. Bemerkenswert ist, dass die höchsten Pachtpreise für Grünland neben den Landkreisen Leipzig und Zwickau für die Kreisfreie Städte Leipzig und Chemnitz ermittelt wurden.

### Wie entwickeln sich die Pachtpreise weiter?

Pachtland wird immer knapper, wobei es ausgeprägte regionale Unterschiede gibt. Insbesondere beim Ackerland wird es zukünftig verstärkt zum "Kampf" um Pachtland kommen, was einen Anstieg des Pachtentgeltes zur Folge haben könnte. Dabei spielt die Flächenkonkurrenz zwischen Nahrungsmittelproduktion und anderen Nutzungen eine immer größere Rolle. Nach Siegmund (2012: Folie 28) haben insbesondere folgende Faktoren wesentlichen Einfluss auf die zukünftige Pachtpreisentwicklung:

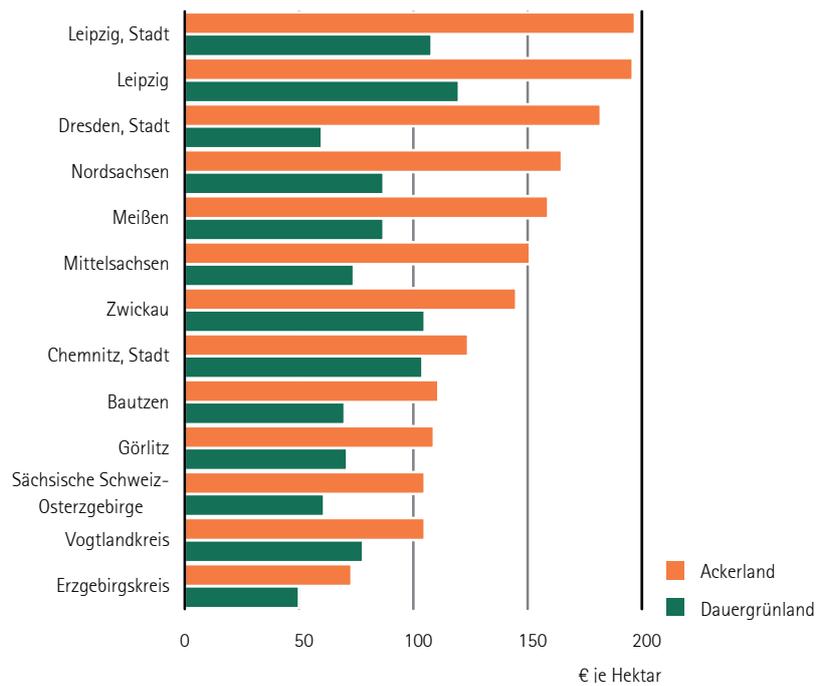
- Ertrags- und Leistungsniveau Landwirtschaft / Höhe der Bodenrente,
- globale Nachfrage / Exportausrichtung und -förderung,
- stark wachsende Anbaufläche nachwachsender Rohstoffe,
- Subventionierung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz,
- „Flächenstilllegung“ im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP),
- Rohstoffpreise,
- Finanzmärkte / Pacht als Anlage,
- anhaltender außerlandwirtschaftlicher Flächenentzug,
- sinkende Pachtquoten / steigender Eigenanteil,
- Auslaufen der BVVG-Pachten (Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH). [2]

### Zusammenfassung

Der Boden zählt zu den wichtigsten Produktionsfaktoren eines landwirtschaftlichen Betriebes, weshalb die Unternehmen bestrebt sind, diesen langfristig an sich zu binden. Dies geschieht durch über lange Zeiträume abgeschlossene Pachtverträge oder durch Landerwerb.

In den zurückliegenden Jahren stieg durch Flächenzukauf der Eigenflächenanteil der Betriebe an. Dieser ist historisch bedingt

Abb. 11 Pachtentgelte in Sachsen 2010 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen



im Osten Deutschlands niedriger als in den alten Bundesländern. Während der Anteil eigener Flächen in den alten Bundesländern stagniert, nimmt er in den neuen Ländern jedoch weiter zu.

Auch bei den Pachtpreisen zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Höchste Pachtentgelte wurden im Westen und Nordwesten der Bundesrepublik ermittelt. Auch wenn der Pachtpreisanstieg in den neuen Bundesländern weiterhin anhält, rangieren hier die Preise zusammen mit denen im Saarland am unteren Ende der Pachtpreisliste.

In Sachsen mussten Landpächter ebenfalls nur vergleichsweise niedrige Pachtentgelte zahlen. Die höchsten Preise wurden hier für die Region Leipzig ermittelt. Neben der Güte des Bodens dürften auch die Lage der Flächen, Verkehrsanbindungen und eventuelle spätere Nutzungsmöglichkeiten Einfluss auf die Pachtpreishöhe haben.

Zukünftig könnte sich durch die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Nutzungen landwirtschaftlicher Flächen (Nahrungsmittelproduktion, Produktion von Energiepflanzen, "Energieparks") der "Kampf" um Pachtland verstärken, was Einfluss auf den Pachtpreis haben dürfte.

Thorsten Krause, Diplomagraringenieur,  
 Fachverantwortlicher Agrarstruktur,  
 Flächenerhebung

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Ertel, U., Landwirtschaftszählung 2010 Teil 1 – Einführung. In: Statistik in Sachsen, 4/2011, S. 15 – 18, Kamenz, 2011
- [2] „Pachtland wird knapper und teurer“, Dr. Siegmund, Klaus, 9. NL Bodenforum, Internationale Grüne Woche Berlin, 24. Januar 2012
- [3] NL-BzAR Bodenmarkt 3, S. 63.

# Die Entwicklung des Tourismus in Sachsen 1992 bis 2011

## Vorbemerkungen

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor einer Gesellschaft. Auch wenn Deutschland und speziell Sachsen kein ausgesprochenes Urlaubsland sind und über viele wichtige Industriezweige verfügen, so wurden doch besonders in weniger industriell entwickelten Regionen viele touristische Anziehungspunkte geschaffen. So wurden in Sachsen neben den traditionellen Urlaubsregionen Sächsische Schweiz, Erzgebirge und Vogtland vor allem durch die Rekultivierung von Bergbaufolgelandschaften in der Lausitz und im Raum Leipzig neue touristische Regionen aufgebaut, die noch ausbaufähig sind.

Andererseits haben die Deutschen in den letzten Jahren wieder die Schönheit ihrer Heimat entdeckt. Fahrrad-, Wander- und Wellnessurlaub liegen im Trend, darauf hat sich die deutsche Tourismusbranche eingestellt. Auch der Anstieg der Kraftstoffpreise und damit die Verteuerung von langen Auto- oder Flugreisen haben zu Impulsen auf dem deutschen Markt geführt. Nicht zuletzt spielt auch der demografische Wandel eine wichtige Rolle für die Branche. Die immer größere Zahl älterer Mitmenschen verfügt über die Zeit und ist fit und interessiert für Urlaube in der Region.

Das alles hat in den letzten Jahren zu einem fast kontinuierlichen Anstieg der Gäste- und Übernachtungszahlen in Deutschland und auch in Sachsen geführt. Der nachfolgende Artikel soll zeigen, wie sich die sächsischen Regionen auch im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern und zum Bundestrend insgesamt entwickelt haben.

## Der sächsische Tourismus seit 1992

Im Jahr 1991 wurde in allen neuen Bundesländern mit der Beherbergungsstatistik begonnen. Befragt wurden alle Beherbergungs-

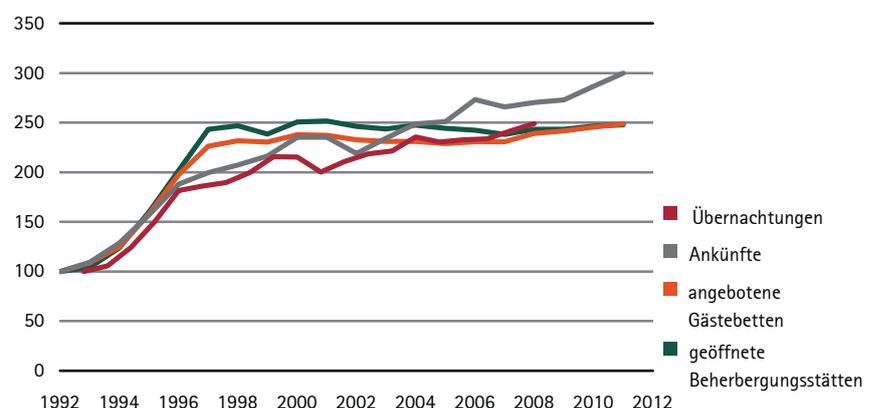
einrichtungen, die gleichzeitig neun und mehr Gäste unterbringen können, nach der Zahl der Gäste und deren Übernachtungen in jedem Monat und der Zahl der Gästebetten am Monatsende. Im Jahr 1992 registrierten die sächsischen Statistiker in 960 Beherbergungsbetrieben knapp 48 300 Betten, aber diese Zahlen entwickelten sich in den 1990er Jahren explosionsartig. Im Jahr 2002 gab es bereits 2 184 Beherbergungsstätten mit etwa 112 300 Betten, also jeweils etwas mehr als das Doppelte der Werte vom Anfang der 1990er Jahre. Hinzu kamen 72 Campingplätze (mit mindestens drei Stellplätzen) mit ca. 8 200 Stellplätzen. Auch die Campingplätze werden bei der Beherbergungsstatistik befragt, sie sollen aber aufgrund ihrer Besonderheiten und der großen saisonalen Abhängigkeit in diesem Artikel von den Betrachtungen weitestgehend ausgeschlossen werden.

Die Zahl der Beherbergungsstätten hat sich in den folgenden Jahren auf etwa 2 100 eingeepegelt, am 31. Juli 2011 gab es 2 159 Beherbergungsbetriebe. Dabei sind jedoch eini-

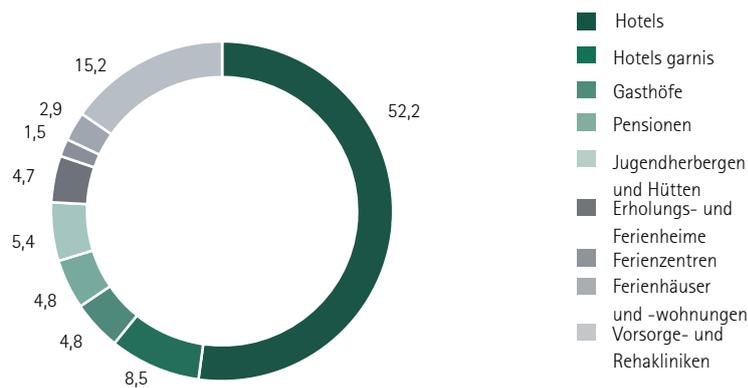
ge große Betriebe im Freistaat entstanden, so dass sich die Zahl der angebotenen Gästebetten in den letzten zehn Jahren noch einmal um sieben Prozent auf ca. 120 000 am 31. Juli 2011 erhöht hat. Mit dem schnellen Anstieg der Bettenzahlen in den 1990er Jahren konnten die Gästezahlen nicht Schritt halten. Damit sank die Auslastung der Gästebetten von 40,1 Prozent im Jahr 1992 auf 32,5 Prozent im Jahr 1998, um dann nahezu kontinuierlich wieder anzusteigen. 2011 war mit einer Auslastung von 39,8 Prozent der Wert der Anfangsjahre nahezu wieder erreicht.

Im Jahr 1992 wurden etwa 2,2 Millionen Gäste in Sachsen ermittelt, die insgesamt 6,7 Millionen Übernachtungen buchten. Im Jahr 2002 kamen bereits 4,8 Millionen Besucher, die 13,5 Millionen Übernachtungen benötigten, also jeweils etwas mehr als das Doppelte. Im vergangenen Jahr erhöhte sich die Zahl der Ankünfte gegenüber dem Jahr 2002 um 37 Prozent auf 6,6 Millionen, bei den Übernachtungen betrug der Anstieg 24 Prozent auf 16,8 Millionen. Aus den unterschiedlichen Zuwachsraten ist erkennbar,

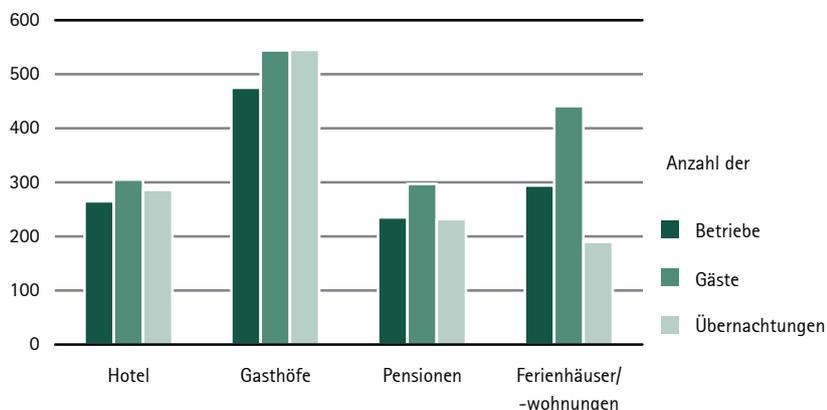
Abb. 1 Index der Entwicklung der Zahlen der sächsischen Beherbergungsstätten, der angebotenen Gästebetten sowie der Ankünfte und Übernachtungen 1992 bis 2011  
1992 = 100



**Abb. 2 Anteile der Betriebsarten an der Zahl der Übernachtungen in Sachsen 2011**  
in Prozent



**Abb. 3 Entwicklung der Zahl der Betriebe, Ankünfte und Übernachtungen für ausgewählte Betriebsarten – Jahr 2011 gegenüber Jahr 1992**  
1992 = 100



dass die Tendenz zu kürzeren Aufenthaltszeiten geht. Blieb ein Gast im Jahr 1992 noch durchschnittlich 3,1 Tage in einer Beherbergungsstätte, so waren es im Jahr 2002 noch 2,8 Tage und im vergangenen Jahr – wie auch die zwei Jahre zuvor – nur noch 2,6 Tage. Acht von zehn Beherbergungsbetrieben gehörten im Dezember 2011 zur Hotellerie. Sieben bzw. sechs Prozent der Betriebe waren Ferienhäuser oder -wohnungen bzw. Jugendherbergen oder -hütten. Hinzu kommen Erholungs- und Ferienheime, Vorsorge- und Rehakliniken, Ferienzentren und Schulungsheime. Im Bundesdurchschnitt sah die Verteilung etwas anders aus. Bundesweit waren im Dezember vergangenen Jahres nur 69 Prozent der Beherbergungsstätten der Hotellerie zuzuordnen. Der Anteil der Ferienhäuser oder -wohnungen lag mit 21 Prozent weit über dem sächsischen Wert. [1] Daran wird die herausragende Bedeutung der Hotellerie im sächsischen Beherbergungswesen sichtbar. Zur Hotellerie zählen Hotels (deren Anteil an der Hotellerie betrug im Dezember letzten Jahres 40 Prozent), Hotels garnis (Anteil acht Prozent), Gasthöfe (29 Prozent) und Pensionen.

Am besten entwickelte sich in den letzten 20 Jahren seit Beginn der Erhebung die Zahl der Gasthöfe. Während im Jahr 1992 insgesamt 106 Gasthöfe mit Übernachtungsmöglichkeiten für neun und mehr Gäste gleichzeitig gezählt wurden, waren es im Jahr 2011 mit 504 fast fünfmal so viel. Die Zahl der Hotels garnis und der Ferienhäuser/-wohnungen hat sich in diesem Zeitraum verdreifacht, allerdings von einem nur etwa halb so großem Ausgangswert. Die größte Zahl an Neueröffnungen gab es in den letzten 20 Jahren im

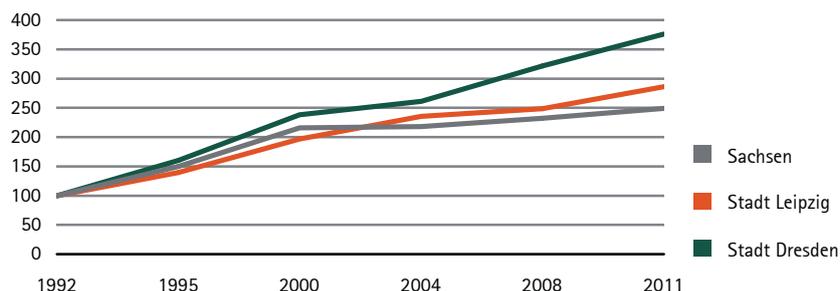
Freistaat bei den Hotels. Deren Zahl stieg gegenüber dem Jahr 1992 um 435 Hotels bzw. 265 Prozent. Ein wichtigerer Maßstab als die Zahl der Betriebe für den Erfolg der Branche sind die Zahl der Gäste und vor allem die Zahl der Übernachtungen. Auch hier dominieren die im Vergleich zu den anderen Betriebsarten durchschnittlich größeren Hotels. 52 Prozent aller Übernachtungen und sogar 64 Prozent aller Ankünfte erfolgten im letzten Jahr in einem Hotel. Deren 8,8 Millionen Übernachtungen von 4,2 Millionen Gästen bedeuteten etwa eine Verdreifachung der Werte aus dem Jahr 1992. Einen Anstieg um etwa das Fünfeinhalbfache im gleichen Zeitraum verzeichneten die sächsischen Gasthöfe mit 0,8 Millionen Übernachtungen von 0,35 Millionen Gästen im Jahr 2011.

### Städtetourismus in Sachsen mit hervorragender Entwicklung

45 Prozent aller Besucher des Freistaates machten im Jahr 2011 in den Städten Dresden oder Leipzig Station. Damit haben die zwei größten Städte Sachsens, die gleichzeitig auch eigenständige Reisegebiete sind, mit 1,8 bzw. 1,2 Millionen auch die meisten Ankünfte unter den sächsischen Reisegebieten zu verzeichnen. Im Bundesmaßstab lag Dresden im Jahr 2011 unter den Städten mit 100 000 Einwohnern und mehr bei den Ankünften und Übernachtungen auf Platz sieben und Leipzig auf Platz zehn. Damit waren die beiden sächsischen Großstädte die einzigen ostdeutschen Städte unter den Top ten. [2] Dabei haben die Gäste- und Übernachtungszahlen in diesen beiden Städten seit 1992 eine rasante Entwicklung genommen. Während im Sachsendurchschnitt die Zahl der Übernachtungen seit 1992 auf das 2,5-Fache gestiegen ist, hat sich diese Zahl im gleichen Zeitraum in Leipzig fast verdreifacht und stieg in Dresden auf mehr als das 3,5-Fache (Abb. 4).

Auch die meisten anderen Reisegebiete haben gegenüber dem Anfang diesen Jahrhunderts

**Abb. 4 Entwicklung der Übernachtungen in den Städten Dresden und Leipzig im Vergleich zu allen sächsischen Gemeinden**  
1992 = 100



Tab. 1 Die zehn wichtigsten Herkunftsländer der ausländischen Besucher in sächsischen Beherbergungsstätten

Herkunftsland	2011		2010		2009		2006		2002	
	Anteil <sup>1)</sup>	Veränderung <sup>2)</sup>								
Prozent										
Ausländische Gäste insgesamt	685 727		694 585		603 386		583 573		370 295	
Vereinigte Staaten	9,2	-16,2	11,0	1,1	12,5	8,2	9,6	37,8	9,7	-11,8
Niederlande	9,1	-1,9	9,3	7,3	10,0	-1,6	10,4	22,9	9,1	3,3
Schweiz	7,8	5,5	7,3	10,6	7,6	6,3	7,7	2,9	7,5	-11,6
Österreich	7,7	1,7	7,6	11,6	7,8	0,6	7,4	18,9	7,3	-4,2
Vereinigtes Königreich	6,5	3,7	6,2	22,7	5,8	-17,8	7,1	24,4	7,2	1,8
Polen	5,4	5,5	5,1	29,9	4,5	-10,7	4,4	28,8	4,5	-4,5
Italien	5,1	-7,4	5,5	7,0	5,9	3,2	5,9	-0,2	5,9	-9,3
Japan	4,9	-1,3	5,0	20,2	4,8	-6,0	6,6	-6,4	7,5	-8,7
Frankreich	4,5	-3,7	4,7	18,6	4,5	-0,5	5,0	22,9	4,7	-2,4
Russische Föderation	4,1	8,6	3,8	26,9	3,5	-16,9	3,2	34,7	3,9	-19,1

1) an allen ausländischen Gästen

2) zum jeweiligen Vorjahr

eine positive Entwicklung zu verzeichnen, wenn auch nicht einen so steilen Anstieg wie die zwei größten Städte. Das größte Flächenreisegebiet ist traditionell das Erzgebirge mit 1,0 Millionen Gästen und 3,0 Millionen Übernachtungen im Jahr 2011. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist im Erzgebirge wesentlich größer (3,0 Tage) als in den Großstädten (Dresden 2,1; Leipzig 1,8 Tage), dadurch konnte dieses Reisegebiet trotz geringerer Gästezahl mehr Übernachtungen verkaufen als die Stadt Leipzig. Zwei aufstrebende Reisegebiete sind das Sächsische Burgen- und Heide- und die Oberlausitz/Niederschlesien. Hier hat sich in den letzten zehn Jahren die Zahl der Gäste um 23 bzw. 21 Prozent und die Anzahl der Übernachtungen um 17 bzw. elf Prozent erhöht. Diese Entwicklungen sind die besten der sächsischen Flächenreisegebiete, sie liegen aber weit unter dem Sachsendurchschnitt (27 Prozent Steigerung bei den Ankünften und 16 Prozent bei den Übernachtungen). Das macht den Einfluss der Städte Dresden und Leipzig auf die sächsischen Tourismuszahlen deutlich.

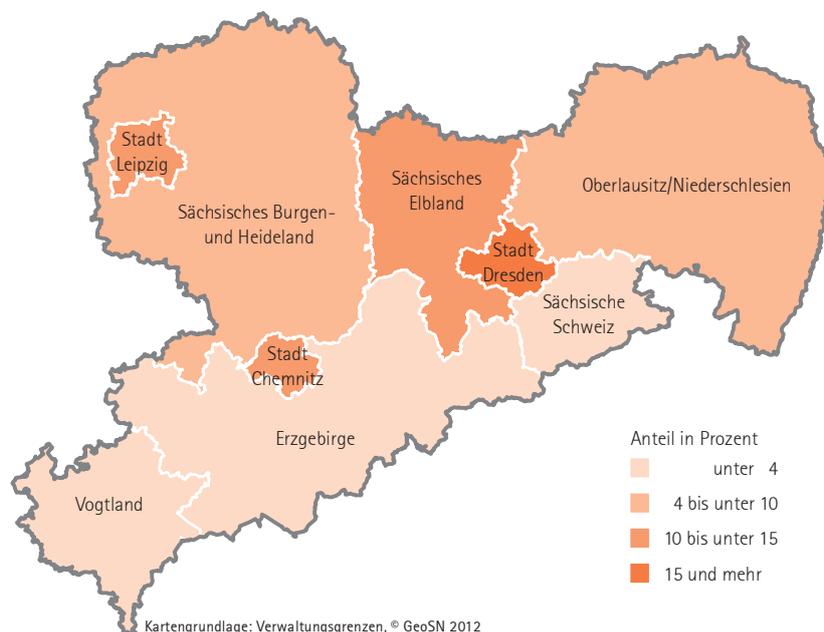
### Ausländische Gäste in sächsischen Beherbergungsstätten

Mehr als jeder zehnte Gast sächsischer Beherbergungsstätten im Jahr 2011 hatte seinen ständigen Wohnsitz außerhalb Deutschlands. Dabei haben sich die Top ten der häufigsten Herkunftsländer in den letzten zehn Jahren nicht geändert und in ihrer Reihenfolge nur unwesentlich verschoben (Tab.1). Die meisten Gäste kamen fast immer aus den Vereinigten Staaten, auch wenn die Steigerungsraten in den letzten Jahren geringer waren und im Jahr 2011 sogar 16,2 Prozent weniger Gäste kamen als ein Jahr zuvor. Niederlande,

Schweiz und Österreich behaupten gleichbleibend die Plätze zwei bis vier. Gemeinsam mit dem Vereinigten Königreich, Polen und Italien kam die Hälfte aller ausländischen Gäste aus den sieben wichtigsten Herkunftsländern. Das war auch in den anderen Jahren so, wobei Polen erst in den letzten zwei Jahren den Platz unter den ersten sieben von Japan übernommen hat. In diesem Zusammenhang ist auch erstaunlich, dass man unseren zweiten direkten Nachbarn, die Tschechische Republik, nicht unter den ersten zehn Herkunftsländern findet. Insgesamt ist die Zahl der ausländischen Gäste relativ kontinuierlich gestiegen, lag aber mit einem Anteil von 10,6 Prozent an allen Gästen im Jahr 2011 weit unter dem Bundes-

durchschnitt von 19,3 Prozent. Traditionell machen noch immer wesentlich mehr ausländische Gäste in den alten Bundesländern Station. Im Durchschnitt der neuen Bundesländer ohne Berlin lag der Anteil ausländischer Gäste im Jahr 2011 bei 7,5 Prozent [1]. In den letzten zehn Jahren hat sich dieser Anteil nur unwesentlich verändert (2002=6,6 Prozent), den höchsten Wert gab es im Jahr 2006 mit 8,1 Prozent. In Sachsen lag der Anteil ausländischer Gäste an allen Besuchern sächsischer Beherbergungsstätten im Jahr 2010 mit 11,1 Prozent am höchsten, der Freistaat hat aber seit 2002 (7,7 Prozent) eine ähnlich dynamische Entwicklung dieser Kennziffer zu verzeichnen wie der Bundesdurchschnitt (2002=16,1 Prozent).

Abb. 5 Anteil ausländischer Gäste an allen Besuchern in sächsischen Beherbergungsstätten 2011 nach Reisegebieten  
Gebietsstand: 1. Januar 2012



Dabei spielen die Städte Dresden und Leipzig die bedeutendste Rolle. Fast 70 Prozent aller Ankünfte ausländischer Gäste wurden im vergangenen Jahr in einer dieser beiden Städte registriert. Damit lag vor allem die Landeshauptstadt mit einem Anteil von 17,0 Prozent ausländischer Besucher an allen Gästen schon relativ nah am Bundesdurchschnitt.

### Der sächsische Tourismus im Vergleich zur Bundesentwicklung

Sachsen gehört nicht zu den bedeutendsten Urlaubsbundesländern Deutschlands. Das sind unbestritten Bayern gefolgt von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sowie Niedersachsen. In diesen vier Bundesländern buchten im Jahr 2011 insgesamt 54 Prozent aller Gäste in deutschen Beherbergungsstätten mehr als die Hälfte aller Übernachtungen. In Sachsen befanden sich im letzten Jahr 4,1 Prozent aller Beherbergungsstätten, die 4,7 Prozent aller Gäste begrüßen durften. Bei den Übernachtungen betrug der Anteil 4,6 Prozent. Damit belegte der Freistaat bei den Ankünften Platz neun und bei den Übernachtungen Platz zehn unter den Bundesländern. Lediglich Mecklenburg-Vorpommern, das auf Grund seiner exponierten Lage an der Ostsee in den letzten 20 Jahren die dynamischste Entwicklung aller Bundesländer bei den Übernachtungszahlen genommen hat [3], lag als eines der neuen Bundesländer vor Sachsen. Überhaupt haben die neuen Bundesländer einschließlich Berlin ein wesentlich größeres Wachstum in den letzten Jahren zu verzeichnen als die alten Bundesländer. So betrug die Steigerungsrate bei den Übernachtungen im Jahr 2008 gegenüber 1992 im Bundesdurchschnitt 16 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern lag sie bei 192 Prozent, in Berlin bei 126 Prozent und in Sachsen bei 124 Prozent [3]. Bei der Zahl der geöffneten Betriebe gab es im Durchschnitt aller Bundesländer im Jahr 2011 knapp fünf Prozent mehr Einrichtungen. Im Durchschnitt der neuen Bundesländer betrug die Steigerungsrate dagegen 145 Prozent, Sachsen lag mit 148 Prozent sogar noch leicht darüber. Es gab einen großen Nachholbedarf in den neuen Bundesländern nach der politischen Wende. Auch wenn sich die Dynamik seit Beginn des neuen Jahrtausends etwas abgeschwächt hat, so lagen doch die Veränderungsraten bei den Übernachtungs- und Gästezahlen des Jahres 2011 im Vergleich zum Jahr 2002 in Sachsen mit 24 Prozent bzw. 37 Prozent noch über der Entwicklung im Bundesdurchschnitt (16 bzw. 33 Prozent).

Eine gute Möglichkeit des Vergleiches unterschiedlicher Regionen ist die Tourismusintensität, der Bezug der Zahl der Übernachtungen von Gästen in Beherbergungseinrichtungen

auf die Zahl der heimischen Einwohner in dieser Region. Diese Kennziffer stellt einen groben Indikator für den Stellenwert des Tourismus in der Region dar. Eine Übersicht dazu gibt es nach Bundesländern vom Statistischen Bundesamt bis zum Jahr 2011. [2] Bei dieser Auswertung sind für alle Bundesländer ab dem Jahr 2002 die Campingplätze einbezogen. In deutschen Beherbergungseinrichtungen wurden im Jahr 2011 durchschnittlich 4 820 Übernachtungen je 1 000 Einwohner gebucht, das waren 17 Prozent mehr als im Jahr 2002 und 32 Prozent mehr als im Jahr 1992 (ohne Berücksichtigung der Tatsache, dass 1992 keine Campingplätze einbezogen waren). Sachsens Kennziffer lag im Jahr 2011 um einiges unter dem Bundesdurchschnitt (4 179 Übernachtungen je 1 000 Einwohner), aber die Steigerung gegenüber 2002 weit darüber (32 Prozent). In Bezug auf das Jahr 1992 hat sich die Tourismusintensität im Freistaat fast verdreifacht (290 Prozent). Das ist nach Mecklenburg-Vorpommern (478 Prozent), Brandenburg (307 Prozent) und Berlin (291 Prozent) die viertgrößte Zuwachsrate aller Bundesländer bei der Tourismusintensität. Allerdings ist in diesem Zeitraum auch die Zahl der sächsischen Bevölkerung um elf Prozent zurückgegangen.

### Ausblick

Im Jahr 2012 gab es Änderungen im Beherbergungsstatistikgesetz [4], die sich auf die Ergebnisdarstellung auswirken werden. Zur Erfüllung von Forderungen der EU wurde die monatliche Befragung der Hotellerie mit 25 und mehr Gästezimmern (am 31. Juli eines Jahres) nach der Zahl der angebotenen und belegten Zimmertage eingeführt. Auf der Suche nach Entlastungspotential hat man im Gegenzug die Abschneidegrenzen den internationalen Grenzen angepasst. Damit konnten ab dem Jahr 2012 Beherbergungsstätten mit neun Betten sowie Campingplätze mit drei bis neun Stellplätzen aus der Berichtspflicht entlassen werden. Zum neuen Berichtskreis gehören alle Beherbergungsstätten mit zehn und mehr Betten und Campingplätze mit zehn und mehr Stellplätzen. Eine Rückrechnung auf diesen Berichtskreis erfolgt nur für das Jahr 2011 zum Zweck der Bildung von Veränderungsdaten zum Vorjahreszeitraum im Jahr 2012. Darüber hinaus hat Sachsen diesen Bruch in den Zeitreihen genutzt, um sich in seinen Veröffentlichungen der Darstellungsform der Mehrzahl der Bundesländer anzupassen. Ab Januar 2012 veröffentlicht das Statistische Landesamt Sachsen die Daten für alle Beherbergungseinrichtungen, also inklusive Camping, wenn nicht ausdrücklich auf einen anderen Berichtskreis

hingewiesen wird. Aus diesen Gründen wird zukünftig eine Darstellung von langen Reihen rückwirkend über das Jahr 2012 hinaus nicht möglich sein.

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2012 ist der sächsische Tourismus weiterhin auf Wachstumskurs. Die ca. 2 200 geöffneten Beherbergungseinrichtungen (Stand Mai) haben von Januar bis Mai 2012 insgesamt 2,5 Millionen Gäste begrüßt, das waren 8,0 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die 6,56 Millionen Übernachtungen bedeuteten einen Anstieg um 8,7 Prozent. In etwa dem gleichen Umfang (8,8 Prozent) stieg auch die Zahl der Übernachtungen ausländischer Besucher, deren Zahl wuchs um 8,7 Prozent.

Wenn auch Sachsen nicht das Reiseland Nummer eins in Deutschland ist, so hat doch die Zahl der Besucher und deren Übernachtungen seit der politischen Wende eine sehr positive Entwicklung genommen und der Tourismus damit wesentlich an Bedeutung gewonnen. Mit der Tourismusindustrie sind auch sehr viele andere Bereiche verbunden, unter anderem die Gastronomie und der Einzelhandel. Diese Zusammenhänge wurden im Branchenreport Tourismus [5] mit Hilfe des vorhandenen amtlichen statistischen Datenmaterials dargestellt. Viele Zeitreihen zur Entwicklung der Beherbergung in Sachsen, auf die sich dieser Artikel bezieht, sind im Internet des Statistischen Landesamtes Sachsen zu finden.

Carmen Ronge, Dipl.-Ing., Referentin Dienstleistungen, Handel, Verkehr und Tourismus

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Monatserhebung im Tourismus – Fachserie 6, Reihe 7.1, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012
- [2] Tourismus in Zahlen 2011 – Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012
- [3] Szibalski, M.: Moderates Wachstum beim Inlandstourismus, In: Wirtschaft und Statistik 5/2009, S. 425-439, Wiesbaden 2009
- [4] Gesetz zur Neuordnung der Statistik über die Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungsstatistikgesetz (BeherbStatG) vom 22. Mai 2002 (BGBl. I S. 1642), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. November 2011 (BGBl. I S. 2298)
- [5] Branchenreport Tourismus 1992 bis 2009, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz 2010

# Bruttoinlandsprodukt (BIP) und mehr – aktueller Stand der Diskussion

## Vorbemerkungen

Im Jahr 2009 wurde mit der Veröffentlichung von zwei Dokumenten – der Mitteilung der EU-Kommission „Das BIP und mehr – Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“ [1] und dem „Stiglitz-Sen-Fitoussi-Bericht“ („Report by the Commission on the measurement of Economic Performance and Social Progress“) [2] – die Diskussion zum Thema „Bruttoinlandsprodukt (BIP) und mehr“ („GDP and Beyond“<sup>1)</sup>) erneut entfacht. In einem Beitrag in dieser Zeitschrift wurden Anfang 2010 Aussage und Bedeutung des BIP skizziert sowie Ursachen, Gründe und Inhalt der immer wieder auflebenden Kritik am BIP erläutert. Gleichzeitig konnten Ansätze vorgestellt werden, wie sich die amtliche Statistik dieser Thematik bereits angenähert hat. [3] Die Diskussion zum Thema „BIP und mehr“ verläuft seitdem auf breiter gesellschaftlicher Ebene – in der Politik und in der Verwaltung, in der Wissenschaft, in der amtlichen Statistik und in den Medien. [4] Die Diskussion in Deutschland ist eingebettet sowohl in den europäischen als auch den internationalen Kontext. In diesem Beitrag<sup>2)</sup> werden einige der gegenwärtigen Initiativen und Projekte vorgestellt und kurz erläutert. Mit diesem Aufsatz wird somit ein Überblick zum Stand der aktuellen Diskussion gegeben und auf verschiedene Datenangebote zur Abbildung der Nachhaltigkeitsstrategie bzw. zur Wohlstands- und Fortschrittmessung verwiesen. Zum Diskussionsstand ist festzuhalten, dass in den vorliegenden Studien und Projektberichten die Entwicklung zurzeit weniger auf die Konstruktion eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikators gerichtet ist, sondern stattdessen vielmehr Indikatorensysteme diskutiert und vorgeschlagen werden, die neben das BIP gestellt werden, um Lebensqualität, Wohlstand, nachhaltige Entwicklung sowie den gesellschaftlichen Fortschritt messen zu können. Daher wird

im letzten Teil des Aufsatzes der Versuch unternommen, für den Freistaat Sachsen einige der vorgeschlagenen Indikatoren soweit wie möglich mit den bereits heute verfügbaren Daten aus der amtlichen Statistik bzw. aus anderen Quellen zu untersetzen, um bezüglich der genannten Themen die Situation im Freistaat Sachsen sowie die Entwicklung in den letzten Jahren abzubilden.

## Warum „BIP und mehr“?

Das BIP stellt eine viel beachtete und breit anerkannte volkswirtschaftliche Größe dar. Seit langem<sup>3)</sup> sind das BIP bzw. dessen (preisbereinigte) Steigerungsraten das „rechte Maß“ für Wirtschaftswachstum und vielfach zugleich für Wohlstandsmehrung. Allerdings wird dabei ausgeblendet, dass das BIP nicht als genereller Wohlstandsindikator konzipiert worden ist. Grundsätzlich stellt es einen Wirtschaftsindikator dar: Das BIP ist „Ausdruck der gesamten im Inland entstandenen wirtschaftlichen Leistung einer Berichtsperiode, unabhängig davon, in welchem Umfang inländische oder ausländische Wirtschaftseinheiten dazu beigetragen haben. ... Für die Höhe des BIP sind die Abgrenzung der Produktion und ihre Bewertung maßgeblich.“ [5] Zugleich beschreibt das BIP die im Zusammenhang mit dem Wertschöpfungsprozess brutto entstandenen Einkommen. [6] Den rechtsverbindlichen Rahmen zur Ermittlung und Lieferung des BIP und von weiteren VGR-Ergebnissen innerhalb der EU stellt das „Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ (ESVG) dar. Mit der entsprechenden Ratsverordnung wurde die Grundlage zur Ermittlung zuverlässiger und vor allen Dingen vergleichbarer BIP-Daten in allen EU-Mitgliedstaaten gelegt.<sup>4)</sup> Das ESVG fußt auf dem internationalen „System of National Accounts (SNA)“. Die Ermittlung des BIP erfolgt somit nach international abge-

stimmten Konventionen.

Die Stärke des BIP besteht darin, dass es mit einer einzigen Zahl die Wirtschaftsleistung einer Region in einer Berichtsperiode wiedergibt. Die Aspekte „Lebensqualität, Wohlstand, nachhaltige Entwicklung und gesellschaftlicher Fortschritt“ können mit dem BIP allein nicht abgebildet werden. Daher wird schon seit längerem nach Alternativen zum BIP gesucht. Einen Anstoß dazu gab beispielsweise die Veröffentlichung „Die Grenzen des Wachstums“ [9] des „Club of Rom“<sup>5)</sup> zu Beginn der 1970er Jahre, wo auf den immensen irdischen Ressourcenverbrauch der bisherigen Form des Wirtschaftens hingewiesen wird. Mittlerweile stellt der mit dem Ringen nach Wachstum verbundene Klimawandel eine weitere Bedrohung für die Menschheit dar. Spätestens mit der Finanzkrise im Jahr 2008 ist auch das Thema „Finanzielle Belastung“ für heutige und künftige Generationen verstärkt in den Blickpunkt geraten. Ferner gilt es, insbesondere in Deutschland und anderen europäischen Ländern, die Herausfor-

1) GDP – Abkürzung für: gross domestic product (Bruttoinlandsprodukt / BIP).

2) Bei diesem Beitrag handelt es sich um die überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrags, der auf der Sitzung des Statistischen Beirates Sachsen am 21. November 2011 in Kamenz gehalten wurde.

3) In Deutschland rückte das BIP im Jahr 1992 in den Mittelpunkt der Betrachtung. Mit dem Übergang auf das Inlandsprodukt in der Verwendungsrechnung erfolgte eine Anpassung des VGR-Darstellungsprogramms an internationale Gepflogenheiten. Zuvor stand hier das Bruttosozialprodukt (BSP; heute Bruttonationaleinkommen), das nach dem Inländerkonzept ermittelt wird, im Fokus.

4) Gegenwärtig stellt das ESVG 1995 [7] die verbindliche Rechtsgrundlage zur Ermittlung des BIP in der EU dar. Das ESVG 1995 fußt auf dem sog. SNA 1993. Mit der Verabschiedung des neuen SNA 2008 erfolgt z. z. eine Revision des gegenwärtig gültigen ESVG (dann: ESVG 2010). Dessen Verabschiedung im Rat ist im Jahr 2012 zu erwarten. Es soll ab dem Jahr 2014 Rechtsverbindlichkeit erlangen. Die Überarbeitung ist mit einer Vielzahl tief greifender methodischer und konzeptioneller Änderungen verbunden. [8]

5) Der „Club of Rom“ ist eine nichtkommerzielle Organisation, die 1968 gegründet wurde. Sie betreibt einen globalen Gedankenaustausch zu verschiedenen Themen und hatte den 1972 veröffentlichten Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ in Auftrag gegeben. [10]

Abb. 1 Lebensqualität, Wohlstand, nachhaltige Entwicklung und gesellschaftlicher Fortschritt



Abb. 2 Handlungsfelder auf EU-Ebene zur besseren Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel

Ergänzung des BIP durch ökologische und soziale Indikatoren
Informationen in Beinahe-Echtzeit
Genauere Berichterstattung über Verteilung und Ungleichheiten
Entwicklung eines europäischen Anzeigers für nachhaltige Entwicklung
Einbeziehung von ökologischen und sozialen Anliegen in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Quelle: Vgl. [1]

derungen des demografischen Wandels für die gesellschaftliche Entwicklung mit in der Diskussion zu berücksichtigen. Letztlich geht es nicht nur um wirtschaftliches Wachstum. Ziel ist es, eine hohe Lebensqualität für heutige und künftige Generationen zu erreichen bzw. zu sichern. Die vorstehend genannten und noch weitere Aspekte erfordern sowohl von der Wissenschaft als auch von den Statistikern bzw. Gesamtrechnern, Antworten auf die Fragen zu ihrer geeigneten Messung bzw. der adäquaten Wiedergabe zu finden. In der Diskussion geht es parallel um den Begriffsinhalt, das Begriffsverständnis und das „rechte Maß“ zur Abbildung der genannten Aspekte. Dabei muss die Diskussion um Lebensqualität, Wohlstand, nachhaltige Entwicklung und gesellschaftlichen Fortschritt global sowie regional geführt werden. Sie schließt die Gegenwart wie die Zukunft ein (vgl. Abb. 1).

**Neue Impulse im Jahr 2009**

Mit der Veröffentlichung der Mitteilung der EU-Kommission „Das BIP und mehr – Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“ [11] sowie des „Stiglitz-Sen-Fitoussi-Berichts“ („Report by the Commission on the measurement of Economic Performance

and Social Progress“) [12] im Jahr 2009 wurde die Diskussion zum Thema „BIP und mehr“ erneut entfacht. Sie hält bis zum heutigen Tag ununterbrochen an. In beiden Dokumenten werden die Herausforderungen umrissen, die vor den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bzw. den weiteren Gesamtrechnungen stehen.<sup>6)</sup> Beide Dokumente bekräftigen zwar die Rolle des BIP als anerkannten Indikator zur Beobachtung kurz- bis mittelfristiger Schwankungen der wirtschaftlichen Tätigkeit, sie unterstreichen jedoch auch, dass das BIP „... nicht dazu gedacht ist, den längerfristigen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und insbesondere die Fähigkeit einer Gesellschaft zur Lösung von Problemen wie Klimawandel, effiziente Ressourcennutzung oder soziale Integration genau zu messen.“ [13] Kritikpunkte sind u. a., dass Tätigkeiten, wie die Hausarbeit oder das Ehrenamt, die zur Mehrung der gesellschaftlichen Wohlfahrt beitragen, per Definition nicht in die Ermittlung des BIP einbezogen werden, dagegen Aufwendungen zur Beseitigung von Umweltschäden BIP-erhöhend wirken. Zudem werden die nicht-materiellen Seiten der Lebensqualität sowie die Nachhaltigkeit der Entwicklung zu wenig beachtet. [14] Als Schlussfolgerung ist festzuhalten, dass es notwendig ist, das bewährte BIP um einen bzw. mehrere geeignete(n) Indikator(en) zur Messung weiterer wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Tatbestände mit ebenfalls entscheidender Bedeutung für Lebensqualität, Wohlstand, nachhaltige Entwicklung und sozialen Fortschritt zu ergänzen. In der oben erwähnten EU-Kommissionsmitteilung werden daher für die EU-Ebene Maßnahmen in fünf wesentlichen Handlungsfeldern beschrieben, die letztlich eine bessere Grundlage für öffentliche Debatten und politische Entscheidungen bieten (vgl. Abb. 2). Ziel ist es, Indikatoren zu entwickeln, „... die präzise soziale und ökologische Fortschritte (wie sozialer Zusammenhalt, Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit grundlegender Güter und Dienstleistungen, Bildung, öffentliche

Gesundheit und Luftqualität) und Fehlentwicklungen (wie wachsende Armut, Anstieg der Kriminalität oder Erschöpfung natürlicher Ressourcen) einbeziehen.“ [15] Aufgabe der „Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission“<sup>7)</sup> war es, die Grenzen des BIP als Wohlstandindikator aufzuzeigen sowie ergänzende Indikatoren zur Messung des gesellschaftlichen Fortschritts vorzuschlagen. Der von der Kommission erarbeitete Bericht unterbreitet zwölf Empfehlungen, die den drei Themenbereichen

- Verbesserte Wirtschaftsindikatoren,
- Erfassung der Lebensqualität sowie
- Nachhaltigkeit und Umwelt

zugeordnet werden können (vgl. Abb. 3). Zu allen Themenbereichen sollen entsprechende Indikatoren entwickelt und berechnet werden. Mit diesen Empfehlungen wurde ein Impuls für die weitere Diskussion zu Möglichkeiten der Messung der wirtschaftlichen Entwicklung und des sozialen Fortschritts gegeben. Dabei galt die Leitlinie, systematisch Zusatzinformationen neben das BIP zu stellen. Mit dem Erscheinen der beiden Dokumente entwickelte sich sowohl auf europäischer/internationaler Ebene als auch in Deutschland eine breite Diskussion des Themas „BIP und mehr“. Diese Diskussion betrifft sowohl die

Abb. 3 Handlungsfelder und ausgewählte Empfehlungen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission zur Weiterentwicklung der statistischen Berichterstattung und der VGR

<b>Verbesserte Wirtschaftsindikatoren</b>
u. a. stärkere Betrachtung von Einkommen und Konsum und nicht nur der Produktion
<b>Erfassung der Lebensqualität</b>
u. a. Notwendigkeit der Abbildung der Ungleichheit der Lebensverhältnisse von Individuen und Gruppen sowie der Verbindungen zwischen den Bereichen der Lebensqualität
<b>Nachhaltigkeit und Umwelt</b>
u. a. „Armaturentafel“ gut abgegrenzter Indikatoren: Nachweismöglichkeit für Bestandsveränderungen

Quelle: Vgl. [2] und [4]

6) Neben den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) betrifft dies insbesondere die Erwerbstätigenrechnung (ETR) sowie die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR).  
 7) Hierbei handelt es sich um eine vom damaligen französischen Staatspräsidenten N. Sarkozy 2008 initiierten internationalen Expertengruppe von 25 Wissenschaftlern unter Vorsitz von Prof. J. Stiglitz (Columbia University).

Politik und die Verwaltung, als auch die Wissenschaft und die amtliche Statistik. Letztlich spiegelt sie sich auch in den Medien wider. [16] Verschiedene Initiativen wurden gestartet und konkrete Konzepte erarbeitet. Die gegenwärtig vorliegenden Vorschläge zielen letztlich weniger auf die Konstruktion eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikators, sondern vielmehr auf die Erstellung von Indikatorensystemen, die neben das BIP gestellt werden können, um Lebensqualität, Wohlstand, nachhaltige Entwicklung sowie den gesellschaftlichen Fortschritt zu messen. Im Folgenden werden einige dieser Initiativen und Projekte vorgestellt und kurz erläutert. Außerdem wird auf verschiedene Datenangebote zur Abbildung der Nachhaltigkeitsstrategie bzw. zur Wohlstands- und Fortschrittmessung verwiesen.

### Expertise der deutschen und der französischen Sachverständigenräte

Ende 2010 legten die deutschen und die französischen Sachverständigen für Wirtschaft eine gemeinsame Expertise zu einem umfassenden Indikatorensystem zur Messung von Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit vor. [17] Die Erstellung dieser Expertise erfolgte im Auftrag des Deutsch-Französischen Ministerrates und knüpft an

die Empfehlungen der „Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission“ an. Die Sachverständigen schlagen ein Indikatorenset von 25 Indikatoren zu den drei Themenbereichen des „Stiglitz-Sen-Fitoussi-Berichts“, „Wirtschaftsleistung bzw. verbesserte Wirtschaftsindikatoren“ (6 Indikatoren), „Lebensqualität“ (7 Indikatoren) und „Nachhaltigkeit“ (12 Indikatoren), vor (vgl. Abb. 4).

Aus Sicht der Experten ist es nicht möglich, aufgrund der Komplexität des Sachverhaltes und der unterschiedlichen Anforderungen an den statistischen Nachweis, die Messung des Fortschritts nur mit einem einzigen, umfassenden Indikator vorzunehmen. [18] Das nach dem „Drei-Säulen-Ansatz“ entwickelte Indikatorenset für

- Wirtschaftsleistung und materiellen Wohlstand,
- nicht-materielle Aspekte der Wohlfahrt (7 Dimensionen von Lebensqualität) sowie
- Nachhaltigkeit

gestattet eine umfassende Beurteilung von Wirtschaftsleistung und Wohlfahrt eines Landes bezüglich des Niveaus sowie im zeitlichen und räumlichen Vergleich. Die Informationen jeder „Säule“ (Themenbereich)

werden dabei nicht isoliert betrachtet. In Erweiterung des „Stiglitz-Sen-Fitoussi-Berichts“ bezieht sich „Nachhaltigkeit“ hier nicht nur auf Umweltfragen, sondern auch auf die „wirtschaftliche Nachhaltigkeit“. [19] Mit den ersten sieben Indikatoren der „dritten Säule“ sollen u. a. die Aspekte „Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums“ sowie „Solide Staatsfinanzen“ und „Stabiler privater Finanzsektor“ wiedergegeben werden.

Breiten Raum im Gutachten nehmen Fragen der Untersetzung der einzelnen Indikatoren mit statistischen Daten, der Qualität der verfügbaren Daten sowie der Aufwendungen zur Datenbeschaffung ein. Dabei werden konkrete Vorschläge zur Harmonisierung der Datenbasis und zu deren Erweiterung erarbeitet, wobei auch Kostenaspekte nicht unberücksichtigt bleiben. Im Themenbereich „Lebensqualität“ ist die Abbildung und Widerspiegelung der einzelnen Facetten sehr kompliziert. Um hier die Entwicklung der betrachteten sieben Dimensionen im Zeitablauf zu verdeutlichen, wird die Präsentation der Ergebnisse in Form sog. „Radar-Charts“ favorisiert. [20] Insgesamt stellt dieses Indikatorenset eine Erweiterung und Konkretisierung der Empfehlungen der „Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission“ dar. Die Vorschläge stehen für die weitere Diskussion offen.

Abb. 4 Indikatorensystem für Wirtschaftsleistung sowie Lebensqualität und Nachhaltigkeit

Wirtschaftsleistung (A)	Lebensqualität (B)	Nachhaltigkeit (C)
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf	Gesundheit: Potenziell verlorene Lebensjahre	Nettoanlageinvestitionen des privaten Sektors in Relation zum Bruttoinlandsprodukt
Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde	Bildung: Schüler und Studenten im Alter zwischen 15 und 24 Jahren	Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt
Beschäftigungsquote der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren	Persönliche Aktivitäten: Anteil der Arbeitnehmer in Schichtarbeit	Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt
Nettonationaleinkommen pro Kopf	Politische Einflussnahme und Kontrolle: Mitspracherecht und Verantwortlichkeit	Fiskalische Nachhaltigkeitslücke S2
Private und staatliche Konsumausgaben pro Kopf	Soziale Kontakte und Beziehungen: Häufigkeit von mit anderen Personen verbrachte Zeit für Sport, Kultur und in gemeinschaftlichen Organisationen	Kredit/BIP-Lücke
Harmonisiertes Verteilungsmaß für das Nettoeinkommen je Konsumeinheit, Einkommensquintilverhältnis S80/S20	Umweltbedingungen: Belastung der städtischen Bevölkerung durch Luftverschmutzung mit Feinstaub	Reale Aktienkurslücke
	Persönliche und wirtschaftliche Unsicherheit: Nicht-Armutrisikoquote	Reale Immobilienpreislücke
		Niveau der Treibhausgasemissionen
		Treibhausgasemissionen pro Kopf
		Rohstoffproduktivität (BIP im Verhältnis zum direkten abiotischen Materialinput, DMI)
		Rohstoffverbrauch (abiotischer inländischer Ressourcenverbrauch - DMC) pro Kopf
		Indikator zur Biodiversität: (Vogelindex, vorläufig)

Quelle: Vgl. [17], S. 30, Schaubild 5

## Eurostat-Sponsoring-Group „Messung von Fortschritt, Wohlfahrt und nachhaltiger Entwicklung“

Eine von EUROSTAT Anfang 2010 eingerichtete „Sponsoring-Group“ beschäftigt sich ebenfalls mit der Umsetzung der Empfehlungen der „Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission“. Allerdings erfolgte die Arbeit dieser Gruppe u. a. auch vor dem Hintergrund der vorangeführten EU-Kommissionsmitteilung „Das BIP und mehr – Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“. Es wurden vier Task Forces zu den Themen

- Haushaltsperspektive/Verteilungsaspekte von Einkommen, Konsum und Vermögen,
- Multidimensionale Messung der Lebensqualität,
- Umweltbezogene Nachhaltigkeit und
- Übergreifende Fragen

gebildet, in denen – wie in der Sponsoring-Group – Vertreter des Statistischen Bundesamtes mitwirkten. [21] Der Endbericht wurde Ende 2011 vom zuständigen Gremium, dem Ausschuss für das europäische statistische System (AESS), angenommen. Zur Umsetzung der Empfehlungen aus den beiden oben genannten Dokumenten wurden konkrete Maßnahmen abgeleitet, die sich nun in den statistischen Arbeitsprogrammen niederschlagen werden. Dies betrifft beispielsweise die stärkere Nutzung bereits vorhandener Daten zu Einkommen und Konsum der privaten Haushalte oder die systematische Weiterentwicklung der europäischen Erhebung „EU-SILC“<sup>8)</sup> zu einem Instrument zur Messung der Lebensqualität. Noch offene methodische Aspekte müssen in Zusammenarbeit mit der Wissenschaft weiter untersucht werden. Die Umsetzung der Maßnahmen wird nicht ohne zusätzliche Ressourcen möglich sein und die Einführung neuer Erhebungen wird insgesamt zu einer weiteren Belastung von Auskunftgebenden führen. [23] Beide Aspekte müssen mit dem angestrebten Informationsgewinn abgewogen werden.

### Initiativen der OECD

Seitens der OECD sind ebenfalls verschiedene Initiativen zur Wohlfahrtsmessung – als Fortsetzung früherer Aktivitäten vor 2009 – zu verzeichnen. Im Rahmen der gegenwärtigen Diskussion zum Thema „BIP und mehr“ wurde im Jahr 2011 ein aus 22 Indikatoren bestehendes umfassendes Indikatorenset „How’s life? – Measuring Well-being“ mit Daten für die OECD-Mitgliedstaaten vorgeschlagen, das als interaktives Webangebot für Daten-

nutzer verfügbar ist („Better Life Index“). [24] Mit diesem Indikatorenset werden elf Dimensionen, die den beiden Themenbereichen

- materielle Lebensbedingungen (7 Indikatoren) und
- Lebensqualität (15 Indikatoren)

zugeordnet werden können, abgebildet. Zum Teil handelt es sich um dieselben Indikatoren, die auch in der Expertise der Wirtschaftssachverständigen angeführt werden (vgl. Abb. 4), zum Teil jedoch um weitere Indikatoren (z. B. Verfügbares Einkommen [Verbrauchskonzept] privater Haushalte pro Kopf oder Langzeit-Arbeitslosenquote). Bei der Auswahl der Indikatoren wurde insbesondere darauf geachtet, dass diese aussagekräftig und politikrelevant sind, vorrangig aus amtlichen bzw. etablierten Datenquellen stammen, nach vergleichbaren bzw. standardisierten Definitionen ermittelt sowie regelmäßig aktualisiert werden. Da einige Indikatoren noch nicht alle Qualitätskriterien erfüllen, fungieren sie z. z. als „Platzhalter“. [25] Die Daten werden regelmäßig aktualisiert. Obwohl der Name „Better Life Index“ einen Gesamtindikator vermuten lässt, erfolgt seitens der OECD keine Verdichtung der Informationen. Dies bleibt im o. g. interaktiven Webangebot jedem Nutzer selbst überlassen, wobei die Gewichte individuell festgelegt werden können.

### Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages

Ein sichtbares Zeichen für die breite gesellschaftliche Diskussion des Themas „BIP und mehr“ auch auf der politischen Ebene war die Bildung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ im Januar 2011. [26] Auftrag dieser Kommission ist es,

- den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft zu untersuchen,
- einen ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator zu entwickeln,
- die Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung von Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischem Fortschritt zu untersuchen,
- das Thema „Nachhaltig gestaltete Ordnungspolitik“ zu erörtern und

- Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile zu analysieren.

Die Arbeitsergebnisse sind vor Ablauf der Legislaturperiode (Mitte 2013) vorzulegen. [27] Die Kommission besteht aus 34 Mitgliedern, 17 Abgeordneten der Bundestagsfraktionen sowie 17 Sachverständigen. Es wurden fünf Projektgruppen gebildet. Aus VGR-Sicht ist insbesondere die zweite Projektgruppe gebildet, die zum zweiten Thema gebildet wurde, die „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands-/ Fortschrittsindikators“ von Interesse. Wie im Zusammenhang mit der Anfang März 2012 erfolgten Präsentation des Zwischenberichts dieser Projektgruppe festzuhalten war, konnte bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt die endgültige Definition dieser neuen Kennziffer allerdings noch nicht abgeschlossen werden. Es „soll eine begrenzte Zahl von Indikatoren helfen, einen erweiterten Wohlstandsbegriff zu finden, der über das BIP hinausreicht.“ [28] Hier muss die weitere Diskussion in der Projektgruppe abgewartet werden, an der auch Gesamtrechner des Statistischen Bundesamtes beteiligt sind.

Bezüglich politischer Initiativen auf nationalstaatlicher Ebene sei an dieser Stelle auf das britische Projekt „Measuring National Well-being“ verwiesen, das der nationalen Wohlfahrtsmessung dient. Unter Einbeziehung subjektiver Indikatoren zum Wohlbefinden sollen Aussagen zur Entwicklung der Lebensqualität der Briten getroffen werden. [29]

### Wissenschaftliche Veranstaltungen

Das Thema „BIP und mehr“ war zuletzt auch Gegenstand mehrerer wissenschaftlicher Veranstaltungen. Darüber diskutiert wurde in Deutschland u. a. während des gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und der Deutschen Statistischen Gesellschaft organisierten Kolloquiums „Wohlfahrtsmessung“ im November 2010 [30], der letztjährigen Statistischen Woche in Leipzig<sup>9)</sup>, auf der es auch eine eigene Veranstaltung der regionalen Gesamtrechner gab [32], sowie auf der Sitzung des Fachausschusses „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“<sup>10)</sup> im November

8) EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) ist die europäische Bezeichnung für die seit 2005 jährlich durchgeführte Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen der Bevölkerung „Leben in Europa“ (Rechtsgrundlage – vgl. [22]).

9) Die Jahrestagungen der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG), die gemeinsam u. a. mit dem Verband der Stadtstatistiker (VdSt) durchgeführt werden, nennt man „Statistische Woche“. Zur 2011er „Statistischen Woche“ mit dem Schwerpunktthema „Jenseits des BIP – die Vermessung der Wohlfahrt“ waren bei Redaktionsschluss allerdings keine Unterlagen auf der Homepage der DStatG [31] eingestellt.

10) Der Fachausschuss „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ stellt ein Diskussionsforum für Gesamtrechner sowie Nutzer von VGR-Ergebnissen dar, der in mehrjährigen Abständen tagt. Neben Berichten zum aktuellen Arbeitsstand werden hier die Entwicklungen der VGR auf nationaler und europäischer Ebene sowie im internationalen Kontext behandelt.

Abb. 5 LIKI - Indikatorenspiegel

Indikator	Jahr	Trend		Status	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland
		2001-2010	2010-2010																		
Waldzustand [%] - Anteil der deutlich geschädigten Bäume der Stufe 2 und größer -	24	↑	↑	■	↑	↑	↑	■	↑	■	↑	↑	↑	↑	↑	■	↑	↑	↑	↑	↑
Naturschutzflächen [%] - Anteil an der Landesfläche -	22	↑	↑	■	↑	↑	↑	↑	↑	■	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	■
Nitrat im Grundwasser [%] - Anteil der Messstellen mit Nitratgehalten über 50 mg/l -	20b	↑	↑	■	↑	■	■	■	■	■	↑	↑	↑	↑	↑	■	↑	↑	↑	↑	↑
Lärmbelastung [%] - Anteil Betroffener von Lnight > 55 dB an der Gesamtbevölkerung -	18b	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
Erholungsflächen in verdichteten Räumen [%] - Anteil der Erholungsflächen an den Siedlungs- und Verkehrsflächen in verdichteten Räumen -	17b	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
Ökologische Landwirtschaft [%] - Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche -	15	↑	↑	■	↑	■	■	■	■	■	↑	↑	↑	↑	↑	■	↑	↑	↑	↑	↑
Umweltmanagement [%] - Anteil der Beschäftigten in EMAS zertifizierten Betrieben -	14a	↑	↑	■	↑	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Abfall [kg/a,E] - Aufkommen ausgewählter Siedlungsabfälle -	13a	↑	↑	■	↑	■	■	■	■	■	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Rohstoffproduktivität [T€/t] und [Index] - Verhältnis des Bruttoinlandsprodukts zur Inanspruchnahme an nicht erneuerbaren Rohstoffen -	11a	↑	↑	■	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Landschaftszerschneidung [km²] - effektive Maschenweite -	10b	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■
Flächenverbrauch [%] und [ha/d] - Anteil an der Landesfläche - - Flächenzunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche -	6a	↑	↑	■	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Kohlendioxidemissionen des Verkehrs [t/a,E] - Straßen-, Luft-, Schienen- und Binnenschiffverkehr -	5b	↑	↑	■	↑	■	■	■	■	■	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Verkehrsleistung [%] - Anteil des Eisenbahn- und Binnenschiffverkehrs am Güterverkehr -	4c	↑	↑	■	↑	■	■	■	■	■	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Endenergieverbrauch priv. Haushalte [GJ/a,E] - Gesamt-Endenergieverbrauch des Energiesektors priv. HH, einwohnerbezogen -	3e	↑	↑	■	↑	↑	↑	↑	↑	■	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Energieverbrauch [%] - Anteil erneuerbarer Energien -	3c	↑	↑	■	↑	↑	↑	↑	↑	■	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Energieverbrauch [GJ/a,E] - Primärenergie -	3b	↑	↑	■	↑	↑	↑	↑	↑	■	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Energieproduktivität [€/GJ] und [Index] - Verhältnis des Bruttoinlandsprodukts zum Verbrauch an Primärenergie -	2a	↑	↑	■	↑	↑	↑	↑	↑	■	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Kohlendioxidemissionen [t/a,E] - Energiebedingte Kohlendioxidemissionen, einwohnerbezogen -	1b	↑	↑	■	↑	↑	↑	↑	↑	■	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑

LIKI – Indikatorenspiegel  
Status und Trends  
Version 6.3

Trends

↑	↑	↑	↑
↑	↑	↑	↑
↑	↑	↑	↑
↑	↑	↑	↑

Status

■	■	■	■
■	■	■	■
■	■	■	■
■	■	■	■

Legend:

- positive Entwicklung
- konstant
- negative Entwicklung
- kein statistisch signifikanter linearer Trend
- Analyse nicht möglich

oberer (guter) 25% der Länderwerte  
mittlere 50% der Länderwerte  
unterer 25% der Länderwerte  
Bewertung nicht möglich

Daten berücksichtigt bis:  
15. Jul. 11  
16. Aug. 11  
Berechnungsstand:  
5. Dez. 11  
Stand:  
Trendanalyse: Dr. Olivia Martone, IT.NRW für den AK UGRRL  
Statusanalyse und Indikatorenspiegel: Joachim Nitke, Bayerisches Landesamt für Umwelt  
www.liki.nrw.de

Quelle: Vgl. [40]

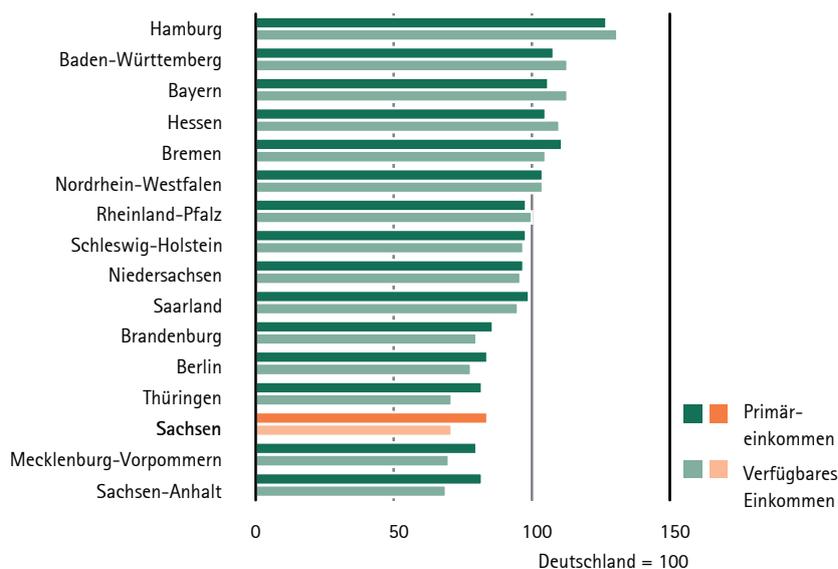
2011. [33] Es wurden verschiedene Projekte vorgestellt, methodische Fragen diskutiert und erste Lösungsansätze zur Abbildung von Lebensqualität, Wohlstand, nachhaltiger Entwicklung und gesellschaftlichem Fortschritt präsentiert.

### Datenangebote zur Nachhaltigkeitsstrategie

Bereits heute gibt es verschiedene Datenangebote der amtlichen Statistik zu den Themenbereichen „Umwelt“ und „Nachhaltigkeit“. Beispielsweise veröffentlicht das Statistische Bundesamt aller zwei Jahre einen Indikatorenbericht „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland“. Zuletzt war dies im Februar 2012 der Fall. [34] Dabei handelt es sich um einen eigenständigen Bestandteil des jeweils zeitgleich von der Bundesregierung publizierten Fortschrittsberichts zur vor zehn Jahren beschlossenen Strategie für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Diese beinhaltet nicht nur Umweltschutzaspekte, sondern auch Fragen einer nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Den Großteil der Daten zu den im Bericht enthaltenen Indikatoren stellt die amtliche Statistik – insbesondere die UGR und die VGR – bereit. Der Indikatorenbericht bildet die Grundlage für die Einschätzung des bisher erreichten Standes bzw. der voraussichtlichen Entwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, wobei dies im Bericht leicht verständlich mit Hilfe von vier Wettersymbolen angezeigt wird. Mittlerweile enthält dieser Bericht 38 Indikatoren, von denen sich die Hälfte der Indikatoren zuletzt eher günstig entwickelt hat bzw. bei rechnerischer Fortschreibung die geplante Zielerreichung möglich sein sollte (Wettersymbole „sonnig“ und „leicht bewölkt“). Hierzu zählen u. a. die Indikatoren zum Klimaschutz und zu den erneuerbaren Energien. Weitere elf Indikatoren entwickelten sich bisher zu schwach, so dass die in der Nachhaltigkeitsstrategie verankerten Ziele eher nicht erreicht werden können (Symbol „bewölkt“). Dies betrifft z. B. die Indikatoren zum Primärenergieverbrauch und zum Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Für die restlichen acht Indikatoren – beispielsweise Artenvielfalt und Staatsdefizit – verlief die Entwicklung sogar ungünstig (Symbol „Gewitter“). [35] Zur Einschätzung der 2001 beschlossenen und später präzisierten Nachhaltigkeitsstrategie der Europäischen Union wird von EUROSTAT, dem Europäischen Statistischen Amt, eine Vielzahl von Daten zusammengetragen und regelmäßig aller zwei Jahre der erreichte Stand dokumentiert, zuletzt Ende 2011. [36] Dabei werden aus mehr als 100 Indikatoren elf Leitindikatoren – z. B. Pro-

Abb. 6 Regionale Informationen zur Einkommenssituation

Primär- versus Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte<sup>1)</sup> je Einwohner 2009 nach Ländern



1) einschließlich Private Organisationen ohne Erwerbszweck  
Quelle: Arbeitskreis VGRdL; Berechnungsstand August 2010 (VGR des Bundes); [51]

Kopf-BIP und Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoenergieverbrauch – herausgearbeitet. Eine mittels dieser Leitindikatoren durchgeführte Bewertung der Zielerreichung gegenüber dem Stand im Jahr 2000 ergibt ein gemischtes Bild, d. h. mit günstigen und ungünstigen Entwicklungen. [37]

### Regionaldatenangebote

Bezüglich der regionalen Ebene in Deutschland sei zunächst auf das umfangreiche Datenangebot des Arbeitskreises „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ (AK UGRdL) verwiesen. Es umfasst die Themenbereiche „Umweltbelastung“, „Umweltzustand“ und „Umweltschutzmaßnahmen“ und bildet so die Grundlage für umweltpolitische Diskussionen und Entscheidungen. [38] Der AK UGRdL unterstützt ferner die Arbeit der „Länderinitiative Kernindikatoren“ (LIKI), einer Arbeitsgemeinschaft von Umweltautoritäten. Im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der „Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Klima, Energie, Mobilität – Nachhaltigkeit“ (BLAG KliNa) wurde ein Indikatorenset entwickelt [39], aus dem sich der sog. LIKI-Indikatorenspiegel ableitet. [40] Dieser gestattet einen Gesamtüberblick zur Situation bei den hier nachgewiesenen Indikatoren zu den Tatbeständen „Umwelt“, „Energie“, „Klima“ und „Verkehr“ (vgl. Abb. 5). Auf Bundes- und Länderebene erfolgen sowohl Status- als auch Trendanalysen zu den einzelnen Indikatoren, wobei zurzeit allerdings noch einige Datenlücken existieren.

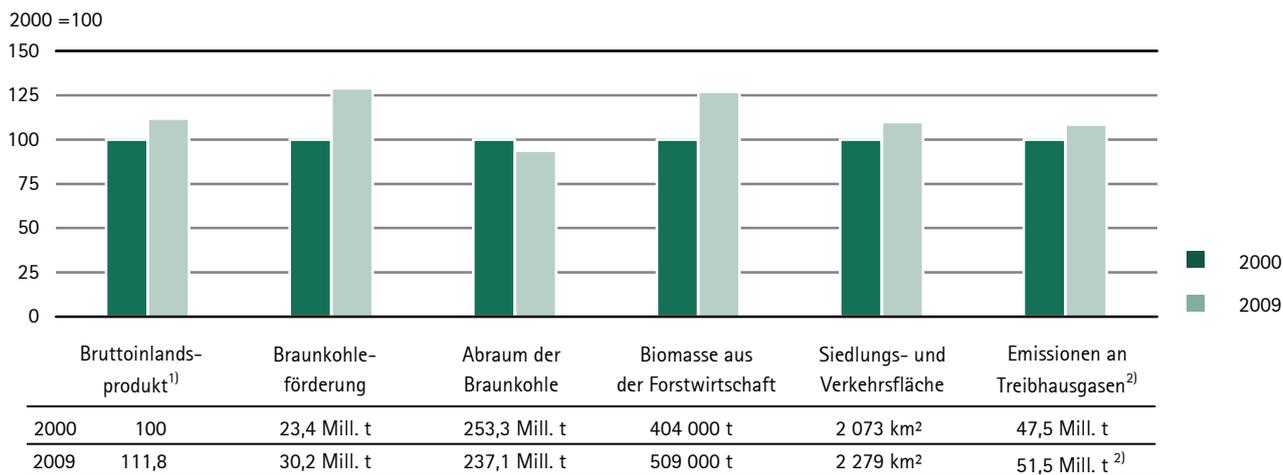
Außerdem sei auf das umfangreiche Regionaldatenangebot des „Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) hingewiesen. [41] Neben Angaben zum BIP – auf der Länder- und Kreisebene – werden von diesem Arbeitskreis regelmäßig weitere volkswirtschaftliche Aggregate berechnet, so dass beispielsweise auch Regionalinformationen zur Einkommenssituation der privaten Haushalte<sup>11)</sup> vorliegen (vgl. Abb. 6). Damit sind aus VGR-Sicht schon heute erste Informationen verfügbar, um den vor erwähnten Vorschlag der „Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission“ hinsichtlich der stärkeren Betrachtung von Einkommen und Konsum und nicht nur der Produktion (Themenbereich „Verbesserte Wirtschaftsindikatoren“) zu untersetzen. Allerdings gestatten diese Angaben noch keine Aussage zur Einkommensverteilung auf unterschiedliche soziale Gruppen. Hier sind noch umfangreiche methodische Arbeiten notwendig, wie Untersuchungen auf der gesamtdeutschen Ebene zeigen. [42]

### Situation im Freistaat Sachsen

Mit den vorstehend angeführten Datenangeboten der Arbeitskreise VGRdL und UGRdL sowie mit dem LIKI-Indikatorenset bzw. dem LIKI-Indikatorenspiegel stehen – neben dem BIP und dessen preisbereinigter Wachstums-

11) Die Angaben für den Sektor „Private Haushalte“ umfassen auch die für den Sektor „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“, da auf der Regionalebene keine getrennte Ermittlung möglich ist.

Abb. 7 Entwicklung ausgewählter Kenngrößen für den Freistaat Sachsen im Zeitraum 2000 bis 2009



1) preisbereinigt, verkettet; Berechnungsstand August 2010 (VGR des Bundes)

2) Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente; Angaben zz. nur bis 2008 verfügbar

Quellen: Arbeitskreis VGRdL; Berechnungsstand August 2010 (VGR des Bundes); [50] und Arbeitskreis UGRdL [54]

bzw. Veränderungsrate – schon heute umfangreiche Informationen zu den Themenbereichen Wirtschaft, Umwelt, Energie, Klima sowie Verkehr und somit auch zum Thema „Nachhaltigkeit“ auf Länderebene, d. h. auch für den Freistaat Sachsen, zur Verfügung. Diese Daten gestatten die Widerspiegelung des gegenwärtig erreichten Standes sowie der zuletzt stattgefundenen Entwicklungen und geben so den Stand der Zielerreichung bei den einzelnen Kenngrößen wider. In diesem Zusammenhang sei auf das Ende 2011 vorgelegte erste Energie- und Klimaprogramm des Freistaates Sachsen verwiesen. Dieses verfolgt „... den Grundsatz, dass ökonomische, ökologische und soziale Aspekte gleichermaßen Berücksichtigung finden müssen.“ [43] In diesem Programm ist u. a. das Ziel verankert, die jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen außerhalb des Emissionshandels bis zum Jahr 2020 um ein Viertel zu senken.

Diese Zielerreichung erfordert konkrete Maßnahmen, denn zuletzt (Zeitraum von 2000 bis 2008) waren die Emissionen an Treibhausgasen (in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten) in Sachsen gestiegen (vgl. Abb. 7). Wie dieser Abbildung weiter zu entnehmen ist, haben sich die dort enthaltenen sächsischen Wirtschafts- und Umweltindikatoren seit dem Jahr 2000 unterschiedlich entwickelt. Während das sächsische BIP insgesamt stieg, nahm beispielsweise auch die Siedlungs- und Verkehrsfläche zu. Dagegen verminderte sich der Abraum der Braunkohle trotz gesteigener Förderung.

Aus dem umfangreichen Informationsangebot des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen ließen sich Aussagen zu weiteren relevanten Kenngrößen leicht ergänzen. [44] Allerdings spiegeln die gegenwärtig vorhandenen Informationsangebote

noch nicht den Diskussionsstand wider, der mit der Veröffentlichung der beiden vorstehend angeführten Dokumente zum Thema „BIP und mehr“ im Jahr 2009 und der in den danach erarbeiteten Expertisen und Diskussionen auf gesamtdeutscher Ebene sowie im europäischen bzw. internationalen Kontext schon erreicht wurde. Daher wird in diesem Beitrag der Versuch unternommen, das von den deutschen und französischen Wirtschaftssachverständigen vorgeschlagene Indikatorensystem für Wirtschaftsleistung sowie Lebensqualität und Nachhaltigkeit mit Daten für den Freistaat Sachsen zu untersetzen (vgl. Tab. 1). Neben dem gegenwärtigen Stand (in der Regel auf der Basis von Angaben für das Jahr 2009) wurde für die verfügbaren Indikatoren auch die gegenüber dem Jahr 2000 (bzw. einem anderem vor 2009 verfügbaren Jahr) zu verzeichnende Veränderung dargestellt.

#### Untersetzung eines Indikatorensystems mit Informationen für den Freistaat Sachsen

Von den sechs Indikatoren zum Thema „Wirtschaftsleistung (Verbesserte Wirtschaftsindikatoren)“ aus dem vorn vorgestellten Indikatorensystem der Wirtschaftssachverständigen können grundsätzlich fünf mit Ergebnissen des AK VGRdL bzw. des Mikrozensus für den Freistaat Sachsen untersetzt werden (vgl. Tab. 1 mit den entsprechenden Erläuterungen). Dies bedeutet, dass bereits heute den Empfehlungen der „Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission“ zur stärkeren Betrachtung des materiellen Wohlstands neben der „reinen“ Wirtschaftsleistung, d. h. der Betrachtung von Einkommen und Kon-

sum und nicht nur der Produktion, zum Teil Rechnung getragen werden kann. Zum Beispiel nahm das Nettotionaleinkommen je Einwohner zwischen 2000 und 2009 nominal um mehr als ein Viertel zu, d. h. die Wirtschaftsentwicklung (hier: Entwicklung des BIP je Einwohner) – nominal von 30,4 Prozent und real von 18,9 Prozent – führte letztlich zu einer spürbaren Erhöhung der verschiedenen Einkommen. Die privaten und staatlichen Konsumausgaben je Einwohner wuchsen zusammen preisbereinigt jedoch nur um lediglich 2,4 Prozent (Zeitraum bis 2008; nominale Entwicklung: 14,6 Prozent). Die Erwerbstätigenquote lag 2009 um gut sieben Prozentpunkte über der von 2000.

Bei diesem ersten Vergleich wird die Schwierigkeit der Arbeit mit Indikatorenssystemen offensichtlich, die insbesondere den Entwicklungsvergleich betrifft. Aufgrund der Datenverfügbarkeit fließen hier zum einen unterschiedliche Zeiträume in die Betrachtung ein. Zum anderen werden nominale und reale Veränderungen von Wertgrößen der Veränderung einer Quote (in Prozentpunkten) gegenübergestellt. Die Ableitung von Schlussfolgerungen aus dieser Gegenüberstellung bedarf daher einer besonderen Sorgfalt.

Schwieriger als beim ersten Themenbereich gestaltete sich die Untersetzung der Indikatoren beim Thema „Lebensqualität“, wo gegenwärtig lediglich Informationen zu vier der sieben von den Wirtschaftssachverständigen vorgeschlagenen Indikatoren für den Freistaat Sachsen vorliegen. Auf die schwierige Datensituation gerade in diesem Themenbereich wurde ja bereits in der Expertise der Wirtschaftssachverständigen verwiesen. [45] Insgesamt mussten bei den vier hier mit Da-

Tab. 1 Indikatorensystem für Wirtschaftsleistung sowie Lebensqualität und Nachhaltigkeit im Freistaat Sachsen

Themenbereich/Indikator		2009	Veränderung gegenüber 2000 in %
Wirtschaftsleistung (A)	- Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Einwohner (EUR) <sup>1)</sup>	22 212	18,9 <sup>2)</sup>
	- Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je (geleiteter) Arbeitsstunde der Erwerbstätigen (EUR) <sup>1)</sup>	33,43	23,1 <sup>2)</sup>
	- Beschäftigungsquote der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren hier: Erwerbstätigenquote <sup>3)</sup>	70,0	7,1 <sup>4)</sup>
	- Nettonationaleinkommen je Einwohner (EUR) <sup>5)</sup>	17 557	27,4
	- Private und staatliche Konsumausgaben je Einwohner (EUR) <sup>5)6)</sup>	19 539 <sup>7)</sup>	2,4 <sup>2)</sup>
- ...			
Lebensqualität (B)	- Gesundheit: Potenziell verlorene Lebensjahre hier: Lebenserwartung Neugeborener Jungen (Jahre)	76,9 <sup>8)</sup>	3,8 <sup>9)</sup>
	Mädchen (Jahre)	82,9 <sup>8)</sup>	2,9 <sup>9)</sup>
	- Bildung: Schüler und Studenten im Alter zwischen 15 und 24 Jahren hier: Anteil Schüler allgemeinbildender und berufsbildender Schulen sowie Studenten in Sachsen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren an der Bevölkerung in dieser Altersgruppe (%) <sup>6)10)</sup>	63,2	2,5 <sup>4)</sup>
	- ...		
	- ...		
	- ...		
- Umweltbedingungen: Belastung der städtischen Bevölkerung durch Luftverschmutzung mit Feinstaub hier: Anzahl der PM <sub>10</sub> - Überschreitungstage <sup>11)</sup>	37	-24,5	
- Persönliche und wirtschaftliche Unsicherheit: Nicht-Armutrisikoquote hier: Armutsgefährdungsquote <sup>12)</sup>	13,6	-0,1 <sup>13)</sup>	
- ...			
Nachhaltigkeit (C)	- Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (%) <sup>14)</sup>	1,17	-0,03 <sup>15)</sup>
	- ...		
	- ...		
	- ...		
	- ...		
	- ...		
	- Niveau der Treibhausgasemissionen hier: 1 000 Tonnen CO <sub>2</sub> - Äquivalente <sup>16)</sup>	51 471 <sup>7)</sup>	8,5
- Treibhausgasemissionen pro Kopf hier: Tonnen CO <sub>2</sub> - Äquivalente je Einwohner <sup>17)</sup>	12,24 <sup>7)</sup>	14,6	
- Rohstoffproduktivität (Bruttoinlandsprodukt im Verhältnis zum direkten abiotischen Materialinput, DMI) hier: Bruttoinlandsprodukt (1 000 EUR) je Tonne Rohstoffverbrauch <sup>18)</sup>	1,14	26,8 <sup>2)19)</sup>	
- Rohstoffverbrauch (abiotischer inländischer Ressourcenverbrauch - DMC) pro Kopf hier: Rohstoffverbrauch (t) je Einwohner <sup>6)18)</sup>	19,5	-6,3	
- ...			

1) Quelle: Arbeitskreis VGRdL; Berechnungsstand August 2010 (VGR des Bundes); [50]

2) Ermittlung der Veränderung auf der Basis preisbereinigter, verketteter Angaben

3) Anteil der Erwerbstätigen je 100 der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; Ergebnisse des Mikrozensus

4) Veränderung in Prozentpunkten

5) Quelle: Arbeitskreis VGRdL; Berechnungsstand August 2010 (VGR des Bundes); [51]

6) Eigene Berechnung

7) 2008

8) Lt. abgekürzter Sterbetafel 2007/2009

9) Veränderung gegenüber den Angaben in der abgekürzten Sterbetafel 1998/2000

10) Ergebnisse der Schul- und der Hochschulstatistik sowie der Bevölkerungsforschung

11) Beispiel Dresden-Nord, Messstation "Schlesischer Platz"; Quelle: Luftreinhalteplan Dresden 2011 [52], S. 29; Feinstaub (Fachbegriff: PM<sub>10</sub>); Zum Schutz der menschlichen Gesundheit einzuhaltender Tagesmittelwert seit 01.01.2005: 50µg/m<sup>3</sup>; bei zulässigen Überschreitungen an max. 35 Kalendertagen pro Jahr

12) Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Mittelwertes (Landesmedian) der Äquivalenzeinkommen der sächsischen Bevölkerung (in Privathaushalten) beträgt in Prozent; Ergebnisse des Mikrozensus

13) Veränderung gegenüber 2005 in Prozentpunkten

14) Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik [53]

15) Veränderung gegenüber 2001 in Prozentpunkten

16) Quelle: Arbeitskreis UGRdL [54], Tab. 8.1

17) Quelle: Arbeitskreis UGRdL [54], Tab. 8.2

18) Rohstoffverbrauch in Tonnen: Entnahme abiotischer Rohstoffe aus der inländischen Umwelt, Einfuhr abiotischer Güter aus dem Ausland und Saldo, der sich aus dem Handel mit abiotischen Gütern zwischen den Bundesländern ergibt; Quelle: Arbeitskreis UGRdL [54], Tab. 3.24 und 3.25

19) Quelle: Arbeitskreis UGRdL [54], Tab. 3.26

ten unteretzten Indikatoren Kompromisse eingegangen werden, indem beispielsweise zum Thema „Gesundheit“ auf Angaben zur Lebenserwartung von Neugeborenen zurückgegriffen wurde. Beim Thema „Bildung“ wurde die Summe der Schülerzahlen an allgemein- bzw. berufsbildenden Schulen (Schüler und Auszubildende) und der Studentenzahlen in Sachsen (Altersbereich jeweils von 15 bis unter 25 Jahren) auf die Einwohnerzahl in dieser Altersgruppe bezogen. Insbesondere bezüglich der Studentenzahlen birgt diese Relation eine Ungenauigkeit, da alle in Sachsen studierenden Personen einbezogen werden, d. h. Studenten, die ihre Hochschulzugangsberechtigung (HZB) innerhalb oder außerhalb des Freistaates Sachsen erworben haben. Studenten mit einer in Sachsen erworbenen HZB, die außerhalb Sachsens studieren, finden dagegen hier keine Berücksichtigung. Die entsprechende Quote nahm im Zeitraum 2000 bis 2009 zu, wobei die Entwicklung von rückläufigen Schülerzahlen und zuletzt von einer grundsätzlich gleichgroßen jährlichen Zahl der Studenten in Sachsen (Wintersemester) geprägt war. Dies ist u. a. auf den regen Zuspruch zurückzuführen, den die sächsischen Hochschulen von Studenten aus anderen Regionen erfahren.

Bezüglich des Themas „Umweltbedingungen“ konnte zunächst nur exemplarisch für eine Dresdner Messstation die Entwicklung der Zahl der Kalendertage, an denen im Tagesmittel die Grenzwerte für die Feinstaubkonzentration überschritten wurde (PM<sub>10</sub>-Überschreitungstage), aufgenommen werden, um die Feinstaubbelastung der städtischen Bevölkerung abzubilden (vgl. Tab. 1 mit den entsprechenden Erläuterungen). Regional ist die Feinstaubbelastung sehr verschieden<sup>12)</sup>, so dass die konkrete Untersetzung dieses Indikators für den gesamten Freistaat Sachsen noch weiterer Überlegungen bedarf. Festzuhalten bleibt, dass 2009 die Zahl der Kalendertage pro Jahr, an denen an dieser innerstädtischen Messstation der zulässige Grenzwert im Tagesmittel überschritten wurde, zwar deutlich unter der im Jahr 2000 lag, die „35-Tage-Marke“ jedoch überschritten wurde und die Ergebnisse von 2007 und 2008 nicht wieder erreicht werden konnten. Die Armutsgefährdungsquote lag im Jahr 2009 mit 13,6 Prozent in etwa auf dem Niveau von 2005 (-0,1 Prozentpunkte; Basis: Landesmedian des Äquivalenzeinkommens). Würde man hier auf den Bundesmedian als Basis zurückgreifen, ergäbe sich ein etwas anderes Bild (Veränderung von 0,3 Prozentpunkten). Dieses Ergebnis unterstreicht die Notwendigkeit einer sachgerechten Wahl der Indikatoren und der Daten zu deren Untersetzung sowie der Sorgfaltspflicht bei der

Einschätzung von Entwicklungsverläufen. Letztlich gestattete die komplizierte Daten-situation zu diesem Themenbereich auf der Länderebene nicht, die Entwicklung der verschiedenen Facetten der Lebensqualität in Form der sog. „Radar-Charts“ darzustellen, wie dies in der Expertise der Wirtschafts-sachverständigen erfolgte.

Zum Thema „Nachhaltigkeit“ sind gegenwärtig nur Daten zum Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am BIP (Teilbereich „Ökonomische Nachhaltigkeit“) sowie zu vier der fünf umweltbezogenen Indikatoren verfügbar (vgl. Tab. 1 mit den entsprechenden Erläuterungen). Wie schon erwähnt, waren die Emissionen an Treibhausgasen (in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten) in Sachsen zwischen 2000 und 2008 um fast neun Prozent gestiegen. Pro Einwohner war – aufgrund der rückläufigen sächsischen Bevölkerungszahl – der Anstieg noch größer. Allerdings konnte der Rohstoffverbrauch je Einwohner zwischen 2000 und 2009 gesenkt werden und die Rohstoffproduktivität nahm um mehr als ein Viertel zu. Bezüglich „Biodiversität“ sei erwähnt, dass sich im LIKI-Indikatorenset zum Thema „Repräsentative Arten“ (Nr. 23) der Hinweis findet, dass dieser Indikator z. z. noch in der Entwicklung ist. [47] Daher sei an dieser Stelle auf den Indikator „Artenvielfalt“ aus dem gesamtdeutschen Indikatorenbericht hingewiesen. Dieser lag 2009 bei 67 Prozent des Zielwertes, wobei sich der Indikatorwert zuletzt statistisch signifikant verschlechtert hatte (Wettersymbol „Gewitter“). [48]

Als erstes Resümee ist somit festzuhalten, dass die gegenwärtig bereits verfügbaren sächsischen Daten durchaus zur Untersetzung eines Indikatorensystems für Wirtschaftsleistung sowie Lebensqualität und Nachhaltigkeit geeignet sind, es jedoch zum einen noch größere Lücken im Datenangebot gibt. Dies betrifft insbesondere die Themenbereiche „Lebensqualität“ sowie „wirtschaftliche/finanzielle Nachhaltigkeit“. Zum anderen bedarf es weiterer methodischer Überlegungen bei einer Reihe der Indikatoren, wofür bereits Informationen herangezogen wurden. Des Weiteren muss beachtet werden, dass zurzeit aufgrund der Datenverfügbarkeit unterschiedliche Zeiträume in die Betrachtung einfließen und qualitativ verschiedene Veränderungs-raten (nominale und reale Veränderungen von Wertgrößen; Veränderungen von Absolutzahlen, Quoten bis hin zu Jahres- und Kalendertagesangaben) im Indikatoren-system gegenübergestellt werden. Wie vorn schon erwähnt, bedarf die Ableitung von Schlussfolgerungen aus derartigen heterogenen Gegenüberstellungen daher einer besonderen Sorgfalt. Eine Ermittlung der

Spannweite der Veränderungs-raten über alle verfügbaren Indikatoren ist hier nicht zielführend. Allgemein kann jedoch festgehalten werden, dass durchweg ein Wachstum aller wirtschaftlichen Kenngrößen zu verzeichnen ist, welches – wie schon erwähnt – mit höheren Emissionen an Treibhausgasen verbunden war. Dass der Rohstoffverbrauch je Einwohner gesenkt werden konnte, ist jedoch als Zeichen anzusehen, dass die Bestrebungen und die eingeleiteten Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung zu greifen beginnen.

Zur Einordnung des in Sachsen erreichten Standes hinsichtlich des Niveaus und der Entwicklung der vorstehend betrachteten Indikatoren müssen in einem zweiten Schritt Vergleichsangaben auf Bundes- bzw. Länderebene herangezogen werden, was allerdings den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen würde. Daher bleibt dies einem späteren Beitrag vorbehalten.

Ziel dieses Aufsatzes ist es, zunächst am Beispiel des Freistaates Sachsen zu zeigen, dass die von verschiedenen Gremien zuletzt erarbeiteten Vorschläge zum Großteil bereits schon jetzt mit Daten der amtlichen Statistik bzw. mit Informationen aus anderen Quellen auf der Länderebene untersetzt werden können, auch wenn dies – wie gezeigt wurde – nicht unkompliziert ist. Nicht nur das soeben behandelte Indikatoren-system, sondern auch das vorn angeführte OECD-Indikatoren-set „Better Life Index“ [48] lässt sich bereits jetzt zum Teil mit sächsischen Daten untersetzen. Zu den dort dem Themenbereich „Materielle Lebensbedingungen“ zuzuordnenden Indikatoren

- Verfügbares Einkommen privater Haushalte pro Kopf,
- Langzeit-Arbeitslosenquote,
- Durchschnittlicher Jahresverdienst je Arbeitnehmer sowie
- Zahl der Zimmer pro Person

liegen Angaben des AK VGRdL und der Bundesagentur für Arbeit sowie Daten aus der Statistik der Wohnungsbestandsfortschreibung vor (vgl. Tab. 2 mit den entsprechenden Erläuterungen).

Weitere im OECD-Indikatoren-set angeführte Kenngrößen (Erwerbstätigenquote, Lebenserwartung und Luftverschmutzung) sind nahezu deckungsgleich mit den in der Tabelle 1 angeführten Indikatoren, so dass auch hier

12) Ausführliche Informationen zu dieser Thematik sind im Internetangebot des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zu finden – vgl. [46].

Tab. 2 Ausgewählte Indikatoren aus dem OECD-Indikatorenset im Freistaat Sachsen

Themenbereich/Indikator		2009	Veränderung gegenüber 2000 in %
Materielle Lebensbedingungen	<b>a) Einkommen und Vermögen</b> - Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept) privater Haushalte pro Kopf hier: Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) der privaten Haushalte je Einwohner (EUR) <sup>1)2)</sup>	15 881	17,6
	<b>b) Beruf und Verdienst</b> - Langzeit-Arbeitslosenquote hier: Personen, die ein Jahr und länger arbeitslos sind <sup>3)</sup> - Durchschnittlicher Jahresverdienst je Arbeitnehmer hier: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (EUR) <sup>5)</sup>	97 729	-27,5 <sup>4)</sup>
	<b>c) Wohnen</b> - Zahl der Zimmer pro Person hier: Wohnräume je Einwohner <sup>6)</sup>	28 228	13,3
		2,3	6,5

1) Quelle: Arbeitskreis VGRdL; Berechnungsstand August 2010 (VGR des Bundes); [51]

2) einschließlich Private Organisationen ohne Erwerbszweck

3) Quelle: Bundesagentur für Arbeit [55]

4) Vergleich gegenüber 2000 aufgrund der Arbeitsmarktreformen eingeschränkt

5) Quelle: Arbeitskreis VGRdL; Berechnungsstand August 2010 (VGR des Bundes); [56]

6) Ergebnisse der Bestandsfortschreibung mit Hilfe der Statistiken der Baufertigstellungen und der Baubgänge; Basis Gebäude- und Wohnungszählung vom 30.09.1995; Quelle [57]

eine Datenverfügbarkeit auf der Länderebene – vorbehaltlich der angesprochenen konzeptionellen Probleme – grundsätzlich gegeben ist. Allerdings gibt es auch noch einige Datenlücken, die wohl nur durch neue statistische Erhebungen bzw. die Lösung konzeptioneller und methodischer Fragen geschlossen werden können. Letzteres betrifft insbesondere den an Facetten reichen Themenbereich der Lebensqualität, wo es gilt, die einzelnen Leitindikatoren mit dafür repräsentativen Informationen zu untersetzen.

### Schlussbemerkungen und Ausblick

Die in der zweiten Jahreshälfte 2009 wieder angestoßene Diskussion der Thematik „BIP und mehr“ verläuft seitdem auf breiter gesellschaftlicher Ebene – in der Politik und in der Verwaltung, in der Wissenschaft, in der amtlichen Statistik und in den Medien. Wie die angeführten Initiativen und Projekte zeigen, wird diese Diskussion sowohl innerhalb Deutschlands als auch europaweit bzw. international geführt. Mit der gemeinsamen Expertise der deutschen und der französischen Sachverständigen für Wirtschaft von Ende 2010 sowie dem OECD-Indikatorenset „Better Life Index“ von 2011 gibt es mittlerweile schon konkrete Projekte zur Umsetzungen der Vorschläge der „Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission“, die offen sind für die weitere Diskussion. In weiteren Gremien, z. B. der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, wird intensiv an Vorschlägen zum Thema „BIP und mehr“ gearbeitet. Festzuhalten ist, dass die Entwicklung zurzeit weniger auf die Konstruktion eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikatoren gerichtet ist. Stattdessen werden vielmehr Indikatorenssysteme diskutiert und vorgeschlagen, die neben das BIP gestellt werden,

um Lebensqualität, Wohlstand, nachhaltige Entwicklung sowie den gesellschaftlichen Fortschritt messen zu können. Ferner existieren verschiedene Informationsquellen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene, z. B. der LIKI-Indikatorenspiegel, die insbesondere im Zusammenhang mit den schon seit längerem in der Politik diskutierten und später verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt worden sind und einer kontinuierlichen Anpassung bzw. Weiterentwicklung unterliegen.

Für viele Fragestellungen bei der Messung von Lebensqualität, Wohlstand, nachhaltiger Entwicklung sowie des gesellschaftlichen Fortschritts bedarf es jedoch noch umfangreicher konzeptioneller Arbeiten. Dies betrifft auch die Sachverhalte, insbesondere im Themenbereich Lebensqualität, die wohl nur auf der Basis subjektiver Einschätzungen widerspiegelt werden können. Außerdem setzt die Bereitstellung von bisher nicht verfügbaren Informationen eine ausreichende Ressourcenzuführung an die mit der Datengewinnung befassten Einrichtungen voraus. Dies ist in Zeiten knapper öffentlicher Mittel keine einfache Aufgabe.

Neben der weiteren Klärung konzeptioneller Aspekte zur Messung von Lebensqualität, Wohlstand, nachhaltiger Entwicklung sowie des gesellschaftlichen Fortschritts und der Abstimmung zu Fragen der Datengewinnung ist es aus Sicht der Autoren vor allem geboten, bei allen laufenden und künftigen Arbeiten die Möglichkeit des Zusammenführens der verschiedenen, zurzeit grundsätzlich nebeneinander stehenden Indikatorenssystemen nicht aus dem Auge zu verlieren. Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Ressourcen ist dies ein unerlässlicher Schritt. So wie die Ermittlung des BIP nach EU-weit bzw. international abgestimmten Konventionen erfolgt, sollte künftig

auch die Ermittlung der Indikatoren erfolgen, die neben dem BIP zur Messung von Lebensqualität, Wohlstand, nachhaltiger Entwicklung sowie des gesellschaftlichen Fortschritts genutzt werden. Dies erfordert einen intensiven Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und amtlicher Statistik. Nur so können aufeinander abgestimmte Indikatorenssysteme entwickelt und mit statistischen Angaben unterlegt werden, die geeignet sind, den Stand der Zielerreichung politischer Strategien konkret widerzuspiegeln. Der dafür notwendige Bedarf an Informationen wurde in einem ersten Schritt ausgelotet. Wie im Beitrag dargestellt, ist ein großer Teil der benötigten Informationen auch auf der Länderebene bereits vorhanden. Allerdings wurde bei der Erörterung dieser Thematik auch offensichtlich, dass die Arbeit mit Indikatorenssystemen gewissen Schwierigkeiten unterliegt und – gerade hinsichtlich des Entwicklungsvergleichs und der Ableitung von Schlussfolgerungen aus der Gegenüberstellung sehr unterschiedlicher Angaben – eine besondere Sorgfalt erfordert.

### Abb. 8 Ausblick

„BIP und mehr“ ist ein Erfordernis unserer Zeit, um in einer vernetzten, globalen Welt mit ihren vielfältigen Unterschieden zwischen Individuen und Gruppen sowie in regionaler Hinsicht

- Lebensqualität,
- Wohlstand,
- nachhaltige Entwicklung und
- gesellschaftlichen Fortschritt

sowohl für heutige als auch für zukünftige Generationen zu erreichen und zu erhalten.

Die Thematik „BIP und mehr“ – die Messung von Lebensqualität, Wohlstand, nachhaltiger

Entwicklung sowie des gesellschaftlichen Fortschritts ist ein Erfordernis unsere Zeit, muss regional und global geführt werden und schließt die heutigen sowie die künftigen Generationen ein (vgl. Abb. 8).

Sylvia Hoffmann, Dipl.-Ing. agr., Referentin Umweltökonomische Gesamtrechnungen, Dr. Wolf-Dietmar Speich, Referatsleiter Wirtschaftsanalysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

#### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament – Das BIP und mehr – Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel. Komm(2009), 433; URL: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0433:FIN:DE:PDF> (Abruf vom 28.05.2012).
- [2] Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, 2009, URL: [http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport\\_anglais.pdf](http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf) ("Stiglitz-Sen-Fitoussi-Bericht"; Abruf vom 28.05.2012).
- [3] Hoffmann, S. u. W.-D. Speich: Das rechte Maß – die Ergänzung des BIP in der aktuellen Diskussion um Wohlstand, nachhaltige Entwicklung und Fortschritt. In: Statistik in Sachsen, 1/2010, S. 14-18.
- [4] Vgl. Braakmann, A.: Zur Wachstums- und Wohlfahrtsmessung. In: Wirtschaft und Statistik, 7/2010, S. 609-614.
- [5] Lexikon der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen / hrsg. v. D. Brümmerhoff; H. Lützel. – 3., völlig überarb. Aufl. – München; Wien: Oldenbourg, 2002, S. 59.
- [6] Vgl. Bruttoinlandsprodukt 2011 für Deutschland – Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 11. Januar 2012 in Wiesbaden. Hrsg.: Statistisches Bundesamt 2012, hier S. 43.
- [7] Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft (Abl. Nr. L 310 v. 30. November 1996, S. 1).
- [8] Vgl. Fachausschuss Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. In Wirtschaft und Statistik, 11/2011, S. 1033f., hier: S. 1034.
- [9] Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rom zur Lage der Menschheit (deutsche Übersetzung von H.-D. Heck). Stuttgart, 1972.
- [10] Vgl. URL: [http://de.wikipedia.org/wiki/Club\\_of\\_Rom](http://de.wikipedia.org/wiki/Club_of_Rom) (Abruf vom 19.05.2012).
- [11] Vgl. [1].
- [12] Vgl. [2].
- [13] Vgl. [1], S. 12.
- [14] Vgl. [6], S. 43.
- [15] Vgl. [1], S. 3.
- [16] Vgl. Wirtschaftskraft und Wohlstand: Neue Zahlen braucht das Land. In: Spiegel online vom 02.04.2012; URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,druck-824877,00.html> (Abruf vom 13.04.2012) oder Forderung nach neuem Wachstumskonzept: Bitte kein BIP. In: Spiegel online vom 10.10.2010; URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,druck-721415,00.html> (Abruf vom 13.04.2012).
- [17] Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem. Expertise im Auftrag des Deutsch-Französischen Ministerates, Dezember 2010; URL: [http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Expertisen/2010/ex10\\_de.pdf](http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/Expertisen/2010/ex10_de.pdf) (Abruf vom 20.05.2012).
- [18] Vgl. [17], S. 1.
- [19] Vgl. [17], S. 13.
- [20] Vgl. [17], S. 79.
- [21] Vgl. Arbeitsunterlagen von der Sitzung des Fachausschusses „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen am 2./3.11.2011; Statistisches Bundesamt, Abteilung Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt, Preise.
- [22] Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 16. Juni 2003 für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) (Abl. Nr. L 165 v. 3.7.2003, S. 1) in der aktuellen Fassung.
- [23] Vgl. Arbeitsunterlagen von der 11. Sitzung des Ausschusses für das europäische statistische System (AESS) am 17.11.2011; EUROSTAT.
- [24] Vgl. OECD Better Life Index; URL: <http://www.oecdbetterlifeindex.org/> (Abruf vom 28.05.2012).
- [25] Vgl. [21].
- [26] Vgl. URL: <http://bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/gremien/enquete/wachstum/> (Abruf vom 13.04.2012).
- [27] Vgl. [26], hier Einsetzungsbeschluss 17/3853.
- [28] Vgl. URL: [http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/37893259\\_kw10\\_pa\\_wachstum/index.html](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/37893259_kw10_pa_wachstum/index.html) (Abruf vom 13.04.2012).
- [29] Vgl. [21].
- [30] Vgl. URL: <https://www.destatis.de/DE/Methoden/Kolloquien/19WissenschaftlichesKolloquium.html?nn=166512> (Abruf vom 30.04.2012).
- [31] Vgl. URL: <http://www.dstatg.de>.
- [32] Vgl. URL: <http://www.reg-gr.de>.
- [33] Vgl. [8].
- [34] Vgl. URL: <http://www.destatis.de> → Nachhaltigkeitsindikatoren (Abruf vom 30.04.2012).
- [35] Vgl. Indikatorenbericht "Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Ausgabe 2012. In: Wirtschaft und Statistik, 2/2012, S. 83.
- [36] Vgl. URL: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/sdi/indicators> – Stand: 24.11.2011 (Abruf vom 13.04.2012).
- [37] Vgl. [36].
- [38] Vgl. URL: <http://www.ugrdl.de>.
- [39] Vgl. URL: <http://www.lanuv.nrw.de/liki-news-letter/> (Abruf vom 30.04.2012).
- [40] Vgl. URL: [http://www.ugrdl.de/pdf/LIKI-Indikatorenspiegel\\_aug11.pdf](http://www.ugrdl.de/pdf/LIKI-Indikatorenspiegel_aug11.pdf). (Abruf vom 03.06.2012).
- [41] Vgl. URL: [http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis\\_VGR/](http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/).
- [42] Vgl. URL: <https://www.destatis.de/DE/Methoden/Kolloquien/Schwarz2010.pdf?blob=publicationFile> (Abruf vom 30.04.2012).
- [43] Staatsregierung legt Energie- und Klimaprogramm vor – Gemeinsame Pressemitteilung der Sächsischen Staatsministerien für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie Umwelt und Landwirtschaft vom 25. Oktober 2011 unter URL: <http://www.umwelt.sachsen.de/umwelt/klima/25803.htm> (Abruf vom 04.05.2012).
- [44] Vgl. URL: <http://www.statistik.sachsen.de>.
- [45] Vgl. [17], S. 18ff.
- [46] Vgl. URL: <http://www.umwelt.sachsen.de/umwelt/luft/index.asp> (Abruf vom 10.06.2012).
- [47] Vgl. URL: <http://www.lanuv.nrw.de/liki-news-letter/index.php?mode=liste&aufzu=0> (Abruf vom 30.04.2012).
- [48] Vgl. [34], S.16f.
- [49] Vgl. [24].
- [50] Vgl. [41], Länderdaten, Reihe 1, Band 1 (Berechnungsstand August 2010).
- [51] Vgl. [41], Länderdaten, Reihe 1, Band 5 (Berechnungsstand August 2010).
- [52] Luftreinhalteplan für die Landeshauptstadt Dresden 2011 unter URL: <http://www.umwelt.sachsen.de/umwelt/luft/22584.htm> (Abruf vom 04.05.2012).
- [53] Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Fact-Forschung & Entwicklung, 2/2011 (September 2011) unter URL: [http://www.stifterverband.info/statistik\\_und\\_analysen/](http://www.stifterverband.info/statistik_und_analysen/) (Abruf vom 04.05.2012).
- [54] Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder: Inanspruchnahme der Umwelt durch Produktion und Konsum in den Bundesländern – Ausgewählte Indikatoren und Kennzahlen; Tabellenteil, Oktober 2011 unter URL: [http://www.ugrdl.de/pdf/ugrdl\\_tab\\_2011.xls](http://www.ugrdl.de/pdf/ugrdl_tab_2011.xls) (Abruf vom 30.04.2012).
- [55] Anfrage beim Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit in der Regionaldirektion Sachsen (22.05.2012).
- [56] Vgl. [41], Länderdaten, Reihe 1, Band 2 (Berechnungsstand August 2010).
- [57] Vgl. Statistisches Jahrbuch Sachsen 2010, Tabelle XIII, 15, S. 314.

# Zu ersten Auswirkungen der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 im Spiegel der amtlichen Statistik

## Vorbemerkungen/Ausgangssituation

Mit dem 1. Mai 2011 erhielten die acht der im Jahre 2004 neben Malta und Zypern der Europäischen Union (EU) beigetretenen osteuropäischen Mitgliedsstaaten uneingeschränkten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Für eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von EU-Bürgern aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn ist seitdem keine Arbeitserlaubnis mehr notwendig. Gemäß EU-Kommission berechtigt die „neue Freizügigkeit“ Arbeitnehmer in der EU – unabhängig von der Lage ihres Wohnortes – grundsätzlich zur freien Wahl ihres Arbeitsplatzes in einem der EU-Mitgliedsstaaten. In Deutschland dürfen sich Bürger der o. g. Länder nunmehr bis zu drei Monate zur Arbeitssuche aufhalten [1], während ihrer Betätigung hier wohnen und auch nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses weiter bleiben. Dabei genießen jene Personen die gleichen Rechte und Pflichten wie deutsche Arbeitnehmer, d. h. sie fallen – etwa im Hinblick auf Mindestlöhne, Höchstarbeitszeiten, bezahlten Mindestjahresurlaub und Nichtdiskriminierungsbestimmungen – unter das deutsche Arbeitsrecht und in die Zuständigkeit der deutschen Sozialversicherung.

Darüber hinaus trat für EU-Bürger aus den acht neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten zum 1. Mai 2011 die volle Dienstleistungsfreiheit in Kraft. Diese ermöglicht es, ungehindert von einem Mitgliedsstaat aus einzelne Dienstleistungstätigkeiten vorübergehend in einem anderen Mitgliedsstaat zu erbringen, ohne dort eine ständige Niederlassung zu unterhalten. Branchenbezogene Einschränkungen dieser Freiheit, etwa im Baugewerbe oder im Bereich der Gebäude und Verkehrsmittelreinigung, wo eine grenzüberschreitende Entsendung von Arbeitskräften zuvor nur im Rahmen von zwischenstaatlichen Werkvertragsvereinbarungen möglich war, sowie bei der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung, gibt es seither also

nicht mehr. Wenngleich die zur Erbringung einer Dienstleistung nach Deutschland entsandten Arbeitnehmer dem Arbeitsrecht ihres Herkunftslandes unterliegen, verpflichtet das Arbeitnehmerentsendegesetz [2] die Arbeitgeber mit Sitz in Deutschland und im Ausland zur Einhaltung der gesetzlichen Arbeitsbedingungen in Deutschland, insbesondere im Hinblick auf Höchstarbeitszeit, Mindesturlaub und den in bestimmten Branchen tarifvertraglich vereinbarten Mindestlohn.

Gegenüber den der EU zum 1. Mai 2004 beigetretenen Staaten hatte Deutschland – abgesehen von Malta und Zypern – bislang von der so genannten „2+3+2-Regelung“<sup>1)</sup> zur Beschränkung des nationalen Arbeitsmarktzugangs Gebrauch gemacht. Innerhalb der maximal siebenjährigen Übergangsphase konnten Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedsstaaten zwar ohne Visum oder einen anderen Aufenthaltstitel nach Deutschland einreisen, benötigten aber eine von der Bundesagentur für Arbeit ausgestellte Arbeitserlaubnis-EU bzw. Arbeitsgenehmigung-EU. Hinzu kamen Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit aufgrund bilateraler Vereinbarungen. Exemplarisch seien hier Gast und Saisonarbeiterabkommen sowie die Grenzgängerregelung angeführt. Grundsätzlich waren die betroffenen Personen aber schon damals durch deutsches Recht – wie etwa Mindestjahresurlaub, Höchstarbeitszeiten und Mindestlöhne betreffend – geschützt und gegenüber Drittstaatsangehörigen deutlich besser gestellt. So erhielten Staatsangehörige der neuen EU-Staaten, die dort einen Hochschulabschluss oder eine vergleichbare Qualifikation erworben haben, für eine ihrem Abschluss entsprechende Tätigkeit die Arbeitserlaubnis-EU ohne Vorrangprüfung.<sup>2)</sup> Auszubildenden mit anerkanntem bundesdeutschen Schulabschluss stand die Teilnahme an einer qualifizierten betrieblichen Ausbildung sogar gänzlich ohne Arbeitsgenehmigung-EU offen.

Die vollständige Öffnung des deutschen Ar-

beitsmarktes zum 1. Mai 2011 war und ist für die hier ansässigen Arbeitgeber sowohl mit Chancen als auch mit Risiken verbunden. So existieren in der Gesellschaft nach wie vor durchaus Ängste vor einer ausgeprägten Zuwanderung von un- bzw. eher gering qualifizierten Arbeitskräften aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn, die zu entsprechenden Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt – insbesondere im Niedriglohnbereich – führen könnten. Die Bundesregierung jedoch begegnete der Gefahr eines „Lohndumpings“ bei der Arbeitnehmerüberlassung durch den Beschluss eines Mindestlohns in Höhe von 7,79 € (West) bzw. 6,89 € (Ost) und eine zeitnahe Aufnahme der

1) Danach war für Staatsangehörige der seit 2004 bzw. 2007 zur EU zählenden osteuropäischen Länder Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn sowie Bulgarien und Rumänien der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt in der zweijährigen Anfangsphase zunächst zwingend national zu regeln, was in der Erfordernis einer Arbeitsgenehmigung mündete. Nach Ablauf der Zweijahresfrist im Jahre 2006 bzw. 2009 entschied sich Deutschland für die Aufrechterhaltung der Zugangsbeschränkung für weitere drei Jahre, nachdem es der Europäischen Kommission (EK) mitgeteilt hatte, dass sein Arbeitsmarkt mit schwerwiegenden Problemen belastet ist. Im Falle der erstgenannten acht Staaten, bei denen die Dreijahresfrist am 30. April 2009 auslief, beantragte Deutschland bei der EK eine erneute Verlängerung der Übergangsregelungen um weitere zwei Jahre, die es mit „schwerwiegenden Störungen des Arbeitsmarktes, die sich im Zuge der aktuellen Wirtschaftslage noch verschärfen werden und von denen insbesondere die Langzeitarbeitslosen und die Geringqualifizierten sowie der Osten Deutschlands betroffen sind“, begründete. Vgl. hierzu Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten und Drittstaaten, 15.05.2009, abrufbar unter: <http://www.bmas.de/portal/11020/auslaenderbeschaeftigung.html> [Aufruf vom 30.03.2012].

Eine nochmalige Fristenverlängerung über den 30. April 2011 hinaus ist nun – abgesehen von Bulgarien und Rumänien – von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Für diese beiden Länder, die der EU zum 1. Januar 2007 beigetreten sind, gilt diese Regelung gleichermaßen, längstens also bis zum 31. Dezember 2013.

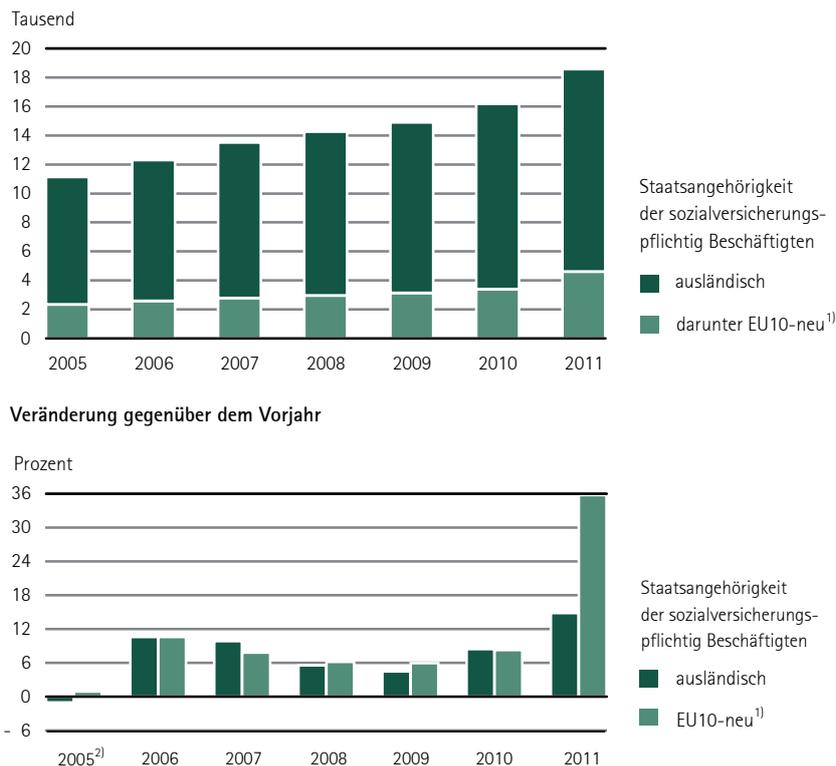
2) Bei der Vorrangprüfung wird seitens der Bundesagentur für Arbeit (BA) untersucht, ob sich durch die Anstellung eines ausländischen Arbeitnehmers für den (deutschen) Arbeitsmarkt keine nachteiligen Auswirkungen hinsichtlich Beschäftigungsstruktur, Regionalität und Wirtschaftsstruktur ergeben und kein bevorrechtigter Bewerber – Deutscher, EU-Bürger, EWR-Angehöriger, Ausländer mit Arbeitsberechtigung bzw. unbefristeter Aufenthaltserlaubnis in Deutschland – zur Verfügung steht.

Zeitarbeitsbranche in das Arbeitnehmerent- sendegesetz. [3] Arbeitsmarktexperten und Ökonomen sehen die Öffnung der Arbeitsmärkte ohnehin eher vor dem Hintergrund neuer Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung und als Chance, dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Ein ausgeprägter Zuwanderungsstrom aus Osteuropa wird dagegen – nicht zuletzt auch wegen des in zahlreichen Ländern zu verzeichnenden Wirtschaftswachstums und den daraus resultierenden Arbeitsplatzzuwächsen und Lohnsteigerungen über die zurückliegenden Jahre – grundsätzlich nicht erwartet. [4] Stellvertretend hierfür sei auf eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln verwiesen, wonach sich – aufbauend auf einer vorausgegangenen Befragung von rund 27 000 EU-Bürgern zum Jahresende 2009 – bis 2020 per Saldo lediglich 1,2 Millionen Menschen zur Arbeit auf den Weg nach Deutschland machen werden, zwei Drittel von ihnen bereits in den Jahren 2011 und 2012. [5] Zu noch weitaus geringeren Zahlen gelangt eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg (IAB). [6] Von Seiten der amtlichen Statistik lässt sich die Thematik insbesondere anhand von Daten aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Arbeitsortkonzept) sowie der Gewerbeanzeigenstatistik näher beleuchten. In Fortsetzung der Analysen im Rahmen des Statistischen Blickpunktes „Uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011“ [7] werden im Folgenden zunächst die Beschäftigtenzahlen zum Stichtag 30. Juni 2011 mit denen der Vorjahre verglichen, um herauszuarbeiten, ob und falls ja, inwieweit und wo besonders sich die „neue Freizügigkeit“ der *abhängig Beschäftigten* so kurz nach der Aufhebung der Arbeitsmarktzutrittsbeschränkungen für Arbeitnehmer aus Osteuropa in Sachsen schon niederschlägt.<sup>3)</sup>

### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der sächsischen Wirtschaft insgesamt

Am 30. Juni 2011 waren in der sächsischen Wirtschaft 1 437 256 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort (im Folgenden: Beschäftigte) zu verzeichnen. Damit setzte sich der generelle Wachstumstrend gegenüber dem Vorjahr, der im Beobachtungszeitraum lediglich im Jahr 2009 unterbrochen war, um weitere 1,9 Prozent fort (vgl. Tab. 1). Seit 2005 hat die Zahl der Beschäftigten so um insgesamt 7,9 Prozent zugenommen.<sup>4)</sup> Die Zahl der Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit lag zur Jahresmitte 2011 bei 18 563 Personen. Das waren 14,8 Prozent mehr als im Vorjahr und sogar zwei Drittel (66,8 Prozent) mehr als noch 2005. Der Anteil der ausländischen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen erhöhte sich so von 0,8 Prozent 2005 auf 1,3 Prozent 2011. Zum Vergleich: In Deutschland betrug der entsprechende Anteil am aktuellen Rand 7,3 Prozent. Daran wird deutlich, dass der ausländischen Beschäftigung in Sachsen eine weitaus geringere Bedeutung zukommt, als dies im überwiegenden Teil der anderen – insbesondere alten – Bundesländer der Fall ist. Im Zeitraum der „beschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit“ für Angehörige der zum 1. Mai 2004 der EU beigetretenen Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern (im Folgenden auch: neue EU-Länder) verharnte deren Anteil an allen Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Sachsen bis 2010 durchweg bei etwas mehr als einem Fünftel, bevor er 2011 auf beinahe ein Viertel (24,7 Prozent) anstieg (vgl. Abb. 1). Dahinter steckt die dynamische Beschäftigungsentwicklung am aktuellen Rand, wonach die Zahl der Beschäftigten aus allen oben genannten Ländern mit Ausnahme Maltas und Estlands – für den sächsischen Arbeitsmarkt ohnehin nicht oder nur minimal relevant – von 2010 bis 2011 um insgesamt 35,8 Prozent zunahm.

Abb. 1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Arbeitsort in Sachsen sowie ausländischer Staatsangehörigkeit am 30. Juni 2005 bis 2011



1) EU-Beitrittsländer zum 1. Mai 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern)

2) Aufgrund einer methodischen Änderung beim Ausweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit zwischen dem 30. Juni 2004 und dem 30. Juni 2005 ist der Vorjahresvergleich hier nur eingeschränkt aussagefähig.

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)

Dabei reichte die Spanne von 14,8 Prozent bei slowakischen bis 108,0 Prozent bei lettischen Staatsangehörigen. Im Vergleich zu 2005 hat sich die Beschäftigtenzahl aus den zehn neuen EU-Ländern mittlerweile annähernd verdoppelt (vgl. Tab. 1). Bei der Interpretation dieser Wachstumsraten sind allerdings auch die vergleichsweise niedrigen Absolutwerte und der damit in Verbindung stehende Basis-effekt zu berücksichtigen.

Im Jahre 2011 besaß ca. die Hälfte – nämlich 47,6 Prozent – der 4 594 Beschäftigten aus den zehn neuen EU-Ländern die polnische Staatsangehörigkeit. Dies entspricht einer Zahl von allein 2 187 Personen, 38,6 Prozent mehr als

3) Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der ausgewertete Untersuchungszeitraum bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lediglich die Monate Mai und Juni 2011 umfasst, bei den Gewerbeanzeigen hingegen die Monate Mai bis Dezember 2011.

4) Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ist der langjährige Entwicklungsvergleich bis ins Jahr 2005 (bzw. prinzipiell noch länger) zurück möglich, da die WZ-Umstellung von der WZ 2003 auf die WZ 2008 hier zu keinerlei Niveauunterschieden führt. Da in Tabelle 1 aber auch ausgewählte Wirtschaftszweige dargestellt sind, deren Zusammensetzung sich im Zuge der WZ-Umstellung mehr oder weniger stark verändert hat, beschränkt sich der Entwicklungsvergleich hier auf den Zeitraum 2011 gegenüber 2007. Für dieses Jahr liegen die Angaben zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einer Doppelaufbereitung nach beiden Wirtschaftszweigklassifikationen vor.

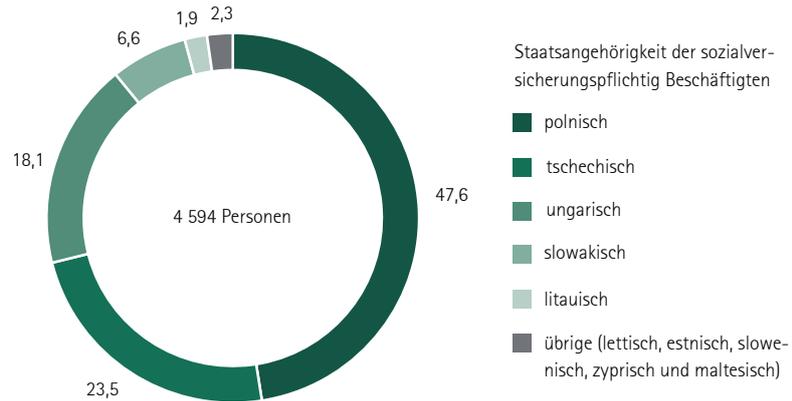
2010. Ein annäherndes Viertel – 23,5 Prozent – stammte mit 1 080 Personen aus der Tschechischen Republik. Hier lag der Zuwachs im Vorjahresvergleich bei 47,3 Prozent. Auf Staatsangehörige aus Ungarn entfiel 2011 mit 831 Beschäftigten noch ein knappes Fünftel, genauer 18,1 Prozent (vgl. Abb. 2). Auch hier weitete sich die Beschäftigtenzahl gegenüber 2010 um 20,1 Prozent auf einen historischen Höchststand aus (vgl. Tab. 1). Bei immerhin noch jedem 15. Beschäftigten aus einem der seit 1. Mai 2004 zur EU gehörenden Staaten ließ sich zuletzt die slowakische Staatsbürgerschaft ausmachen. Dagegen spielen Staatsangehörige aus den baltischen Staaten sowie aus Slowenien und Zypern für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Sachsen eine weitaus weniger wichtige Rolle, wenngleich es über die zurückliegenden Jahre auch hier zu Beschäftigtensteigerungen gekommen ist. Insofern sind bereits an dieser Stelle erste Auswirkungen der für diese Länder nunmehr uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit zu erkennen.

Nachdem die – auf vergleichsweise niedrigem Absolutniveau angesiedelten – relativen Zuwächse bei den Beschäftigten aus den zehn EU-Beitrittsländern von 2004 in der Zeit der „beschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit“ stets eine ähnliche Größenordnung wie jene bei den ausländischen Beschäftigten insgesamt erreicht hatten, waren sie im Jahr 2011 mehr als doppelt so hoch (vgl. Abb. 1). Dabei kamen von Seiten Polens sowie der Tschechischen Republik – unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Absolutniveaus – die mit Abstand stärksten Wachstumsimpulse. Zu einem gewissen Teil dürfte der ausgeprägte Bedeutungszuwachs von Beschäftigten aus diesen beiden Ländern natürlich auch auf die räumliche Nähe zum Freistaat Sachsen zurückgehen. So hatte der Anteil an all jenen Beschäftigten, die einem der im Mai 2004 der EU beigetretenen Staaten angehören, zur Jahresmitte 2005 bei den polnischen Beschäftigten 44,8 Prozent und bei den tschechischen Beschäftigten 18,6 Prozent betragen und damit 2,8 bzw. 4,9 Prozentpunkte weniger als am aktuellen Rand (vgl. Abb. 2). Dagegen hatte beispielsweise der entsprechende Anteil bei den ungarischen Beschäftigten mit 26,5 Prozent damals noch um 8,4 Prozentpunkte höher gelegen.

### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in ausgewählten Wirtschaftszweigen

Für eine nach Wirtschaftsabschnitten differenzierte Analyse sei zunächst das sächsische **Baugewerbe** näher betrachtet, in dem 2011 mit 105 954 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erneut die 100 000-Personen-

**Abb. 2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Arbeitsort in Sachsen und ausgewählter ausländischer Staatsangehörigkeit (EU10-neu)<sup>1)</sup> am 30. Juni 2011 in Prozent**



1) EU-Beitrittsländer zum 1. Mai 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern)

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)

Marke überschritten wurde. Gegenüber dem Vorjahr gab es einen neuerlichen Beschäftigungszuwachs um 1,9 Prozent, sodass wieder ein vergleichbares Niveau wie 2007 erreicht wurde (vgl. Tab. 1).<sup>5)</sup> Seither liegt der Anteil der im Baugewerbe arbeitenden an allen Beschäftigten in Sachsen in einer Größenordnung von 7 ... 8 Prozent. Eine ausländische Staatsangehörigkeit hatten 2011 in diesem Wirtschaftsabschnitt 1 572 Personen vorzuweisen. Das waren 12,7 Prozent mehr als 2010 und sogar fast ein Drittel mehr als vor vier Jahren. Entsprechend erhöhte sich der Anteil der aus dem Ausland stammenden an sämtlichen Beschäftigten im sächsischen Baugewerbe von 1,1 Prozent 2007 auf leicht überdurchschnittliche 1,5 Prozent 2011. Darunter waren 370 Beschäftigte aus den EU-Beitrittsländern von 2004 und damit weitaus mehr als jemals zuvor. Allein gegenüber 2010 hat sich deren Zahl weitestgehend verdoppelt und macht somit – ähnlich der gesamtwirtschaftlichen Situation – knapp ein Viertel (23,5 Prozent) aller Beschäftigten mit ausländischer Staatsbürgerschaft aus. Unter den Beschäftigten aus den neuen EU-Ländern war fast jeder Zweite Pole und weit mehr als jeder Vierte Ungar (vgl. Tab. 1). Gerade für Letztere stellt die sächsische Baubranche und hierunter insbesondere der Bereich Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiger Ausbau neben dem Maschinenbau, der Zeitarbeitsbranche und dem Gesundheitswesen eines der beliebtesten Einsatzfelder dar.

Deutlich mehr Beschäftigte als im Baugewerbe gehen einer (sozialversicherungspflichtigen) Tätigkeit im **Gesundheits- und Sozialwesen** nach. Zur Jahresmitte 2011 waren dies 185 006 Personen, 2,1 Prozent mehr als 2010 und damit so viel wie noch nie zuvor. Der Anteil an der Gesamtbeschäftigung in

Sachsen belief sich auf etwas mehr als ein Achtel. Von dem enormen Wachstumspotenzial dieser Branche über die vergangenen Jahre profitieren natürlich auch die ausländischen Beschäftigten, deren Zahl den kontinuierlichen Aufwärtstrend der Vorjahre bis 2011 auf 2 124 Personen fortsetzte (vgl. Tab. 1). Der Anteil an allen Beschäftigten im sächsischen Gesundheits- und Sozialwesen stieg in der Folge auf 1,1 Prozent, liegt damit aber noch unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in Höhe von 1,3 Prozent. Während darunter im Gesundheitswesen vergleichsweise viele ausländische Beschäftigte nachgehen, sind die Pflegebranche und das übrige Sozialwesen vordergründig durch einheimische Beschäftigte dominiert. Darüber hinaus weist das Gesundheits- und Sozialwesen unter allen Wirtschaftsabschnitten die größte absolute Zahl an Beschäftigten aus, die einem der am 1. Mai 2004 der EU beigetretenen Staaten angehören. 2011 waren dies 800 Personen, über ein Fünftel (22,1 Prozent) mehr als vor Jahresfrist und sogar über zwei Drittel (68,1 Prozent) mehr als 2007. Damit entfielen auf diesen Personenkreis allein 37,7 Prozent aller ausländischen Beschäftigten. Wie aus Tabelle 1 weiter hervorgeht, besaß darunter mehr als jeder Dritte die polnische, gut jeder Vierte die tschechische und exakt jeder Fünfte die slowakische Staatsbürgerschaft. Demnach ist im Gesundheits- und Sozialwesen mehr als die Hälfte aller in Sachsen sozialversicherungspflichtig tätigen Slowaken beschäftigt.

Um ein Vielfaches weniger von diesen gefragt ist der Bereich **Handel; Instandhaltung und**

5) Auf der Ebene der Wirtschaftszweige ist ein langjähriger Entwicklungsvergleich wegen der zum Teil erheblichen Verschiebungen und Umgliederungen im Zuge der WZ-Umstellung lediglich bis ins Jahr 2007 zurück möglich.

Tab. 1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Arbeitsort im Freistaat Sachsen am 30. Juni nach ausgewählter Staatsangehörigkeit sowie ausgewählten Wirtschaftszweigen<sup>1)</sup>

Jahr / Staatsangehörigkeit	2005	2006	2007	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2011 zu 2010	Veränderung 2011 zu 2007	Anteil an Gesamtwirtschaft 2011
	Personen										
<b>Gesamtwirtschaft</b>											
<b>Insgesamt</b>	1 332 240	1 342 567	1 373 314	1 373 314	1 398 763	1 386 546	1 409 825	1 437 256	1,9	4,7	100
deutsch	1 320 986	1 330 139	1 359 697	1 359 697	1 384 416	1 371 571	1 393 545	1 418 517	1,8	4,3	100
ausländisch	11 128	12 305	13 517	13 517	14 268	14 906	16 164	18 563	14,8	37,3	100
darunter											
EU10-neu <sup>2)</sup>	2 330	2 577	2 778	2 778	2 950	3 125	3 384	4 594	35,8	65,4	100
davon											
polnisch	1 044	1 188	1 174	1 174	1 308	1 452	1 578	2 187	38,6	86,3	100
tschechisch	433	477	568	568	605	643	733	1 080	47,3	90,1	100
ungarisch	618	630	692	692	674	641	692	831	20,1	20,1	100
slowakisch	171	194	242	242	253	253	264	303	14,8	25,2	100
übrige	64	88	102	102	110	136	117	193	65,0	89,2	100
<b>darunter Baugewerbe</b>											
<b>Insgesamt</b>	106 067	104 638	103 915	105 716	104 727	101 935	103 949	105 954	1,9	0,2	7,4
deutsch	105 181	103 608	102 736	104 522	103 599	100 805	102 545	104 370	1,8	-0,1	7,4
ausländisch	864	1 020	1 173	1 186	1 124	1 128	1 395	1 572	12,7	32,5	8,5
darunter											
EU10-neu <sup>2)</sup>	114	124	141	153	141	148	196	370	88,8	141,8	8,1
davon											
polnisch	62	57	51	53	40	48	70	173	147,1	226,4	7,9
tschechisch	4	13	19	19	17	15	43	65	51,2	242,1	6,0
ungarisch	44	41	54	63	63	66	72	105	45,8	66,7	12,6
slowakisch	.	6	8	9	14	12	5	7	40,0	-22,2	2,3
übrige	.	7	9	9	7	7	6	20	233,3	122,2	10,4
<b>darunter Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen<sup>3)</sup></b>											
<b>Insgesamt</b>	175 813	172 510	174 008	175 060	176 632	176 482	176 446	180 755	2,4	3,3	12,6
deutsch	174 562	171 227	172 570	173 631	175 181	174 872	174 773	178 949	2,4	3,1	12,6
ausländisch	1 230	1 262	1 420	1 411	1 437	1 595	1 653	1 788	8,2	26,7	9,6
darunter											
EU10-neu <sup>2)</sup>	202	200	220	214	215	252	249	322	29,3	50,5	7,0
davon											
polnisch	89	97	104	106	115	131	130	183	40,8	72,6	8,4
tschechisch	33	28	37	35	34	49	53	67	26,4	91,4	6,2
ungarisch	58	47	47	48	45	48	45	48	6,7	-	5,8
slowakisch	17	21	20	14	12	12	10	11	10,0	-21,4	3,6
übrige	5	7	12	11	9	12	11	13	18,2	18,2	6,7

1) Jahre 2005 bis 2007 gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003); Jahre 2007 bis 2011 gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); Doppelaufbereitung für 2007. Ein Vergleich 2011 gegenüber 2005 ist auf der Ebene der Wirtschaftsabschnitte nicht möglich.

2) EU-Beitrittsländer zum 1. Mai 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern)

3) Gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) bis 2007 einschließlich Reparatur von Gebrauchsgütern.

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)

**Reparatur von Kraftfahrzeugen**, der zum 30. Juni 2011 mit 180 755 Beschäftigten eine ähnliche Größenordnung wie das Gesundheits- und Sozialwesen aufwies. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Tätigen um 2,4 Prozent. Somit kam einmal mehr jeder achte Beschäftigte in Sachsen aus dem Handelsbereich, die Wachstumsdynamik über die vergangenen Jahre war indes beträchtlich schwächer (vgl. Tab. 1). Die

Zahl der Beschäftigten mit ausländischer Staatszugehörigkeit im Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen belief sich 2011 auf 1 788 Personen. Das waren 8,2 Prozent mehr als im Vorjahr und bedeutete einen unterdurchschnittlichen Anteil an der Gesamtbeschäftigung in diesem Wirtschaftsabschnitt in Höhe von einem Prozent. Darunter waren 322 Personen bzw. 18,0 Prozent in Besitz einer Staatsbür-

gerschaft eines der EU-Beitrittsländer von 2004. Im Vergleich zu 2010 gab es hier ein Beschäftigungswachstum um knapp ein Drittel (29,3 Prozent), im Vergleich zu 2007 sogar um über die Hälfte. Trotz der dadurch hervorgerufenen Anteilssteigerungen wird der Handelsbereich durch die Beschäftigten aus jenen zehn Ländern als potenzielles Arbeitseinsatzfeld so nach wie vor weniger attraktiv als viele andere Wirtschaftszweige eingeschätzt.

Noch: Tab. 1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Arbeitsort im Freistaat Sachsen am 30. Juni nach ausgewählter Staatsangehörigkeit sowie ausgewählten Wirtschaftszweigen

Jahr / Staatsangehörigkeit	2005	2006	2007	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2011 zu 2010	Veränderung 2011 zu 2007	Anteil an Gesamtwirtschaft 2011
	Personen								Prozent		
	darunter Gastgewerbe										
Insgesamt	39 101	39 490	40 952	41 993	42 670	43 253	44 307	44 958	1,5	7,1	3,1
deutsch	37 034	37 291	38 681	39 712	40 390	40 878	41 773	42 252	1,1	6,4	3,0
ausländisch	2 059	2 192	2 268	2 278	2 274	2 368	2 520	2 691	6,8	18,1	14,5
darunter											
EU10-neu <sup>2)</sup>	111	115	131	132	145	137	173	238	37,6	80,3	5,2
davon											
polnisch	45	45	55	54	54	60	79	96	21,5	77,8	4,4
tschechisch	35	35	40	40	49	44	54	84	55,6	110,0	7,8
ungarisch	25	28	25	26	28	24	28	31	10,7	19,2	3,7
slowakisch	3	.	8	9	9	4	8	13	62,5	44,4	4,3
übrige	3	.	3	3	5	5	4	14	250,0	366,7	7,3
	darunter Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen <sup>4)</sup>										
Insgesamt	x	x	x	94 280	98 701	90 549	105 606	115 147	9,0	22,1	8,0
deutsch	x	x	x	92 992	97 385	89 120	103 852	112 963	8,8	21,5	8,0
ausländisch	x	x	x	1 281	1 306	1 420	1 744	2 160	23,9	68,6	11,6
darunter											
EU10-neu <sup>2)</sup>	x	x	x	243	235	249	303	566	86,8	132,9	12,3
davon											
polnisch	x	x	x	88	106	119	160	291	81,9	230,7	13,3
tschechisch	x	x	x	38	31	37	52	113	117,3	197,4	10,5
ungarisch	x	x	x	98	83	66	75	129	72,0	31,6	15,5
slowakisch	x	x	x	10	8	13	7	14	100,0	40,0	4,6
übrige	x	x	x	9	7	14	9	19	111,1	111,1	9,8
	darunter Gesundheits- und Sozialwesen <sup>5)</sup>										
Insgesamt	150 259	152 619	156 143	157 108	162 288	174 436	181 154	185 006	2,1	17,8	12,9
deutsch	149 288	151 503	154 896	155 852	160 875	172 825	179 308	182 855	2,0	17,3	12,9
ausländisch	953	1 098	1 229	1 238	1 401	1 604	1 833	2 124	15,9	71,6	11,4
darunter											
EU10-neu <sup>2)</sup>	365	408	475	476	526	563	655	800	22,1	68,1	17,4
davon											
polnisch	184	195	222	222	242	239	259	287	10,8	29,3	13,1
tschechisch	64	70	79	79	96	120	158	223	41,1	182,3	20,6
ungarisch	29	37	39	40	40	53	77	93	20,8	132,5	11,2
slowakisch	77	95	120	120	133	130	142	160	12,7	33,3	52,8
übrige	11	11	15	15	15	21	19	37	94,7	146,7	19,2

1) Jahre 2005 bis 2007 gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003); Jahre 2007 bis 2011 gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); Doppelaufbereitung für 2007. Ein Vergleich 2011 gegenüber 2005 ist auf der Ebene der Wirtschaftsabschnitte nicht möglich.

2) EU-Beitrittsländer zum 1. Mai 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern)

3) Gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) bis 2007 einschließlich Reparatur von Gebrauchsgütern.

4) Gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) existierte ein derart lautender Wirtschaftsabschnitt nicht. Insofern kann eine durchgängige Zeitreihe hier erst ab 2007 (gemäß der WZ 2008) angegeben werden.

5) Gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) bis 2007 einschließlich Veterinärwesen.

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA)

Wie schon in den Jahren zuvor war darunter auch 2011 mehr als jeder zweite Beschäftigte polnischer Staatsbürger, der entsprechende Anteil lag mit 56,8 Prozent auf einem neuen Maximum. Dennoch ging zuletzt in aller Regel weniger als ein Zehntel der dem Ausland und hierunter speziell den neuen EU-Staaten angehörenden Beschäftigten in Sachsen einer so-

zialversicherungspflichtigen Tätigkeit im Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen nach (vgl. Tab. 1). Innerhalb dieses Wirtschaftsabschnitts verfügt der Einzelhandel – bezogen auf deutsche und ausländische Beschäftigte zusammen – am aktuellen Rand über eine mehr als doppelt so hohe Bedeutung wie der Großhandel und eine drei

Mal so hohe Bedeutung wie der Handel sowie die Instandhaltung von Kraftfahrzeugen. Auf die **Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen**, zu denen u. a. auch die Arbeitnehmerüberlassung, also die Zeitarbeitsbranche zählt, entfielen zur Jahresmitte 2011 in Sachsen insgesamt 115 147 Beschäftigte. Das waren 9,0 Prozent mehr als

2010 und sogar 27,2 Prozent mehr als 2009. Daran wird deutlich, dass dieser Wirtschaftsabschnitt durch die dynamisch aufstrebende Konjunktorentwicklung im Gefolge der Wirtschaftskrise in besonderem Maße stimuliert wurde. Bezogen auf die Gesamtbeschäftigung in Sachsen ergab sich ein entsprechender Anteil von 8,0 Prozent. Auch hier wurde die Entwicklung zu einem gewissen Teil durch die ausländischen Beschäftigten getragen, deren Zahl am 30. Juni 2011 bei 2 160 Personen lag. Im Vorjahresvergleich entsprach dies einem Zuwachs um 23,9 Prozent und einem – im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Situation – deutlich überdurchschnittlichen Anteil in Höhe von 1,9 Prozent an allen Beschäftigten in diesem Wirtschaftsabschnitt. In Besitz einer Staatsbürgerschaft eines der EU-Beitrittsländer von 2004 waren 2011 nunmehr 566 Beschäftigte und damit fast doppelt so viele wie noch vor einem Jahr. Insofern kam im Bereich Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen zuletzt mehr als jeder vierte Beschäftigte mit ausländischer Staatsbürgerschaft (26,2 Prozent) aus Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn oder Zypern. Unter diesen zehn Ländern ist der Wirtschaftsabschnitt nahezu ausschließlich für polnische und – mit einigem Abstand – auch für ungarische und tschechische Staatsbürger relevant, auf die am aktuellen Rand zusammen über 94 Prozent aller Beschäftigten aus den neuen EU-Ländern entfielen (vgl. Tab. 1).

Im sächsischen **Gastgewerbe** waren 2011 insgesamt 44 958 Personen sozialversicherungspflichtig tätig. Damit ist es in einem jeden Jahr seit 2007 (bzw. 2005) zu einer weiteren Ausdehnung der Beschäftigtenzahl gekommen. Im Vorjahresvergleich lag die Steigerung bei 1,5 Prozent, gegenüber 2007 gar beim annähernd Fünffachen hiervon. Mit 2 691 Personen, 6,8 Prozent mehr als im Vorjahr, besaßen 6,0 Prozent der Beschäftigten im Gastgewerbe 2011 eine ausländische Staatsbürgerschaft. Im Vergleich zum gesamt-sächsischen Durchschnitt entspricht dies einem rund viereinhalb mal so hohen Anteil. Beschäftigte aus den neuen EU-Staaten, zu drei Vierteln polnische und tschechische Staatsangehörige, waren zur Jahresmitte 2011 darunter aber nur mit 238 Personen vertreten, über ein Drittel (37,6 Prozent) mehr als vor Jahresfrist (vgl. Tab. 1). Der Anteil an allen ausländischen Beschäftigten lag so lediglich bei 8,8 Prozent. Deutlich stärker gefragt war und ist eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Gastgewerbe und hierunter insbesondere in Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés und Eissalons dagegen bei Beschäftigten mit vietnamesischer, türkischer, griechischer, italienischer und indischer Staatszugehörigkeit.

Zusammenfassend hat sich die im Zeitraum der „beschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeitsregelung“, nach der Arbeitnehmer aus den EU-Beitrittsländern seit 2004 schon – im Gegensatz zu Drittstaatsangehörigen – einen erleichterten Zugang zu Arbeit und Beschäftigung in Deutschland bzw. Sachsen erhielten, zu verzeichnender Aufwärtsentwicklung der Beschäftigtenzahlen am aktuellen Rand, d. h. im Jahr 2011, weiter fortgesetzt. Dabei zeigten sich bei diesen Beschäftigten – unter Berücksichtigung der im Vergleich zur Gesamtbeschäftigung relativ niedrigen Absolutniveaus – im Vorjahresvergleich sowohl für die sächsische Wirtschaft insgesamt als auch für die hier näher betrachteten Wirtschaftsabschnitte von 2010 zu 2011 in aller Regel die höchsten Steigerungsraten. Dies ist ein klares Indiz dafür, dass der sächsische Arbeitsmarkt nach der vollständigen Aufhebung der Zutrittsbeschränkungen für estnische, lettische, litauische, (maltesische), polnische, slowakische, slowenische, tschechische, ungarische und (zyprische) Staatsangehörige noch einmal deutlich an Attraktivität gewonnen hat. Wie auch die Bundesagentur für Arbeit kürzlich mitgeteilt hat, ist es dadurch aber nicht zu einer „Überschwemmung“ des hiesigen Arbeitsmarktes gekommen. [8] So liegt das Niveau der ausländischen (osteuropäischen) Beschäftigten bezogen auf die Gesamtbeschäftigung in Sachsen nach wie vor überaus niedrig. Für die Zukunft bleibt nun abzuwarten, ob sich die aufwärtsgerichtete Entwicklung in ähnlicher Intensität weiter fortsetzt oder ob es zu einer Niveaustabilisierung kommt.

### Gewerbetätigkeit

Nachdem der Fokus der Analysen bislang auf die abhängig Beschäftigten gerichtet war, soll im Folgenden die Gewerbetätigkeit der **Selbstständigen** näher beleuchtet werden. Dazu bietet sich eine Auswertung der Gewerbeanzeigenstatistik an, die einige Informationen zum Wirtschafts- und Gründungsgeschehen in Sachsen bereithält. Auf der Bestandsaufnahme für den Zeitraum 2004 bis 2010 im Rahmen des Statistischen Blickpunktes „Uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011“ [7] aufbauend, wird nunmehr anhand ausgewählter Daten für 2011 untersucht, inwieweit und ggf. in welchen Wirtschaftszweigen es zu einer Ausweitung der gewerblichen Aktivitäten von Gewerbetreibenden aus Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern gekommen ist. Da eine nach Staatsangehörigkeit differenzierte Analyse der Gewerbeanzeigen aber lediglich für Einzelunternehmen möglich ist, beziehen sich alle nachfolgenden Ausführungen allein auf diese Rechtsform. Dabei liegt das Hauptau-

genmerk auf den Neugründungen und hierunter insbesondere auf den Betriebsgründungen, die eine tendenziell größere wirtschaftliche Relevanz und eher eine gewisse Nachhaltigkeit der zu gründenden Einheit erwarten lassen.<sup>6)</sup>

So zählten auf Seiten der **Gewerbebeanmeldungen** in Sachsen im Jahre 2011 von den insgesamt 28 765 Einzelunternehmen 24 664 Einheiten bzw. 85,7 Prozent als Neugründungen. Im Vorjahresvergleich hat es damit bei beiden Positionen bereits zum dritten Mal in Folge einen Rückgang gegeben, diesmal um jeweils 4,4 Prozent. Von den Neugründungen entfielen wiederum 2 791 Fälle bzw. 11,3 Prozent auf Betriebsgründungen und die verbleibenden 21 873 Fälle auf sonstige Neugründungen – etwa zu Nebenerwerbszwecken. Dabei ging die Zahl der Betriebsgründungen gegenüber 2010 mit 5,2 Prozent sogar leicht überdurchschnittlich zurück. Ihr Anteil an allen Gewerbebeanmeldungen in Sachsen lag so bei 9,7 Prozent. Dabei gehen noch immer knapp neun von zehn Betriebsgründungen auf Gewerbetreibende aus Deutschland zurück, lediglich 333 Fälle bzw. 11,9 Prozent wurden 2011 von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit getätigt, darunter die meisten von vietnamesischen (76), türkischen (40) und indischen (12) Staatsbürgern. Unter diesen Betriebsgründungen von Ausländern war Gewerbetreibenden aus den – oben genannten – zehn seit 1. Mai 2004 zur EU gehörenden Ländern 2011 mit 88 Fällen nunmehr bereits gut ein Viertel (26,4 Prozent) zuzuschreiben, als Anteil an sämtlichen Betriebsgründungen ergaben sich 3,2 Prozent. Im Jahr zuvor hatten die entsprechenden Anteile noch 19,4 Prozent bzw. 2,0 Prozent betragen, im Zeitraum von 2004 bis 2009 sogar nur etwa ein Zehntel bzw. rund ein Prozent (vgl. Abb. 3). Eine Erklärung hierfür liefern die unterschiedlich stark ausgeprägten Aufwärtstrends in dieser Zeit bzw. eine gar gegenläufige Entwicklung. So nahm die Zahl der Betriebsgründungen insgesamt – maßgeblich geprägt durch die inländische Gewerbetätigkeit – 2011 gegenüber 2010 also um 5,2 Prozent ab, im Vergleich zu 2004 sogar um 45,8 Prozent. Bei den Betriebsgründungen von Gewerbetreibenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit war gegenüber 2010 eine Steigerung um 7,4 Prozent zu verzeichnen, gegenüber 2004 jedoch ein Rückgang um 31,8 Prozent. Dagegen gab es bei den von Angehörigen der neuen EU-Staaten getätigten Betriebsgründungen sowohl im Vorjahresvergleich mit 46,7 Prozent als auch im Vergleich zu 2004 mit 104,7 Prozent immense

6) Bei Einzelpersonen liegt genau dann eine Betriebsgründung vor, wenn ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder wenn im Gewerbebetrieb mindestens eine Person sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist. Für die Abgrenzung zu den „sonstigen Neugründungen“ sowie für die allgemeinen Begriffsdefinitionen vgl. [9].

Tab. 2 Gewerbeanmeldungen und Gewerbeabmeldungen im Freistaat Sachsen 2004 bis 2011 in der Rechtsform Einzelunternehmen<sup>1)</sup> nach ausgewählter Staatsangehörigkeit sowie Grund der Meldung

Jahr / Staatsangehörigkeit	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	Veränderung zum Vorjahr		Veränderung 2011 zu 2004
									2010	2011	
	Anzahl								Prozent		
<b>Gewerbeanmeldungen</b>											
Insgesamt	41 568	37 910	35 817	31 484	32 028	30 301	30 075	28 765	-0,7	-4,4	-30,8
darunter											
Neugründung	37 987	34 116	32 008	27 482	27 906	26 304	25 805	24 664	-1,9	-4,4	-35,1
darunter											
Betriebsgründung	5 154	4 888	4 312	3 752	3 644	3 063	2 945	2 791	-3,9	-5,2	-45,8
deutsch	4 666	4 380	3 892	3 376	3 305	2 770	2 635	2 458	-4,9	-6,7	-47,3
ausländisch	488	508	420	376	339	293	310	333	5,8	7,4	-31,8
darunter											
EU10-neu <sup>2)</sup>	43	63	43	35	37	23	60	88	160,9	46,7	104,7
<b>Gewerbeabmeldungen</b>											
Insgesamt	25 189	28 199	27 657	27 709	29 406	27 294	27 177	26 821	-0,4	-1,3	6,5
darunter											
vollständige Aufgabe	21 654	24 499	23 953	23 766	25 290	23 208	22 972	22 701	-1,0	-1,2	4,8
darunter											
Betriebsaufgabe	3 907	4 028	3 543	3 364	3 493	3 089	3 154	3 151	2,1	-0,1	-19,3
deutsch	3 413	3 562	3 095	2 969	3 130	2 770	2 823	2 838	1,9	0,5	-16,8
ausländisch	494	466	448	395	363	319	331	313	3,8	-5,4	-36,6
darunter											
EU10-neu <sup>2)</sup>	14	22	48	24	25	21	23	20	9,5	-13,0	42,9

1) Eine nach Staatsangehörigkeit differenzierte Auswertung der Daten zu den Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen ist lediglich für diese Rechtsform möglich.

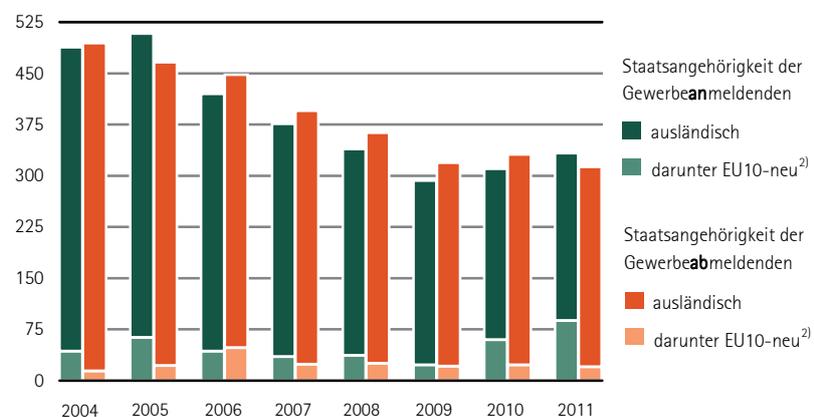
2) EU-Beitrittsländer zum 1. Mai 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern)

Zuwächse (vgl. Tab. 2). Unter Berücksichtigung der sehr unterschiedlichen Absolutniveaus zeigen diese Entwicklungen dennoch von einer zusehends gestiegenen Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Sachsen für ausländische Gewerbetreibende und hierunter insbesondere für Angehörige der seit nunmehr sieben Jahren zur EU zählenden (osteuropäischen) Staaten über die vergangenen Jahre, die speziell nach der vollständigen Öffnung des bundesdeutschen Arbeitsmarktes zum 1. Mai 2011 noch einmal einen zusätzlichen Schub bekommen zu haben scheint.<sup>3)</sup> Inwieweit sich diese aufwärtsgerichtete Tendenz auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird, werden Folgeuntersuchungen zeigen müssen. Von den zusammen 88 Betriebsgründungen durch Gewerbetreibende aus den zehn EU-Beitrittsländern von 2004 wurden 2011 allein zwei Drittel (59 Fälle; 67,0 Prozent) durch polnische und jeweils knapp ein Sechstel (14 Fälle; 15,9 Prozent) durch tschechische und ungarische Staatsangehörige getätigt. In allen drei Personengruppen waren damit sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber 2004 Steigerungen der Fallzahlen zu verzeichnen. Sicherlich spielt in diesem Zusammenhang auch die räumliche Nähe der betreffenden Länder zum Freistaat Sachsen eine entscheidende Rolle.

Auf der Seite der **Gewerbeabmeldungen**, die sich 2011 in der Rechtsform „Einzelunternehmen“ auf insgesamt 26 821 Fälle beliefen, stellen die Betriebsaufgaben – als eine Unterposition – den wirtschaftlich relevantesten Beobachtungsgegenstand dar. Ihre Zahl lag 2011 – faktisch wie im Vorjahr – bei 3 151, was 11,7 Prozent aller Gewerbeabmeldungen

in Sachsen entsprach. Darunter waren 313 Betriebsaufgaben bzw. 9,9 Prozent ausländischen Gewerbetreibenden zuzuordnen, 5,4 Prozent weniger als 2010 und sogar 36,6 Prozent weniger als vor sieben Jahren. Auf die Gruppe der zehn neuen EU-Länder entfielen wiederum lediglich 20 Betriebsaufgaben. Damit reihte sich die Zahl annähernd mittig in

Abb. 3 Gewerbeanmeldungen und Gewerbeabmeldungen in Sachsen 2004 bis 2011 in der Rechtsform „Einzelunternehmen“<sup>1)</sup> nach ausgewählter ausländischer Staatsangehörigkeit



1) Eine nach Staatsangehörigkeit differenzierte Auswertung der Daten ist lediglich für diese Rechtsform möglich.

2) EU-Beitrittsländer zum 1. Mai 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern)

einen Korridor ein, der seit 2004 – abgesehen vom Jahr 2006 – beständig zwischen 14 und 25 Fällen schwankt (vgl. Tab. 2). Insofern erreichte 2011 auch der Anteil dieser an den von Ausländern getätigten Betriebsaufgaben insgesamt mit 6,4 Prozent eine den Vorjahren ähnelnde Größenordnung (vgl. Abb. 3), jener an der Gesamtzahl an Betriebsaufgaben lag einmal mehr bei weniger als einem Prozent. Zusammenfassend geht der in Sachsen seit einiger Zeit zu beobachtende tendenzielle Aufwärtstrend bei der Gründung wirtschaftlicher Einheiten durch Gewerbetreibende aus den osteuropäischen Nachbarländern also mit einer weitestgehenden Stagnation der Gewerbeaufgaben dieser Personen einher. So kamen hier aktuell auf zehn Betriebsgründungen nur etwas mehr als zwei Betriebsaufgaben und damit so wenig, wie im Untersuchungszeitraum nie zuvor, während sich das entsprechende – auf alle Ausländer bezogene – Verhältnis einmal mehr ziemlich die Waage hielt (vgl. Abb. 3). Dabei überstieg die Zahl der Gewerbeanmeldungen erstmals wieder seit 2005 leicht jene der Gewerbeabmeldungen. Ungeachtet dessen vollzieht sich das intensivierete Gründungsgeschehen nach wie vor auf einem sehr niedrigen Niveau.

Wie eine **nach Wirtschaftszweigen differenzierte** Betrachtung offenbart, finden sich 2011 zwei Drittel und damit der mit Abstand größte Teil aller ausländischen Gewerbetreibenden in Sachsen erneut im Gastgewerbe, genauer in der Gastronomie, wieder. Im Wesentlichen dürften sich dahinter die zahlreichen vietnamesischen, türkischen und indischen Imbissbetriebe und Schnellrestaurants verbergen. Dagegen stellt für Angehörige aus den zehn neuen EU-Ländern eindeutig das Baugewerbe und hierunter insbesondere das Ausbaugewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten; Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe) das beliebteste Einsatzfeld dar. Hier wurden 2011 61 Betriebsgründungen – 46 allein von polnischen Staatsangehörigen – getätigt, die einem Anteil von 12,7 Prozent an allen Betriebsgründungen im Baugewerbe entsprechen. Zum Vergleich: Im Jahre 2004 hatte selbiger Anteil lediglich bei 1,5 Prozent gelegen.

Eine zweistellige Zahl an Betriebsgründungen durch Personen aus den zehn Beitrittsländern zur EU von 2004 war 2011 auch im Bereich Handel, Instandhaltung sowie Reparatur von Kraftfahrzeugen (11) und hier speziell im Einzelhandel (10) sowie im Gastgewerbe (10) zu verzeichnen. Ungeachtet einzelner jährlicher Schwankungen war die Entwicklung in den genannten Wirtschaftszweigen – unter Berücksichtigung der überaus niedrigen Absolutniveaus – von 2004 an durch einen tendenziellen, sich zum aktuellen Rand hin

maßgeblich verstärkenden Aufwärtstrend gekennzeichnet. Gleichzeitig verharren die Betriebsaufgaben bis zuletzt im Wesentlichen auf ihren geringen Fallzahlen.

### Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich also sowohl anhand der Beschäftigungsstatistik als auch der Gewerbeanzeigenstatistik ableiten, dass die Präsenz von Personen aus dem osteuropäischen Ausland auf dem sächsischen Arbeitsmarkt seit dessen EU-Beitritt und insbesondere seit der Gültigkeit der „uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeitsregelung“ ab dem 1. Mai 2011 zugenommen hat. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Betriebsgründungs-Daten nicht den gesamten Umfang der Existenzgründungen abbilden und als eine „Momentaufnahme“ nur begrenzt eine Einschätzung darüber zulassen, inwieweit der gegründete Betrieb am Markt überhaupt wirtschaftlich aktiv wird und sich dort behaupten kann. So könnte ein zum Zeitpunkt der Anmeldung als „sonstige Neugründung“ eingestufteter Betrieb später durchaus eine größere wirtschaftliche Aktivität entfalten, sodass er ursprünglich hätte eigentlich als eine „Betriebsgründung“ angesehen werden müssen.<sup>7)</sup>

Im Übrigen ist es durch die vollkommene Aufhebung der Zutrittsbeschränkungen für osteuropäischen Arbeitnehmer – wie auch die Bundesagentur für Arbeit kürzlich mitgeteilt hat [8] – nicht zu einer so genannten „Überschwemmung“ des hiesigen Arbeitsmarktes gekommen. So liegt das Niveau der ausländischen (osteuropäischen) Beschäftigten bezogen auf die Gesamtbeschäftigung in Sachsen nach wie vor überaus niedrig. Für die Zukunft bleibt nun abzuwarten, ob sich die aufwärtsgerichteten Entwicklungen in ähnlicher Intensität weiter fortsetzen oder ob es zu einer Niveaustabilisierung kommt.

Roman Straube, Dipl.-Volkswirt,  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich  
Gesamtwirtschaftliche Analysen

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004, Kapitel III, Artikel 6, Absatz (1), in: Amtsblatt der Europäischen Union, L 158/92, abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2004:158:0077:0123:DE:pdf> [Aufruf vom 13.06.2012]
- [2] Gesetz zur Regelung zwingender Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen vom 20.

April 2009 (Arbeitnehmer-Endsendegesetz – AEntG), BGBl. I, Nr. 20/2009, Bonn zum 23. April 2009, S. 799, abrufbar unter:

[http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/aentg\\_2009/gesamt.pdf](http://bundesrecht.juris.de/bundesrecht/aentg_2009/gesamt.pdf) [Aufruf vom 13.06.2012]

- [3] <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2010/12/2010-12-15-kabinett-zeitarbeit-missbrauch-verhindern.html> [Aufruf vom 13.06.2012]
- [4] Sächsische Zeitung vom 21.01.2011: „In 100 Tagen fällt die letzte Grenze“ sowie Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH: IW-Expertenvotum – Ergebnisse der 4. Expertenbefragung zur Politikbewertung, Köln, 2011, S. 5. ff., abrufbar unter: [http://www.iwconsult.de/imperia/md/images/iwconsult/pdf/download/iw-expertenvotum\\_januar\\_2011.pdf](http://www.iwconsult.de/imperia/md/images/iwconsult/pdf/download/iw-expertenvotum_januar_2011.pdf) [Aufruf vom 13.06.2012]
- [5] <http://www.iwkoeln.de/de/infodienste/iwd/archiv/beitrag/27506> [Aufruf vom 13.06.2012]
- [6] Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg (IAB): Arbeitnehmerfreizügigkeit – Neue Potenziale werden bisher kaum genutzt, in: IAB-Kurzbericht 24/2011, abrufbar unter: <http://doku.iab.de/kurzber/2011/kb2411.pdf> [Aufruf vom 13.06.2012]
- [7] Straube, R.: Im Blickpunkt – Uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011, abrufbar unter: [http://www.statistik.sachsen.de/download/060\\_AVP-Erwerbstaetigkeit/A\\_VI\\_5\\_u11\\_ANFZ-Blickpunkt\\_Straube.pdf](http://www.statistik.sachsen.de/download/060_AVP-Erwerbstaetigkeit/A_VI_5_u11_ANFZ-Blickpunkt_Straube.pdf) [Aufruf vom 13.06.2012]
- [8] Interview mit Frank-Jürgen Weise (Vorsitzender der Bundesagentur für Arbeit) in der Rheinischen Post vom 07.04.2012: „63 000 Osteuropäer kamen seit Grenzöffnung auf deutschen Arbeitsmarkt“, abrufbar unter: <http://www.presseportal.de/pm/30621/2230812/rheinische-post-arbeitsagentur-chef-weise-63-000-osteuropaer-kamen-seit-grenzoeffnung-auf> [Aufruf vom 13.06.2012]
- [9] Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen im Freistaat Sachsen – 4. Quartal 2011 und Jahr 2011, Statistischer Bericht D 11 – vj 4/11, Kamenz 2012, S. 3 f., abrufbar unter: <http://www.statistik.sachsen.de/html/715.htm> [Aufruf vom 13.06.2012]
- [10] Oettel, A., C. Wohlrab: Untersuchungen zur Eignung der Gewerbeanmeldungstätigkeit als Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung, in: Statistik in Sachsen, 1/2009, Kamenz 2009, S. 15 – 22, abrufbar unter: [http://www.statistik.sachsen.de/download/300\\_Voe-Zeitschrift/zeitschrift\\_2009\\_1.pdf](http://www.statistik.sachsen.de/download/300_Voe-Zeitschrift/zeitschrift_2009_1.pdf) [Aufruf vom 13.06.2012]

7) Für nähere Ausführungen zu den Zusammenhängen zwischen Gewerbeanmeldungstätigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung vgl. [10].

# Sächsische Senioren – Ausgewählte statistische Daten

## Vorbemerkungen

2012 ist das Europäische Jahr für aktives Altern und der Solidarität zwischen den Generationen. Die Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft besteht zukünftig insbesondere darin, die Möglichkeiten für aktives Altern zu verbessern. Dabei sind die unterschiedlichsten Bereiche wie Beschäftigung, Erwachsenenbildung oder Gesundheitsversorgung zu betrachten.

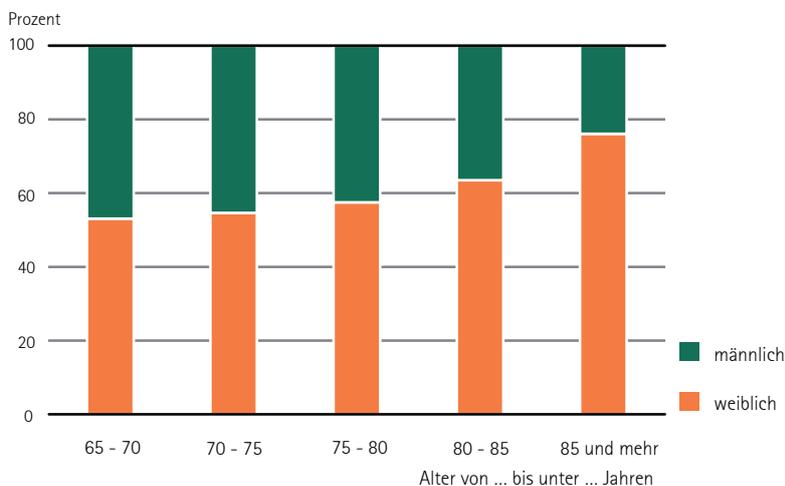
Der nachfolgende Artikel vermittelt anhand statistischer Ergebnisse einen Einblick in ausgewählte Lebensbereiche von Senioren im Freistaat Sachsen und ergänzt die bereits zur Thematik erschienene Broschüre „Statistisch betrachtet: Senioren in Sachsen“. Es werden wichtige Informationen u. a. zur soziodemografischen Entwicklung, zur Finanzsituation und zum Bildungsstand älterer Menschen sowie zur Thematik Pflegebedürftigkeit vermittelt und zeitliche Veränderungen aufgezeigt. Als Senioren werden im Artikel alle Personen im Alter von 65 Jahren und mehr bezeichnet, als Seniorenhaushalte private Haushalte mit Haupteinkommensbeziehern im Alter ab 65 Jahren.

Grundlage für die in die Betrachtung einbezogenen Daten sind unterschiedliche amtliche Statistiken, wie z. B. die Bevölkerungsstatistik, der Mikrozensus oder die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)<sup>1)</sup>, die alle fünf Jahre durchgeführt wird. Bei Abbildungen und Tabellen erfolgt ein entsprechender Hinweis, auf welchen Erhebungen und Erfassungszeiträumen diese basieren. Die verwendeten Bevölkerungszahlen sind Ergebnis der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Registerdaten vom 3. Oktober 1990.

## Demografische Entwicklung im Freistaat

In Sachsen lebten 2011 rund 4,14 Millionen Menschen, darunter 1,01 Millionen in einem Alter von 65 und mehr Jahren. Ein Viertel

Abb. 1 Geschlechterproportion der Senioren in Sachsen 2011 nach Altersgruppen – Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung –



der Bevölkerung hatte somit 2011 bereits das Renteneintrittsalter von 65 Jahren<sup>2)</sup> erreicht. Der Anteil der Senioren an der Bevölkerung variiert regional in Deutschland: In den neuen Bundesländern lag dieser 2011 mit 23,5 Prozent deutlich höher als im früheren Bundesgebiet mit 20,2 Prozent. Sachsen besitzt derzeit im Vergleich zu den anderen Bundesländern mit 24,5 Prozent den höchsten Anteil an Menschen im Rentenalter, gefolgt von Sachsen-Anhalt mit 24,3 Prozent und Thüringen mit 23,1 Prozent.

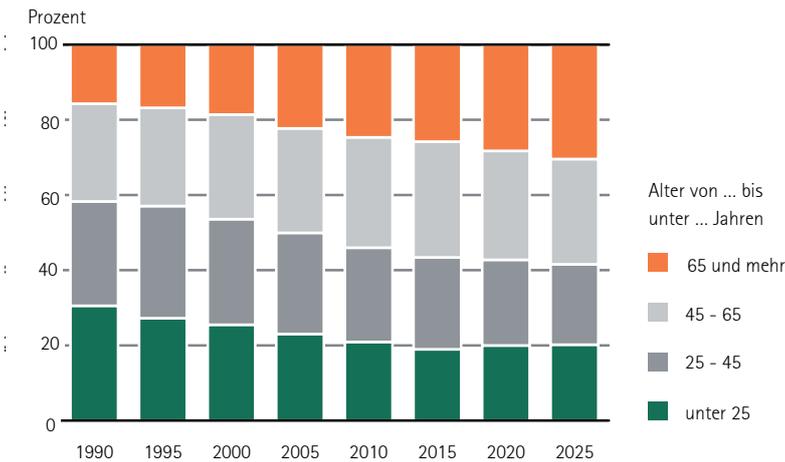
Von den sächsischen Senioren waren 58,6 Prozent weiblich und 41,4 Prozent männlich. Dieses Geschlechterungleichgewicht ist auf die höhere Lebenserwartung der Frauen sowie auf die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges zurückzuführen. Viele Männer verstarben frühzeitig im Krieg und hinterließen damit eine Lücke in der heutigen Rentnergeneration. In den letzten Jahren hat sich die unproportionale Geschlechterverteilung jedoch immer weiter durch das Nachrücken von weniger vom Krieg betroffenen Geburtenjahrgängen verringert. [1] 1990 lag

der Frauenanteil bei den 65-Jährigen und Älteren in Sachsen noch bei über zwei Dritteln (68,4 Prozent) und damit fast 10 Prozentpunkte höher als 2011.

Die Anzahl der Senioren im Freistaat hat sich seit 1990 um mehr als 263 000 erhöht, das entspricht einem Anstieg von 35,1 Prozent. Die meist durch Arbeitslosigkeit bedingte Abwanderung vorwiegend junger Menschen sowie Geburtendefizite in Verbindung mit

1) Hinweis zur Hochrechnung der EVS-Daten: Die Daten der EVS 2008 wurden getrennt für das Bundesgebiet und die Länder hochgerechnet. Mit der Hochrechnung wurden die Stichprobendaten so gewichtet, dass die hochgerechneten Ergebnisse mit bekannten Daten in der Grundgesamtheit übereinstimmen. Bei der Hochrechnung auf Bundesebene wurden besonders viele Strukturdaten (wie z. B. Haushaltstyp, Soziale Stellung und Alter des Haupteinkommensbeziehers, Haushaltsnettoeinkommensklasse, Haushaltsgröße) berücksichtigt. Für die Länderergebnisse, die mit dem Länderfaktor erstellt wurden, wurden weniger Merkmale, dafür aber die landesspezifischen Daten einbezogen. Damit wird gewährleistet, dass die hochgerechneten Länderergebnisse im Hinblick auf die verwendeten Merkmale mit den bekannten Länderwerten in der Grundgesamtheit übereinstimmen. Alle im Artikel dargestellten Länderergebnisse basieren auf den jeweiligen Länderfaktoren der Hochrechnung.  
2) Ab 2012 wird das Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre erhöht.

**Abb. 2 Bevölkerung am 31. Dezember 1990 bis 2025 nach ausgewählten Altersgruppen**

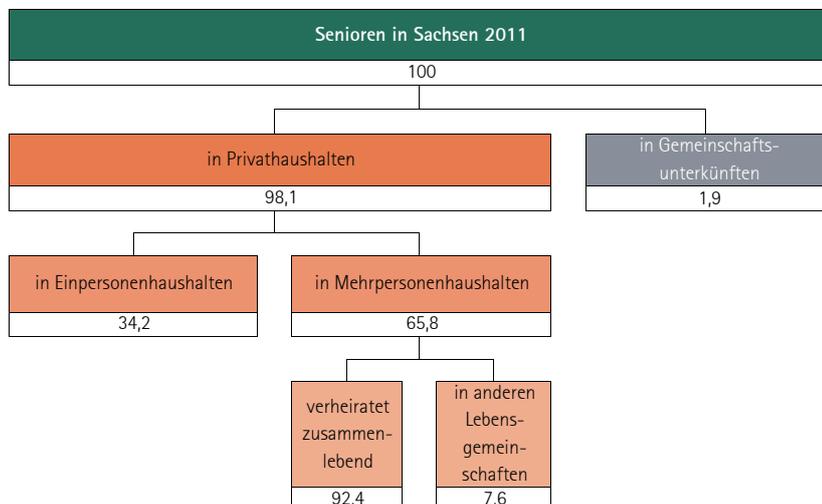


Quelle:  
 1990 bis 2010 - Bevölkerungsfortschreibung  
 2015 bis 2025 - 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen, Variante 1  
 Gebietsstand 1. Januar 2012

der immer weiter steigenden Lebenserwartung führen zu einem Rückgang der Bevölkerung wie auch zu einem stetigen Anstieg des Durchschnittalters der Bevölkerung. Diese Verschiebung der Altersstruktur wird als Demografischer Wandel bezeichnet. 2011 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung einer 65-jährigen Frau im Freistaat 20,8 Jahre und für einen gleichaltrigen Mann 17,4 Jahre. Die Ursachen für die steigende Lebenserwartung sind u. a. die Abnahme von schwerer körperlicher Arbeit in der Landwirtschaft, Industrie und im Bergbau, der medizinische Fortschritt und die Verbesserung der Lebensumstände bzw. der Wohnsituation – einhergehend mit einem höherem Gesundheitsbewusstsein, z. B. durch gesündere Ernährung oder sportliche Aktivitäten.

Für das Jahr 2025<sup>3)</sup> wird für Sachsen eine Einwohnerzahl in einem Prognosekorridor von 3,78 bis 3,65 Millionen vorausberechnet, damit schrumpft die Einwohnerzahl im Vergleich zu 2011 um 360 000 bzw. 490 000. In einem Alter von 65 Jahren und mehr befinden sich dann bereits 30,5 bzw. 31,7 Prozent der Bevölkerung, dabei zeigen sich regionale Unterschiede (vgl. Abb. 4). Für den Landkreis Nordsachsen wird von allen Kreisen in Sachsen mit 23,1 bzw. 23,9 Prozent die höchste Zuwachsrate der Bevölkerung im Alter ab 65 Jahren erwartet. Bis 2025 steigt dort die Anzahl der Senioren von 47 700 auf 58 600 bzw. 59 000.

**Abb. 3 Senioren in Sachsen 2011 nach Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften (in Prozent) - Ergebnisse des Mikrozensus 2011 -**



Am Ende des Prognosezeitraumes wird jeder zehnte Einwohner in Sachsen bereits 80 Jahre und älter sein. Vom Statistischen Bundesamt wird für Gesamtdeutschland sowohl ein niedrigerer Anteil der 65-Jährigen und Älteren (25,6 Prozent) als auch ein niedrigerer Anteil der Bevölkerung in einem Alter ab 80 Jahren (7,9 Prozent) als in Sachsen erwartet<sup>4)</sup>. 2011 besaßen lediglich 0,9 Prozent der sächsischen Senioren eine ausländische Staatsangehörigkeit. Dieser niedrige Wert spiegelt wider, dass bisher nur relativ wenige Männer und Frauen aus dem Ausland nach Sachsen dauerhaft zuwanderten.

### Haushaltsstrukturen im Alter

Im Alter bleibt das Wohnen im eigenen Haushalt die verbreitetste Lebensform im Freistaat. Lediglich 1,9 Prozent der sächsischen Senioren lebten 2011 nicht mehr in den eigenen vier Wänden, sondern in Alten- und Pflegeheimen oder anderen Gemeinschaftseinrichtungen. Gegenüber 2010 ist die Bewohnerzahl sogar leicht rückläufig. Damit spielt die „Heimunterbringung“ älterer Menschen als Lebensform momentan eine untergeordnete Rolle. Zwei Drittel (65,8 Prozent) der sächsischen Senioren in Privathaushalten lebten 2011 im Haushalt gemeinsam mit mindestens einer weiteren Person, allein lebten 34,2 Prozent. Vier Fünftel der Alleinlebenden (79,7 Prozent) waren Frauen, rund drei Viertel von ihnen waren verwitwet. Im Gegensatz zu jüngeren Menschen ist das Alleinleben der Senioren häufig nicht selbst gewählt oder durch Scheidung bzw. Trennung begründet. Verstirbt der Partner, werden oftmals Frauen durch ihre höhere Lebenserwartung im Alter zu Alleinlebenden. [2]

Mit zunehmendem Alter nimmt der Anteil der Senioren, die zu zweit wohnen, kontinuierlich ab. In der Altersgruppe 80 Jahre und mehr traf das nur noch auf 42,3 Prozent zu. Allein im Haushalt lebten dagegen 56,1 Prozent der hochbetagten Senioren. Auf Grund der höheren Lebenserwartung betrug der Frauenanteil unter ihnen 83,0 Prozent.

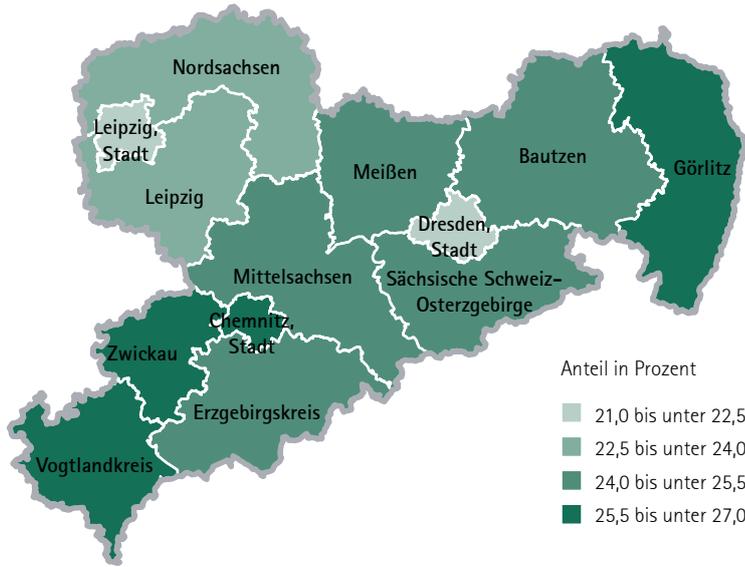
### Familienstand

Mehr als ein Drittel der Frauen ab 65 Jahren (39,2 Prozent) war 2011 verwitwet, bei den Männern waren es nur 12,6 Prozent. Gegenüber 2000 sank der Anteil bei den Frauen um

3) Die 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025 wurde in zwei Varianten berechnet, welche die Grenzen für einen Korridor bilden, in dem sich die Einwohnerzahl von Sachsen voraussichtlich entwickeln wird. Detaillierte Erläuterungen und Ergebnisse finden Sie im Internet unter <http://www.statistik.sachsen.de/bevprog/>.  
 4) Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland, Variante 1-W1.

Abb. 4 Bevölkerung im Alter von 65 und mehr Jahren in Sachsen

Anteil der Senioren an der Gesamtbevölkerung 2011



Veränderung des Anteils der Senioren an der Gesamtbevölkerung 2025 gegenüber 2011<sup>1)</sup>



Kartengrundlage: Verwaltungsgrenzen, © GeoSN 2012

1) basierend auf der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025, Variante 1

9,0 Prozentpunkte und bei den Männern um 2,9 Prozentpunkte. Der Rückgang des Anteils verwitweter Frauen ist mit dem Sterben der Kriegswitwen zu erklären.

In der Altersgruppe von 65 bis unter 75 Jahren war fast jede 4. Frau (24,2 Prozent), aber nur jeder 16. Mann (6,4 Prozent) verwitwet, im Alter ab 85 Jahren hatten bereits drei von vier Frauen ihren Mann durch Tod verloren, bei den Männern dieser Altersgruppe waren 40,1 Prozent verwitwet.

Immer mehr Senioren sind geschieden. Waren es 2000 noch 5,6 Prozent, betrug 2011 der Anteil der Geschiedenen 6,6 Prozent. Diese Entwicklung beruht darauf, dass einerseits die Scheidungsrate in Sachsen in den vergan-

genen Jahren generell gestiegen ist und andererseits die in jüngeren Jahren Geschiedenen inzwischen das Seniorenalter erreicht haben. Jede 13. Frau (7,8 Prozent) im Seniorenalter war 2011 geschieden, bei den Männern war es nur jeder zwanzigste (4,9 Prozent). Gegenüber 2000 stieg der Anteil der geschiedenen Frauen im Seniorenalter lediglich um 0,4 Prozentpunkte, bei den Männern dagegen um 2,1 Prozentpunkte.

#### Finanzielle Situation

Nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung Bund gingen die Männer 2010 in Sachsen im Durchschnitt mit 62,9 Jahren in

Rente, Frauen mit durchschnittlich 61,6 Jahren. Der vorzeitige Rentenbeginn wurde dabei durch verschiedene Übergangs- und Frühverrentungsmöglichkeiten bestimmt. 98,5 Prozent der Bevölkerung ab 65 Jahren bezogen ihren überwiegenden Lebensunterhalt 2011 erwartungsgemäß aus Renten bzw. Pensionen, 0,8 Prozent dagegen aus Erwerbstätigkeit/Berufstätigkeit.

Nach Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters sinkt die Erwerbsbeteiligung stark ab, dennoch gibt es zahlreiche Senioren im Freistaat, die auch danach erwerbstätig sind. 2011 lag die Erwerbstätigenquote<sup>5)</sup> der sächsischen Senioren bei 2,7 Prozent. 67,7 Prozent der erwerbstätigen Senioren waren Männer und 32,3 Prozent Frauen. Gegenüber 2000 ist ein Anstieg der Erwerbstätigenquote der Senioren im Freistaat um 1,5 Prozentpunkte zu registrieren. Bereits zu diesem Zeitpunkt waren Männer häufiger im Alter erwerbstätig als Frauen. Fast drei Viertel (73,8 Prozent) der Senioren, die 2011 erwerbstätig waren, arbeiteten in Teilzeit und 26,2 Prozent noch in Vollzeit. 45,5 Prozent der Senioren mit Erwerbstätigkeit waren geringfügig oder kurzfristig beschäftigt. Gegenüber 2005 erhöhte sich der Anteil der Vollzeitbeschäftigten um 1,1 Prozentpunkte. Von den nichterwerbstätigen Senioren gaben über 8 000 bei der Befragung (Mikrozensus) an, dass noch der Wunsch nach einer Erwerbs- oder Berufstätigkeit besteht.

Bei Betrachtung der beruflichen Stellung zeigte sich, dass 2011 der Anteil der Selbstständigen unter den Senioren mit 43,0 Prozent viermal so hoch war wie bei den unter 65-Jährigen (10,8 Prozent), dennoch betrug der Anteil der selbstständigen Senioren unter den Selbstständigen insgesamt im Freistaat nur 5,5 Prozent. Unter den selbstständigen Senioren befanden sich fast dreimal so viele Männer wie Frauen.

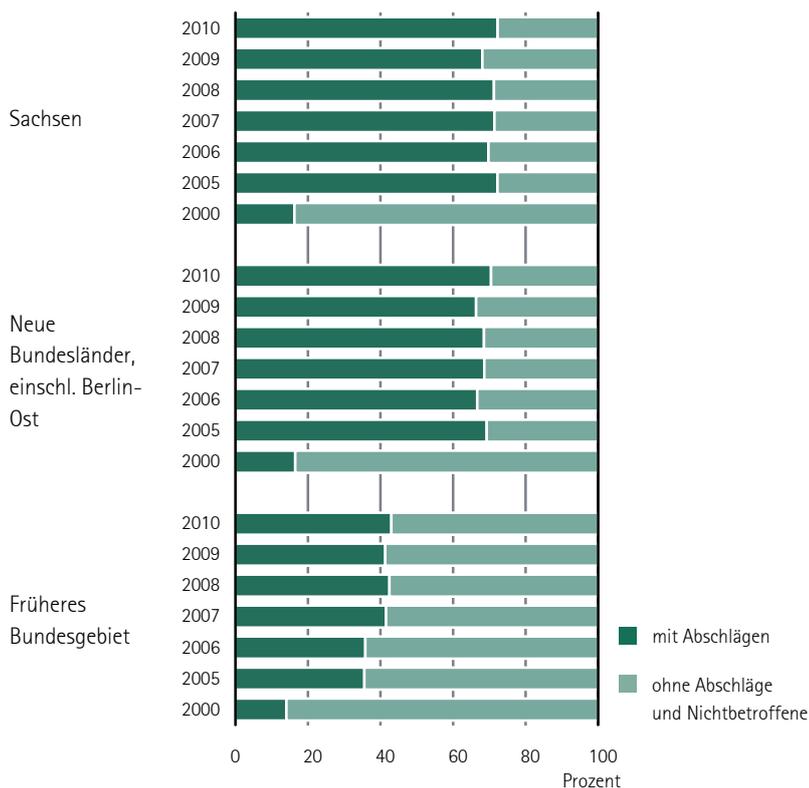
Die Gründe für die hohe Anzahl der Selbstständigen im Alter sind unterschiedlich. Neben dem Wunsch aktiv zu bleiben, dem Fehlen an Nachfolgern für das eigene Unternehmen oder die eigene Praxis, kommt auch die mangelnde private Vorsorge für den Ruhestand als mögliche Ursache in Betracht.

#### Einnahmen und Ausgaben im Überblick

Seniorenhaushalte im Freistaat verfügten 2008 über ein durchschnittliches monatliches Haushaltsbruttoeinkommen von 1 992 €, damit lagen die Senioren deutlich unter dem Bruttoeinkommen eines sächsischen Durchschnittshaushaltes von 2 816 €.

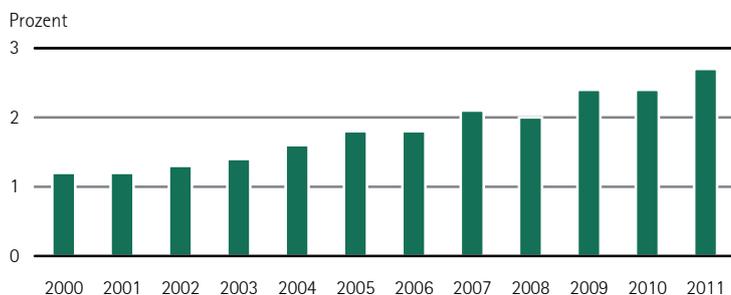
5) Anteil der Erwerbstätigen je 100 der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe

**Abb. 5 Rentenzugänge von Rente wegen Alters nach SGB VI 2000, 2005 bis 2010 nach Zahlungen mit und ohne Rentenabschläge sowie ausgewählten Regionen**



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund

**Abb. 6 Erwerbsbeteiligung von Senioren in Sachsen 2000 bis 2011 - Ergebnisse des Mikrozensus -**



**Tab. 1 Ausgewählte Einkommen privater Seniorenhaushalte 1993, 1998, 2003 und 2008 - Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe -**

Merkmal	1993	1998	2003	2008
je Haushalt und Monat in €				
Haushaltsbruttoeinkommen	1 176	1 559	2 078	1 992
darunter Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	1 013	1 391	1 785	1 671
darunter Renten der gesetzlichen Rentenversicherung	929	1 337	1 722	1 588
Haushaltsnettoeinkommen	1 102	1 452	1 938	1 818

Im Bundesdurchschnitt stand Seniorenhaushalten ein Bruttoeinkommen von 2 705 € im Monat zur Verfügung. Der größte Anteil des Bruttoeinkommens der Seniorenhaushalte im Freistaat bestand aus Einkommen aus öffentlichen Transfer-

leistungen in Form von Renten der gesetzlichen Rentenversicherung (1 588 €), darunter Renten aus eigenem Anspruch (1 467 €) und Renten für Hinterbliebene (114 €). Mehr als jeder Vierte (27,0 Prozent) im Alter ab 65 Jahren bezog 2011 eine Hinterbliebenen-

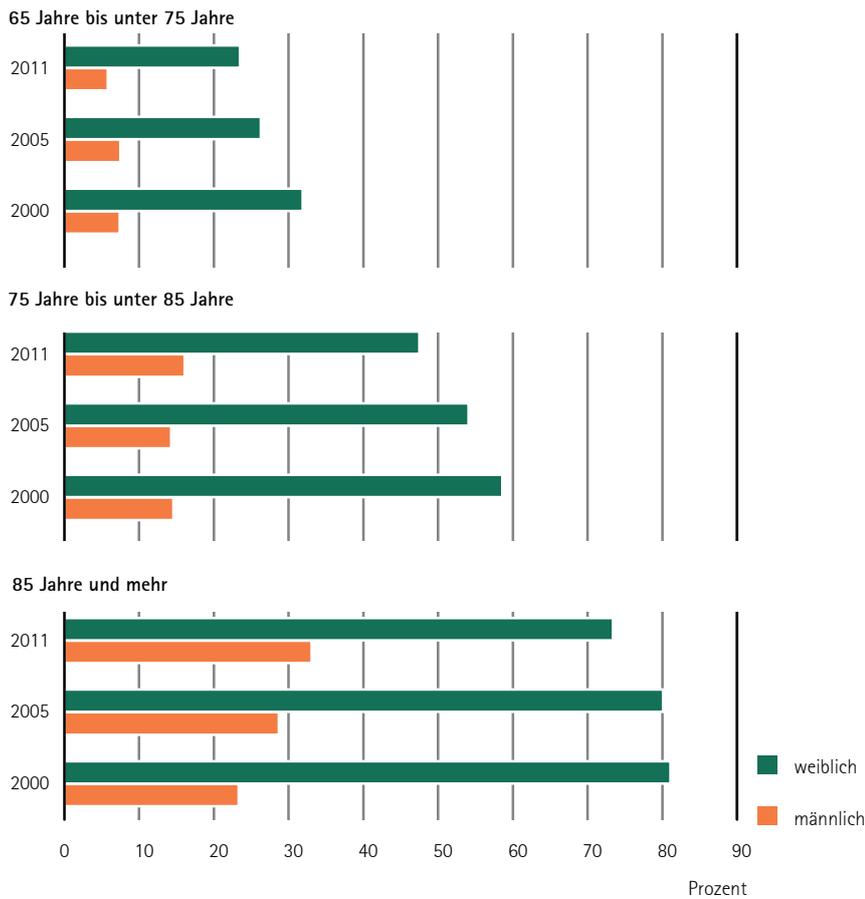
rente. Gegenüber 2000 wurde ein Rückgang der Empfängerzahl um 6,7 Prozentpunkte registriert, was hauptsächlich auf den Rückgang der verwitweten Frauen zurückzuführen ist. Besonders in der Altersgruppe ab 85 Jahren lag der Anteil dieser Rentenempfänger erwartungsgemäß hoch. Während 15,5 Prozent der Senioren im Alter von 65 bis unter 75 Jahren Hinterbliebenenrente bezogen, war es in der Altersgruppe von 75 bis unter 85 Jahren bereits mehr als jeder Dritte (34,7 Prozent) und im Alter ab 85 Jahren sogar 62,9 Prozent.

Nach den Abzügen von Einkommen- und Kirchensteuer sowie Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung stand den Haushalten von Senioren 2008 ein durchschnittliches monatliches Haushalt Nettoeinkommen von 1 818 € zur Verfügung. Die ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen der Seniorenhaushalte, auch als verfügbare Einkommen bezeichnet, betrugen durchschnittlich 1 848 € im Monat. Das entsprach 80,7 Prozent des Durchschnittes aller sächsischen Privathaushalte.

Den Einkommen und Einnahmen stehen die monatlichen Ausgaben gegenüber. Diese untergliedern sich in private Konsumausgaben (1 627 €) und andere Ausgaben (1 191 €), darunter Ausgaben für die Bildung von Geld- und Sachvermögen (938 €), wie z. B. Einzahlungen auf Spargbüchern und Bausparverträgen, sonstige Anlagen bei Banken/Sparkassen oder Verleihen von Geld an Dritte. Die Seniorenhaushalte im Freistaat gaben 88,0 Prozent ihrer verfügbaren Einkommen für den privaten Konsum aus. Die Konsumausgaben der Seniorenhaushalte lagen bei 88,3 Prozent der durchschnittlichen Konsumausgaben aller sächsischen Haushalte.

Der größte Teil der Konsumausgaben wurde 2008 von den Seniorenhaushalten, wie auch vom sächsischen Durchschnittshaushalt, für den Bereich Wohnen, Wohnungsinstandhaltung und Energie aufgewendet. Gegenüber 2003 stieg der Anteil der Ausgaben der Seniorenhaushalte für diesen Ausgabeposten um 1,4 Prozentpunkte. Durchschnittlich ein Drittel der gesamten monatlichen Konsumausgaben floss 2008 in diesen Bereich. Der Anteil der Ausgaben der Senioren für Wohnen, Wohnungsinstandhaltung und Energie lag sogar 1,2 Prozentpunkte höher als für den sächsischen Durchschnittshaushalt. Die zweitgrößte Ausgabeposition für ältere Menschen stellte mit 16,9 Prozent der Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur dar, darunter z. B. Pauschalreisen, Ausgaben für Bücher und Zeitschriften oder auch Hobbys. Fünf Jahre zuvor lag der Anteil der monatlichen Ausgaben der Seniorenhaushalte für die Freizeitgestaltung noch 1,4 Prozentpunkte höher.

**Abb. 7 Bezieher von Hinterbliebenenrente ab 65 Jahren in den Jahren 2000, 2005 und 2011 nach Geschlecht**  
- Ergebnisse des Mikrozensus -



Im sächsischen Durchschnitt wurden für diesen Posten 2008 dagegen nur 12,7 Prozent der Konsumausgaben im Monat aufgewendet. An dritter Stelle folgten bei den Senioren-

haushalten mit 14,7 Prozent die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, im sächsischen Durchschnitt lag der Posten dagegen auf dem zweiten Rang.

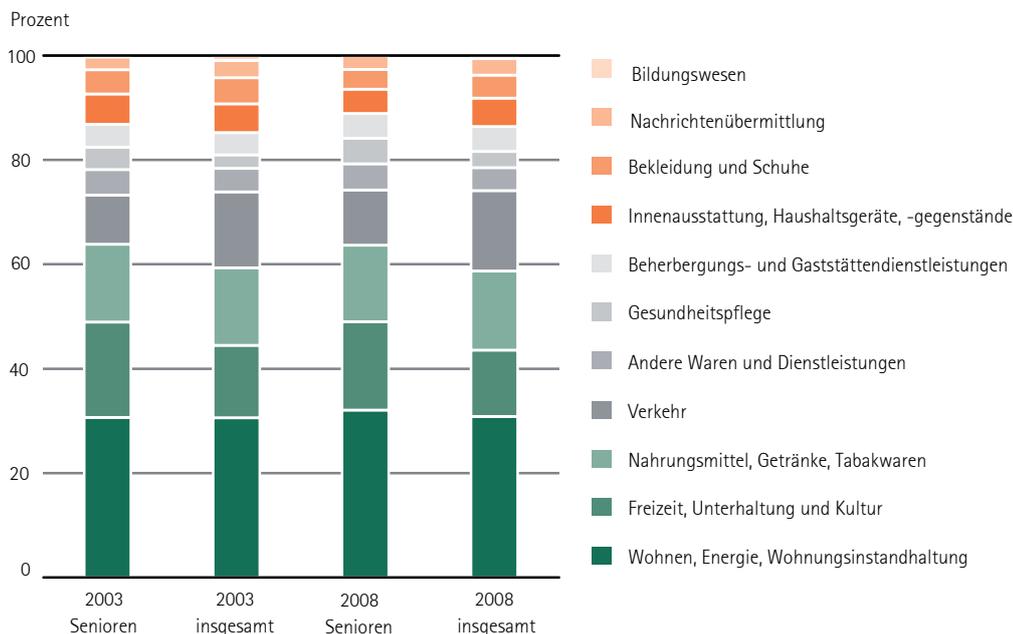
Altersspezifische Unterschiede zeigten sich insbesondere bei den Verkehrsausgaben. Im Vergleich zum sächsischen Durchschnitt lag der Anteil der Ausgaben für den Bereich Verkehr bei älteren Menschen ab 65 Jahren mit 10,5 Prozent fast 5 Prozentpunkte niedriger. Die deutlich geringeren Aufwendungen sind u. a. damit begründbar, dass Senioren in der Regel keine bzw. nur geringe Kosten für Benzin oder Fahrkarten haben, um zu einem Arbeitsplatz zu gelangen. [1]

Ein anderes Beispiel für altersspezifische Unterschiede im Ausgabeverhalten der Privathaushalte stellen die monatlichen Aufwendungen für die Gesundheitspflege dar. Mit zunehmendem Alter steigen die Gesundheitsausgaben kontinuierlich an. Bei den Seniorenhaushalten betrug der Anteil an den Konsumausgaben 2008 durchschnittlich 4,9 Prozent im Monat. Im sächsischen Durchschnitt lag der Anteil für die Gesundheitspflege mit 3,1 Prozent dagegen knapp 2 Prozentpunkte darunter.

#### Grundsicherung im Alter und Armutsgefährdung

Für Senioren, deren Rente und sonstige Einkommen für das Bestreiten des Lebensunterhaltes nicht ausreichend sind, besteht ein Rechtsanspruch auf Bezug von Grundsicherung im Alter nach SGB XII. [1] Ende 2010 erhielten in Sachsen 9 289 Senioren diese Leistung, das entsprach 0,9 Prozent aller Personen ab 65 Jahren. Davon waren 65,2 Prozent Frauen und 34,8 Prozent Männer. Dieser Fakt ist neben dem insgesamt höheren Frauenanteil (58,6 Prozent der Senioren) auch

**Abb. 8 Struktur der durchschnittlichen monatlichen Konsumausgaben der Seniorenhaushalte und der Haushalte in Sachsen insgesamt 2003 und 2008**  
- Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe -



**Tab. 2 Empfänger von Grundsicherung im Alter am 31. Dezember 2010<sup>1)</sup>**

- Ergebnisse der Statistik über die Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung -

Merkmal	Anzahl		Anteil in %	
	2005	2010	2005	2010
<b>Insgesamt</b>	<b>8 573</b>	<b>9 289</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
außerhalb von Einrichtungen	6 267	7 421	73,1	79,9
in Einrichtungen	2 306	1 868	26,9	20,1
männlich	2 488	3 234	29,0	34,8
weiblich	6 085	6 055	71,0	65,2
Je 1 000 Einwohner	9,0	9,1	x	x
männlich	6,6	7,7	x	x
weiblich	10,6	10,1	x	x
Bruttobedarf <sup>2)</sup>	556	616	x	x
Nettoanspruch <sup>2)</sup>	275	313	x	x

1) Empfänger von Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Alter ab 65 Jahren

2) durchschnittlicher Bruttobedarf/Nettoanspruch im Berichtsmonat in €

durch die geringeren Nettoeinkünfte der Frauen begründbar. Pro Leistungsempfänger wurde inklusive der Kosten für die Unterkunft ein durchschnittlicher monatlicher Bruttobedarf von 616 € errechnet. Abzüglich der anzurechnenden Einkünfte wurden im Durchschnitt 313 € als Leistung ausgezahlt. Fünf Jahre zuvor lag der monatliche Bruttobedarf noch bei 556 € und der zur Auszahlung angewiesene Betrag im Durchschnitt bei 275 €. Auf Grund der demografischen Entwicklung

im Freistaat und der teilweise unterbrochenen Erwerbsbiografien ist in den nächsten Jahren mit einem Anstieg der Empfängerzahlen zu rechnen. [2]

Einkommensarmut kann durch Armutsgefährdungsquoten gemessen werden. Als arm wird der Anteil der Bevölkerung bezeichnet, welcher über weniger als 60 Prozent des monatlichen mittleren Einkommens der Bevölkerung in Deutschland (auch als Äquivalenzeinkommen bezeichnet) verfügt. Der

Anteil armutsgefährdeter Senioren in Sachsen (gemessen am Bundesmedian) lag 2010 bei 9,9 Prozent und damit 2,7 Prozentpunkte höher als noch 2005. Der Durchschnittswert für die Bevölkerung in Sachsen insgesamt lag mit 19,4 Prozent mehr als 9 Prozentpunkte über dem der Senioren. Am stärksten von Armut gefährdet war 2010 die Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen mit 32,4 Prozent. Befinden sich die Personen nicht in einer Ausbildung oder einem Studium, sind die Ursachen dafür hauptsächlich in der Arbeitsmarktsituation und einem niedrigen Lohnniveau zu suchen.

Frauen im Alter ab 65 Jahren sind häufiger armutsgefährdet als gleichaltrige Männer. Die Armutsgefährdungsquote lag bei den weiblichen Senioren bei 11,5 Prozent und bei den männlichen bei 7,7 Prozent. Als mögliche Hauptgründe für die höhere Armutsgefährdung der Frauen im Seniorenalter lassen sich geringere Rentenansprüche auf Grund der schlechteren, z. T. auch fehlenden, beruflichen Qualifikation, unterbrochene Erwerbsbiografien sowie Ehescheidungen zu DDR-Zeiten ohne Versorgungsausgleich nennen. Alleinlebende Senioren sind im Allgemeinen häufiger von Einkommensarmut bedroht als die Gesamtbevölkerung, da die Möglichkeit einer finanziellen Umverteilung bzw. die Unterstützung durch einen Partner nicht gegeben ist. [vgl. 3]

Für Gesamtdeutschland lag die Armutsgefährdungsquote der Senioren mit 12,3 Prozent fast zweieinhalb Prozentpunkte höher als für die sächsischen Senioren. Gegenüber 2005 stieg der Bundesdurchschnitt der von Armut gefährdeten Senioren um 1,3 Prozentpunkte. Männer ab 65 Jahren wiesen eine Quote von 10,3 Prozent und gleichaltrige Frauen von 13,8 Prozent auf. Dabei kommt die niedrigere Erwerbsbeteiligung der Frauen in diesen Geburtenjahrgängen in den alten Bundesländern zum Tragen. In der Regel schieden dort die Frauen im heutigen Seniorenalter nach der Heirat oder der Geburt des ersten Kindes aus dem aktiven Erwerbsleben für einen längeren Zeitraum oder endgültig aus. Dadurch ergeben sich geringere Rentenansprüche als bei den männlichen Senioren. [vgl. 4]

### Bildung

Fast drei Viertel (74,0 Prozent) der sächsischen Senioren konnten 2011 einen Volks- bzw. Hauptschulabschluss vorweisen und 9,9 Prozent verfügten über einen Real- schulabschluss. Der Anteil der Senioren mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife betrug 14,9 Prozent. Große Unterschiede sind bei der heutigen Senioren generation zwischen

**Tab. 3 Senioren in Sachsen 2011 nach Art des höchsten allgemeinbildenden Schulabschlusses und Geschlecht (in Prozent)**

- Ergebnisse des Mikrozensus -

Abschluss	Alter von ... bis unter ... Jahren			
	Insgesamt	65 - 70	70 - 80	80 und mehr
	<b>Insgesamt</b>			
Volks-/Hauptschule <sup>1)</sup>	74,0	61,2	77,1	80,5
Realschule <sup>2)</sup>	9,9	19,3	6,4	7,5
Fachhochschul-/Hochschulreife	14,9	18,6	15,2	10,6
Ohne Schulabschluss	1,2	/	1,3	/
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
	<b>männlich</b>			
Volks-/Hauptschule <sup>1)</sup>	65,2	56,0	68,6	69,2
Realschule <sup>2)</sup>	9,8	17,3	6,6	7,9
Fachhochschul-/Hochschulreife	23,8	25,7	23,6	21,8
Ohne Schulabschluss	/	/	/	/
<b>Zusammen</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
	<b>weiblich</b>			
Volks-/Hauptschule <sup>1)</sup>	80,3	65,8	83,7	86,2
Realschule <sup>2)</sup>	9,9	21,0	6,3	7,2
Fachhochschul-/Hochschulreife	8,5	12,4	8,7	5,0
Ohne Schulabschluss	1,3	/	/	/
<b>Zusammen</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

1) einschließlich Abschluss der 8. und 9. Klasse der Polytechnischen Oberschule der DDR

2) einschließlich Abschluss der 10. Klasse der Polytechnischen Oberschule der DDR

den Geschlechtern erkennbar: 23,8 Prozent der Männer im Alter ab 65 Jahren hatten Abitur, bei den Frauen waren es lediglich 8,5 Prozent. Keinen Schulabschluss besaßen 1,2 Prozent der Senioren.

2011 verfügten 74,1 Prozent Senioren im Freistaat über einen beruflichen Ausbildungsabschluss. Darunter konnten 55,8 Prozent der Senioren eine abgeschlossene Lehrausbildung oder einen Berufsfachschulabschluss vorweisen und 17,1 Prozent eine Meister-/Technikerausbildung oder einen Fachschulabschluss. Bei Männern und Frauen ab 65 Jahren lag der Anteil derer, die über einen beruflichen Ausbildungsabschluss verfügten, fast gleich. Unter den Hochschulabsolventen waren dagegen Männer fast viermal so oft vertreten wie Frauen (vgl. Tab. 4). 14,6 Prozent der Senioren besaßen keinen beruflichen Ausbildungsabschluss. Während 21,2 Prozent der Frauen keinen beruflichen Ausbildungsabschluss erwarben, waren es bei den gleichaltrigen Männern nur 5,4 Prozent.

Je älter die sächsischen Senioren sind, desto niedriger stellt sich ihr Qualifikationsniveau dar. Wird die Altersgruppe der 65- bis unter 70-Jährigen betrachtet, zeigt sich, dass der Anteil der Personen mit beruflichem Ausbildungsabschluss bei 80,2 Prozent und damit bereits 14,8 Prozentpunkte über dem der Altersgruppe der 80-Jährigen und Älteren liegt. Auch der Anteil der Personen mit Hochschulabschluss liegt mit 14,6 Prozent genau doppelt so hoch wie bei der Altersgruppe 80 Jahre und älter. Ohne beruflichen Ausbildungsabschluss waren lediglich 5,2 Prozent, bei den 80-Jährigen und Älteren waren mehr als fünfmal so viele (27,3 Prozent) ohne Berufsabschluss. [vgl. 5]

### Pflegebedürftigkeit

Ende 2009 waren 131 714 Pflegebedürftige im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes im Freistaat erfasst. Das entsprach 3,2 Prozent der Bevölkerung von Sachsen. 84,1 Prozent der Pflegebedürftigen waren 65 Jahre und älter, 37,5 Prozent bereits 85 Jahre und älter. 110 750 Senioren (10,8 Prozent) waren 2009 pflegebedürftig.

Seit 1999 wuchs die Zahl der Pflegebedürftigen im Freistaat um 13 590. Begründet durch die veränderte Altersstruktur der Bevölkerung sowie dem überproportionalen Anstieg der Zahl der älteren Menschen ist auch künftig mit einem stetigen Anstieg der Pflegezahlen zu rechnen.

Fast drei Viertel (72,4 Prozent) der Pflegebedürftigen im Alter ab 65 Jahren waren Frauen, da sie in den pflegeintensiven älteren Geburtenjahrgängen überproportional vertreten sind. Ursachen sind außer einer höhe-

**Tab. 4 Senioren in Sachsen 2011 nach Art des höchsten berufsbildenden oder Hochschulabschlusses und Geschlecht (in Prozent)**  
- Ergebnisse des Mikrozensus -

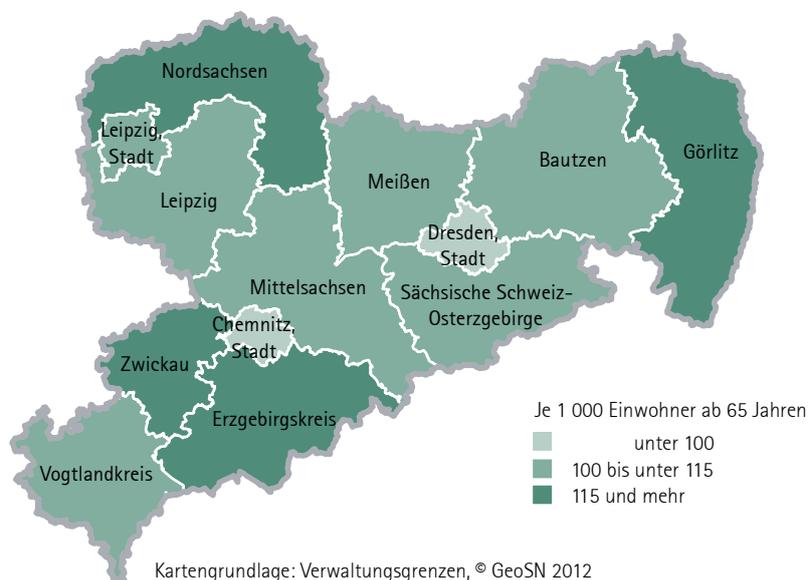
Abschluss	Alter von ... bis unter ... Jahren			
	Insgesamt	65 - 70	70 - 80	80 und mehr
<b>Insgesamt</b>				
Beruflicher Ausbildungsabschluss <sup>1)</sup>	74,1	80,2	75,4	65,4
Hochschulabschluss <sup>2)</sup>	11,3	14,6	11,6	7,3
Ohne beruflichen Ausbildungsabschluss	14,6	5,2	13,0	27,3
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>männlich</b>				
Beruflicher Ausbildungsabschluss <sup>1)</sup>	74,8	74,8	74,8	74,7
Hochschulabschluss <sup>2)</sup>	19,8	22,3	19,6	16,8
Ohne beruflichen Ausbildungsabschluss	5,4	/	5,5	8,5
<b>Zusammen</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
<b>weiblich</b>				
Beruflicher Ausbildungsabschluss <sup>1)</sup>	73,6	84,9	75,8	60,8
Hochschulabschluss <sup>2)</sup>	5,1	7,9	5,3	/
Ohne beruflichen Ausbildungsabschluss	21,2	7,2	18,8	36,7
<b>Zusammen</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

1) einschließlich Kollegschule, 1-, 2- oder 3-jährige Schule des Gesundheitswesens, Fachakademie  
2) einschließlich Ingenieurschulabschluss, Abschluss Berufsakademie, Verwaltungsfachhochschule

ren Lebenserwartung die durch den Krieg dezimierten älteren Jahrgänge der männlichen Bevölkerung. Unter den Senioren weisen Frauen jedoch auch eine höhere Pflegeprävalenz auf als Männer. Während 13,2 Prozent der ab 65-jährigen Frauen Leistungen der Pflegeversicherung erhielten, waren es bei den Männern lediglich 7,3 Prozent. Dafür gibt es außer dem Erreichen eines Alters mit höherer Pflegewahrscheinlichkeit auch folgende Ursache: Männer werden bei beginnender Pflegebedürftigkeit öfter von ihren Ehefrau-

en gepflegt, ohne dass Leistungen der Pflegeversicherung in Anspruch genommen werden, was umgekehrt seltener der Fall ist. Auch die Zahl der Menschen, die auf Dauer vollstationär in einer Einrichtung gepflegt werden, nimmt mit steigendem Alter zu. 35,5 Prozent der Pflegebedürftigen ab 65 Jahren befanden sich 2009 in vollstationärer Dauerpflege. Unter den 85-jährigen und älteren Pflegebedürftigen wurden 42,7 Prozent in dieser Pflegeart betreut. Zehn Jahre zuvor lag der Anteil der Pflegebedürft-

**Abb. 9 Pflegebedürftige Senioren im Dezember 2009**



tigen ab 65 Jahren in vollstationärer Dauerpflege noch bei 27,3 Prozent und der der pflegebedürftigen Senioren ab 85 Jahren bei 32,8 Prozent.

Regional betrachtet lebten am Jahresende 2009 die meisten pflegebedürftigen Senioren je 1 000 Einwohner im Alter von 65 Jahren und mehr in den Landkreisen Zwickau (126,7) und Görlitz (125,7) sowie im Erzgebirgskreis (121,3) und im Landkreis Nordsachsen (118,0). Deutlich unter dem sächsischen Durchschnitt von 108,3 pflegebedürftigen Senioren je 1 000 Einwohner lagen dagegen die Kreisfreien Städte Dresden (89,4) und Chemnitz (98,1). [vgl. 6]

### Zusammenfassung

Wie überall in Deutschland steigt auch in Sachsen, durch die höhere Lebenserwartung der Menschen, der Anteil der Senioren an der Gesamtbevölkerung kontinuierlich an. Diese Tatsache bedeutet für Politik und Wirtschaft eine große Herausforderung. Schon heute beträgt der Anteil der Personen ab 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung im Freistaat fast ein Viertel. Bis 2025 wird ein weiterer Anstieg auf über 30 Prozent erwartet. Ältere Menschen werden zukünftig das Bild der Gesellschaft stärker als bisher prägen. Der Demografische Wandel setzt sich fort.

Auch nach dem Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters bleibt das Arbeitsleben von Bedeutung. 2011 waren 2,7 Prozent der Senioren in Sachsen weiterhin erwerbstätig.

Gegenüber 2000 stieg die Erwerbstätigenquote um 1,5 Prozentpunkte.

Das Qualifikationsniveau der Senioren wird künftig weiter steigen.

Der größte Anteil des Bruttoeinkommens der Seniorenhaushalte bestand aus Einkommen aus öffentlichen Transferleistungen in Form von Renten der gesetzlichen Rentenversicherung (2008: 1 588 €.) Die höchsten Konsumausgaben der Seniorenhaushalte waren im Bereich Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung zu verzeichnen. An zweiter Stelle folgten die Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur.

Knapp ein Prozent der Senioren konnten 2010 ihren Lebensunterhalt nicht durch Renten und sonstige Einkommen bestreiten und waren auf die Grundsicherung im Alter angewiesen. Der Anteil der armutsgefährdeten Senioren im Freistaat betrug 2010 fast 10 Prozent und lag damit unter dem Bundesdurchschnitt der von Armut gefährdeten Senioren (12,3 Prozent).

Die Pflegebedürftigkeit nimmt im Alter auf Grund schwerer Erkrankungen erwartungsgemäß zu. Die Zahl der Pflegebedürftigen im Freistaat wird sich als Folge der Altersentwicklung im Zuge des Demografischen Wandels weiter erhöhen. [vgl. 6]

Marcel Goldmann, Dipl.-Geogr., Fachverantwortlicher Analyse Bevölkerung, Haushalte  
Bettina Koreng, Dipl.-Wirt.-Ing. (FH), Mitarbeiterin Analyse Bevölkerung, Haushalte

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Statistisches Bundesamt: Im Blickpunkt - Ältere Menschen in Deutschland und der EU, Wiesbaden 2011.
- [2] Statistisches Bundesamt: Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen, Broschüre, Wiesbaden 2010.
- [3] Goebel, Jan; Grabka, Markus, M.: Zur Entwicklung der Altersarmut in Deutschland. In: DIW Wochenbericht Nr. 25/2011, S. 3 - 16.
- [4] Hin, Monika: Lebenssituation von älteren Menschen in Baden-Württemberg. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 10/2011, S. 14 - 18.
- [5] Staude, Babe Anke: Senioren in Sachsen - Ausgewählte Aspekte zu Potentialen des Alters. In: Statistik in Sachsen 1/2008, S. 61 - 68.
- [6] Gäbler, Gina; Philipp, Gabriele: Pflegebedürftigkeit in Sachsen im Spiegel der amtlichen Statistik. In: Statistik in Sachsen 4/2011, S. 40 - 50.

# Analysemöglichkeiten mit dem Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

## Vorbemerkungen

Der vorliegende Beitrag ist die Fortsetzung eines Artikels, der in der Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ 1/2009 erschienen war. Es werden weitere Informationen zu Inhalt, Analysemöglichkeiten sowie zum Fortgang der Arbeiten im Rahmen der AG Regionalatlas vorgestellt.

Der interaktive Regionalatlas Deutschland ist im Internet im gemeinsamen Statistik-Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder oder unter der Adresse <http://ims.destatis.de/indikatoren/Default.aspx?nsc=true&https=1> zu finden. Er bietet seit dem Frühjahr 2009 annähernd 90 Indikatoren in Form von thematischen Karten für alle Kreisfreien Städte und Landkreise Deutschlands an. Zu verschiedenen Themenbereichen können jeweils mehrere Indikatoren zu unterschiedlichen Berichtszeiträumen abgefragt werden. Als Datenbasis für die Berechnung der Kennzahlen wird die Regionaldatenbank Deutschland genutzt.

Am Beispiel des Indikators „Besuchsquote in Kindertageseinrichtungen“ werden die Möglichkeiten und Grenzen des Regionalatlases betrachtet.

## Indikator „Besuchsquote in Kindertageseinrichtungen“

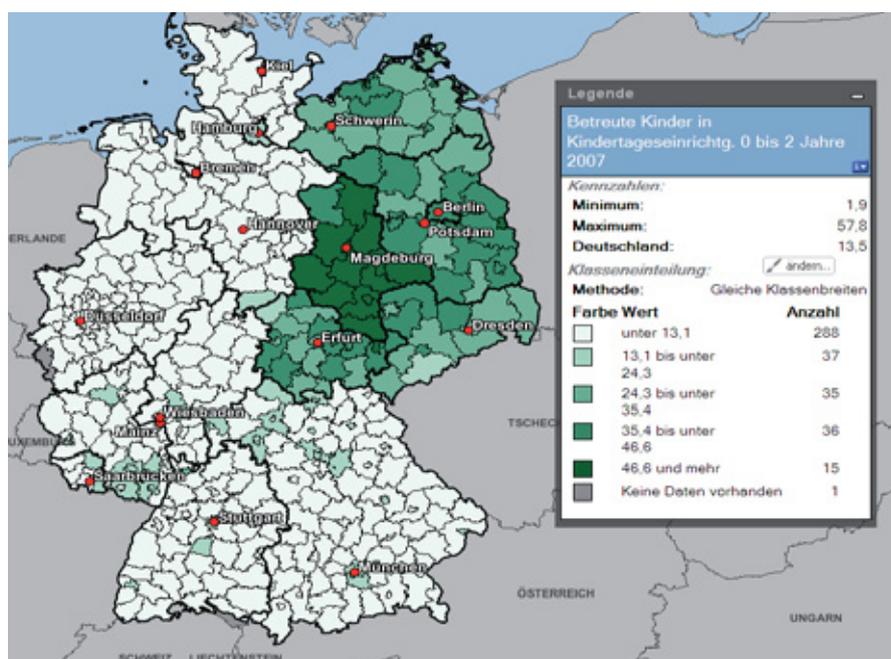
Nach der Einführung des Rechtsanspruchs auf Tagesbetreuung für Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr seit Januar 1996 wurde im Herbst 2008 das Kinderförderungsgesetz beschlossen. Im Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege, kurz KiföG, wurde festgelegt, dass ab dem 1. August 2013 für alle Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz besteht, sofern die Eltern das wünschen.[1] Das Gesetz soll den

Ausbau eines qualitativ hochwertigen Betreuungsangebotes beschleunigen und ist wesentliche Voraussetzung zur zufriedenstellenden Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Mütter und Väter. Die Bundesregierung strebte ursprünglich an, für 35 Prozent der unter 3-jährigen Kinder Betreuungsplätze anzubieten. Sachsen liegt 2012 mit einer durchschnittlichen Betreuungsquote von 44,2 Prozent sogar deutlich über der jetzt neuen Zielmarke der Bundesregierung von 39 Prozent. [2] Der Regionalatlas bietet anhand des ausgewählten Indikators die Möglichkeit, den Erfüllungsstand dieser gesetzlichen Vorgabe in allen Kreisen Deutschlands zu bewerten.

## Metadaten liefern Definitionen und Erläuterungen

Unter dem Button „Metadaten“ sind für den ausgewählten Indikator Definitionen und methodische Erläuterungen zu finden. Im Regionalatlas werden gegenwärtig sowohl im Themenbereich Gesundheit und Soziales als auch im Themenbereich Bildung die Indikatoren „Besuchsquote in Kindertageseinrichtungen“ sowie „Besuchsquote in Kindertagespflege“ angeboten. Die Besuchsquote beschreibt den Anteil der Kinder, die zwecks Betreuung eine Tageseinrichtung besuchen bzw. Tagespflege in Anspruch nehmen, an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe. Bezogen auf die Inanspruchnahme von Angeboten in Tageseinrichtungen und in Tagespflege wird dieser Wert als Betreuungsquote bezeichnet. Diesen Indikator gibt es gegenwärtig noch nicht im Regionalatlas.

Abb. 1 Betreute Kinder in Kindertageseinrichtungen 0 bis 2 Jahre 2007



Der Indikator „Besuchsquote in Kindertageseinrichtungen“ beruht dementsprechend auf Daten der Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe sowie aus der Bevölkerungsstatistik. Er gibt an, wie viel Prozent der Kinder im Alter von 0 bis 2 Jahren eine Tageseinrichtung besuchen. Für die Berechnung wird die Zahl der zum Stichtag im März in Kindertageseinrichtungen betreuten Kinder im Alter von 0 bis unter 3 Jahren durch die Zahl der Kinder der gleichen Altersgruppe jeweils zum 31. Dezember des Vorjahres dividiert und mit 100 multipliziert.

Die Werte für den Indikator „Besuchsquote in Kindertageseinrichtungen“ werden im Regionalatlas für die Kreisebene bundesweit abgebildet. Gegenwärtig sind Daten für die Jahre 2007 bis 2010 verfügbar. Anhand der nachfolgenden Karten wird die vollzogene positive Entwicklung deutlich. Auf einen Blick wird sichtbar, wo noch Aufholbedarf besteht. Im Regionalatlas wird immer nur ein Berichtsjahr angezeigt. Die Möglichkeit der Anzeige mehrerer Jahre (Karten) nebeneinander bietet der Regionalatlas nicht.

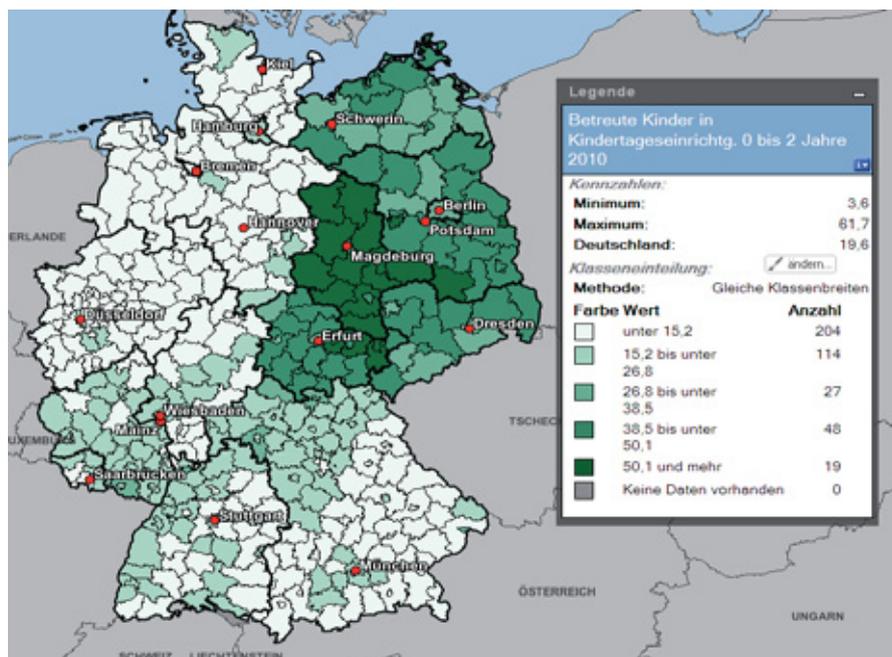
### Legendeninformationen

Die angezeigte Legende liefert eine Vielzahl von Informationen. In der Überschrift des Legendenfeldes steht die Bezeichnung für den ausgewählten Indikator Besuchsquote: Betreute Kinder in Kindertageseinrichtungen 0 bis 2 Jahre mit dem jeweiligen Jahr. Die ausführliche Bezeichnung für diesen Indikator verbirgt sich hinter dem kleinen i: Anteil der in Tageseinrichtungen für Kinder betreuten Kinder im Alter von 0 bis 2 Jahren an den Kindern gleichen Alters in Prozent im jeweiligen Jahr. Hier sind auch etwaige Besonderheiten des Indikators vermerkt. Im Legendenfeld wird das Minimum bzw. Maximum aller Kreise Deutschlands ausgewiesen, außerdem der Durchschnittswert für Deutschland. Schon an diesen Kennziffern ist eine positive Bilanz abzulesen. So stieg das Minimum von 1,9 Prozent 2007 auf 3,6 Prozent betreute Kinder unter 3 Jahren 2010 in Deutschland. Der entsprechende Durchschnittswert für Deutschland änderte sich von 13,5 auf 19,6 Prozent. Mit einem Klick auf einen bestimmten Kreis sind weitere Detailinformationen erhältlich. Das dann geöffnete Fenster enthält die Da-

Abb. 3 Beispiel Detailfenster Kreis

Landkreis	Wert
Kreis	57,8
Bundesland	37,7
Deutschland	19,6

Abb. 2 Betreute Kinder in Kindertageseinrichtungen 0 bis 2 Jahre 2010



ten zu diesem Kreis und Vergleichswerte zum entsprechenden Bundesland sowie für Deutschland jeweils für die vorhandenen Bezugszeiträume (siehe Abb. 3).

### Besuchsquoten in Kindertageseinrichtungen in den letzten Jahren deutlich gestiegen

Im Zeitvergleich ist erkennbar, dass es in den Bundesländern Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz deutliche Erfolge bei der Schaffung und Nutzung von Betreuungsplätzen gibt. Geringfügige Veränderungen sind auch in den nordwestdeutschen Ländern wahrnehmbar. Nachteilig ist, dass die Legende im Atlas sich (bislang noch) nach den vorhandenen Minimal- bzw. Maximalwerten ausrichtet, d. h. für jedes Jahr existiert eine andere Klasseneinteilung bzw. -grenze. Noch deutlicher würde sich diese positive Entwicklung bei gleichbleibender Legendendarstellung über den gesamten Zeitraum darstellen lassen. Welche Methode gewählt wurde, ist im Legendenfenster erkennbar. Im Beispiel wurden gleiche Klassenbreiten gewählt, dass heißt, eine Klasse entspricht hier ca. 11 Prozentpunkten Abstand. Die Anzahl hinter der Klasse zeigt an, wie viele Kreise Deutschlands in die jeweilige Klassenbreite fallen. Insgesamt gesehen ist der Ausbau der Kindertagesbetreuung in Deutschland offensichtlich weiter vorangeschritten. 2007 gab es 84 Kreise in Deutschland (von insgesamt 429), in denen weniger als 5 Prozent aller Kinder unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen betreut wurden. 2010 gab es nur

noch 3 Kreise (von 412), in denen unter 5 Prozent der Kinder dieser Altersgruppe in Kindertageseinrichtungen betreut wurden. Diese Werte sind nach einem Klick auf den Button Tabelle ersichtlich. Hier werden mit einem weiteren Klick auf die entsprechenden Felder die Einzelwerte auf- bzw. absteigend für die Kreise sortiert oder alphabetisch angeordnet. Über den fünfstelligen Kreisschlüssel können außerdem die Kreise nach Bundesländern vorsortiert werden. Spitzenreiter mit einem Wert von 57,8 Prozent betreuter Kinder in Kindertageseinrichtungen im Jahr 2007 war der Landkreis Jerichower Land in Sachsen-Anhalt. Dieser Landkreis stand auch 2010 an der Spitze mit einem Wert von 61,7 Prozent betreuter Kinder in Kindertageseinrichtungen im Alter von unter 3 Jahren. Ins Auge fällt, dass fast das gesamte Bundesland Sachsen-Anhalt über den gesamten Zeitraum sehr hohe Besuchsquoten aufzuweisen hat. Der Durchschnittswert für Sachsen-Anhalt erhöhte sich von 51,4 Prozent 2007 auf 55,3 Prozent 2010. Durchschnittswerte für das jeweilige Bundesland sind allerdings nur ersichtlich wenn zuvor ein Kreis dieses Bundeslandes ausgewählt wird. Dann erscheinen im Detailfenster diese Angaben für jeden vorhandenen Bezugszeitraum. Mit einem Durchschnittswert von 10,3 Prozent lag das Bundesland Nordrhein-Westfalen auf dem letzten Platz bei der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen. Die Werte für Sachsen liegen im mittleren Bereich. 2010 erreichte Sachsen einen Durchschnittswert von 37,7 Prozent betreuter Kinder in Kindertageseinrichtungen im Alter von

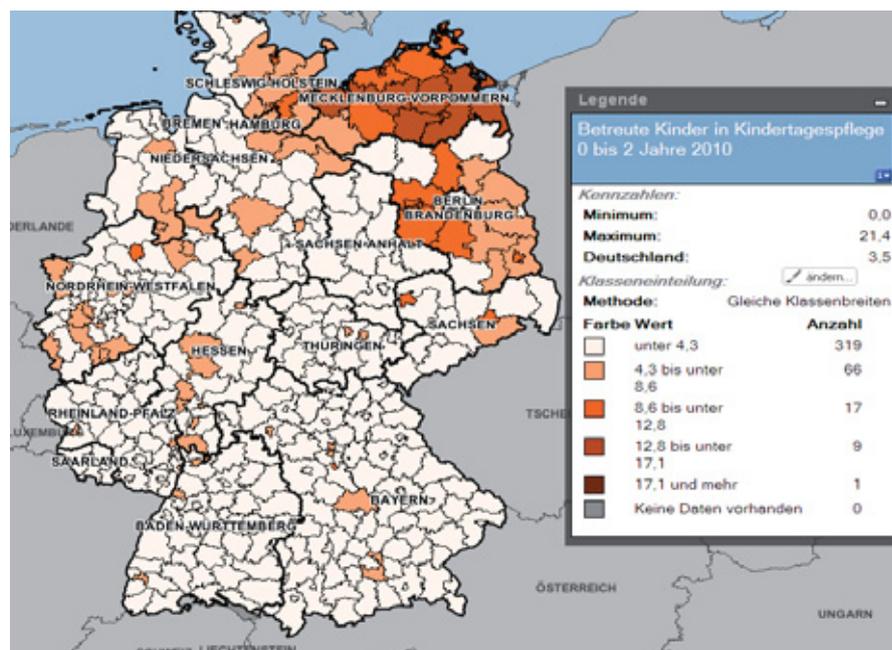
0 bis unter 3 Jahren. In Sachsen lag 2007 der Erzgebirgskreis mit 24,0 Prozent deutlich unter dem Sachsendurchschnitt von 31,7 Prozent. 2010 war die Stadt Leipzig mit 30,8 Prozent das Schlusslicht. Mit 48,6 Prozent lagen hier die Landkreise Leipziger Land und Nordsachsen an der Spitze.

Insgesamt 62 Kreise in Deutschland hatten 2010 Besuchsquoten für Kinder unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen von über 40 Prozent vorzuweisen. 2007 waren es nur 32 Kreise. Der Durchschnittswert für Deutschland entwickelte sich von 13,5 im Jahr 2007 auf 19,6 im Jahr 2010. Dieser Wert steigt 2011 auf 20,4. Gegenwärtig sind im Regionalatlas noch keine Werte für das Jahr 2011 verfügbar. Diese werden erst bei der nächsten Aktualisierung eingespielt. In der Regionaldatenbank, die alle Basisdaten für den Regionalatlas speichert, können diese Werte bereits abgerufen werden ([www.regionalstatistik.de](http://www.regionalstatistik.de)). 2011 gab es demnach keinen Kreis mehr der weniger als 6 Prozent betreute Kinder in Kindertageseinrichtungen aufwies.

### Stralsund Spitze bei der Betreuung durch Tageseltern

Tagesbetreuung für Kleinkinder muss nicht unbedingt in einer Kindertageseinrichtung stattfinden. Oftmals stehen auch Tagesmütter und Tagesväter zur Verfügung. Öffentlich geförderte Kindertagespflege bezeichnet die zeitweise Betreuung von Kindern bei einer von den Jugendämtern geförderten Tagespflegeperson (Tagesmutter bzw. Tagesvater). Bei der Betreuung durch Tageseltern weisen vor allem die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg hohe Werte auf. Spitzenreiter ist die Kreisfreie Stadt Stralsund mit 21,4 Prozent betreuter Kinder im Alter unter 3 Jahren in Kindertagespflege. Der Durchschnittswert für Deutschland beträgt 3,5 Prozent. In Sachsen hat die Stadt Leipzig mit 11,9 Prozent den höchsten Wert gefolgt von der Stadt Dresden mit 9,0 Prozent. Durchschnittlich 5,1 Prozent der Kinder im Alter unter 3 Jahren werden in Sachsen in Kindertagespflege betreut. (siehe Abb. 4)

Abb. 4 Betreute Kinder in Kindertagespflege 0 bis 2 Jahre 2010



### Ausblick

Für das zweite Halbjahr 2012 ist eine technische Umstellung des Regionalatlases in Arbeit. Dann ermöglicht der Regionalatlas unter anderem eine manuelle Eingabe der Klasseneinteilung, sodass bei Vergleichen verschiedener Berichtsjahre Veränderungen leichter ersichtlich sein werden.

Nach der Umstellung des Regionalatlases besitzt die Erweiterung des Indikatorenkataloges oberste Priorität. Dabei sollen zum Beispiel Indikatoren zur nachhaltigen Entwicklung bzw. Bildungs- und Sozialindikatoren sowie Indikatoren zum Zensus 2011 als einheitliche Indikatorensysteme entwickelt und abgebildet werden. Außerdem wird für die Indikatoren im Regionalatlas künftig eine weitere regionale Ebene angeboten. Neben der bisherigen Darstellung der Indikatoren auf NUTS3-Ebene wird dann ein bundesweiter Vergleich auf NUTS2-Ebene möglich sein. Indikatoren, die bisher aufgrund der Datenverfügbarkeit auf NUTS3-Ebene nicht

dargestellt werden konnten wie z. B. Nachhaltigkeits- bzw. Umweltindikatoren oder Indikatoren für die Wachstumsstrategie der Europäischen Union Europa 2020, sind dann darstellbar.

Regine Fiedler, Dipl.-Statistikerin,  
Referentin Regionalstatistik, Indikatorensysteme

### Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Gesetz zur Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege (Kinderförderungsgesetz - KiföG) vom 10. Dezember 2008, BGBl. I Nr. 57, S. 2403
- [2] Medieninformation des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus vom 7. August 2012

# Konzeptionelle Ausrichtung von Forschungen zum Fachkräftebedarf im sächsischen Gesundheitswesen bis 2015

## Vorbemerkung

Im Rahmen der Entwicklung von Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen im Freistaat Sachsen wird angestrebt, durch Kooperation mit Partnern, die auf vergleichbaren Gebieten tätig sind, die vorhandenen Kapazitäten besser zu nutzen und Synergieeffekte zu erzeugen. Besonders die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsökonomischen Zentrum der TU Dresden spielt hier eine bedeutende Rolle. Aufbauend auf der Kooperationsvereinbarung zwischen der Technischen Universität Dresden und dem Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen vom 15. Mai 2008 [1] wurden im Rahmen der Gesundheitsökonomie gemeinsame Projekte bearbeitet und zum Abschluss gebracht (vgl. z. B. [2, 3]).

Gegenwärtig läuft ein Projekt zur Erforschung des zukünftigen Fachkräftebedarfes im sächsischen Gesundheitswesen. [4] Eine Herausforderung hier ist, trotz der Komplexität des Projektes Ergebnisse zu erstellen, welche ein einheitliches Bild für das gesamte Gesundheitswesen zeichnen. Dazu war es notwendig, vor Beginn der Forschungsarbeiten konzeptionelle Rahmenbedingungen vorzugeben, die dies ermöglichen. Im Folgenden wird dargestellt, wie diese konzeptionelle Ausrichtung der geplanten Forschungsarbeiten realisiert wurde.

## Rahmenbedingungen für das Forschungsprojekt

### Methodischer Ansatz

Der Fachkräftebedarf wird auf der Basis von Informationen ermittelt, die durch die amtliche Statistik zur Verfügung gestellt werden. Die 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen liefert Informationen zur Bevölkerungsentwicklung bis 2025. Ergänzend zur eigentlichen

Prognose liegt eine Modellrechnung vor, welche Aussagen für das Land sowie die Kreisfreien Städte und Landkreise in Sachsen bis 2030 liefert. [5] Auf der Grundlage der Krankenhaus- sowie der Pflegestatistik [6, 7] liegen Daten zum gegenwärtigen Behandlungsbedarf im Gesundheitswesen (mit Ausnahme der ambulanten medizinischen Betreuung) vor. Ebenfalls erfasst wird in der Krankenhaus- sowie Pflegestatistik das zurzeit im Gesundheitswesen tätige Personal. Hier liegen Informationen zum Qualifikationsniveau bzw. zur ausgeübten Tätigkeit in den medizinischen Einrichtungen vor. Weitere Informationen zum Personal liefert die künftige Gesundheitspersonalrechnung für den Freistaat Sachsen.

Entsprechend können Personalschlüssel für die Betreuung in den verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens ermittelt werden, welche auf der Grundlage der vorhandenen Datenbasis auch für spezielle Berufsgruppen/Qualifikationsgruppen (z. B. ärztliches Personal, nichtärztliches medizinisches Personal) berechnet werden können.

Geht man davon aus, dass diese Personalschlüssel auch den Personalbedarf in der Zukunft widerspiegeln und der relative Bedarf an Dienstleistungen des Gesundheitswesens sich nicht grundlegend ändert, kann das benötigte Personal für die betrachteten Prognosejahre ermittelt werden (Status-Quo-Ansatz). Dieser Ansatz kann erweitert werden. Es ist denkbar, dass der wissenschaftlich-technische Fortschritt zu einer Verringerung des Personalschlüssels führt oder sich die Häufigkeit der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen durch die Bevölkerung ändert. Diese Änderungen können durch Modifikationen des Personalschlüssels bzw. der Krankenhaushäufigkeit abgebildet und entsprechend in das Modell integriert werden.

### Organisatorische Rahmenbedingungen

Im Rahmen dieses Projektes erfolgt die Betrachtung des Gesundheitswesens in folgenden Teilbereichen: Stationäre medizinische Betreuung, ambulante medizinische Betreuung<sup>1)</sup>, medizinische Rehabilitation<sup>2)</sup>, stationäre Pflege und ambulante Pflege.

In einer ersten Projektphase wurden die Berechnungen für diese Bereiche durchgeführt. In der nächsten Phase des Projektes sind die Zusammenfassung der Ergebnisse und die Erstellung eines Ergebnisses für Sachsen insgesamt geplant. Weitere Qualifizierungen der Berechnungen über den Status-quo-Ansatz hinaus, die z. B. die ermittelten Tendenzen zur Entwicklung des Personalschlüssels oder zur Krankenhaushäufigkeit einbeziehen, bilden den Abschluss des Projektes.

Es wird deutlich, dass die Realisierung des Projektes die Nutzung unterschiedlicher Datenquellen erfordert, kaum von einer einzelnen Person realisiert werden kann und einen längeren Zeitraum in Anspruch nimmt.<sup>3)</sup> Trotzdem müssen die Ergebnisse für die Teilbereiche und Projektphasen aufeinander abgestimmt sein und Aussagen für das Gesundheitswesen in Sachsen als Ganzes zulassen. Das stellt besondere Anforderungen an die Realisierung des methodischen Ansatzes.

### Methodische Anforderungen

Diese an das Forschungsvorhaben gestellten Anforderungen setzten eine Harmonisierung der Rahmenbedingungen für die einzelnen

- 1) Die oben geschilderte Datenlage trifft nicht auf den Bereich der ambulanten medizinischen Betreuung zu. Entsprechend muss der geschilderte methodische Ansatz modifiziert werden.
- 2) Schwerpunkt bildet hier die Betrachtung der stationären medizinischen Rehabilitation. Die in der ambulanten Rehabilitation erbrachten Leistungen werden nicht gesondert behandelt, da sie in der Regel im Rahmen der ambulanten medizinischen Betreuung realisiert bzw. von den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen neben der Betreuung der stationären Patienten erbracht und nicht gesondert abgerechnet werden.
- 3) Geplante Laufzeit des Projektes: 2011 bis 2015

Bereiche bzw. Phasen des Projektes voraus. Es konnten folgende Schwerpunkte identifiziert werden:

- Nutzung von Information zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung,
- Basisjahr für die Gewinnung der Indikatoren zur Inanspruchnahme der medizinischen Leistungen,
- Zeiträume, für die Ergebnisse bereitgestellt werden, und
- Struktur der abzubildenden Beschäftigungspotenziale.

Im Folgenden ist die Relevanz dieser Schwerpunkte für die Realisierung des methodischen Ansatzes dargestellt und es werden die notwendigen Rahmenbedingungen abgeleitet (vgl. Abb. 1).

#### Nutzung von Informationen zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung

Die Informationen zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung bilden die Basis für die Schätzung der zukünftig vorzuhaltenden medizinischen Betreuungskapazitäten und die Ermittlung der Beschäftigungspotenziale. Bevölkerungsprognosen werden regelmäßig durch das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen erstellt.<sup>4)</sup> Die aktuellen Ergebnisse beruhen auf der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose des Freistaates Sachsen und sind im Internet verfügbar. [9] Die Erstellung der Prognose ist mit der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes abgestimmt, welches ebenfalls Vorausberechnungen auf Länderebene erstellt. [10] Die mittlere Prognosevariante (V1-W1) des Statistischen Bundesamtes für Sachsen wird als eine Prognosevariante des Statistischen Landesamtes (V1) übernommen und regionalisiert. Weiterhin wird in Sachsen eine zweite Prognosevariante (V2) erstellt, in der landesspezifische Annahmen einfließen. [11]

Die 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose stellt Daten zur zukünftigen Bevölkerung Sachsens sowie für die Landkreise, Kreisfreien Städte sowie Gemeinden über 5 000 Einwohnern bis 2025 bereit. Ergänzend zu dieser Prognose wurde für Sachsen und die Kreisfreien Städte und Landkreise eine Modellrechnung zur Bevölkerungsentwicklung bis 2030 erarbeitet.<sup>5)</sup> Diese Berechnungen bilden die Datenbasis für das hier vorgestellte Forschungsprojekt, die Berechnungen zu den Beschäftigungspotenzialen werden jeweils für beide Varianten durchgeführt.

**Abb. 1 Inhaltliche Rahmenbedingungen für Auswertungen zum Fachkräftebedarf im Gesundheitswesen**

Inhaltliche Komponente	Inhaltliche Spezifikation
Informationen zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung	Nutzung der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen, Durchführung der Berechnungen für die Varianten 1 und 2
Basisjahr zur Berechnung der Indikatoren zur Inanspruchnahme der medizinischen Leistungen	2009
Zeiträume, für die Ergebnisse erstellt werden	2020, 2025, 2030
Struktur der abzubildenden Beschäftigungspotenziale	Herleitung von vier Berufskategorien in Abhängigkeit von Berufsabschluss und Bezeichnung: fachbezogener Hochschulabschluss fachbezogener Berufsabschluss bzw. fachbezogene Berufsbezeichnung nicht fachbezogener Berufsabschluss- bzw. -bezeichnung oder nicht fachbezogener Hochschulabschluss kein Abschluss/ sonstiges Personal

**Tab. 1 Beschäftigte in Krankenhäusern sowie Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen am 31. Dezember 2009**

Personal	Krankenhäuser		Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	
	Personen	Vollkräfte	Personen	Vollkräfte
Ärztliches Personal	7 113	6 641	475	421
Nicht-ärztl. med. Personal	32 487	27 412	3 583	3 184
Sonst. nicht-ärztl. Personal	7 231	6 214	1 990	1 750
<b>Insgesamt</b>	<b>46 831</b>	<b>40 267</b>	<b>6 048</b>	<b>5 355</b>

#### Basisjahr für die Gewinnung der Indikatoren zur Inanspruchnahme der medizinischen Leistungen

Die weiteren Berechnungen setzten mit Ausnahme des Bereiches der ambulanten medizinischen Betreuung auf Datenquellen der amtlichen Statistik auf. Die Krankenhausstatistik bildet den Bereich der stationären medizinischen Betreuung sowie der medizinischen Rehabilitation ab, die Pflegestatistik liefert Informationen zur ambulanten und stationären Pflege. Während jedoch Informationen für den Bereich der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen jährlich erhoben werden, werden die Pflegeeinrichtungen nur zweijährlich befragt. Daraus folgt, dass ein Basisjahr für die Ermittlung der Indikatoren zur Inanspruchnahme der medizinischen Leistungen genutzt werden muss, für das Informationen aus allen genannten Statistiken vorliegen.

Es wird das Jahr 2009 ausgewählt. Damit wird eine zeitnahe Bearbeitung der Themen möglich.<sup>6)</sup> Weiterhin wird eine Abstimmung mit der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose erreicht, die Prognoseinformationen ab diesem Zeitraum zur Verfügung stellt.

#### Zeiträume, für die Ergebnisse bereitgestellt werden

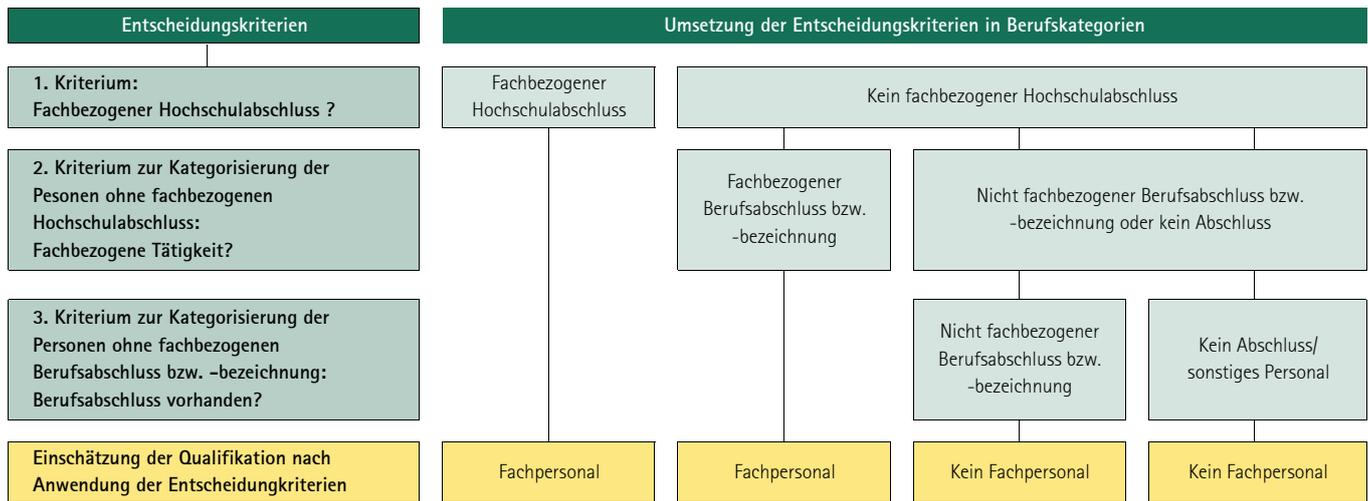
Der zeitliche Horizont der Berechnungen hängt von den zur Verfügung stehenden Informationen zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung ab. Prinzipiell ist eine Ermittlung der Beschäftigungspotenziale für die Jahre 2010 bis 2030 möglich. Die Berechnungen im Grundmodell sollen entsprechend dieser Vorgaben mindestens für 2020, 2025 und 2030 durchgeführt werden. Damit ist die Vergleichbarkeit zu früheren Arbeiten durch das Jahr 2020 gegeben. In einer früheren Arbeit wurden z. B. auf der Datenbasis der 4. Regionalisierten Bevölkerungsprognose und 2007 als Basisjahr vergleichbare Berechnungen für den Pflegebereich genutzt. [14] Weiterhin ist der derzeitige maximale Prognosehorizont für kleinräumige Prognosen (2025) sowie für Prognosen auf Ebene der Kreisfreien Städte und Landkreise sowie für Sachsen (2030) ausgeschöpft.

4) Bisher wurden durch das Statistische Landesamt fünf Regionalisierte Bevölkerungsprognosen für den Freistaat Sachsen erstellt und 1997, 2000, 2003, 2007 sowie 2009 vorgelegt. [8]

5) Auf Grund des langen Prognosehorizontes tragen die errechneten Bevölkerungszahlen ab 2026 hypothetischen Charakter und werden deshalb als Modellrechnung bezeichnet. [12]

6) Die Arbeiten begannen 2010. Das erste Ergebnis wurde am 24. November 2011 in Form einer Diplomarbeit vorgelegt, [13]

Abb. 2 Berufe/Tätigkeiten im Gesundheitswesen – Ergebnisstandardisierung – Standardschema zur Einschätzung der Berufsqualifikation



**Struktur der abzubildenden Beschäftigungspotenziale**

In den Statistiken zu den Krankenhäusern, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sowie Pflegeeinrichtungen liegen strukturelle Informationen zum Personal vor, die sich auf das Qualifikationsniveau bzw. die ausgeübte Tätigkeit in den medizinischen Einrichtungen beziehen. Entsprechend können

Personalschlüssel für die Betreuung in den verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens ermittelt werden, die auf der Grundlage der vorhandenen Datenbasis auch für spezielle Berufsgruppen/Qualifikationsgruppen (z. B. ärztliches Personal, nichtärztliches medizinisches Personal) berechnet werden können.

Auf Grund der unterschiedlichen Erhebungs-

methodik zwischen Krankenhaus- und Pflegestatistik ist eine vollkommen kompatible Ergebniserstellung nicht möglich. Deshalb erfolgt die Strukturierung der Darstellung durch die Bildung von Berufskategorien, die auf der Grundlage der vorliegenden Informationen zur Qualifikation, zum Berufsabschluss sowie zur Berufsbezeichnung gebildet werden.

Abb. 3 Zuordnung der Berufsgruppen bzw. Berufsabschlüsse zu den standardisierten Berufskategorien

Berufskategorie	Krankenhausstatistik, einschl. Statistik der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	Pflegestatistik (stationäre Pflegeeinrichtungen, ambulante Pflegeeinrichtungen)	Ziffer nach Schlüssel C der Pflegestatistik <sup>1)</sup>	
	Bezeichnung			
Fachbezogener Hochschulabschluss	ärztliches Personal	Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität	15	
Fachbezogener Berufsabschluss bzw. fachbezogene Berufsbezeichnung	Pflegedienst	Staatliche anerkannte Altenpflegerin/anerkannter Altenpfleger	1	
	Medizinisch-technischer Dienst	Staatliche anerkannte Altenpflegehelferin/anerkannter Altenpflegehelfer	2	
	Funktionsdienst		Krankenschwester, Krankenpfleger	3
			Krankenpflegehelfer/ -in	4
			Kinderkrankenschwester, -pfleger	5
			Heilerziehungspfleger/ -in	6
			Heilerziehungspflegehelfer/-in	7
			Heilpädagoge, -in	8
			Ergotherapeut / -in	9
			Physiotherapeut/ -in	10
		sonstiger pflegerischer Beruf	16	
Nicht fachbezogener Berufsabschluss bzw. -bezeichnung	Klinisches Hauspersonal	sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	11	
	Wirtschafts- und Versorgungsdienst	sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Berufsabschluss	12	
	Technischer Dienst	Familienpfleger mit staatlichem Abschluss	13	
	Verwaltungsdienst	Dorfhelfer mit staatlichem Abschluss	14	
	Sonderdienst	Fachhauswirtschaftler/-in für ältere Menschen	17	
Kein Abschluss/ sonstiges Personal	Sonstiges Personal	sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	18	
		sonstiger Berufsabschluss	19	
		ohne Berufsabschluss/ noch in Ausbildung	20	

1) siehe [15]

Es werden folgende Berufskategorien spezifiziert:

- fachbezogener Hochschulabschluss,
- fachbezogener Berufsabschluss bzw. fachbezogene Berufsbezeichnung,
- nicht fachbezogener Berufsabschluss bzw. -bezeichnung oder nicht fachbezogener Hochschulabschluss,
- kein Abschluss/ sonstiges Personal.

Die Zuordnung zu den Berufskategorien erfolgt an Hand von drei Kriterien, der Zuordnungsalgorithmus ist in Abbildung 2 abgebildet

Im Folgenden werden die in den Fragebögen erfragten Berufsgruppen (Krankenhausstatistik, Statistik der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen) bzw. Berufsabschlüsse (Statistik der ambulanten Pflegeeinrichtungen, Statistik der stationären Pflegeeinrichtungen) den vier Berufskategorien zugeordnet. Die Zuordnung erfolgt an Hand der verfügbaren Informationen zu den Inhalten der verschiedenen Berufsgruppen bzw. Berufsabschlüssen (vgl. dazu Abb. 3).

Diese Zuordnung ist die Grundlage für die einheitliche Darstellung der abzubildenden Beschäftigungspotenziale, welche entsprechend für das ärztliche Personal (Berufskategorie fachbezogener Hochschulabschluss), das nichtärztliche medizinische Personal (Berufskategorie fachbezogener Berufsabschluss bzw. fachbezogene Berufsbezeichnung) sowie das sonstige nichtärztliche Personal ermittelt werden. Dieses wird als Summe der Berufskategorien „nicht fachbezogener Berufsabschluss bzw. -bezeichnung“ und „kein Abschluss/sonstiges Personal“ ermittelt.

## Ergebnisse

Auf Grundlage der so vorgegebenen Rahmenbedingungen bzw. Standardergebnisse wurde die Realisierung des Forschungsprojektes in Angriff genommen. Bisher sind Ergebnisse für den Bereich der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen fertig gestellt. Tabelle 1 zeigt den Ist-Stand der Beschäftigung im Basisjahr. In Tabelle 2 sind die bisher vorliegenden Ergebnisse dargestellt. Diese wurden den Originalarbeiten entnommen. [13][16]

Für den Bereich der stationären medizinischen Betreuung zeichnet sich bis 2020 ein zusätzlicher Personalbedarf zwischen 423 (Prognosevariante 2) und 899 Vollkräften (Prognosevariante 1) ab. Das entspricht ei-

**Tab. 2 Beschäftigungspotenziale in ausgewählten Bereichen des sächsischen Gesundheitswesens 2020, 2025 und 2030 im Status-quo-Szenario<sup>1)</sup>**

Personal	Beschäftigungspotenziale nach Prognosevariante <sup>2)</sup>					
	Variante 1			Variante 2		
	2020	2025	2030	2020	2025	2030
<b>Krankenhäuser</b>						
<b>Personen insgesamt</b>						
Ärztliches Personal	159	102	26	75	-24	-146
Nicht-ärztl. med. Personal	725	464	120	341	-112	-666
Sonst. nicht-ärztl. Personal	161	103	27	76	-25	-148
<b>Insgesamt</b>	<b>1 045</b>	<b>669</b>	<b>173</b>	<b>492</b>	<b>-161</b>	<b>-961</b>
<b>Vollkräfte</b>						
Ärztliches Personal	148	95	25	70	-23	-136
Nicht-ärztl. med. Personal	612	392	102	288	-94	-562
Sonst. nicht-ärztl. Personal	139	89	23	65	-21	-127
<b>Insgesamt</b>	<b>899</b>	<b>575</b>	<b>149</b>	<b>423</b>	<b>-138</b>	<b>-826</b>
<b>Veränderung zum Basisjahr in Prozent (Personen insgesamt und Vollkräfte)</b>						
Ärztliches Personal	2,2	1,4	0,4	1,1	-0,3	-2,1
Nicht-ärztl. med. Personal	2,2	1,4	0,4	1,1	-0,3	-2,1
Sonst. nicht-ärztl. Personal	2,2	1,4	0,4	1,1	-0,3	-2,1
<b>Insgesamt</b>	<b>2,2</b>	<b>1,4</b>	<b>0,4</b>	<b>1,1</b>	<b>-0,3</b>	<b>-2,1</b>
<b>Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen</b>						
<b>Personen insgesamt</b>						
Ärztliches Personal	3	-8	-15	0	-13	-24
Nicht-ärztl. med. Personal	25	-57	-110	2	-101	-181
Sonst. nicht-ärztl. Personal	14	-31	-61	1	-56	-101
<b>Insgesamt</b>	<b>42</b>	<b>-96</b>	<b>-185</b>	<b>3</b>	<b>-171</b>	<b>-306</b>
<b>Vollkräfte</b>						
Ärztliches Personal	3	-7	-13	0	-12	-21
Nicht-ärztl. med. Personal	22	-50	-98	1	-90	-161
Sonst. nicht-ärztl. Personal	12	-28	-54	1	-50	-88
<b>Insgesamt</b>	<b>37</b>	<b>-85</b>	<b>-164</b>	<b>2</b>	<b>-152</b>	<b>-271</b>
<b>Veränderung zum Basisjahr in Prozent (Personal insgesamt und Vollkräfte)</b>						
Ärztliches Personal	0,7	-1,6	-3,1	0,0	-2,8	-5,1
Nicht-ärztl. med. Personal	0,7	-1,6	-3,1	0,0	-2,8	-5,1
Sonst. nicht-ärztl. Personal	0,7	-1,6	-3,1	0,0	-2,8	-5,1
<b>Insgesamt</b>	<b>0,7</b>	<b>-1,6</b>	<b>-3,1</b>	<b>0,0</b>	<b>-2,8</b>	<b>-5,1</b>

Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung

1) Status-quo-Szenario: Die relative Häufigkeit der Inanspruchnahme der medizinischen Leistungen bleibt im Vergleich zum Basisjahr unverändert.

2) Ergebnisse für 2020 und 2025: 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen. Ergebnisse für 2030: Ergänzende Modellrechnung zur Bevölkerungsentwicklung bis 2030.

Anmerkung: Differenzen bei der Summenbildung sind auf Rundungen in unterschiedlichen Berechnungsstufen zurückzuführen.

nem Zuwachs von 1,1 Prozent nach Variante 2 bzw. 2,2 Prozent nach Variante 1. Der Zuwachs verringert sich im Folgezeitraum. Für 2030 wurde nach Variante 1 noch ein zusätzlicher Bedarf von 149 Vollkräften (plus 0,4 Prozent) ermittelt, nach Variante 2 werden in der stationären medizinischen Betreuung 826 Vollkräfte weniger benötigt als im Basisjahr 2009. Das entspricht einem Rückgang von 2,1 Prozent. Ein etwas anderes Bild zeichnet sich für den Bereich

der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen ab. Hier wurde für 2020 zwar für beide Prognosevarianten positive Beschäftigungspotenziale ermittelt, diese sind jedoch so gering, dass sich das derzeitige Beschäftigungsniveau kaum ändert. Für den Folgezeitraum wird sogar weniger Personal benötigt, für 2030 wurde ein Rückgang um 3,1 Prozent nach Variante 1 bzw. 5,1 Prozent nach Variante 2 berechnet.

## Schlussfolgerung und Ausblick

Ergänzend zu den bisherigen Ergebnissen sind die Berechnung des Fachkräftebedarfs in der ambulanten medizinischen Betreuung sowie in der ambulanten und stationären Pflege die nächsten geplanten Arbeitsschritte. Auf der Grundlage dieser Berechnungen können dann Ergebnisse für das Gesundheitswesen insgesamt vorgelegt werden.

Kristina Richter, Dipl.-Geogr., Sachbearbeiterin Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen

Dr. Bernd Richter, Referent Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen

## Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Pressemitteilung 119/2008 der Technischen Universität Dresden und des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen vom 15. Mai 2008 zum Thema: Enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Statistik besiegelt.
- [2] Schoffer, O., A. Werblow: Entwicklung des Personalbestandes in allgemeinen Krankenhäusern Deutschlands 2002 - 2007. In: Krankenhausreport 2010, S. 71 - 95.
- [3] Richter, B.; K. Schulze, A. Werblow: Zur Berechnung der Ausgaben der privaten Krankenversicherung in Sachsen. Erste Ergebnisse der Zusammenarbeit des Statistischen Landesamtes mit dem Gesundheitsökonomischen Zentrum der TU Dresden auf dem Gebiet der Gesundheitsausgabenrechnung. In: Statistik in Sachsen, 2/2010, S. 27 - 30.
- [4] Analysen zum Fachkräftebedarf im sächsischen Gesundheitswesen 2020 und 2030 - Konzept für ein Forschungsprojekt vom Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen und dem Gesundheitsökonomischen Zentrum der TU Dresden, Stand: 11. August 2011.
- [5] 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, <http://www.statistik.sachsen.de/bevprog/>, [aufgerufen am 18.04.2012].
- [6] Verordnung über die Bundesstatistik für Krankenhäuser (Krankenhausstatistik-Verordnung - KHStatV) vom 10. April 1990 (BGBl. I S. 730), zuletzt geändert durch Artikel 4b des Gesetzes vom 17. März 2009 (BGBl. I S. 534, 548) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246).
- [7] Verordnung zur Durchführung der Bundesstatistik über Pflegeeinrichtungen sowie über die häusliche Pflege (Pflegestatistik-Verordnung - PflegeStatV) vom 24. November 1999 (BGBl. I S. 2282).
- [8] 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz 2011, S. 5.
- [9] <http://www.statistik.sachsen.de/bevprog/> [aufgerufen am 18.04.2012].
- [10] Bevölkerung Deutschland bis 2060. Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorberechnung. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2009.
- [11] Scheibe, B.: Ergebnisse der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen in ausgewählten Altersgruppen nach Kreisfreien Städten und Landkreisen bis 2025. In: Statistik in Sachsen 1/2011, S. 12.
- [12] Modellrechnung, unter: <http://www.statistik.sachsen.de/bevprog/documents/Modellrechnung.pdf>, [aufgerufen am 18.04.2012].
- [13] Andrä, S.: Analysen zum Fachkräftebedarf im sächsischen Gesundheitswesen bis 2030: Beschäftigungspotenziale in der stationären medizinischen Versorgung infolge des demografischen Wandels. Diplomarbeit, eingereicht am 24. Oktober 2011 am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Geld, Kredit und Währung der Fakultät Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Dresden.
- [14] Brenker, I.: Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Beschäftigungspotenziale für Pflegeberufe in Sachsen bis zum Jahre 2020. Diplomarbeit, eingereicht am 28. Januar 2010 am Lehrstuhl für Statistik des Institutes für empirische Wirtschaftswissenschaften der Universität Leipzig.
- [15] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Erhebungsbogen zur Pflegestatistik, Stationäre Pflegeeinrichtungen (Pflegeheime) am 15.12.2011.
- [16] Wolf, D.: Demografischer Wandel: Beschäftigungspotenziale im sächsischen Gesundheitswesen bis 2030 - Eine Analyse für die medizinischen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen. Diplomarbeit, eingereicht im Juni 2012 am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Geld, Kredit und Währung der Fakultät Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Dresden.

# Neues aus Sachsen

## **Wirtschaft in Sachsen wächst im ersten Halbjahr 2012 real um 0,5 Prozent**

Das Bruttoinlandsprodukt in Sachsen stieg im ersten Halbjahr 2012 preisbereinigt um 0,5 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum 2011. Damit verzeichnete der Freistaat Sachsen eine verhaltene Entwicklung, die hinter dem Bundesergebnis mit einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 1,1 Prozent zurückblieb. In jeweiligen Preisen betrug der Anstieg in Sachsen in den ersten sechs Monaten diesen Jahres 1,9 Prozent. Das preisbereinigte Ergebnis wurde maßgeblich durch Zuwächse in den Dienstleistungsbereichen bestimmt. Im Produzierenden Gewerbe gab es ein leicht rückläufiges Ergebnis, dass auch von einem schwachen Wachstum im Verarbeitenden Gewerbe nicht aufgefangen wurde.

Im regionalen Vergleich fiel der reale Zuwachs im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) mit 1,2 Prozent deutlich höher aus als in den neuen Ländern (ohne Berlin). Hier stieg das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt nur um 0,4 Prozent. Die realen Länderergebnisse bewegten sich im ersten Halbjahr 2012 zwischen einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,8 Prozent in Berlin bzw. 1,6 Prozent in Baden-Württemberg und Niedersachsen sowie einer geringfügigen Erhöhung um 0,1 Prozent in Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, in dem alle Statistischen Landesämter vertreten sind, veröffentlicht diese Ergebnisse zur Wirtschaftsentwicklung im ersten Halbjahr 2012 für alle Bundesländer. Ergebnisse für einzelne Wirtschaftszweige entsprechend der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) stehen beim Halbjahresergebnis nicht zur Verfügung.

## **Zum Welttourismustag am 27. September – Neuer Besucherrekord im Juli 2012**

Sachsen wird als Reiseziel für in- und ausländische Touristen immer beliebter. Im Monat Juli 2012 wurden 1 855 000 Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben mit 10 und mehr Betten sowie auf Campingplätzen gezählt – soviel wie bisher noch nie in einem Monat. Auch für den Zeitraum von Januar bis Juli wurden 2012 mit fast 3,9 Millionen Gästen und 10,2 Millionen Übernachtungen neue Bestwerte erreicht. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Anzahl der Gäste um 5,7 Prozent und die Übernachtungen um 5,8 Prozent.

Überdurchschnittlich war der Zuwachs an Gästen und Übernachtungen durch ausländische Besucher. 432 000 Ankünfte und 1 005 000 Übernachtungen von Januar bis Juli 2012 bedeuten einen Zuwachs von 8,3 bzw. 9,0 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Beliebtestes Reiseziel der ausländischen Gäste ist die sächsische Landeshauptstadt, auf die allein rund 40 Prozent der Übernachtungen entfallen.

Die positive Entwicklung im sächsischen Tourismus hat auch Auswirkungen auf die Beschäftigungszahlen in diesem Bereich. Zum 30. Juni 2011 lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der sächsischen Tourismuswirtschaft – nach einer vorläufigen Schätzung – bei rund 68 300 Personen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Zuwachs um 1,6 Prozent. Der Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsort in Sachsen betrug 4,7 Prozent.

## **Bevölkerung in Sachsen im Durchschnitt über 46 Jahre alt**

Ende 2011 war die Bevölkerung im Freistaat Sachsen im Durchschnitt 46,4 Jahre alt. Seit 1990 ist das Durchschnittsalter damit um 7 Jahre gestiegen. Das Durchschnittsalter der Frauen lag mit 48,2 Jahren knapp 4 Jahre über dem der Männer mit 44,4 Jahren. Ursachen sind u. a. die kriegsbedingt erheblich höhere Zahl von Frauen im hohen Lebensalter sowie die höhere Lebenserwartung bei Frauen.

Es gibt deutliche regionale Unterschiede: Bei den Kreisfreien Städten schwankt das Durchschnittsalter von 43,1 Jahren in Dresden bis 47,4 Jahre in Chemnitz. Bei den Landkreisen weist Nordsachsen mit 46,6 Jahren die jüngste Bevölkerung auf, am ältesten ist die Bevölkerung im Vogtlandkreis mit 48,3 Jahren. Bei den Gemeinden des Freistaates zeigen sich noch größere Unterschiede: Die Gemeinde Ralbitz-Rosenthal im Landkreis Bautzen hat mit 40,3 Jahren die demografisch jüngste Bevölkerung in ganz Sachsen. Dies betraf sowohl die Frauen (41,7 Jahre) als auch die Männer (39 Jahre) dieser Gemeinde. Von den 16 Gemeinden mit einem Durchschnittsalter von 50 Jahren und mehr hatte die vogtländische Gemeinde Bad Brambach mit 51,3 Jahren die demografisch älteste Bevölkerung Sachsens. Die ältesten Männer lebten im Kurort Jonsdorf (49,7 Jahre), die ältesten Frauen in der vogtländischen Stadt Klingenthal (53,7 Jahre).

## **Zum Weltbildungstag am 8. September – Sachsens Hochschulen attraktiv für Ausländer**

Die überregionale Attraktivität der sächsischen Hochschulen hat in den letzten 10 Jahren deutlich zugenommen.

Neben Studenten aus anderen Bundesländern schreiben sich auch zunehmend junge Leute aus dem Ausland an den Hochschulen ein. 2011 wurde in Sachsen mit 11 509 ausländischen Studierenden ein neuer Höchststand erreicht. Das entsprach einem Anteil an allen Studenten von 10 Prozent. Gegenüber dem Jahr 2000 waren es damit mehr als doppelt so viele. Der Anteil der ausländischen Studienanfänger 2011 lag sogar bei 22 Prozent. Bundesweit betrug er 15 Prozent.

Am begehrtesten waren in Sachsen die Studienfächer im Bereich Mathematik, Natur- und Ingenieurwissenschaften, die sogenannten MINT-Fächer. 4 928 ausländische Studierende (43 Prozent) waren in einem Fach dieses Bereiches eingeschrieben. Der Ausländeranteil war an den Kunsthochschulen am höchsten. Hier hatte 2011 ein Viertel der 2 700 Studenten einen ausländischen Pass. An den Universitäten und Fachhochschulen war der Anteil der ausländische Studenten auch bedingt durch höhere Studentenzahlen mit 10 bzw. 11 Prozent bedeutend niedriger. Der Frauenanteil bei den ausländischen Studenten ist von 48 Prozent im Jahr 2000 auf 46 Prozent im Jahr 2011 leicht zurückgegangen. Besonders auffällig war die große Zahl an Studenten aus Österreich (1 881) und China (1 607).

## **Zum Weltkindertag am 20. September**

484 033 Kinder unter 15 Jahren lebten Ende 2011 in Sachsen. Damit gehörte jeder neunte sächsische Bürger zu dieser Altersgruppe. Am Jahresende 1990 war die Zahl der Kinder mit 885 462 noch fast doppelt so hoch. Jeder fünfte Sachse war damals jünger als 15 Jahre. Die männlichen Nachkömmlinge sind mit 105 Jungen je 100 Mädchen in der Überzahl. Im Jahr 2011 wuchsen 79 Prozent der Kinder bei Paaren auf. Mehr als zwei Drittel dieser Paare (71 Prozent) waren miteinander verheiratet. 21 Prozent der Kinder lebten bei ihren alleinerziehenden Müttern oder Vätern. 259 035 Kinder wurden im März 2011 in 2 780 Kindertageseinrichtungen betreut. Von den ein- bis unter dreijährigen Kindern besuchten 57 Prozent eine Kindertageseinrichtung. Bei den drei- bis unter sechsjährigen Kindern waren es 95 Prozent. 98 098 unter 15-Jährige lebten am Jahresende 2011 in Be-

darfsgemeinschaften, die auf Hartz IV-Leistungen angewiesen waren. Das waren 5 701 Kinder weniger als 2010. Auch der Anteil der betroffenen Kinder wies mit 20,3 Prozent erneut einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr (21,8 Prozent) auf.

Die Zahl der Scheidungskinder stieg 2011 um 204 Fälle bzw. 4,3 Prozent auf 4 973. Somit waren 2011 bei 47 Prozent der geschiedenen Ehen auch minderjährige Kinder mitbetroffen.

### **Herz-Kreislaufkrankung bleibt häufigste Todesursache in Sachsen**

Im Jahr 2011 verstarben in Sachsen insgesamt 50 628 Personen, davon 23 885 Männer (47 Prozent) und 26 743 Frauen (53 Prozent). Dies ist ein Rückgang von 281 Fällen (0,6 Prozent) gegenüber 2010. Die Sterbeziffer sank von 1 225 Gestorbenen je 100 000 Einwohner auf 1 223.

Krankheiten des Kreislaufsystems waren mit einem Anteil von 47 Prozent aller Sterbefälle (23 546 Verstorbene, Sterbeziffer 569 je 100 000 Einwohner) auch 2011 die häufigste Todesursachengruppe. 93 Prozent der Kreislauf-toten waren älter als 64 Jahre. Frauen starben häufiger an einer Kreislaufkrankung, da sie im Durchschnitt älter werden als Männer.

Zweithäufigste Todesursache waren bei 12 678 Personen nach wie vor die bösartigen Neubildungen (Krebs).

An Krankheiten des Atmungssystems verstarben 5,0 Prozent (2 539 Personen) und ebenfalls 5,0 Prozent (2 538 Personen) an Krankheiten des Verdauungssystems.

Eines nichtnatürlichen Todes durch Verletzungen und Vergiftungen starben in Sachsen 2 203 Personen, darunter 1 361 durch Unfälle, wobei die meisten in der häuslichen Umgebung (675 Fälle) geschahen. Bei Verkehrsunfällen wurden 204 Personen getötet.

### **Weiterer Rückgang von Insolvenzen in Sachsen im ersten Halbjahr 2012**

Von den Amtsgerichten Chemnitz, Dresden und Leipzig wurden 3 671 Insolvenzverfahren im ersten Halbjahr 2012 in Sachsen gemeldet. Das waren 8,5 Prozent Verfahren weniger als im Vorjahreszeitraum. 715 Verfahren betrafen Unternehmen und 2 956 Verfahren übrige Schuldner, wie natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä., ehemals selbstständig Tätige, Verbraucher u. Nachlässe. Die Unternehmensinsolvenzen sanken um 9,1 Prozent, die Verfahren der übrigen Schuldner um 8,3 Prozent.

88 Prozent der Insolvenzverfahren wurden insgesamt eröffnet. Bei den Unternehmensinsolvenzen waren es rund 77 Prozent. Die übrigen Schuldner hatten eine Eröffnungsquote von beinahe 91 Prozent.

53 Prozent der von Insolvenz betroffenen Unternehmen waren Einzelunternehmen, weitere 38 Prozent Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH). Bei den Insolvenzverfahren von Einzelunternehmen war ein Rückgang gegenüber dem ersten Halbjahr 2011 um 14 Prozent zu verzeichnen, die Insolvenzverfahren der GmbHs gingen um 2 Prozent zurück.

Das Baugewerbe und der Handel machten mehr als ein Drittel (38 Prozent) aller Unternehmensinsolvenzen im Berichtszeitraum aus. Jedes fünfte insolvente Unternehmen war dem Baugewerbe zuzuordnen. Davon wurden knapp 77 Prozent in der Wirtschaftsabteilung „Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe“ registriert. Fast die Hälfte der Unternehmensinsolvenzen im Bereich „Handel“ betraf den Einzelhandel.

Die von den Gläubigern angemeldeten Forderungen betragen in Sachsen im ersten Halbjahr 2012 rund 629 Millionen €, die durchschnittlichen Forderungen je Verfahren reichlich 171 000 €. Die Forderungen nahmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um knapp 2 Prozent ab. Während die Forderungen der übrigen Schuldner um reichlich 8 Prozent sanken, stiegen die Forderungen an Unternehmen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fast 4 Prozent.

### **Weniger Gewerbeanzeigen in Sachsen auch im ersten Halbjahr 2012**

Insgesamt 16 846 Gewerbeanmeldungen und 16 630 Gewerbeabmeldungen wurden von den sächsischen Gewerbeämtern im ersten Halbjahr 2012 registriert. Das waren 8,7 Prozent weniger Anmeldungen sowie 0,5 Prozent weniger Abmeldungen als im Vergleichszeitraum 2011. Die Relation von Anmeldungen zu Abmeldungen lag in den ersten sechs Monaten 2012 bei 100 zu 99.

Der größte Teil der Gewerbeanmeldungen (83,5 Prozent; 14 069 Anmeldungen) erfolgte mit der Absicht der Neuerrichtung eines Gewerbebetriebes, gut 10 Prozent der Gewerbeanmeldungen wurden wegen Zuzug von Gewerbetreibenden aus anderen Gewerbebezirken und 6 Prozent auf Grund der Übernahme eines bereits bestehenden Betriebes abgegeben. 77 Prozent der Anmeldungen betrafen Einzelunternehmen und knapp 13 Prozent Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH).

Die Aufgabe des Gewerbebetriebes war der Grund für gut 82 Prozent der Gewerbeabmeldungen (13 703 Abmeldungen). Rund 11 Prozent der Abmeldungen wurden wegen Fortzugs eines bestehenden Gewerbebetriebes in einen anderen Gewerbebereich angezeigt und reichlich 6 Prozent wegen der

Übergabe eines weiterhin bestehenden Betriebes. Die meisten Gewerbeabmeldungen betrafen auch hier Einzelunternehmen (80,7 Prozent) und GmbH mit 10,6 Prozent.

### **Mehr Förderleistungen nach dem BAföG für weniger Geförderte**

70 227 Schüler und Studenten erhielten in Sachsen 2011 Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Das waren insgesamt 1 955 Empfänger bzw. 2,7 Prozent weniger als 2010. Während die Zahl der geförderten Studierenden um 1,9 Prozent auf 44 742 stieg, war bei der Zahl der geförderten Schüler ein weiterer Rückgang um 9,9 Prozent auf 25 483 zu verzeichnen. Bundesweit wurden 5,0 Prozent mehr Geförderte registriert als 2010.

Die Förderung erstreckte sich zum Teil nicht über das volle Jahr. Im Durchschnitt wurden je Monat 46 484 Personen (17 152 Schüler, 29 332 Studenten) gefördert. Das waren 1 532 Schüler weniger und 589 Studenten mehr als im Vorjahr. Fast die Hälfte (33 122) der BAföG-Empfänger bekam eine Vollförderung und damit den maximalen Förderungsbetrag in Abhängigkeit von der Ausbildungsstätte und der Unterbringung. In der Altersgruppe der 20- bis unter 30-Jährigen erhielten 57 729 Personen (82 Prozent) Ausbildungsförderung. Von allen Geförderten wohnten 82 Prozent außerhalb des Elternhauses.

Für die Ausbildungsförderung wurden 2011 mehr als 250 Millionen € aufgewendet – der höchste Stand seit 1991. Das waren 13,5 Millionen € bzw. 5,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. 68,4 Prozent der finanziellen Mittel wurden als Zuschuss gezahlt und 31,6 Prozent in Form von zinslosen Darlehen bereitgestellt. Durchschnittlich erhielt ein Schüler in Sachsen monatlich 423 € und ein Studierender 463 €. Darüber hinaus stellten 2011 insgesamt 806 Studenten einen Antrag auf ein verzinsliches Bankdarlehen in einem Umfang von fast 2,2 Millionen €.

# Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Bevölkerung</b>										
Bevölkerung am Monatsende <sup>1)</sup>	1 000	4 149,5	4 137,1	4 142,7	4 141,2	4 139,8	4 133,2	4 131,6	4 130,4	4 129,2
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen	Anzahl	1 533	1 465	566	1 040	1 998	529	716	1 063	2 325
Lebendgeborene	Anzahl	2 924	2 869	2 913	2 403	3 009	2 543	2 760	2 595	3 026
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	4 242	4 219	4 938	3 944	4 368	4 514	4 555	4 266	4 504
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	6	7	10	7	4	4	7	7	5
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 318	-1 350	-2 025	-1 541	-1 359	-1 971	-1 795	-1 671	-1 478
<b>Wanderungen</b>										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 620	6 182	5 824	4 857	5 163	4 670	5 576	5 523	4 832
darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 681	1 905	2 007	1 589	1 683	1 513	1 994	1 974	1 620
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 916	5 878	5 699	4 844	5 203	4 745	5 386	5 063	4 615
darunter in das Ausland	Anzahl	1 647	1 469	1 473	1 175	1 243	1 379	1 613	1 361	1 206
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	-296	304	125	13	-40	-75	190	460	217
Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>2)</sup>	Anzahl	8 774	9 210	9 155	7 742	9 169	7 435	8 791	8 123	8 590
<b>Erwerbstätigkeit</b>										
<b>Beschäftigte<sup>3)</sup></b>										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort <sup>4)</sup>	1 000	1 408,3	1 437,3	1 413,9	.	.	.	...	.	.
Frauen	1 000	701,0	709,3	701,3	.	.	.	...	.	.
Ausländer	1 000	16,0	18,4	17,0	.	.	.	...	.	.
Teilzeitbeschäftigte	1 000	282,2	.	283,4	.	.	.	...	.	.
darunter Frauen	1 000	234,3	.	235,8	.	.	.	...	.	.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen <sup>5)</sup>										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,2	21,1	20,7	.	.	.	...	.	.
Produzierendes Gewerbe	1 000	415,4	428,1	420,2	.	.	.	...	.	.
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	293,1	300,7	294,0	.	.	.	...	.	.
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	246,6	259,1	253,4	.	.	.	...	.	.
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	431,8	427,7	425,6	.	.	.	...	.	.
<b>Arbeitsmarkt<sup>3)</sup></b>										
Arbeitslose	1 000	253,1	226,8	254,1	240,4	227,8	236,1	230,8	220,0	207,8
Frauen	1 000	116,5	106,4	114,4	111,8	107,8	103,7	102,0	100,2	96,5
Männer	1 000	136,6	120,5	139,7	128,6	120,0	132,5	128,8	119,8	111,3
Ausländer	1 000	9,6	9,3	9,8	9,7	9,5	9,4	9,4	9,3	8,9
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	1 000	26,0	20,7	23,4	21,6	19,9	20,1	20,0	18,5	17,3
<b>Arbeitslosenquote<sup>6)</sup></b>										
insgesamt	%	11,8	10,6	11,9	11,3	10,7	11,1	10,8	10,3	9,8
Frauen	%	11,5	10,6	11,3	11,1	10,7	10,3	10,1	10,0	9,6
Männer	%	12,1	10,7	12,4	11,4	10,7	11,8	11,4	10,6	9,9
Ausländer	%	23,9	22,8	24,7	24,3	23,1	22,8	22,8	22,6	20,4
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	%	10,8	9,1	9,9	9,1	8,9	8,9	8,9	8,3	8,5
Kurzarbeiter	1 000	29,7	11,5	21,7	9,5	8,8	22,9	...	...	...
Gemeldete Arbeitsstellen	1 000	15,0	18,8	...	18,7	18,9	18,3	19,6	20,1	20,5

1) Spalten 1 und 2: Statt Bevölkerung im Monatsdurchschnitt hier Bevölkerung am 31. Dezember

2) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

3) Auswertungen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen

4) einschließlich "Ohne Angabe" der Wirtschaftsgliederung

5) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008

6) Arbeitslose in Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Bautätigkeit</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	239	289	254	290	325	227	272	261	333
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	228	275	244	285	315	220	262	246	320
umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	223	275	207	251	294	183	230	235	293
Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	41	51	39	47	55	36	45	47	58
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	48 134	61 922	45 381	57 700	68 763	44 443	56 342	57 454	71 176
Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	110	114	97	114	136	65	109	96	117
umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	588	715	510	494	767	1 002	585	629	538
Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	85	100	111	77	99	99	84	92	82
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	64 176	69 158	43 107	42 154	74 846	115 808	71 959	86 986	56 071
Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	468	567	352	390	725	264	253	462	414
Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen)	Anzahl	2 324	2 756	2 010	2 258	3 045	1 702	2 077	2 186	2 616
<b>Landwirtschaft</b>										
Schlachtmengen <sup>1)</sup>	t	4 959	3 356	5 131	4 355	4 546	1 314	1 543	1 430	1 443
darunter										
Rinder insgesamt	t	775	501	797	587	523	290	404	270	286
darunter Kälber <sup>2)</sup>	t	20	22	20	39	16	18	32	18	19
Jungrinder	t	6	7	7	6	7	4	7	7	9
Schweine	t	4 147	2 817	4 304	3 710	3 996	1 003	1 100	1 130	1 132
Eierzeugung <sup>3)</sup>	1 000 St.	59 740	76 219	75 929	72 375	77 673	74 960	83 739	78 920	75 442
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden<sup>4)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	1 222	1 269	1 243	1 284	1 281	1 283	1 282	1 319	1 319
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	189,6	201,6	196,4	199,4	200,1	207,3	207,2	209,8	210,1
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	26 057	27 691	30 168	26 469	29 859	29 103	30 755	27 270	28 405
Bezahlte Entgelte	Mill. €	484,5	540,3	513,8	547,8	534,1	528,5	584,6	588,5	577,9
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	3 969,1	4 454,6	4 929,0	4 242,6	4 813,7	4 339,9	4 781,6	4 214,1	4 567,0
davon										
Vorleistungsgüter und Energie <sup>5)</sup>	Mill. €	1 375,6	1 602,1	1 683,9	1 480,5	1 705,5	1 495,0	1 654,3	1 523,0	1 578,5
Investitionsgüter	Mill. €	1 844,5	2 070,5	2 410,0	1 994,4	2 288,9	2 105,9	2 267,7	1 922,0	2 179,7
Gebrauchsgüter	Mill. €	55,9	59,2	63,8	56,0	59,8	60,2	63,6	55,4	55,1
Verbrauchsgüter	Mill. €	693,1	722,8	771,3	711,8	759,5	678,8	796,0	713,7	753,7
Auslandsumsatz	Mill. €	1 513,7	1 742,8	1 972,5	1 654,9	1 880,1	1 712,7	1 825,1	1 646,8	1 850,8

1) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

2) wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar

3) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern

4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten, ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008

5) ohne Energie- und Wasserversorgung

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Energie- und Wasserversorgung<sup>1)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	137	136	136	136	136	137	135	136	136
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	14,0	13,9	13,9	13,9	13,9	13,8	13,6	13,6	13,6
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 867	1 845	2 093	1 732	2 018	1 887	1 974	1 722	1 752
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	49	50	45	51	48	46	46	53	48
Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	2 833	2 752	2 597	2 276	2 242	2 941	3 044	2 396	2 188
<b>Bauhauptgewerbe<sup>2)</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	56,1	57,3	56,4	57,8	58,5	52,3	53,4	54,3	54,9
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 352	6 022	6 050	6 161	7 257	2 822	5 450	5 740	6 299
davon										
Wohnungsbau	1 000	1 557	1 899	1 832	1 874	2 228	891	1 771	1 892	2 198
gewerblicher Bau	1 000	1 945	2 182	2 234	2 212	2 609	1 187	2 085	2 075	2 168
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 851	1 940	1 984	2 075	2 420	744	1 594	1 773	1 933
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	102,6	108,7	100,5	108,8	114,7	79,4	95,3	105,9	111,6
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	455,6	523,1	438,9	473,6	577,2	243,1	429,8	479,2	518,3
davon										
Wohnungsbau	Mill. €	87,6	113,3	92,6	99,5	124,5	51,7	94,6	113,2	125,2
gewerblicher Bau	Mill. €	210,6	238,3	218,1	218,7	259,5	123,8	218,0	221,1	226,2
öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	157,4	171,4	128,2	155,5	193,2	67,5	117,3	144,9	166,9
<b>Ausbaugewerbe<sup>1) 3)</sup></b>										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	19,0	19,2	19,0	.	.	.	18,6	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 255	6 337	6 118	.	.	.	5 980	.	.
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	112,1	115,9	108,6	.	.	.	110,8	.	.
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	490,6	527,6	391,1	.	.	.	427,6	.	.
<b>Handel<sup>4)</sup></b>										
<b>Großhandel einschl. Handelsvermittlung</b>										
Beschäftigte	2005 = 100	95,1	96,3	94,2	95,4	96,3	96,8	97,2	97,8	98,2
Umsatz (nominal)	2005 = 100	111,0	121,7	127,1	119,0	133,0	106,0	127,9	119,2	127,0
Umsatz (real)	2005 = 100	100,5	103,7	107,3	100,2	112,1	88,5	105,3	97,5	105,4
<b>Einzelhandel einschl. Tankstellen</b>										
Beschäftigte	2005 = 100	108,4	108,8	107,6	107,1	109,0	109,8	107,8	106,3	106,8
Umsatz (nominal)	2005 = 100	113,4	117,3	117,4	121,3	118,0	108,1	125,3	116,7	119,7
Umsatz (real)	2005 = 100	109,6	111,8	111,5	114,6	111,7	101,7	116,5	108,5	110,9
<b>Kfz-Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz</b>										
Beschäftigte	2005 = 100	91,4	93,6	91,9	92,4	92,9	93,7	92,9	94,6	93,4
Umsatz (nominal)	2005 = 100	94,8	100,1	115,2	96,9	108,6	98,2	132,5	112,7	116,7
Umsatz (real)	2005 = 100	90,7	94,8	109,6	92,1	103,1	92,5	124,8	106,0	110,0
<b>Gastgewerbe<sup>4)</sup></b>										
Beschäftigte	2005 = 100	117,9	118,9	111,1	118,7	122,1	108,9	113,4	119,9	123,9
Umsatz (nominal)	2005 = 100	120,7	125,9	108,6	123,7	144,3	93,8	112,9	123,4	148,1
Umsatz (real)	2005 = 100	103,5	106,4	92,6	105,6	122,1	78,6	94,2	102,9	122,9

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe

3) Angaben beziehen sich auf das Quartal

4) Die Monatergebnisse des Bereichs Handel und Gastgewerbe sind generell vorläufig. Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008.

Ab Juni 2010 wurde eine jährliche Rotation der befragten Unternehmen eingeführt. Die Ergebnisse aus dem neuen Kreis der befragten Unternehmen liegen rückwirkend bis Januar 2009 vor.

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Tourismus<sup>1)</sup></b>										
Gästeankünfte	1 000	535	561	440	529	652	396	477	553	708
darunter von Auslandsgästen	1 000	60	60	43	53	71	34	46	55	80
Gästeübernachtungen	1 000	1 398	1 445	1 124	1 384	1 607	1 117	1 193	1 460	1 819
darunter von Auslandsgästen	1 000	134	136	101	129	163	82	110	126	185
<b>Verkehr</b>										
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden <sup>2)</sup>	Anzahl	1 596	1 614	1 368	1 486	1 626	1 407	1 406	1 425	1 860
darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 080	1 154	984	1 142	1 283	780	984	1 057	1 422
Getötete Personen	Anzahl	14	16	14	17	19	20	15	14	20
Verletzte Personen	Anzahl	1 370	1 460	1 250	1 471	1 563	978	1 252	1 292	1 736
<b>Kraftfahrzeuge</b>										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 219	12 296	16 251	12 812	14 623	9 371	16 139	11 926	13 027
darunter Personenkraftwagen <sup>3)</sup>	Anzahl	9 357	10 108	13 172	10 344	11 851	8 084	13 217	9 627	10 764
Lastkraftwagen	Anzahl	1 114	1 359	1 548	1 236	1 543	830	1 288	1 125	1 172
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterempfang	1 000 t	6,5	6,4	6,0	10,1	4,4	2,8	4,7	5,2	7,0
Güterversand	1 000 t	13,8	9,4	19,5	12,4	4,8	2,0	17,6	14,0	8,8
<b>Außenhandel<sup>4)</sup></b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
Ausfuhr insgesamt	Mill. €	2 062,0	2 449,8	2 700,5	2 367,3	2 644,0	2 722,5	2 893,6	2 570,5	2 780,9
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	76,7	86,1	84,7	89,4	83,8	86,8	93,0	87,8	98,6
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 964,5	2 333,5	2 589,5	2 250,0	2 530,5	2 593,2	2 752,9	2 430,9	2 616,7
davon										
Rohstoffe	Mill. €	8,9	11,4	8,4	9,8	12,0	10,8	9,1	8,0	11,5
Halbwaren	Mill. €	86,2	103,0	111,2	101,8	96,5	120,4	102,5	70,1	81,3
Fertigwaren	Mill. €	1 869,4	2 219,1	2 470,0	2 138,4	2 422,0	2 462,0	2 641,3	2 352,8	2 523,9
davon										
Vorzeugnisse	Mill. €	219,5	236,3	260,6	236,7	266,8	218,2	224,8	217,5	216,0
Enderzeugnisse	Mill. €	1 649,9	1 982,8	2 209,3	1 901,7	2 155,3	2 243,8	2 416,4	2 135,4	2 307,9
<b>Ausfuhr nach</b>										
Europa	Mill. €	1 253,4	1 444,1	1 606,5	1 429,9	1 559,7	1 506,9	1 527,1	1 437,3	1 565,0
darunter in die EU-Länder	Mill. €	1 028,5	1 154,9	1 287,0	1 141,8	1 259,6	1 227,0	1 187,0	1 153,0	1 211,9
Afrika	Mill. €	42,2	48,8	40,6	53,9	45,8	39,9	43,7	43,5	47,4
Amerika	Mill. €	222,3	268,6	304,4	290,2	305,4	309,6	354,9	289,6	264,1
Asien	Mill. €	516,4	657,2	718,7	562,9	691,2	824,1	914,7	770,4	863,0
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	27,7	31,1	30,3	30,5	42,0	42,0	53,2	29,7	41,4

1) bis 2011: Betriebe mit 9 und mehr Betten einschließlich Campingplätze mit 3 und mehr Stellplätzen, ab Januar 2012: Betriebe mit 10 und mehr Betten einschließlich Campingplätze mit 10 und mehr Stellplätzen

2) schwer wiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel

3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen

4) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Noch: Außenhandel</b>										
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. €	1 408,6	1 661,9	1 967,3	1 699,4	1 872,9	1 656,7	1 801,9	1 551,2	1 797,9
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	81,8	87,4	92,2	98,2	97,6	88,4	87,0	86,9	99,3
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 280,7	1 488,8	1 792,1	1 523,3	1 683,3	1 441,3	1 583,7	1 318,8	1 520,8
davon										
Rohstoffe	Mill. €	93,0	126,7	161,3	126,1	132,7	122,4	195,5	163,0	157,7
Halbwaren	Mill. €	116,4	142,6	189,5	141,8	172,9	167,5	158,3	154,8	177,3
Fertigwaren	Mill. €	1 071,3	1 219,5	1 441,3	1 255,5	1 377,7	1 151,4	1 230,0	1 001,0	1 185,8
davon										
Vorzeugnisse	Mill. €	154,7	177,0	206,4	178,8	188,0	182,6	166,3	155,5	176,0
Enderzeugnisse	Mill. €	916,6	1 042,5	1 234,9	1 076,7	1 189,7	968,9	1 063,7	845,5	1 009,8
Einfuhr aus										
Europa	Mill. €	1 016,5	1 241,3	1 508,3	1 270,0	1 408,4	1 271,3	1 435,7	1 206,1	1 371,0
darunter aus den EU-Ländern	Mill. €	850,8	1 033,2	1 229,4	1 079,6	1 145,9	1 032,4	1 128,1	918,7	1 092,9
Afrika	Mill. €	7,2	8,2	7,0	25,4	10,1	3,5	7,1	5,3	5,3
Amerika	Mill. €	171,0	136,0	157,1	116,9	151,6	124,6	128,1	106,0	117,1
Asien	Mill. €	211,5	273,7	293,2	285,4	299,2	254,5	228,8	231,6	302,4
Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. €	2,3	2,7	1,7	1,8	3,5	2,8	2,1	2,2	2,1
<b>Gewerbeanzeigen<sup>1)</sup></b>										
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	3 183	3 028	3 413	2 794	3 153	2 544	2 974	2 647	2 931
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 888	2 768	3 098	2 338	2 564	2 729	2 773	2 642	2 667
<b>Insolvenzen</b>										
Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	726	647	725	618	704	529	656	617	635
und zwar										
Unternehmen	Anzahl	143	132	162	135	146	104	146	122	109
Verbraucher	Anzahl	417	355	400	316	381	277	368	335	393
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	114	113	122	130	126	106	112	98	88
sonstige natürliche Personen <sup>2)</sup> , Nachlässe	Anzahl	53	47	41	37	51	42	30	62	45
eröffnete Verfahren	Anzahl	643	562	635	548	608	464	589	531	566
mangels Masse abgewiesene Verfahren	Anzahl	82	83	90	68	96	62	63	82	68
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	Mill. €	130	103	151	120	71	63	121	69	72
<b>Handwerk</b>										
Beschäftigte <sup>3)</sup>	30.9.09 = 100	97,6	98,1	96,5	.	.	.	96,6	.	.
Umsatz <sup>4)</sup>	2009 = 100	98,9	107,3	86,0	.	.	.	85,6	.	.

1) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

2) z. B. als Gesellschafter oder Mithafter

3) am Ende des Kalendervierteljahres

4) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.)

# Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2010	2011	2011			2012			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
<b>Preise</b>										
Verbraucherpreisindex	2005 = 100	109,4	111,9	111,4	111,8	111,7	113,6	113,9	114,0	113,8
Preisindex für Wohngebäude <sup>1)</sup>	2005 = 100	114,1	118,4	.	.	118,1	120,9	.	.	121,9
<b>Verdienste <sup>2)</sup></b>										
Bruttomonatsverdienste <sup>3)</sup> der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer <sup>4)</sup> im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich										
	€	2 725	2 789	2 561	x	x	x	2 582	x	x
männlich	€	2 776	2 856	2 610	x	x	x	2 651	x	x
weiblich	€	2 631	2 664	2 474	x	x	x	2 462	x	x
Produzierendes Gewerbe	€	2 510	2 587	2 322	x	x	x	2 421	x	x
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 157	3 274	2 825	x	x	x	2 864	x	x
Verarbeitendes Gewerbe	€	2 477	2 565	2 301	x	x	x	2 445	x	x
Energieversorgung	€	(4 503)	4 522	3 946	x	x	x	(3 715)	x	x
Wasserversorgung <sup>5)</sup>	€	2 478	2 543	2 374	x	x	x	2 304	x	x
Baugewerbe	€	(2 376)	(2 446)	(2 184)	x	x	x	2 169	x	x
Dienstleistungsbereich	€	2 874	2 937	2 734	x	x	x	2 678	x	x
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	€	2 416	2 501	2 288	x	x	x	2 236	x	x
Verkehr und Lagerei	€	2 390	2 434	2 215	x	x	x	2 298	x	x
Gastgewerbe	€	1 597	1 628	1 578	x	x	x	1 556	x	x
Information und Kommunikation	€	3 631	3 656	3 288	x	x	x	3 291	x	x
Erbringung von Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	€	(4 113)	4 168	3 549	x	x	x	3 512	x	x
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	2 949	3 002	2 696	x	x	x	(2 581)	x	x
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	3 482	3 613	3 251	x	x	x	3 192	x	x
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	1 707	1 772	1 652	x	x	x	1 700	x	x
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	€	3 161	3 295	3 135	x	x	x	3 210	x	x
Erziehung und Unterricht	€	3 798	3 809	3 598	x	x	x	3 762	x	x
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 127	3 229	3 026	x	x	x	2 919	x	x
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	(3 077)	(3 109)	2 936	x	x	x	2 922	x	x
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	(2 144)	(2 128)	(2 081)	x	x	x	(2 332)	x	x

1) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk

2) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008.

3) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni, usw. ohne Sonderzahlungen.

Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen dagegen mit enthalten.

4) einschließlich Beamte

5) einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen

# Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

**Herausgeber:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Redaktion:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Gestaltung und Satz:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Druck:**

Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste

**Redaktionsschluss:**

Oktober 2012

**Preis dieser Ausgabe:**

3,50 €

**Bezug:**

Diese Druckschrift kann bezogen werden bei:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Hausanschrift: Macherstraße 63, 01917 Kamenz

Postanschrift: Postfach 11 05, 01911 Kamenz

Telefon: +49 3578 33-1424

Telefax: +49 3578 33-1499

E-Mail: [vertrieb@statistik.sachsen.de](mailto:vertrieb@statistik.sachsen.de)

[www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de)

**Verteilerhinweis**

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

**Copyright**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2012

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Titelbild: Flughafen Leipzig/Halle, ©Flughafen Leipzig-Halle GmbH

ISSN 0949-4480 (print)

Für Smartphones: Bildcode scannen und Sie finden weitere interessante statistische Ergebnisse und Informationen zum Thema

